Vom Freihandel zum Schutzzoll.

Zum Wandel der Wirtschaftsideologie in Großbritannien.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. oec.)

Herrn Professor Dr. Ernst Schuster
und
dem Akademischen Senat
der
Handels-Hochschule Mannheim

vorgelegt von

Hugo H. Joosten
Diplom-Kaufmann

Druck von Theodor Müller, Nordhausen am Harz
1933

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Referent: Professor Dr. Ernst Schuster

Korreferent: Professor Dr. Walter le Coutre.

Tag der mündlichen Prüfung:
17. Februar 1933.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554418_0070

Meinen Eltern.

Disposition.

Seite

Einleitung. Die Geschichte der britischen Freihandels-Bewegung im neunzehnten Jahrhundert

A. Die Anti-Kornzoll-Liga 1
B. Der Uebergang zum Freihandel 3
C. Die britischen Zölle nach 1860 3

1. Kapitel. Uebersicht über die protektionistischen Bewegungen und Maßnahmen bis zum Jahre 1931.

1. Abschnitt. Die protektionistischen Bewegungen vor dem Kriege.

A. Die Fair Trade-Bewegung
I. Die Entstehung 5
II. Die Ziele 5
III. Der Verfall 6

B. Die Chamberlain-Bewegung
I. Joseph Chamberlain 7
II. Die Zollreform-Kampagne 8

C. Die protektionistische Bewegung nach Chamberlain.
I. Chamberlains Nachfolger 9
II. Die Abneigung gegen Zölle im Volke . . . 10

2. Abschnitt. Die protektionistischen Pläne und Maßnahmen während des Krieges.

A. Die Berichte und Beschlüsse während des Krieges.
I. Der Bericht des beratenden Ausschusses des Handelsamts 12
II. Die Konferenzbeschlüsse der Alliierten in Paris 12
III. Der Bericht des Balfour-Komitees 13

B. Die McKenna-Zölle 14

Seite

3. Abschnitt. Die protektionistischen Maßnahmen nach dem Kriege.

A. Die Maßnahmen der Koalitionsregierung.

I. Das Budget von 1919 16
II. Die Farben-Akte 16
III. Das Industrie-Schutzgesetz 17
IV. Die Gesetze gegen die Einführung von Hopfen und zur Förderung des Rübenzuckeranbaues 18

B. Die erste Konservative Regierung.

I. Die Kabinett-Streitigkeiten 18
II. Baldwins Wandel 19

C. Die Gegenmaßnahmen und Pläne der ersten Arbeiter-Regierung 20

D. Die protektionistischen Erfolge der zweiten Konservativen Regierung.

I. Der konservative Wahlsieg 21
II. Das 2. Industrie-Schutzgesetz 22
III. Das Budget von 1925 25
IV. Das Budget von 1926 25
V. Die Budgets von 1927, 1928 und 1929 . . . 26
VI. Weitere protektionistische Maßnahmen
a) Das neue Schutzmarken-Gesetz 26
b) Die Film-Akte 26

E. Die Gegenmaßnahmen der zweiten Arbeiter-Regierung 27

2. Kapitel. Die Führer der Schutzzoll- und Empire-Bewegung und ihre Argumentation während der Jahre 1929 bis 1931.

1. Abschnitt. Die Partei-Kampagne.

A. Der Führer.

I. Stanley Baldwin 29
II. Baldwins Safeguarding-Pläne 31
III. Baldwins neues Programm 32
IV. Baldwins Mitarbeiter 33

Seite

B. Die protektionistischen Forderungen der Konservativen.

I. Zölle zur Beseitigung der Krise

a) Die Krisen

1. Die Ursachen der „englischen Krise"

aa) Britanniens Alter 35

bb) Der Weltkrieg 36

cc) Die Produktionskosten-Ueberhöhung 39

dd) Die Kohlenkrise 41

2. Die Auswirkungen der Weltwirtschafts-Depression 42

b) Zölle zur Behebung der Arbeitslosigkeit

1. Zölle zum Schutze des heimischen Marktes 44

2. Zölle zur Steigerung des Exports . . . 46

c) Zölle als Einnahmequelle 46

d) Zölle zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards 47

II. Zölle als handelspolitische Machtmittel.

a) Die Schutzollpolitik der anderen Länder . 49

b) A tariff for a tariff! 51

III. Zölle zum Zwecke der Präferenz-Gewährung.

a) Die Entwicklung der Dominial-Präferenz 52

b) Die Ergebnisse der Dominial-Präferenz . 54

c) Die Begründungen der Präferenz-Forderungen 56

2. Abschnitt. Die Presse-Kampagne.

A. Lord Beaverbrook

I. Lord Beaverbrooks Karrière 58

II. Lord Beaverbrooks Empire Free Trade-Pläne

a) Erster Plan 59

b) Zweiter Plan 60

B. Lord Rothermere

I. Lord Rothermere's Plan 62

II. Die Gegensätze zwischen den Presselords . . 62

3. Abschnitt. Die Stellung des Parlaments zur Frage des Britischen Zollvereins 64

Seite

3. Kapitel. Der Kampf um Freihandel und Schutzzoll außerhalb und innerhalb der Parteien während der Jahre 1929 bis 1931.

1. Abschnitt. Der Kampf um den Schutzzoll außerhalb der Parteien.

A. Die Forderungen der Industriellen.

I. Der Kampf für den Schutzzoll 67

II. Die Manifeste der Industriellen

a) Das Manifest über die Reichshandelspolitik 68

b) „The Passing of Free Trade" 71

c) „The Industry and the Nation" 71

III. Die Unterstützung der Forderungen durch die Handelskammern

a) Der Umschwung der Handelskammer zu Manchester 72

b) Die eindeutige Stellungnahme der Handelskammern für den Zollschutz 73

B. Der Kampf unter den Bankiers.

I. Die Freihandelsbestrebungen der Bankiers . 74

II. Die protektionistische „Bankers Resolution" . 75

III. Das freihändlerische Gegenmanifest 77

C. Die Meinungsverschiedenheit unter den Wissenschaftlern.

I. Der Wandel Prof. J. M. Keynes.

a) Das Finanzproblem 78

b) Keynes' Wandel 79

c) Keynes' Plan 80

II. Der Umschwung Sir Josiah Stamps 80

III. Keynes' Gegner

a) Prof. Lionel Robbins 81

b) Lord Arnold 82

IV. Vorkämpfer für den Schutzzoll.

a) Alexander Ramsay 82

b) Herbert G. Williams 83

V. Verteidiger des Freihandels.

a) Harold Cox 84

b) Sir William Beveridge 85

Seite

1. Beveridge gegen den Finanzzoll . . . 85
2. Beveridge gegen Baldwins Lebensstandard-Argument 86
3. Beveridge gegen Zölle als Verhandlungsfaktor 87
4. Beveridge gegen die Einführung von Zöllen zum Zwecke der Präferenz-Gewährung
   aa) Britanniens Interesse an der Aufrechterhaltung seiner Handelsbeziehungen mit den nichtbritischen Ländern 88
   bb) Britanniens Interesse an billigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen . 89
   cc) Die Schutzzollpolitik der Dominions 91

2. Abschnitt. Die Zwiespältigkeiten innerhalb der Parteien.

A. Die Konservative Partei.

I. Die offizielle Schutzzoll-Partei 94
II. Der Gegensatz Baldwin — Lord Beaverbrook 95
III. Die Parteikrise 97
IV. Baldwins Ausweg 98

B. Die Liberale Partei.

I. David Lloyd George 101
II. Die „Liberal Summer School"
   a) Britains Industrial Future 102
   b) Der Rebell E. D. Simon 104
III. Die Dreispaltung der Partei 104

C. Die Arbeiter-Partei.

I. Die Gegensätze zwischen Arbeiter-Regierung und Gewerkschaften.
   a) Die beiden Strömungen innerhalb der Partei 106
   b) Der Wandel der Gewerkschaften.
      1. Der Umschwung der Textilarbeiter . 107
      2. Der protektionistische Bericht des T. U. C. 108
      3. Der Gewerkschafts-Kongreß von 1930 109

Seite

II. Die ungünstige Position der Arbeiter-Regierung 110

III. Die Spaltung der Partei.

a) Der Rücktritt Sir Oswald Mosleys . . . 112
b) Die Vertrauens-Krise 114
c) Der Fall MacDonald 114

4. Kapitel. Der Uebergang zum Schutzzoll im Winter 1931/32.

1. Abschnitt. Der Wandel der öffentlichen Meinung.

A. Die Krisen von 1931.

I. Die Export-Krise 116

II. Die Finanz-Krise 119

III. Die Regierungs-Krise.

a) Die Opposition gegen die Regierungs-Vorschläge 119
b) Die Nationale Konzentrations-Regierung . 120

IV. Die Vertrauens-Krise

a) Die Proteste gegen die Sparmaßnahmen . 121
b) Die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht 122

B. Die Wahl vom 27. Oktober 1931.

I. MacDonalds Entschuß zur Wahl 123

II. Die Wahlmanifeste

a) MacDonalds Appell an die Nation . . . 125
b) Hendersons Manifest 126
c) Baldwins Wahlaufruf 128
d) Lloyd George's Erklärung 129

III. Die Wahlergebnisse

a) Die Besiegten 129
b) Die Sieger 131

IV. Die Psychologie des Plebiszits

a) Enttäuschung 132
b) Verwirrung 134

V. Die neue Regierung 136

Seite

2. Abschnitt. Die protektionistischen Maßnahmen der zweiten Nationalen Konzentrations-Regierung.

A. Die Zollnotverordnungen.

I. Die erste Zollnotverordnung vom 25. XI. 1931 138

II. Die zweite Zollverordnung vom 30. XI. 1931 140

III. Die dritte Zollverordnung vom 19. XII. 1931 141

IV. Die Zollverordnung für Gartenbauprodukte vom 24. XII. 1931. 141

B. Der Chamberlain-Generaltarif vom 1. III. 1932.

I. Chamberlains Begründung 142

II. Die Freiliste 143

C. Das Zollsystem vom 25. IV. 1932.

I. Der „wissenschaftliche" Zollausschuß . . . 145

II. Die Empfehlungen 146

Schluß. Ziele und Aufgaben Britanniens.

A. Das Ziel der Liberalen 148

B. Das Ziel der Konservativen

I. Die Kabinetts-Umbildung 149

II. Die neue Aufgabe 152

C. British Empire und Europa 153

Literatur-Verzeichnis 155

Vorwort.

Freihandel und Schutzzoll

— Liberalismus und Protektionismus —

waren die beiden großen handelspolitischen Ideen, die im 19. Jahrhundert miteinander rangen. Seit etwa der Mitte des vorigen Jahrhunderts vertrat England den Freihandel, während die europäischen Kontinentalstaaten das System des nationalen Schutzzolles ausbauten. Das Ziel der Freihändler war in erster Linie ein wirtschaftliches: freier Austauch der Güter unter allen Nationen der Welt. Das Ziel der Schutzzöllner war in erster Linie ein politisches: Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft vom politischen Ausland.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung ging in den letzten hundert Jahren gerade entgegengesetzte Richtungen. Der Welthandel wurde durch die technischen Fortschritte in freihändlerischem Sinne gefördert. Die politischen Ereignisse aber verursachten eine Verstärkung des protektionistischen Gedankens.

Der Weltkrieg förderte die Bestrebungen der Schutzzöllner in besonderer Weise. Denn er bewies, daß Freihandel nur möglich ist zwischen Nationen, deren friedliche Beziehungen zueinander gesichert sind.

Durch den Krieg und seine mittelbaren und unmittelbaren Folgen wurde die Weltwirtschaft, das große Ziel der Freihändler, für lange Zeit begraben.

Nach Abschluß des Krieges verfolgte Britannien noch 13 Jahre lang als einziges großes Handelsland der Welt das Prinzip der freien Einfuhr. Erst zu Beginn des Jahres 1932 trat es mit der Einführung eines geschlossenen Zolltarifs in die Reihe der Schutzzolländer ein. Der Wandel Großbritanniens vom Freihandel zum Schutzzoll ist — wie meine Untersuchungen ergeben haben — in allererster Linie auf die chronische Wirtschaftsdepression zurückzuführen, unter welcher England seit Beendigung des Krieges zu leiden hatte. Als Ursache dieser „englischen Krise" wiederum muß vor allem der Weltkrieg bezeichnet werden, durch welchen die Wirtschaft Europas und der Welt grundlegend verändert wurde. Es zeigte sich, daß das britische System der freien Einfuhr der veränderten Lage der Weltwirtschaft nicht gewachsen war.

Außer der Wirtschaftsdepression gab es eine Reihe von anderen Ursachen, welche eine Abkehr vom Freihandelsprinzip mitbewirkten; jedoch sind diese keinesfalls von entscheidender Bedeutung gewesen.

Die Stärke und die schnelle Zunahme der Weltwirtschaftsdepression, die im Jahre 1929 zu der eigentlich englischen Krise hinzutrat, bestimmte schließlich die Schnelligkeit des Umschwungs zum Schutzzoll.

Der Wandel des größten Freihandelslandes der Welt zum Schutzzoll stellt einen Wendepunkt in der Entwicklung der Weltwirtschaft dar.

Meine Aufgabe war es, die Geschichte dieses Wandels vom Freihandel zum Schutzzoll darzustellen. Dabei habe ich meine besondere Aufmerksamkeit der Schutzzollbewegung der letzten Jahre zugewandt.

Meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Schuster, bin ich für diese höchst interessante Aufgabe zu großem Dank verpflichtet.

Ich habe versucht, die treibenden Kräfte, die inneren und äußeren Anlässe aufzuzeichnen, welche die langsame Abkehr vom Freihandel bewirkten, sowie die Ursachen zu erfassen, welche den plötzlichen gewaltigen Umschwung der öffentlichen Meinung im Herbst 1931 zur Folge hatten.

Die Arbeit wurde am 1. Oktober 1932 abgeschlossen.

Einleitung.

Die Geschichte der britischen Freihandels-Bewegung im neunzehnten Jahrhundert.

Die Geschichte der britischen Freihandels-Bewegung im neunzehnten Jahrhundert ist für alle Zeiten mit dem Namen Cobden verbunden, ebenso wie die Geschichte der britischen Schutzzollbewegung im zwanzigsten Jahrhundert für immer mit dem Namen Chamberlain verknüpft bleiben wird.

Der fast dreißigjährige Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll[1]) war ein Kampf zwischen den beiden Namen: Cobden und Chamberlain. Cobden hieß Freihandel, Chamberlain bedeutete Schutzzoll.

Das Jahr 1860 brachte den großen Sieg Cobdens. Britannien war unter seiner Führung zum Freihandel übergegangen. 1903 begann der Angriff Joseph Chamberlains. Seine Niederlage im Jahre 1906 bedeutete den erneuten Sieg des Cobdenschen Geistes. 1919 durfte Austen Chamberlain, der älteste Sohn Josephs, dem Parlament das erste protektionistische Nachkriegsbudget vorlegen, in dem auch zum ersten Male der Grundsatz der Reichspräferenz durchgeführt war. So tat der Sohn Chamberlains den ersten Schritt zur Durchführung des väterlichen Gedankens.

Das Jahr 1923 brachte wiederum den Sieg des alten Freihandelsgedankens, das folgende Jahr jedoch dessen Niederlage.

Im Jahre 1929 waren die Anhänger Cobdens zum letzten Male den Schutzzöllnern überlegen.

1931 fiel endlich die große Entscheidung zwischen den beiden Namen.

An einem Herbsttage dieses Jahres wurde an der Wand des Kirchleins bei dem einstigen Wohnsitz Richard Cobdens eine Gedenktafel für den großen Vorkämpfer des Freihandels eingeweiht. Unter den Teilnehmern an der schlichten Feier befanden sich eine Tochter Cobdens, ein Sohn John Brights, des bekannten Mitkämpfers Cobdens, und Henry Gladstone, der Sohn des berühmten britischen Staatsmannes.

Die Inschrift der Gedenktafel schließt mit den Worten: Sein Name wird leben immerdar.

Wenige Wochen später, genau hundert Jahre nach der Gründung der Anti-Cornlaw-League, fand die große Entscheidungswahl statt, welche den beispiellosen grundlegenden Wandel des britischen Volkes vom Liberalismus zum Protektionismus offenbarte.

---

[1]) 1903—1932.

Im Februar 1932 wurde der Uebergang zum Schutzzoll vollzogen. Dem zweiten Sohne Josephs, Neville Chamberlain, fiel die Aufgabe zu, das erste schutzzöllnerische Budget Britanniens, das für die Dauer gedacht war, dem Parlament vorzulegen.

Am 1. März trat der General-Zolltarif, um welchen mehr als ein Vierteljahrhundert gekämpft worden war, in Kraft. Der Geist Chamberlains hatte gesiegt.

Eine gerechte Beurteilung der großen britischen Kontroverse „Freihandel oder Schutzzoll?" verlangt eine genaue Kenntnis der Vorgeschichte. Wir wollen uns deshalb zuerst kurz die Geschichte des Freihandels vergegenwärtigen, die Geschichte Richard Cobdens.

A. Die Anti-Kornzoll-Liga.

Etwa um das Jahr 1825 herum entstand eine lebhafte Bewegung innerhalb des bürgerlichen Mittelstandes, die sich gegen die Kornzölle richtete.[1])

Unter der energischen Führung Richard Cobdens, eines Fabrikanten aus Manchester, breitete sich die Bewegung schnell aus. Im Oktober 1931 gründete Cobden zusammen mit mehreren Fabrikanten und Kaufleuten in Manchester die Anti-Cornlaw-League. Dieser Bund der Kornzoll-Gegner gewann aber erst von 1838 ab größere Bedeutung.

Unter der Führung von Cobden, Bright, Bowring, Asworth u. a. breitete die Liga ihren Einfluß durch Gründung von Zweigvereinen, Abhaltung von Versammlungen und Herausgabe von Zeitungen über das ganze Land aus. Parlament und Regierung verhielten sich aber zunächst ablehnend gegen die Bewegung.

Nachdem im Jahre 1839 ein Antrag Villiers' auf Aufhebung der Getreidegesetze im Unterhaus durchgefallen war, gelang es Cobden und einigen Gleichgesinnten zwei Jahre später ins Parlament zu kommen. 1841 zählte dort der Antrag auf Aufhebung der Kornzölle bereits 40 Stimmen. Nach dem Rücktritt des Whigkabinetts und der Einsetzung des Toryministeriums im Sommer 1841 traten die gesamte dissentierende Geistlichkeit, die irische Partei, sowie ein Teil der freihändlerisch gesinnten Whigs der Liga bei.

Im folgenden Jahre setzte Sir Robert Peel die Ermäßigung der Kornzölle[2]) und die Aufhebung und Herabsetzung anderer Schutzzölle durch, die weniger einträglich und für den Verkehr hemmend waren.

In der Parlaments-Sitzung von 1844/45 erhielt der Antrag auf Abschaffung der Kornzölle schon 122 Stimmen. Einem anderen Antrage Cobdens auf Prüfung der Korngesetze stimmten 221 Abgeordnete bei.

---

[1]) Durch diese Zölle waren die Getreidepreise im Interesse der Großgrundbesitzer künstlich hochgehalten worden. Die Zölle wurden bereits im 17. Jahrhundert eingeführt. 1815 waren sie dahin geändert worden, daß die Einfuhr von Getreide überhaupt verboten war, wenn der Preis unter 80 s für 1 Quarter stand, und daß sie zollfrei sein sollte, sobald der Preis diesen Satz überschritten hatte. 1928 war an Stelle dieses Systems eine gleitende Zollskala (sliding scale) getreten, deren Sätze sich bei steigenden Preisen erniedrigten und umgekehrt.
Slater, Gilbert: „The Making of modern England". London 1913, Seite 137 ff.

[2]) F. W. Hirst: „From Adam Smith to Philip Snowden. A History of Free Trade in Great Britain". London 1925, Seite 29.

Die League spannte hierauf ihre äußersten Kräfte an, um sich im Parlament die Mehrheit zu sichern.

Im Jahre 1845 wurde eine Ermäßigung der Zuckerzölle sowie die Aufhebung aller Ausfuhrzölle und einer großen Anzahl von Einfuhrzöllen auf Rohstoffe, namentlich auf rohe Baumwolle, beschlossen.

Auf das Drängen Cobdens hin brachte Peel Anfang 1846 seinen berühmten Antrag im Unterhause ein, wonach die Einfuhr aller Lebensmittel freigegeben und nur vorläufig noch auf drei Jahre eine niedrige gleitende Zollskala für die Getreideeinfuhr beibehalten werden sollte. Den Bestrebungen der League kam die Mißernte des Jahres 1845 sowie die Kartoffelkrankheit in Irland sehr zu statten. Die Kartoffelkrankheit drohte eine furchtbare Hungersnot herbeizuführen.

Der Unwille der Mittelklassen gegen die Korngesetze stieg so bedenklich, daß sich Sir Robert Peel — wieder auf das Anraten Cobdens hin — für die gänzliche Abschaffung der Kornzölle entschloß. Die Vorschläge wurden trotz heftiger Gegenwehr Disraelis in beiden Häusern des Parlaments angenommen und erhielten am 26. Juni 1846 Gesetzeskraft. Die Anti-Cornlaw-League löste sich 1849 auf.

B. **Der Uebergang zum Freihandel.**

Die Entscheidung zur freien Getreide-Einfuhr führte innerhalb der nächsten 15 Jahre zur allgemeinen Abschaffung des Zollschutzes.

Die Navigations-Akte, die 1651 zur Förderung der britischen Schiffahrt erlassen war, wurde am 26. Juni 1849 zum größten Teil aufgehoben.[1] Zehn Jahre später konnte Cobden den englisch-französischen Handelsvertrag abschließen. Ende des Jahres 1859 war Cobden, ermutigt durch Gladstone, auf eigene Verantwortung nach Paris gefahren. Dort hatte er begonnen, mit Napoleon III. persönlich zu verhandeln. Cobdens unvergleichlicher Ueberzeugungs-Kunst war es gelungen, die drohenden Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich zu beseitigen.[2] Der Abschluß des englisch-französischen Handelsvertrages am 23. Januar 1860 war der glänzendste Erfolg Cobdens.

In diesem Vertrage kam die sogen. „Klausel der Meistbegünstigung" zum ersten Male zur Anwendung. Dem Abkommen schlossen sich bald weitere Handelsverträge mit den meisten europäischen Staaten an. Es brachte eine neue Aera der Handelspolitik.

C. **Die britischen Zölle nach 1860.**

Die einzigen Zölle, die bis zum Weltkrieg erhoben wurden, bestanden aus Einfuhrzöllen, die reine Finanzzölle waren, und Ausgleichszöllen. Die Finanzzölle, d. h. Zölle auf Waren, die im Inland nicht erzeugt werden, wurden auf die Einfuhr von Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Südfrüchte, Melasse, Zucker, Tee, Tabak und Wein erhoben. Ausgleichszölle sind solche Zölle, die auf Waren

1) Bereits in den Jahren 1831 und 1825 waren die Bestimmungen durch neue Gesetze wesentlich gemildert worden. 1854 wurden die letzten Vorbehalte beseitigt. F. W. Hirst, a. a. O., S. 37.

2) F. W. Hirst, a. a. O., S. 40.

ausländischen Ursprungs genau im Betrage der Besteuerung, welcher dieselben Waren, wenn sie im Inlande erzeugt sind, unterworfen sind. Sie wurden erhoben auf Bier, Glukose, Spirituosen, Chloroform, Chloralhydrat, Kollodium, Aether, Aethyl, Seife, bei deren Herstellung Spiritus verwendet wird, und Spielkarten.

Im Juni 1902 wurde vorübergehend ein Getreidezoll als Finanzzoll eingeführt. Die Staatsausgaben waren infolge des Burenkrieges außerordentlich stark angewachsen, so daß zusätzliche Steuern und Finanzzölle[1]) das Defizit decken mußten. Ueber den wahren Charakter der Getreidezölle herrschten eine Zeit lang Meinungsverschiedenheiten. Es gab viele, welche in diesen Zöllen eine Schutzmaßnahme sahen. Dieser Streit soll ein hervorragender Grund gewesen sein, die Zölle im Juni 1903 wieder abzuschaffen.[2])

Cobden hatte immer behauptet, daß Großbritanniens Wirtschaft nach Durchführung der „freien Einfuhr" aufblühen werde. Seine Voraussage traf in der Tat ein.

Unter der Herrschaft des Freihandels hat sich der Handel Großbritanniens in einer vorher nie geahnten Weise entwickelt.

Nach Brentano[3]) ist die Einfuhr aus fremden Ländern nach dem Vereinigten Königreich von 1855/59 bis 1910/14 von 129 auf 532 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Die Ausfuhr stieg in der gleichen Zeit von 79 auf 295 Mill. Pfund Sterling. Das Nationalvermögen vervierfachte sich fast in der Zeit von 1850 bis 1900. „Während die Bevölkerung von Großbritannien und Irland von 1845 bis 1902 von 28 auf 42 Millionen Seelen gestiegen ist, wird das Wachstum ihres Vermögens in der gleichen Zeit von 4 Milliarden auf 15 Milliarden Pfund Sterling geschätzt. Im Jahre 1845 kamen 143, im Jahre 1902 357 Pfund Sterling auf den Kopf der Bevölkerung." [4])

---

[1]) Neben dem Getreidezoll wurden noch Einfuhrzölle auf Mehl und Hülsenfrüchte, sowie ein Ausfuhrzoll auf Kohle eingeführt.

[2]) Williams, Herbert G.: „Through Tariffs to Prosperity." London 1931, Seite 17.

[3]) Brentano, Lujo, „Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands". 3. Band, 1. Hälfte, Jena 1928, S. 219.

[4]) Brentano, a. a. O., S. 220.

1. KAPITEL.

Uebersicht über die protektionistischen Bewegungen und Maßnahmen bis zum Jahre 1931.

1. Abschnitt:

Die protektionistischen Bewegungen vor dem Kriege.

A. Die Fair Trade-Bewegung.

I. Die Entstehung.

Napoleon III. hatte den englisch-französischen Handelsvertrag von 1860 ohne Befragen des gesetzgebenden Körpers abgeschlossen. In Frankreich war man allgemein nicht sehr erfreut über dieses Abkommen. Während der allgemeinen Depression der siebziger Jahre kündigte Frankreich den Vertrag zum 31. Dezember 1879, um auf Grund seines neuen hochschutzzöllnerischen Generaltarifs über einen neuen Vertrag zu verhandeln.

Diese Kündigung rief in England große Erregung hervor. Der Versuch, zu einem neuen freihändlerischen Abkommen mit Frankreich zu gelangen, schlug fehl.

In diesen Jahren entstand die erste bedeutende und nachhaltige Bewegung für die Wiedereinführung der Schutzzölle, die sogenannte Fair Trade-Bewegung. Sie forderte die Erhebung von Zöllen auf die Einfuhr aus solchen Ländern, die britische Produkte von ihren Märkten auszuschließen versuchten.[1])

Der geistige Führer der Bewegung war Sir Howard Vincent. Als Vorkämpfer werden genannt: W. Rathbone, Lord Bateman und W. Farrer Ecroyd.

Die Träger der Bewegung waren vor allem die Industrie, die Arbeiter und der Handel, während die Landwirtschaft mehr im Hintergrund blieb.

II. Die Ziele.

W. Farrer Ecroyd verfaßte eine weitverbreitete Broschüre über die Ziele der Bewegung.[2]) Darin forderte er u. a. den allmählichen wirtschaftlichen Zusammenschluß des Vereinigten Königreichs mit seinen Kolonien und abhängigen Besitzungen. Dieser Wirtschafts-Großraum sei imstande, alle seine wesentlichen Bedürfnisse selbst zu

1) F. W. Hirst, a. a. O., S. 44 f.
2) F. W. Hirst, a. a. O., S. 44 f.

befriedigen, so daß Großbritannien von der Schutzzollpolitik der übrigen Staaten unabhängig würde.

Ferner sollten die Länder, welche die Einfuhr britischer Produkte mit Zöllen belegten, in Zukunft nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt werden. Auch sollte ihnen die Gewährung von Darlehen versagt bleiben. Das Geld sollte vielmehr den britischen Kolonien und den übrigen britischen Besitzungen zugute kommen.

Handelsverträge sollten nicht mehr abgeschlossen, sondern Retorsionszölle auf alle Waren aus solchen Ländern erhoben werden, welche britische Waren mit Einfuhrzöllen belegten.

Die Vorschläge Farrer Ecroyds fanden zuerst starke Beachtung in Großbritannien und wurden auch von der Presse unterstützt.

Das Parlament verhielt sich aber ablehnend. Insbesondere war es der Handelsminister Joseph Chamberlain, der einer Einführung von Zöllen auf Lebensmittel entgegentrat.[1]) Chamberlain verurteilte aufs heftigste die Reziprozität und Retorsion und trat mit Begeisterung für den „einseitigen Freihandel" ein.

De Bewegung aber wuchs von Jahr zu Jahr. Als Marquis v. Salisbury im Jahre 1885 Premierminister wurde, nahm er der Fair Trade-Bewegung gegenüber eine durchaus freundliche Stellung ein, obwohl er als Freihändler galt. Der radikale Chamberlain griff daher das Kabinett Salisbury stark an. 1886 wurde es tatsächlich gestürzt.

III. Der Verfall.

Auf einer Versammlung der konservativen Vereine zu Oxford im Jahre 1887 erlebte die Fair Trade-Bewegung ihren Höhepunkt. Mit überwältigender Mehrheit trat man dort für die protektionistischen Bestrebungen ein.

Die darauf folgende Einführung des Markenschutz-Gesetzes (Merchandise of Marks Act)[2]) kann als der offizielle Beginn der Abkehr Britanniens vom Freihandelsprinzip angesehen werden. Dieses Gesetz schrieb vor, daß alle in England anlangenden fremden Waren mit einer Bezeichnung des Ursprungslandes (z. B. „Made in Germany") versehen sein mußten.

Mit dem Jahre 1887 begann aber auch zugleich der rapide Verfall der Bewegung. Die Liberale Partei, welche die Fair Trade-Bewegung anfangs unterstützt hatte, wandte sich bald nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise wieder von ihr ab.

Die Konservativen, die damals nur mit Unterstützung der freihändlerischen Unionisten eine Mehrheit im Parlament erlangen konnten, wollten wegen der Fair Trade-Frage ihren Einfluß nicht verlieren. Zudem hatten sie starke Bedenken gegen den Getreidezoll, der doch ein wichtiger Punkt auf dem Programm der Fair-Trader war.

Die Aufgabe der Unterstützung seitens der konservativen Partei besiegelte das Schicksal der Bewegung.

---

[1]) Mackintosh, Alexander: „Joseph Chamberlain, an honest biography". London 1914, S. 69; Siehe auch Seite 266, 390.

[2]) Vom 23. August 1887.

Gegen Ende der achtziger Jahre trat die Erörterung des Fair-Trade in der Oeffentlichkeit völlig zurück. Die allgemeine starke Wirtschaftsbelebung ließ die Ziele in Vergessenheit geraten.

B. Die Chamberlain-Bewegung.

I. Joseph Chamberlain.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts kam es in England zu heftigen Parteikämpfen, an denen das ganze Land regen Anteil nahm. Die Gegensätze waren durch einen Versuch Joseph Chamberlains entstanden, eine völlige Umgestaltung der britischen Handelspolitik und den Uebergang von Freihandels- zum Schutzzoll-System herbeizuführen.

Joseph Chamberlain war streng nach den Grundsätzen des Freihandels erzogen worden. Wegen seiner radikalen Gesinnung und seiner Beredsamkeit gelangte er früh zur Bedeutung.

1876 wurde er ins Unterhaus gewählt, er übernahm dort bald die Führung der radikalen Partei. Im April 1880 wurde er von Gladstone als Präsident des Handelsamts ins Ministerium berufen.

1885 trat er mit Gladstone zurück, übernahm aber zu Beginn des folgenden Jahres im zweiten Ministerium Gladstone das Lokalverwaltungsamt.

Im folgenden Jahr kam es zum Bruch zwischen ihm und Gladstone.[1]) Am 26. März 1886 schied er aus der Regierung aus, weil Gladstone Home-Rule für Irland in Angriff zu nehmen begann. Dieser Schritt Chamberlains war um so verwunderlicher, als er selbst noch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre für Home-Rule gewesen war.

Mit dem Austritt aus dem Kabinett Gladstone vollzog sich Chamberlains Bruch mit der liberalen Partei. Er hat sich damals damit zu rechtfertigen gesucht, daß Gladstones Plan nicht nur Home-Rule, sondern auch die Abtrennung Irlands bedeute.[2])

Chamberlain zerstörte die Liberale Partei und gründete am 12. Mai 1886 die Unionistische Partei, deren Führung er mit Lord Hartington (Herzog von Devonshire) übernahm. Die Unionistische Partei setzte sich sowohl aus Konservativen wie auch aus Liberalen zusammen. Sie waren Gegner des Home-Rule und hielten an der Union England—Schottland—Irland fest.

Das Ministerium Gladstone wurde von der neuen Partei gestürzt. 1895 wurde mit der besonderen Unterstützung Chamberlains eine Art Koalitionsregierung gebildet. Sie bestand aus den Führern der liberalen Unionisten und der Konservativen. Premierminister war Salisbury. Chamberlain selbst bekleidete das Amt des Kolonialministers.

Es hat den Anschein, als ob die natürliche Entwicklung seiner Ansichten in dieser Zeit durch seine Beziehungen zu den vielen schutzzöllnerisch gesinnten Staatsmännern der Kolonien gefördert wurde.

Wir haben gehört, wie Chamberlain 1882 den Gedanken Farrer Ecroyds, das britische Reich auf Grund eines Zollvereins wirtschaftlich

1) Mackintosh, a. a. O., Seite 108 ff.
2) Mackintosh, a. a. O., Seite 111.

fest zusammenzuschließen, mit der Begründung bekämpfte, daß ein Zoll auf Lebensmittel ohne Steigerung des Preises nicht zu erreichen sei. Im November 1885 verurteilte er öffentlich die Schutzzoll-Idee, indem er auf das Elend hinwies, das das vergangene Zollsystem der Bevölkerung gebracht habe. Ja, noch im Jahre 1902 sprach er sich heftig gegen die Vorzugszölle aus, welche die Kolonien dem Mutterland gewährten.

Aber bald nach der Rückkehr von einer Rundreise durch die afrikanischen Kolonien hielt er am 15. Mai 1903 in Birmingham eine große Rede.[1]) Hierin kündigte er den neuen Kurs der Handelspolitik an. Er legte die Notwendigkeit dar, den Kolonien, die bereit seien, die englische Industrie durch ein System von Vorzugszöllen zu unterstützen, dafür eine Gegenleistung durch die Einführung von Zöllen auf Getreide und andere Produkte der Kolonien zu gewähren.

Diese Rede war eine erstklassige politische Sensation, weil eine Generation in Britannien herangewachsen war, welche nicht nur glaubte, daß Freihandel seit Olims Zeiten bestanden hätte, sondern auch der Ueberzeugung war, daß Freihandel und Prosperität Ursache und Wirkung seien.

Chamberlain führte die Aktion auf eigene Faust, ohne Einverständnis mit dem ganzen Kabinett, durch. Seine Agitation rief im Laufe des Sommers sowohl im Parlament und in der Regierung wie auch im ganzen Lande die heftigsten Diskussionen hervor. Die Meinungsverschiedenheiten spitzten sich immer mehr zu. Besonders in der Regierung gingen die Ansichten weit auseinander.

So eifrig sich auch der Premierminister Balfour bemühte, zwischen den Parteien zu vermitteln, konnte er doch den Ausbruch der Kabinettskrise im September 1903 nicht verhindern.

Chamberlain trat zurück, um frei zu sein und seine Propaganda fortsetzen zu können.

Zugleich erklärten aber auch eine ganze Reihe von Ministern, u. a. Ritchie, Lord George Hamilton, Lord Balfour of Burleigh, ihren Austritt aus dem Ministerium, weil Balfour sich geweigert hatte, Chamberlain eine weitere Agitation zu untersagen.

II. Die Zollreform-Kampagne.

Chamberlain begann nun eine überaus intensive Redekampagne im ganzen Lande. Bei seiner ersten Rede am 6. Oktober in Glasgow gab er Einzelheiten seiner Pläne bekannt.[2])

Er forderte einen Zoll von 2 s per Quarter für ausländisches Getreide. Getreide aus den Kolonien sollte zollfrei bleiben. Auf andere Nahrungsmittel, wie Fleisch, Milchprodukte usw. sollte ein Zollsatz von 5 % erhoben werden. Eingeführte Fertigwaren sollten mit einem Zoll von 10 % belegt werden. Nur Mais und Speck sollten von der Verzollung befreit bleiben.

---

[1]) Mackintosh, a. a. O., Seite 246. Siehe auch: Schwab, Marie: Chamberlains Handelspolitik, Jena 1905, Seite 11 ff.

[2]) Mackintosh, a. a. O., Seite 286.

Die Einnahmen aus den Zöllen sollten dazu verwandt werden, die Zölle auf Tee, Zucker und andere „breakfast"-Waren herabzusetzen. Eventuelle Ausfälle für das Schatzamt sollten durch Retorsion und Reziprozität gutgemacht werden.[1])

Chamberlain führte seine Kampagne mit Hilfe zweier verschiedener Verbände, der von ihm gegründeten Tarifreform-Liga und der Reichszoll-Kommission.

Die Zollreformer begegneten einer fast gleich intensiven Kampagne von seiten der Freihändler. Der Führer dieser Bewegung war Mr. Asquith, später Lord Oxford and Asquith.

Der oben erwähnte Rücktritt der Minister schwächte die konservative Regierung natürlich sehr. Denn er geschah gerade zu einer Zeit, als die Regierung sich mit vielen Streitfragen auseinander zu setzen hatte. Ende 1905 trat Balfour schließlich zurück. Er war bis zuletzt bemüht, eine Auflösung des Parlaments zu verhindern. Eine liberale Regierung unter der Führung von Sir Henry Campbell-Bannermann folgte. Das Parlament wurde sofort aufgelöst.

Während der Wahlperiode im Januar 1906 erreichte die Agitation der Tarifreformer ihren Höhepunkt. Als aber das neue Unterhaus im Februar 1906 zusammentrat, zählte es 512 Freihändler und Homeruler und nur 158 Unionisten. Unter den letzteren waren noch 16 Freihändler.[2])

Die Niederlage der Zollreformer war so vernichtend, daß viele glaubten, die Schutzzoll-Bewegung sei für immer erledigt. Aber die Zollreform-Liga blieb bestehen. Sie änderte jedoch ihr Programm nach der Wahl in einigen Punkten. Auf Grund dieser Wandlung kam es im Februar 1906 zu einer Verständigung zwischen Balfour und Chamberlain.

Im folgenden Jahr aber erhielt die Sache der Reformisten einen schweren Schlag durch den völligen Zusammenbruch Chamberlains, der dadurch gezwungen wurde, aus den Reihen der aktiven Propagandisten auszuscheiden.[3])

C. **Die protektionistische Bewegung nach Chamberlain.**

1. Chamberlains Nachfolger.

Die liberale Partei, die Chamberlain vernichtet hatte, war durch die Wahl von 1906 in neuem Gewande erstanden.

David Lloyd George war der Sieger von 1906 und der

---

[1]) Chamberlain behauptete, „daß die Einfuhrzölle vom Ausland getragen werden, und bezeichnete sie als eine Abgabe, welche die Fremden für das Recht, mit Großbritannien Handel zu treiben zu zahlen hätten." Aus Brentano, a. a. O., Seite 58.

[2]) Mackintosh, a. a. O., Seite 312. Vergl. auch F. W. Hirst, a. a. O., S. 55. und Bardoux, Jacques: Essai d'une Psychologie de l'Angleterre contemporaine. Paris 1907. Seite 275 ff.

[3]) Joseph Chamberlain hatte einen Schlaganfall erlitten. Er starb aber erst im Jahre 1914.

Führer zum britischen Neoliberalismus. Seine Bewegung behauptete sich bei der Wahl von 1910 gut. Aber im Weltkriege fand sie ihr Ende.

Die Zahl der Schutzzollanhänger stieg langsam. Bei den Wahlen von 1910 erhielten die Konservativen eine Reihe von Sitzen mehr als bei der Wahl von 1906. Aber sie blieben selbstverständlich durchaus in der Minorität.

Bemerkenswert ist, daß die Unionistische Partei sich auch bei dieser Wahl auf ein Schutzzollsystem mit Bevorzugung der Kolonien festgelegt hatte. Nach der Wahl wurde das Programm noch weiter geändert.

Im Dezember 1911 forderte Austen Chamberlain, der älteste Sohn Josephs, einen fünfprozentigen Wertzoll auf die Einfuhr von Lebensmitteln und einen zehnprozentigen Wertzoll auf die Einfuhr von Fabrikaten.

Diese Erklärung rief große Mißstimmung im ganzen Lande hervor. Denn die Lebensmittelzölle haben sich in Großbritannien nie einer besonderen Beliebtheit erfreut. Wenige Tage nach der Erklärung Chamberlains gab Bonar Law, ein eifriger Mitkämpfer des älteren Chamberlain bekannt, daß der Zoll auf Lebensmittel nur dann erhoben werden sollte, wenn die Regierungen der Dominions dies verlangten. Die Verantwortung wurde damit vom britischen Ministerium auf die Regierung der sich selbst regierenden Kolonien abgewälzt.

Im Jahre 1912 trat Balfour, der Nachfolger Joseph Chamberlains, von der Führung der Partei zurück. Im Unterhaus folgte ihm Bonar Law, der damals der eifrigste Vorkämpfer für Zollreform war. Die Führung der Schutzzöllner im Oberhaus übernahm Lord Lansdowne.

Zu dieser Zeit beschäftigte der Home-Rule-Streit das ganze Land sehr stark. Man glaubte, daß jeden Augenblick eine neue Wahl erfolgen könne. Den meisten Konservativen war die Lösung der Irischen Frage wichtiger als das Problem des Schutzzolls.

Fast alle Parlamentsmitglieder richteten eine Denkschrift an Bonar Law, in welcher er gebeten wurde, mit Rücksicht auf den kritischen Stand der Irischen Frage zunächst von weiteren Schritten in der Schutzzollfrage abzusehen. Bonar Law fügte sich diesem Ersuchen.

Die Schutzzollbewegung aber bestand weiter. Seit Chamberlain diesen Gedanken geweckt hatte, ist er nicht wieder in Vergessenheit geraten.

II. Die Abneigung gegen Zölle im Volke.

Das britische Volk dachte damals freilich anders. Nachdem das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts vorüber war, wurde ihm Eines klar: Chamberlain hatte den großen Fehler gemacht, den auch seine großen schutzzöllnerischen Vorgänger gemacht hatten (und manche seiner Nachfolger machen sollten). Er hatte die absterbende Position der britischen Industrie zu stark übertrieben.

1884 hatte Lord Randolph Churchill, ein temperamentvoller Gegner des Freihandels, bereits gesagt, die britische Eisenindustrie sei

erledigt. Die Seidenindustrie sei vom Ausland ermordet. Die Wollindustrie liege im Sterben. Die Baumwollindustrie sei schwer erkrankt. Ueberhaupt in jedem Industriezweig fände man Anzeichen tötlicher Krankheit, die auf das Freihandelssystem zurückzuführen seien.[1])

1903 hatte Chamberlain gerufen, der Zucker sei fort. Die Seide sei weg. Das Eisen sei bedroht. Alle Arbeiter würden bald ohne Brot sein, wenn es so weiter ginge.

Aber trotz Chamberlains Ruf stieg die Ausfuhr britischer Produkte von £ 300,711,040 im Jahre 1904 auf £ 525,245,289 im Jahre 1913. Während 1904 der Ausfuhr-Anteil pro Kopf der Bevölkerung nur 7 £ 1 s 2 d war, betrug er im Jahre 1913 11 £ 9 s 10 d.[2])

Die Uebertreibungen Chamberlains hatten eine sehr bezeichnende Reaktion. Viele Leute glaubten, daß die Vorschläge Chamberlains die letzte Rettung für einen Totkranken gewesen seien. Augensichtlich aber befände sich doch Großbritannien noch in recht guter gesundheitlicher Verfassung, so daß ihm die empfohlenen Hilfsmittel nur unzuträglich sein könnten.

Das Parlament vom Dezember 1910 bestand noch im August 1914. Durch den Ausbruch des Krieges wurde die Frage „Schutzzoll oder Freihandel" wie so manche andere Kontroverse vorläufig beigelegt.

---

1) F. W. Hirst, a. a. O., Seite 45.

2) Zahlen aus „Statistical Abstract of the United Kingdom from 1902 to 1916". London 1918, Seite 75.

2. Abschnitt.

Die protektionistischen Pläne und Maßnahmen während des Krieges.

A. Die Berichte und Beschlüsse während des Krieges.

Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde es klar, daß die wirtschaftliche Durchdringung des englischen Marktes mit deutschen Waren viel weiter fortgeschritten war, als sich dessen die Schutzzöllner oder gar die Freihändler je bewußt gewesen waren.

Die Abhängigkeit Englands vom deutschen Angebot trat vor allem bei der unerfüllbaren Nachfrage nach Farben, optischen Geräten und anderen wissenschaftlichen Instrumenten, Maßstäben, Magneten, Bogenlampen, Chemikalien und vielen anderen Waren zu Tage.

Auf Grund dieser schlechten Erfahrungen zu Beginn des Krieges wurde während dessen Dauer oft beraten, wie man sich nach Friedensschluß am besten vor der Invasion deutscher Waren schützen könne, um insbesondere die Schlüsselindustrie für immer vom Ausland unabhängig zu machen.

I. Der Bericht des beratenden Ausschusses des Handelsamts.

Der erste Bericht über dieses Problem erschien im Januar 1916.[1])

Der Ausschuß verlangte, „daß alle für die nationale Sicherheit des Landes notwendigen Waren im Inlande hergestellt würden und den dazu nötigen Schutz erhielten, und daß hohe Einfuhrzölle erhoben würden, um die Arbeitslöhne hochzuhalten.“[2])

Diesen Empfehlungen pflichtete die Konferenz der englischen Handelskammern bei. Sie verlangte jedoch ferner eine „Einschränkung des Handels mit allen gegenwärtig verfeindeten Staaten, welche geeignet sind, allen Dumpingversuchen einen Riegel vorzuschieben, die Wiederkehr von Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, zu verhindern und andererseits die heimische Industrie zu entwickeln.“ [3])

II. Die Konferenzbeschlüsse der Alliierten in Paris.

Im Juni 1916 fand eine bedeutende Wirtschaftskonferenz der Alliierten in Paris statt.

---

[1]) Bericht des beratenden Ausschusses des Handelsamts (Comittee's Report 1916) Cmd. 8275.

[2]) Brentano, a. a. O., Seite 442 f.

[3]) Brentano, a. a. O., Seite 442 f.

Man beriet auch dort über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die nach Beendigung des Krieges von den Alliierten gegen die Mittelmächte getroffen werden sollten.

Zu den Beschlüssen, die dort gefaßt wurden, bemerkte Brentano treffend, daß von ihnen „zweifelhaft ist, was größer war, ihre Gehässigkeit oder ihre Torheit." [1])

Den Mittelmächten sollte die Gewährung der Meistbegünstigung für eine Reihe von Jahren verweigert werden. Die Einfuhr von Waren aus den feindlichen Ländern sollte entweder verboten oder einem besonderen Zoll unterworfen werden.

Auf jeden Fall sollte verhindert werden, daß die Zentralmächte sich nach dem Kriege von den schweren Schäden erholten und zu neuem Reichtum gelangten.[2])

Die Entschlüsse wurden auf der Seite Großbritanniens von Walter Runciman als Präsident des Handelsamts unterzeichnet. Runciman war übrigens infolge einer Erkrankung verhindert gewesen, an der Konferenz teilzunehmen.[3])

Am 2. August 1916 wurden die Pariser Beschlüsse im Unterhaus besprochen. Der damalige Premierminister Asquith forderte, daß diese Beschlüsse nicht nur, wie geplant, für die Aufbauperiode, sondern für immer gelten sollten.[4])

III. Der Bericht des Balfour-Komitees.

Auf Antrag des Lord Balfour of Burleigh wurde ein Komitee eingesetzt, welches die Aufgabe hatte, Vorschläge über die industrielle und kommerzielle Wirtschaftspolitik, die nach dem Kriege betrieben werden sollte, mit besonderer Berücksichtigung der Pariser Beschlüsse zu unterbreiten.

---

[1]) Brentano, a. a. O., Seite 447.

[2]) Paris Economic Conference Resolutions (Cmd. 8271).

„Die Verbündeten beschließen, ohne Zögern die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sich in bezug auf Rohstoffe und die zur natürlichen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlichen Fabrikate von jeglicher Abhängigkeit von feindlichen Ländern frei zu machen. Die Maßnahmen sollen nicht nur die Unabhängigkeit der Verbündeten in bezug auf Zufuhrquellen, sondern auch in bezug auf die Organisation des Finanzwesens, des Handels und der Schifffahrt sichern.

Zur Durchführung dieses Beschlusses werden die Verbündeten Mittel und Wege wählen, die ihnen je nach der Natur der Waren und je nach den leitenden Grundsätzen ihrer Wirtschaftspolitik am geeignetsten erscheinen. Hier käme vor allem in Frage: Unterstützung, Leitung oder Kontrolle der Unternehmungen durch die betreffenden Regierungen selbst; Vorschüsse, um wissenschaftliche und technische Forschungen, die Entwicklung der Industrie und der nationalen Hilfsquellen zu fördern; Zölle und zeitweilige oder dauernde Verbote, oder endlich eine Vereinigung all dieser Mittel. Wie auch die angewandten Mittel sein mögen, das Ziel der Verbündeten ist, die Produktion in all ihren Gebieten genügend zu erhöhen, damit sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber den feindlichen Mächten aufrechterhalten und ausdehnen können."

Aus Schuster und Wehberg: Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Herausgegeben vom Königlichen Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm-Stiftung. I. Abt.: England. Jena 1917. Seite 349.

[3]) Williams, a. a. O., Seite 26.

[4]) Williams, a. a. O., Seite 27.

Lord Balfour selbst wurde von Asquith mit dem Vorsitz dieses sogen. „Committee on commercial and industrial policy after the war" betraut.

Im Dezember 1917 legte der Balfour-Ausschuß seinen Schlußbericht [1]) vor. Dieser Bericht bildete den „Höhepunkt der Schutzzollbewegung während des Krieges".[2])

Ein völliger Umschwung der Zollpolitik wurde gefordert. Die englischen Produzenten sollten von der Regierung verlangen können, auf dem heimischen Markt gegen Dumping und gegen die Einführung von „sweated goods" [3]) geschützt zu werden.

Die Schlüsselindustrien [4]) müßten um jeden Preis geschützt werden. Für die übrigen Industrien kämen Schutzzölle und staatliche Unterstützungen anderer Art nur in Frage, wenn sie für die nationale Sicherheit oder für die britische Wirtschaftsmacht und das allgemeine Wohlergehen von wirklicher Bedeutung seien und durch die ausländische Konkurrenz bedroht wären.[5])

Den überseeischen britischen Besitzungen einerseits und den Alliierten und Neutralen andererseits sollten Vorzugszölle gewährt werden.

Bis auf die Baumwoll- und Schiffbau-Industrie waren alle britischen Unternehmen mit dem Bericht einverstanden.

B. **Die McKenna-Zölle.**

Der erste Schritt vom Freihandel zum Schutzzoll wurde 1915 vollzogen. Die Finanzlage hatte die Einführung eines Ergänzungsbudgets notwendig gemacht. Im September 1915 wurden mit diesem Budget die sogenannten „New Import Duties" eingeführt.

Die Zölle trugen seit ihrer Einführung den Namen ihres Urhebers, des damaligen Schatzkanzlers Reginald McKenna.

Auf Automobile, Motorräder, Musikinstrumente, Schallplatten, Stand- und Taschen-Uhren und Filme wurde ein Zoll in Höhe von 33⅓ % ad valorem gelegt. Als Begründung wurde angegeben, die

---

[1]) Cd. 9035.

[2]) Brentano, a. a. O., Seite 448.

[3]) „The producers of this conuntry are entitled to require from the home market against dumping . . . and against the introduction of sweated goods". Aus dem Bericht Cd. 9035.

„Sweated goods" sind solche Waren, die in anderen Ländern gegen unzureichende Entlohnung hergestellt sein sollen.

[4]) "Those industries which have been already described as key or pivotal should be maintained in this country at all hazards and at any expence." Aus dem Bericht Cd. 9035.

Als Schlüsselindustrie bezeichnet das Committee in einem Interimsbericht, der bereits im April 1917 erschien, auch die Farbenindustrie, die Magneten-, optische und chemische Glas-Industrie.

Vergl. Brooks, Collin: This tariff Question. London 1931, Seite 166.

[5]) „As regards other industries, protection by means of Customs Duties or Government assistance in other forms should be afforded only to carefully selected branches of industry, which must be maintained either by reasons of national safety or on the general ground that it is undesirable that any industry of real importance to our economic strength and well-being should be allowed to be weakened by foreign competition or brought to any serious extent under alien domination or control." Cd. 9035.

Luxusausgaben müßten herabgemindert und Schiffsraum für die Einfuhr notwendiger Güter gespart werden.

Bei der Einführung wurde die Versicherung gegeben, daß die Zölle nur während der Dauer des Krieges erhoben würden.

Es entstand sofort eine Diskussion über den Charakter der Zölle. Die Freihändler behaupteten, daß die neuen Zölle offensichtliche Schutzzölle seien. Ihre Einführung sei dem Schatzkanzler von den Zollreformern des Koalitions-Kabinetts aufgezwungen worden.

Dagegen wurde eingewandt, daß die von den Zöllen betroffenen Industrien derzeit hauptsächlich mit der Herstellung solcher Artikel beschäftigt seien, die zur Kriegführung notwendig waren. Die Zölle könnten sich daher gar nicht als Schutzzölle auswirken.

Die Regierung war bemüht, den vertagten Kampf in der Streitfrage „Schutzzoll oder Freihandel?" jetzt nicht wieder aufleben zu lassen. Der Premierminister Asquith versicherte, daß es völlig verfehlt sei, die McKenna-Zölle als Beginn einer Zollreform zu bezeichnen. Sie würden gleich nach Beendigung des Krieges wieder abgeschafft werden. McKenna selbst betonte immer wieder, daß nur die Kriegsnotlage die Einführung der Zölle erzwungen habe. Ueber den Charakter der Zölle könne man sich unterhalten, wenn wieder Frieden sei. Gegenwärtig müsse man auf eine theoretische Besprechung verzichten, weil die Lösung wichtigerer Fragen dränge.[1])

Nach Beendigung des Krieges aber wurden die McKenna-Zölle tatsächlich nicht abgeschafft. Ihre Beibehaltung wurde 1919 vom damaligen Schatzkanzler Austen Chamberlain durchgesetzt. Chamberlain behauptete, daß diese Zölle als Finanzzölle notwendig blieben. Dieselbe Begründung für eine Beibehaltung gab Stanley Baldwin an, als er 1923 das Schatzkanzleramt bekleidete. Auf die wertvollen Einnahmen könne kein Schatzkanzler verzichten.

1924 aber wurden die McKenna-Zölle von Philip Snowden, dem Schatzkanzler der ersten Arbeiterregierung abgeschafft.

11 Monate später jedoch führte sie Winston Churchill als Schatzkanzler der zweiten konservativen Regierung wieder ein. Seitdem sind sie bestehen geblieben.

---

1) Brooks, a. a. O., Seite 163.

3. Abschnitt.

Die protektionistischen Maßnahmen nach dem Kriege.

A. Die Maßnahmen der Koalitions-Regierung.

Am 22. November 1918 gaben die beiden Führer der Koalitions-Regierung Lloyd George und Bonar Law eine gemeinsame Erklärung [1]) über die künftige Wirtschaftspolitik Britanniens ab.

Der Krieg habe gelehrt, daß es für das Leben einer Nation eine große Gefahr bedeute, in dem Bezug lebensnotwendiger Güter von anderen Ländern abhängig zu sein. Die Schlüsselindustrien müßten daher in Zukunft auf jeden Fall geschützt werden. Ferner müsse die „unfaire Konkurrenz" beseitigt werden, die der britischen Industrie durch das Dumping fremder Länder [2]) entstehe.

Die Einführung einer Präferenz für die Waren der Empire-Länder wurde zugesichert.

I. Das Budget von 1919.

Mit dem ersten Nachkriegsbudget vom Jahre 1919 wurden zwei wichtige Entscheidungen getroffen. Erstens wurden die McKenna-Zölle, wie wir bereits erwähnt haben, weitergeführt, obwohl die besonderen Voraussetzungen, die damals ihre Einführung bewirkten, nicht mehr gegeben waren. Zweitens wurde der Grundsatz der Dominial-Präferenz [3]) durchgeführt.

Der Fortführung der McKenna-Zölle lag zweifellos in erster Linie das Verlangen der Industrien zugrunde, ihre normale Produktion unter dem Schutz vor ausländischer Konkurrenz wieder aufnehmen zu können. Die Einführung der Präferenz für die Empire-Länder war auf die Empfehlung des Balfour-Komitees zurückzuführen.

Außer den McKenna-Zöllen fanden sich im Budget von 1919 noch die alten spezifischen Finanzzölle der Vorkriegszeit.

II. Die Farben-Akte.

Im folgenden Jahre wurden weitere Empfehlungen des Balfour-Komitees in die Tat umgesetzt.

Am 15. Januar 1921 trat die sogen. Farben-Akte, Dye-Stuffs-Regulation Act, 1920, in Kraft. Nach diesem Gesetz wurde

---

[1]) Wörtlich zitiert bei Williams, a. a. O., Seite 31.

[2]) Fremde Länder (foreign countries) sind alle Länder, die nicht zum britischen Staatenbund (British Empire) gehören.

[3]) Mit „Dominial-Präferenz" bezeichnet man die Zollbevorzugung, die Großbritannien den Dominions gewährt, während man die Vorzugsbehandlung, welche die Dominions und Kolonien den Produkten des Mutterlandes zukommen lassen, „britische Präferenz" nennt.

die Einfuhr aller synthetischen, organischen Farbstoffe und Farben auf die Dauer von zehn Jahren verboten.

Eine Einführung von Farben bedurfte künftig einer besonderen Genehmigung. Zu diesem Zwecke wurde ein „Licensing Committee" eingesetzt, das aus Farben-Produzenten und -Konsumenten bestand.

Ende 1930 fand ein scharfer Streit zwischen dem Oberhaus und der Arbeiter-Regierung anläßlich der Weiterführung der Farben-Akte statt. Das Oberhaus gewann schließlich.[1]) Das Gesetz wurde verlängert.

III. Das Industrie-Schutzgesetz.

Am 1. August 1921 genehmigte die Koalitions-Regierung die Einführung des Industrie-Schutzgesetzes, Safeguarding of Industries Act, 1921.

Das Gesetz zerfiel in zwei Teile. Der erste Teil betraf lediglich die Schlüsselindustrien. Vom 1. Oktober 1921 ab sollte auf die Dauer von fünf Jahren ein Zoll in Höhe von 33⅓ % des Wertes auf folgende Waren gelegt werden: optisches Glas und optische Instrumente, Becher, Flaschen, Glasgeräte, wissenschaftliche Meßinstrumente, Radioröhren, Magnetzünder, Kohlestifte und bestimmte Chemikalien. Die Einfuhr der genannten Waren aus den Empire-Ländern blieb zollfrei.

Teil II des Industrie-Schutzgesetzes richtete sich gegen das Dumping fremder Länder. Industrien, die durch fremdes Dumping betroffen wurden, hatten das Recht, Schutz zu beantragen. Das Handelsamt konnte für jeden Antrag einen besonderen Ausschuß einsetzen, der die Lage der betreffenden Industrie genau zu untersuchen hatte. Wenn die Kommission alle Bedingungen für gegeben erachtete, konnte sie die Einführung eines Zolles empfehlen. Das Handelsamt war dann ermächtigt, eine Gesetzesvorlage im Unterhause einzubringen. Erst nachdem die Vorlage vom Unterhaus genehmigt war, sollte das Gesetz in Kraft treten können.

Eine besondere Bestimmung wurde gegen das Valuta-Dumping getroffen. Hiernach konnte ein Schutz jedoch nur dann gewährt werden, wenn die betreffende ausländische Währung wenigstens um ⅔ ihres normalen Wertes gesunken war.

Die Zölle, die unter Teil II des Industrie-Schutzgesetzes fielen, sollten nicht gegen alle, sondern nur gegen bestimmte Länder erhoben werden. Der Zollsatz war in jedem Fall 33⅓ % vom Wert. Der Valutadumping-Schutz sollte für die Dauer von drei Jahren gelten. Die allgemeinen Anti-Dumping-Bestimmungen waren für immer gedacht.

Nahrungsmittel und Getränke wurden vom Schutze dieses Gesetzes ausdrücklich ausgenommen.

Nicht ein einziger Erlaß wurde auf Grund dieser allgemeinen Bestimmungen des Teiles II gewährt. Die wenigen Anträge, die man eingereicht hatte, wurden abgewiesen. Nur sieben Industrien wurde

[1]) Siehe Seite 28.

Schutz gegen Valuta-Dumping gewährt.[1]) Sämtliche Anträge richteten sich gegen Deutschland.[2]) Diese Valuta-Dumping-Zölle sollten drei Jahre Geltung behalten.

Wie geplant wurden sie tatsächlich im August 1924 wieder abgeschafft.

IV. Die Gesetze gegen die Einführung von Hopfen und zur Förderung des Rübenzucker-Anbaues.

Die Koalitions-Regierung traf noch zwei andere Maßnahmen, durch welche die Grundsätze des Freihandels angegriffen wurden.

Die Hopfenindustrie war infolge des starken Rückganges des Bierverbrauchs während des Krieges in große Schwierigkeiten geraten. 1917 wurde eine Hopfen-Kontrolle eingeführt, die nach dem Kriege durch die sogen. Ministry of Food (Continuance) Act, 1920 für die Dauer von 5 Jahren verlängert wurde. Danach konnte Hopfen nur mit Genehmigung des „Hop Controllers" eingeführt werden. 1925 wurde an Stelle der Hopfenkontrolle ein Schutzzoll gesetzt.

Schon während des Krieges war man eifrig bemüht gewesen, die Zuckerrüben-Industrie in England auszubauen. Im Jahre 1922 wurde von der Regierung ein wesentlicher Schritt zur Förderung des Zuckerrüben-Anbaus unternommen. Mit dem Budget von 1925 wurde die Steuer auf heimischen Zucker ebenso wie der Zoll auf Empire-Zucker abgeschafft.

B. **Die erste Konservative Regierung.**

I. Die Kabinett-Streitigkeiten.

Im Herbst 1922 brachen Streitigkeiten innerhalb des Ministeriums aus. Auf der Zusammenkunft der konservativen Parlamentsmitglieder am 19. Oktober wurde beschlossen, aus der Koalition auszutreten. Der Führer der Konservativen Partei, Austen Chamberlain, sowie andere einflußreiche Mitglieder waren gegen den Austritt aus der Regierung.

Noch an demselben Tage trat die Regierung zurück. Chamberlain legte sein Amt als Parteiführer nieder. Bonar Law, der vor kurzem aus Gesundheitsrücksichten von diesem Amt zurückgetreten war, übernahm es jetzt wieder.

Am 23. Oktober 1922 wurde Law zum Premierminister ernannt. Stanley Baldwin wurde sein Schatzkanzler. Am 26. Oktober löste Law das Parlament auf.

Die Konservativen waren eifrigst darauf bedacht, die Mehrheit zu erlangen. Da die politische Situation etwas ungewöhnlich war, ver-

---

[1]) Mit Wirkung vom 23. August 1922 wurden Zölle auf Stoffhandschuhe, Handschuhstoff, Haushalts- und Beleuchtungswaren, Küchengeschirr und Glühlichtstrümpfe (24. Oktober 1922) eingeführt.

[2]) Hierbei wurde die Verpflichtung Deutschlands zu Reparations-Leistungen gänzlich außer acht gelassen. Denn gerade solche Waren wurden mit Zöllen belegt, mit deren Ausfuhr Deutschland nur seine Schulden bezahlen konnte. Brentano, a. a. O., Seite 443.

mieden sie in ihrem Programm alles, was irgendwie zu Meinungsverschiedenheiten führen könnte. Law versprach in seinem Wahlmanifest, daß kein Wechsel der Zollpolitik eintreten werde, wenn seine Partei ans Ruder gelange.[1] Er wolle eine Reichswirtschaftskonferenz berufen, um eine weitere Festigung der Handelsbeziehungen innerhalb des Empire herbeizuführen.

Die Parlamentswahl, die am 15. November stattfand, brachte der Konservativen Partei eine Mehrheit von 79 Stimmen. Die Lebenszeit dieses Parlaments gewährte genau 1 Jahr und 1 Tag. Während dieser Zeit wurde das britische Zollsystem tatsächlich in keiner Weise verändert.

Schon nach einigen Monaten mußte Bonar Law wieder aus Gesundheitsrücksichten von der Führung seines Amtes zurücktreten. Am 22. Mai 1923 folgte ihm Stanley Baldwin. Schatzkanzler wurde an Stelle Baldwins Winston Churchill.

II. Baldwins Wandel.

Während seiner Amtszeit suchte eine Gruppe von Protektionisten den neuen Premierminister für ihre Interessen zu gewinnen. Immer und immer wieder machten sie sich daran, ihn davon zu überzeugen, daß es nur ein einziges Mittel gebe, das die Wirtschaftsdepression beheben und die Arbeitslosigkeit beseitigen könne, das sei der Schutzzoll.

Auf der Reichskonferenz vom Herbst 1923 versprach der Handelsminister Sir P. Lloyd Greame, später Sir P. Cunliffe-Lister, den Dominions die Einräumung weiterer Zollvorzüge.

Zu diesem Zwecke mußte Britannien aber erst Zölle einführen. Bonar Law hatte die Einführung solcher Zölle zum Zwecke der Präferenzgewährung befürwortet und versprochen.

Baldwin, der als Vertrauter und engster Mitarbeiter Laws nie ein Freund des Freihandels gewesen war, schien schließlich von der vielfachen Notwendigkeit der Zollmaßnahmen überzeugt zu sein. Schon am 25. Oktober auf dem konservativen Parteitag, den er als Führer der Partei leitete, erklärte er, daß das Arbeitslosenproblem bei Beibehaltung des gegenwärtigen Systems der freien Einfuhr nicht gelöst werden könne. Die Wirtschaftslage mache es notwendig, „to introduce a general system of Protection." [2]

Am 2. November sprach Baldwin in der Free-Trade-Hall zu Manchester.[3] Hier legte er zum ersten Male seine Abkehr von den Freihandelsgrundsätzen dar. Er wies besonders auf die veränderte Lage Großbritanniens gegenüber der Vorkriegszeit hin. Für Großbritannien gelte es, von Amerika unabhängig zu werden. Als Ziel

---

[1] "I have made it plain, and I am going to make it plainer, that just because I think any violent change would be bad at the present time, this Parliament will not make any fundamental change in the fiscal system of this country."
Aus einer Wahlrede Bonar Laws in London am 7. November 1922.
Bericht der Morning Post vom 8. XI. 1922.

[2] Bericht der Morning Post vom 26. X. 1922.

[3] Bericht der Morning Post vom 3. XI. 1923.

stellte er ein großes Reich hin, das den Vereinigten Staaten von Amerika ähnlich sei. Die überseeischen Besitzungen sollten dem Mutterlande die Rohstoffe liefern, an denen sie ebenso reich seien wie die Vereinigten Staaten. Die Produkte der Empire-Länder müßten vor allen anderen Erzeugnissen bevorzugt werden. Gewähre man ihnen die Präferenz nicht, so würden sie, da sie ja nicht autark seien, engere Handelsbeziehungen mit fremden Ländern anknüpfen.

Baldwin wurde mehr und mehr davon überzeugt, daß sofortige Schritte zur Einführung eines Schutzzolles zu unternehmen seien.

Da das Unterhaus in seiner Mehrheit aus Freihändlern bestand, war keine Aussicht vorhanden, daß die geplanten Maßnahmen vom Parlament genehmigt würden. Baldwin löste daher das Parlament am 16. November kurz entschlossen auf.

Ein kurzer, aber scharfer Wahlkampf folgte. Er wurde von den Konservativen mit dem Schlagwort „Protection" geführt. Im Wahlmanifest Baldwins waren die Forderungen, zum Protektionismus überzugehen, präcise begründet.[1])

C. **Die Gegenmaßnahmen und Pläne der ersten Arbeiter-Regierung.**

Die Wahl[2]) brachte aber den Sieg der Freihandelsidee. Nur 258 Konservative kehrten ins Parlament zurück. Ihre Partei war zwar noch die absolut größte, aber gegen die übrigen Parteien zusammen war sie mit 99 Stimmen in der Minorität. Die nächststärkste Partei

---

[1]) U. a. hieß es da: "What we propose to do for the assistance of employment in industry, if the nation approves, is to impose duties on imported manufactured goods, with the following objects: —

(a) To raise revenue by methods less unfair to our own home production which at present bears the whole burden of local and national taxation, including to cost of relieving unemployment.

(b) To give special assistance to industries which are suffering under unfair foreign competition.

(c) To utilise these duties in order to negotiate for a reduction of foreign tariffs in those directions which would most benefit our export trade.

(d) To give substantial preference to the Empire on the whole range of our duties with a view to promoting the continued extension of the principle of mutual preference which has already done so much for the expansion of our trade, and the development, in co-operation with the other Governments of the Empire, of the boundless resources of our common heritage.

Such a policy will defend our industries during the present emergency and will enable us, as more normal conditions return, to work effectively, to secure a greater measure of real Free Trade both within the Empire and with foreign countries. Trade which is subject to the arbitrary interference of every foreign tariff, and at the mercy of every disturbance arising from the distractions of Europe, is in no sence free, and is certainly not fair to our own people.

It is not our intention, in any circumstances, to impose any wheat, flour, oats, meat (including bacon and ham), cheese, butter or eggs".

Aus Williams, a. a. O., Seite 46 f.

[2]) Genaues Ergebnis

	Stimmen	Sitze
Konservativen:	5 545 000	258
Arbeiter:	4 348 000	191
Liberale:	4 314 000	155

The Statist v. 8. VI. 1929, Seite 1112.

war die Arbeiterpartei mit 191 Stimmen geworden. Die Liberalen erhielten 155 Sitze.

Das Verhältnis Schutzzoll zu Freihandel stand nach dem Ergebnis dieser Wahl etwa 100 : 133 für Freihandel.

Schon am 19. Januar 1924 wurde die konservative Regierung, die nach der Wahl nicht zurückgetreten war, auf Antrag der Arbeiterpartei gestürzt.

An ihrer Stelle wurde die erste Arbeiter-Regierung errichtet. James Ramsay MacDonald übernahm das Amt des Premierministers. Philip Snowden wurde Schatzkanzler.

MacDonald hatte in seinem Wahlaufruf erklärt, daß die Vorschläge, die bei der Reichswirtschaftskonferenz gemacht wurden, dem Unterhaus zur Debatte vorgelegt werden sollten. Am 17. und 18. Juni 1924 fand diese Besprechung statt. Die vier Vorschläge, die eine Herabsetzung der Zollhöhe für Empire-Waren vorsahen, wurden sämtlich abgelehnt. Infolgedessen legte Baldwin die übrigen Vorschläge, welche die Einführung neuer Zölle brachten, dem Hause gar nicht erst zur Debatte vor.

In seiner Budgetrede kündigte Philip Snowden seinen Entschluß an, die McKenna-Zölle abzuschaffen. Aus besonderen Gründen sollten sie noch bis zum 1. August anstatt bis zum 1. Mai weitergeführt werden. Ferner sollte Teil II des Industrieschutzgesetzes, sofern es sich auf das Valutadumping bezog, nicht verlängert werden. Außerdem wurden die Zölle auf Tee, Kakao, getrocknete Früchte, Kaffe, Zichorie und Zucker herabgesetzt.

Die Reduktion dieser Lebensmittelzölle hatte zur Folge, daß sich die absolute Höhe der Präferenz ebenfalls verringerte. Denn die Präferenzen waren sämtlich Teilbeträge der Zölle auf ausländische Produkte.

Am 30. Juli 1924 kündigte Snowden jedoch einen Schritt in der anderen Richtung an. Er schlug vor, dem heimischen Zuckerbau eine Unterstützung[1] von 19 s 6 d pro cwt zu gewähren. Jedoch sollte auf diesen Zucker eine Steuer von 9 s 9 d erhoben werden, so daß die Unterstützung für raffinierten Zucker effektiv 9 s 9 d betragen würde. Dadurch erhalte der heimische Zucker eine Bevorzugung vor dem ausländischen Zucker. Die Unterstützung war zunächst für 10 Jahre gedacht.

Aber noch bevor der Vorschlag Gesetz werden konnte, wurde die Arbeiter-Regierung auf Grund eines Mißtrauensantrages am 8. Oktober 1924 gestürzt.

D. **Die protektionistischen Erfolge der zweiten konservativen Regierung.**

I. Der konservative Wahlsieg.

Am 9. Oktober 1924, ein Tag nach dem Sturz der Arbeiter-Regierung, wurde das Parlament aufgelöst. Baldwin wandte sich in

[1]) Williams, a. a. O., Seite 52.

seinem Wahlmanifest [1]) sehr scharf gegen die Arbeiter-Regierung und ihre Freihandelspolitik.

Die Wahl[2]) gestaltete sich zu einem großen Siege der Konservativen.

Baldwin wurde wieder Premierminister. Er stand jetzt an der Spitze einer Mehrheit, deren Angehörige zum größten Teil Schutzzöllner waren.

Aber er war nach den schlechten Erfahrungen des Vorjahres vorsichtig geworden. Bei der Eröffnung des neuen Parlaments am 17. Dezember 1924 sagte er: „Wir haben kein Mandat für Schutzzoll erhalten. Wir haben auch keines verlangt!" [3])

Damit enttäuschte er eine große Zahl seiner Anhänger. Um aber die Mehrheit zu behalten und um trotz seines Versprechens sein Ziel doch zu erreichen, änderte er seine Taktik.

Eine der ersten Taten der neuen Regierung war zunächst die Genehmigung des Rübenzuckervorschlages der Arbeiter-Regierung. Am 27. März 1925 erhielt das Zucker-Unterstützungsgesetz (British Sugar Subsidy Act) die königliche Unterschrift.

II. Das 2. Industrie-Schutzgesetz.

Bereits am 5. Februar 1925 veröffentlichte das „Board of Trade Journal" die verwaltungstechnischen Durchführungsbestimmungen des neuen Industrie-Schutzgesetzes (Safeguarding of Industries, White Paper). In echt englischer Vorsicht und taktischer Geschicklichkeit war dieses 2. Industrie-Schutzgesetz äußer-

---

[1]) Es heißt da u. a. wörtlich: „The folly comitted by the government os choosing such a time in order to abolish the McKenna duties and Part II of the Safeguarding of Industries Act, under which certain industries were rapidly expanding and giving increasing employment, and the even greater folly of wrecking the adoption of the proposals of the Imperial Economic Conference, are now too clearly evident.

The Unionist Party would be unfaithful to its principles and to its duty if it did not treat the task of grappling with the unemployment of our people and with the serious condition of industry as primary obligation. While a general tariff is no part of our programme, we are determined to safeguard the employment and standard of living of our people in any efficient industry in which they are imperilled by unfair foreign competition, by applying the principle of the Safeguarding of Industries Act or by analogous measures.'

Williams, a. a. O., Seite 52—53.

[2]) Kurz vor der Wahl wurde der sogen. Zinoview-Brief veröffentlicht, der schwere Anschuldigungen gegen die Arbeiterpartei enthielt. Später stellte sich heraus, daß dieser Brief gefälscht war.

Für den Ausfall der Wahlen war er aber von größter Bedeutung. Die Arbeiter verloren dadurch viele Stimmen. Andererseits wählten aber auch viele Liberale konservativ, weil sie die Rückkehr einer starken antisozialistischen Partei verlangten.

Genaues Ergebnis der Wahl:

	Stimmen	Sitze
Konservative Partei	7 838 000	413
Arbeiter Partei	5 489 000	150
Liberale Partei	2 925 000	40

The Statist vom 8. VI. 1929, Seite 1112.

[3]) Bericht der Times vom 18. XII. 1924.

lich vollkommen an die erste unter Lloyd George eingebrachte Safeguarding Act angelehnt.

Das neue Gesetz enthielt ebenfalls die Versicherung, daß auf Nahrungsmittel und Getränke keinesfalls ein Zoll erhoben würde.

Neu war, daß sich die Bestimmungen nicht mehr gegen bestimmte Länder richteten, sondern generell gegen alle Einfuhrländer zur Anwendung kamen.

Die Einführung dieses neuen Gesetzes bedeutete den Beginn der indirekten Politik des Protektionismus. Brentano bezeichnete die 2. Safeguarding-Bestimmungen als ein Gesetz, das unter dem Namen „Erhaltung der Industrie" Schutzzölle einführte, aber zu feige war, sich dazu zu bekennen.[1])

Man war bei der Kritik des neuen Systems sowohl auf seiten der Schutzzöllner wie auch auf seiten der Freihändler recht zurückhaltend. Die Freihändler setzten ihre Hoffnung auf den Schatzkanzler Winston Churchill, der damals noch als Freihändler galt.

Nur MacDonald trat energisch gegen das neue System auf. Es bedeutete eine einschneidende Umkehr für die Zollpolitik Englands. Ganz richtig sah er schon damals, daß es nachher schwer war, sich von den protektionistischen Eingriffen zu befreien, wenn man einmal damit begonnen hatte.

Alles in allem wurden 50 Gesuche unter dem 2. Industrieschutzgesetz eingereicht. In 18 Fällen wurden Untersuchungsausschüsse für nur 15 Industrien eingesetzt; denn drei Industrien hatten nach Ablehnung des ersten Antrages einen zweiten eingereicht, als sich die Bedingungen geändert hatten.

Die Ergebnisse der Entscheidungen über die Anträge der 15 Industrien sind auf der folgenden Tabelle zu ersehen.

[1]) Brentano, a. a. O., Seite 448.

Tabelle I.[1])

Ergebnisse der Entscheidungen über die Erteilung von Zollschutz auf Grund des 2. Industrie-Schutzgesetzes.

Entschieden am:			Warengattung	Bericht No.	Ergebnis
1925	9.	III.	Spitzen und Stickereien	Cmd. 2403	angenommen
	19.	III.	Superphosphate	„ 2475	abgelehnt
	25.	IV.	Lederhandschuhe, Stoffhandschuhe, Handschuhstoffe	„ 2531	angenommen
	25.	IV.	Glühstrümpfe	„ 2533	„
	7.	IX.	Packpapier	“ 2539	„
	12.	IX.	Bürsten und Besen	„ 2549	abgelehnt
	29.	IX.	Messerschmiedewaren	„ 2540	angenommen
	14.	X.	Woll- und Kammgarne	„ 2635	abgelehnt
	2.	XI.	Aluminiumgeschirr	„ 2634	„
1926	25.	II.	Strumpfwaren	„ 2726	abgelehnt
	13.	IX.	Lederwaren und Metallgegenstände	„ 2837	„
	6.	X.	Transparente Töpferwaren	„ 2838	angenommen
1927	30.	IX.	Knöpfe, Nadeln, Klammern, Oesen, Druckknöpfe	„ 3080	angenommen [2])
	7.	XI.	Strumpfwaren (2. Antr.)	„ 3078	abgelehnt
1928	16.	I.	Granit	„ 3079	abgelehnt
	18.	I.	Taschentücher und Leinenwaren	„ 3096	„
	6.	III.	Alum.-Geschirr (2. Antr.)	„ 3115	angenommen
	22.	XII.	Woll- und Kammgarne (2. Antrag)	„ 3355	„

[1]) Nach Williams, a. a. O., Seite 57.
[2]) Nur Knöpfe angenommen, Nadeln, Klammern, Oesen, Druckknöpfe abgelehnt.

Aus dieser Aufstellung ist zu erkennen, wie stark sich das Handelsamt gegen die Wünsche der Industrie gewehrt hatte, obwohl es unter der Leitung des — wie die Freihändler sagten - „fanatischen Schutzzöllners" Sir P. Cunliffe-Lister stand.

Das Parlament war den Empfehlungen der Untersuchungs-Ausschüsse stets beigetreten.

Die Freihändler waren mit dem Ergebnis keinesfalls zufrieden. Den Komitees sei es offenbar weniger darauf angekommen, nach den sehr komplizierten Vorschriften des Gesetzes eine objektive Prüfung vorzunehmen, als auf irgend eine Weise zu Ergebnissen zu kommen, die sich äußerlich mit der Zusicherung Baldwins, keinen Protektionismus zu treiben, vereinbaren ließe, tatsächlich aber den Wünschen der Protektionsten weitgehend entgegen käme.

Viele Industriegruppen aber protestierten gegen die schwere Beweislast, die ihnen aufgebürdet wurde. Durch den umständlichen Verfahrensgang würden viele davon „abgeschreckt" und entmutigt, Anträge einzureichen.

III. Das Budget von 1925.

Das Budget von 1925 stand unter dem Zeichen des Wandels Winston Churchills. Churchill, der für die Liberale Partei kandidiert hatte, war zu den Schutzzöllnern übergegangen. „Mit dem Eifer eines Konvertiten folgte er in dem von ihm eingebrachten Budget von 1925 dem Satze, verehre, was Du verfolgt, und verfolge, was Du verehrt hast." [1])

Mit Wirkung vom 1. Juli 1925 wurden die McKenna-Zölle wieder eingeführt. Außerdem traten an demselben Tage Zölle auf Seide und Kunstseide in Kraft. Die letzteren waren ursprünglich lediglich als Finanzzölle gedacht und waren auch in der Tat eine recht bedeutsame Einnahmequelle.[2]) Mit der Zeit aber wirkten sie sich mehr und mehr als Schutzzölle aus.

Die Zölle waren teils spezifische, teils Wertzölle. Auf Seiden- und Kunstseiden-Waren aus britischen Reichsländern wurde ein Zoll in Höhe von $^5/_6$ des vollen Satzes erhoben.

Das System der Hopfen Kontrolle wurde abgeschafft und durch einen Schutzzoll in Höhe von 4 pro cwt. ersetzt. Für Bier wurde ein Zuschlagszoll von 10 d pro 36 Gallons erhoben. Der Hopfen- und Bierzoll sollte für die Dauer von 5 Jahren, vom 16. August 1925 ab, in Kraft bleiben. Die Präferenz hierauf betrug $^2/_3$ des vollen Satzes.

IV. Das Budget von 1926.

Mit dem Budget von 1926 wurden die Schlüsselindustrie-Zölle, die 1921 für die Dauer von fünf Jahren eingeführt waren, auf weitere zehn Jahre verlängert.

---

1) Brentano ,a. a. O., Seite 456.

2) "The duties are to me a revenue. They will bring in £ 1 600 000 a year in the first year und nearly £ 3 000 000 in a full year."
Mit diesen Worten begründete Winston Churchill die Einführung der Seiden-Zölle in seiner Budget-Rede vom 28. April 1925.
Bericht der Times vom 29. IV. 1925.

Mit demselben Budget wurden die Automobil-Zölle ausgedehnt auf Lastautomobile, Traktoren und Zubehörteile, die vorher ausgeschlossen waren. Der Zoll belief sich auf 33⅓ % des Wertes.

Ferner wurden mit Wirkung vom 1. Mai 1926 Zölle eingeführt auf Ergänzungsteile für optische und wissenschaftliche Instrumente (50 % vom Wert), für amorphe Kohle-Elektroden (33⅓ %) und für Molybdän und Vanadium, sowie deren Legierungen (33⅓ %).

Der bisherige Zoll von 33⅓ % für optische Gläser und Instrumente wurde auf 50 % ad valoren erhöht.

Gegen diese Maßnahmen wurde eine große Opposition laut. Jedoch blieb diese zunächst ohne praktische Erfolge, weil die Schutzzoll-Mehrheit in der Regierung zu groß war.

V. Die Budgets von 1927, 1928 und 1929.

Im Budget von 1927 führte Churchill einen 28 prozentigen Wertzoll auf durchsichtige und verglaste Töpferwaren ein. Die McKenna-Zölle wurden auch wieder erweitert. Autoreifen, die bisher als einzige Automobilteile zollfrei waren, wurden mit in die Reihe der Zölle für „Automobile und Zubehörteile" eingereiht.

Mit dem Budget von 1928 wurde der Rübenzucker-Zoll von 10 s 8 d auf 8 s 7 d herabgesetzt. Der Zollsatz von 11 s 8 d für Raffinaden blieb bestehen.

Der Zoll auf Wein wurde von 1 s auf 1 s 6 d pro Gallone erhöht. Auf Benzin und andere kohlenwasserstoffhaltige Oele wurde ein Zoll in Höhe von 4 d pro Gallone eingeführt.

Mit dem Budget von 1929 wurde der Zoll auf Tee fallen gelassen. Damit fiel auch die Präferenz für die Dominions und Kolonien fort.

VI. Weitere protektionistische Maßnahmen

a) Das neue Schutzmarken-Gesetz.

Einige andere Gesetzesbestimmungen mit durchaus protektionistischem Charakter wurden noch während der Lebenszeit der zweiten Konservativen Regierung eingeführt.

Am 15. Juni 1927 trat das 2. Schutzmarken-Gesetz (Merchandise Marks Act) in Kraft.[1]) Hiernach mußte jede mit einer Handelsmarke oder einem Firmennamen bezeichnete Ware bei der Einfuhr nach oder dem Verkauf in England das Ursprungsland aufweisen.[2])

b) Die Film-Akte.

Im gleichen Jahre wurde auch die Film-Akte (Cinematograph Films Act) eingeführt. Hierdurch wurden die Kinos ge-

[1]) Das erste Handesmarkengesetz war 1887 erlassen worden (Made in Germany!) Siehe Seite 6.

[2]) Eine Aufzählung aller Waren, die der Akte unterworfen wurden, findet sich bei F. Heyer: Die wirtschaftliche Gesetzgebung Großbritanniens in den Jahren 1928—29 und 1929—30 im „Weltwirtschaftlichen Archiv" 1931, April, Seite 621—627.

zwungen, im Jahre eine bestimmte Anzahl britischer Filme[1]) vorzuführen. Die Zahl wurde von Jahr zu Jahr erhöht. Der britischen Film-Industrie sollte damit über den Rahmen der McKenna-Bestimmungen hinaus ein Schutz insbesondere vor der überragenden amerikanischen Konkurrenz geschaffen werden.

E. **Die Gegenmaßnahmen der zweiten Arbeiter-Regierung.**

Bei der Wahl vom 29. Mai 1929 war die Parole der Konservativen Partei: Fortsetzung der bisherigen gemäßigten Formen von Safeguarding und Reichspräferenz. Die Arbeiterpartei und die Liberalen erklärten ihre Opposition gegen jede Art von Zollschutz und Vorzug. Diesmal gelang es Baldwin nicht, sich eine Mehrheit zu sichern.[2])

Eine zweite Arbeiter-Regierung unter der Führung James Ramsay MacDonald folgte.

Nach wenigen Tagen war das neue Kabinett gebildet. Die wichtigsten Ministerien wurden besetzt mit: Philip Snowden (Schatzkanzler), John Harry Thomas (Großsiegelbewahrer und Minister für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit), John Robert Clynes (Inneres), Arthur Henderson (Aeußeres).

Die erste Abstimmung im neuen Hause fand am 2. Juli 1929 über einen Antrag der Konservativen statt. Diese behaupteten, daß „the failure of your Majesty's Ministers to make any plain declaration of their policy in regard to the safeguarding, McKenna, and analogous duties and to maintenance of Imperial Preference, creates a condition of uncertanity prejudicial to trade and to the employment of the people."[3])

Damit wurde also nicht beantragt, den Schutz der heimischen Industrie auszudehnen und die Empire Präferenz zu vermehren, sondern es wurde nur die Ungewißheit verurteilt, welche die ministeriellen Erklärungen über diese Fragen ließen.

Die Debatte über diesen Antrag wurde ein prinzipielle Aussprache über die Frage „Freihandel oder Schutzzoll?" Das Ergebnis des Rede-

---

[1]) Nach den Bestimmungen des Gesetzes ist ein britischer Film ein solcher, der von einem britischen Unternehmer oder einer britischen Gesellschaft hergestellt, von einem britischen Schriftsteller geschrieben, in einem britischen Atelier aufgenommen ist, und bei welchem mindestens zwei Drittel aller Löhne und Gehälter an britische Staatsangehörige oder wenigstens an solche Personen gezahlt werden, die im Britischen Reiche ihren ständigen Wohnsitz haben.
Siehe Williams, a. a. O., Seite 66.

[2]) Genaues Ergebnis der Wahl:

	Stimmen	Sitze
Arbeiter	8 331 000	288
Konservative	8 612 000	257
Liberale	5 282 000	58

The Statist vom 8. VI. 1929, Seite 1112.
Die Stimmen der Liberalen waren im Vergleich zur letzten Wahl um 2 353 000 gestiegen. Das war etwa die Zahl der Liberalen, die 1924 auf Grund des Zinoview-Briefes konservativ gewählt hatten. Verglichen mit dem Wahlergebnis von 1923 hatten die Liberalen jetzt 964 000 Stimmen verloren.
Die Zahl der konservativen Stimmen war gegenüber der letzten Wahl um etwa 764 000 gestiegen.

[3]) The Statist vom 13. VII. 1929, Seite 51.

kampfes war der Sieg des Freihandels.[1]) Die Liberale Partei und fast die gesamte Arbeiterpartei erklärten sich für den Freihandel. Von den Konservativen waren 40 Mitglieder bei der Abstimmung abwesend.

Philip Snowden bereitete bald aller Ungewißheit über die Stellung der neuen Regierung zur Frage des Schutzzolles ein Ende. Am 2. Juli gab die Regierung bekannt, daß alle Safeguarding-Zölle am Fälligkeitstage abgeschafft würden. Kein einziger Antrag werde mehr angenommen. Ueberhaupt werde das ganze Safeguarding-Verfahren fallen gelassen. Die Regierung behalte sich außerdem das Recht vor, die genannten sowie alle anderen Zölle und Maßnahmen, die ihrer Natur nach irgendwie protektionistisch waren, sofort abzuschaffen.

Seinen Worten ließ Snowden die Taten folgen. Am 30. Juni 1930 wurde der Spitzen-Zoll abgeschafft, am 21. Dezember die Zölle auf Handschuhe, Messerschmiedewaren und Glühstrümpfe, am 30. April 1931 der Zoll auf Packpapier

Die Notwendigkeit der Einnahmen mittels Finanzzöllen hinderte die Regierung aber an der Abschaffung weiterer Zölle. So war vor allem die Beibehaltung der McKenna-Zölle[2]) eine Kapitulation der freihändlerischen Gesinnung des Schatzkanzlers vor den finanziellen Nöten den Augenblicks.

Einen anderen Grund hatte allerdings die Beibehaltung des Farbengesetzes. Die Bestimmungen, die 1920 in Kraft getreten waren, sollten Ende 1930 abgeschafft werden. Nach dem Wortlaut des Gesetzes durfte dieses nicht über den 15. Januar 1931 hinaus verlängert werden. Im Unterhaus wurde die Aufhebung der Sperre mit knapper Mehrheit angenommen. Im Oberhaus jedoch erhielt ein konservativer Antrag auf Verlängerung der Einfuhrsperre bis zum 31. Januar 1932, also um 1 Jahr, eine erhebliche Mehrheit.

Die Regierung gab nach, um durch diese Angelegenheit keine Kabinettskrise herbeizuführen. Das Farbengesetz wurde auf ein weiteres Jahr verlängert.

Um die Mitte des Jahres 1931 aber trat dann die Kabinettskrise ein, welche zur Auflösung der zweiten Arbeiter-Regierung führte. Ueber die Sparmaßnahmen, welche damals die Wirtschaftslage Britanniens dringend erforderlich machte, konnte unter den Mitgliedern der Regierung keine Einigung erzielt werden.

Am 24. August wurde MacDonald vom König mit der Bildung der Nationalen Konzentrations-Regierung betraut.

---

[1]) 340 Freihändler gegen 220 Schutzzöllner.
The Statist vom 13. VII. 1929, Seite 51.

[2]) Die McKenna-Zölle brachten jährlich etwa £ 10 000 000 ein!

2. KAPITEL.

Die Führer der Schutzzoll- und Empire-Kampagne und ihre Argumentation während der Jahre 1929 bis 1931.

1. Abschnitt.

Die Partei-Kampagne.

Die Verschärfung der Schutzzollmaßnahmen war während der Nachkriegsjahre zweimal unterbrochen worden. Beide Male war dies durch die Arbeiter-Regierung geschehen, deren Führer überzeugte Freihändler waren.

Seit dem Frühjahr 1930 wurde das Schutzzoll-Problem wieder viel diskutiert.

Der Hauptanlaß hierfür war die schwellende Kurve der Arbeitslosigkeit. Die Illusion langsamen Konjunktur-Aufstieges, die man noch im Herbst 1929 hegen konnte, war jetzt bei den Menschen aller Parteien und Stände verflogen. Denn dem saisonmäßigen Anschwellen der Arbeitslosigkeit im Winter war ein saisonwidriges Anschwellen im Frühjahr gefolgt.

Neben der wirtschaftlichen Depression war die hochschutzzöllnerische Politik der Vereinigten Staaten ein Hauptgrund, die Kontroverse von neuem aufleben zu lassen. Auch die wirtschaftliche Vereinigung der europäischen Staaten wurde damals viel erörtert.

Die Reihe der Enttäuschungen wurde vermehrt durch das letzte Snowden-Budget im April 1930, das neue Steuern brachte.

In dem angespannten Suchen nach irgendwelchen Auftriebsmomenten für die Wirtschaft, erregten sich die Geister immer mehr um die alte Frage, die von allen modernen Großmächten nur England noch grundsätzlich zu lösen hatte: um Freihandel oder Schutzzoll?

A. Der Führer.

I. Stanley Baldwin.

Der Führer der Konservativen im Kampfe für den Protektionismus war Stanley Baldwin.

Er stammte aus der Industrie (Baldwins Ltd. Eisenwerke). Seit 1908 war er Mitglied des Unterhauses. 1917 bis 1921 war er Finanzsekretär im Schatzamt, von Mai 1923 bis Januar 1924 als Nachfolger Bonar Laws Premierminister gewesen. Diesen hohen Posten nahm er wieder ein, als die Konservativen im Jahre 1924 erneut den Sieg über die Arbeiter-Partei davontrugen.

Es ist anzunehmen, daß Baldwin in den Jahren 1929 und 1930 eine weitere Ausdehnung des Safeguarding-Verfahrens durchgesetzt hätte, wenn sein Kabinett nicht am 29. Mai 1929 gestürzt worden wäre. Die folgenden Erleichterungen des Industrieschutz-Gesetzes waren geplant: die Industrien sollten nicht mehr den Nachweis zu führen brauchen, daß ein ungewöhnlich starker (exceptional) Wettbewerb ausländischer Firmen ihren Binnenabsatz beeinträchtige, sondern nur noch den Nachweis, daß „ausländische Waren der betreffenden Art in erheblichen (substantial) Mengen im Verhältnis zum heimischen Konsum nach England eingeführt würden." [1])

Auch der Nachweis des allgemeinen Dumpings sollte nicht mehr verlangt werden, sondern nur noch der Nachweis des sozialen Dumpings (unfair or inferior conditions of hours and wages).

Jedoch sollte jede Industrie nachweisen können, daß sie in der Lage war, ihre Produktion wesentlich zu steigern.

1929 war Baldwin gestürzt worden, weil es für ihn ein Problem gab, das er nicht zu lösen vermochte. Es war die Frage des Schutzes der Eisen- und Stahlindustrie.

Während der ganzen Lebenszeit der zweiten Konservativen Regierung hatte eine erhebliche Meinungsverschiedenheit über diesen Punkt bestanden. Die Eisen- und Stahlindustrie hatte seit 1925 Zollschutz gefordert. Im Jahre des Kohlenstreiks 1926, war die Forderung verstummt, um im folgenden Jahre mit neuer Stärke wieder aufzuflammen. Die Kohlenkrise diente zur besonderen Begründung der Schutzzollforderungen. Ein Zoll würde der Eisen- und Stahlindustrie besondere Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Dadurch würde sich der Kohlenverbrauch heben. Somit würde der Eisenzoll indirekt zur Ueberwindung der Kohlenkrise beitragen.

Mit der Zunahme der Krise wuchs der Ruf der Eisenindustrie nach einem Schutz. Baldwin weigerte sich aber beharrlich weiter, diesen Zoll zu gewähren. Denn mit der Einführung desselben wäre die ganze Frage „Freihandel oder Schutzzoll" in Britannien entschieden gewesen. Alle Industrien, die in horizontaler oder vertikaler Richtung mit der Eisen- und Stahlindustrie verbunden sind, hätten dann mit dem gleichen Recht einen Zollschutz fordern können. So wäre Baldwins Versprechen, keinen allgemeinen Tarif einzuführen, gebrochen worden.

Die Einführung des Eisenzolls hätte unweigerlich den Sturz der konservativen Regierung zur Folge gehabt. Dadurch aber, daß er die Einführung des verlangten Zolls so konstant ablehnte, enttäuschte Baldwin viele seiner Anhänger. Ihm lag offensichtlich immer noch der Schrecken über die Niederlage seiner Partei von 1923 in den Gliedern. Damals hatte Baldwin gesagt: „Ich kann für die Regierung dieses Landes nicht verantwortlich zeichnen, ohne daß mir die Bevollmächtigung gegeben wird, einen General-Tarif auf alle importierten Fertigwaren zu legen."[2])

---

[1]) Aus einer Rede Baldwins vom 18. April 1929. Bericht der Times vom 19. IV. 1929.

[2]) The Economist vom 2. III. 1929, Seite 431.

Er hatte dem Wähler also eine absolut klare These vorgelegt. Und er hatte dann auch eine eindeutige Antwort erhalten. Nach seiner Niederlage im Dezember 1923 hatte Baldwin erklärt, daß er solange von den Schutzzollvorschlägen absehen werde, bis das Land seine Meinung geändert habe.

1929 hatte er sich damit begnügt, den an einer Tarifreform interessierten Kreisen unter der Hand verklausulierte Zusicherungen zu geben. Vor der Oeffentlichkeit hatte er versucht, seine wahren Ziele zu verschleiern.

Kurz vor der Wahl von 1929 kam es zu dem bekannten Briefwechsel zwischen der Iron and Steel Trades Confederation und Baldwin.

Der Verband hatte den Ministerpräsidenten um die Einsetzung einer Enquête-Kommission zum Studium der Krise in der Schwerindustrie ersucht. Diese sollte — ähnlich wie seinerzeit die Samuel-Kommisson [1]) im Kohlenbergbau — ein Reformprogramm ausarbeiten.

Baldwin hatte dieses Gesuch jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß die allgemeine Wirtschaftsenquête [2]) bereits eine erschöpfende Darstellung der Verhältnisse gegeben habe.

Aber — hatte er hinzugefügt — falls er n a c h den Wahlen sein Amt behalte, wolle er der Eisen- und Stahlindustrie die Erlaubnis erteilen, ihre Wünsche vor einen Zolluntersuchungs-Ausschuß zu bringen.

II. B a l d w i n s S a f e g u a r d i n g - P l ä n e.

Nach der Niederlage der Konservativen Partei im Jahre 1929 behielt Baldwin seine Safeguarding[3])-Politik bei.

In der ersten Februar-Woche 1930 legte er die künftige Politik seiner Partei in einer großen Rede in London dar.[4])

Die Erfahrung habe gelehrt, daß Safeguarding bei den gegenwärtigen Zeitumständen „a thouroughly efficient modern weapon" sei. Er verlangte „freie Hand", um das Land von der drückenden Arbeitslosigkeit befreien zu können. Das alte umständliche Industrieschutz-Verfahren müsse abgeschafft werden. Unter einer neuen konservativen Regierung würde kein Zollantrag mehr abgelehnt werden.

Baldwin forderte Safeguarding aus dreierlei Gründen:

„1. for the protection of our standard of life,
2. for bargaining with foreign countries and
3. for retaliating." [5])

---

[1]) „Samuel-Report" so genannt nach dem Verfasser Sir Herbert Samuel, offiziell „Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925)" Cmd. 2600.

[2]) Bericht des Balfour-Komitees.

[3]) Nach Baldwins Ansicht bestand ein erheblicher Unterschied zwischen „safeguarding" und „protection".

"P r o t e c t i o n is made applicable to everything; s a f e g u a r d i n g is applicable to the things that need it and can prove that they need it."

Aus einer Rede vom 8. Januar 1929. Bericht der Times vom 9. I. 1929.

Ein Land konnte nach Baldwin also nur dann schutzzöllnerisch genannt werden, wenn es Zölle auf a l l e Einfuhren erhob.

[4]) Bericht der Times vom 6. II. 1930.

[5]) The Statist vom 17. IV. 1930, Seite 884.

Im Mai 1930 entfachten die Konservativen die sogen. „Home and Empire-Kampagne". In einer Rede in Sheffield erklärte Baldwin, er sei davon überzeugt, daß die Tage der Arbeiter-Regierung gezählt seien und daß bald die Konservativen die Regierung wieder übernehmen würden. Dann würde es ihr größtes Vergnügen sein, alle Zölle, die Snowden abgeschafft hatte, wieder einzuführen. Zugleich beeilte sich Baldwin zu erklären, daß Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht mit Zöllen belegt würden, solange er Führer der Partei sei.[1])

Man verglich damals allgemein die Kampagne der Konservativen mit der Chamberlains vom Jahre 1903. Aber man konnte bald feststellen, daß keiner der heutigen Schutzzöllner die intellektuellen Qualitäten, noch die Führereigenschaft und die rhetorischen Fähigkeiten Joseph Chamberlains besaß. Auch gab es jetzt nichts Neues zu verkünden wie damals, so daß die ganze groß angelegte Kampagne wenig Anziehungskraft hatte.

In seinen Reden während der folgenden Monate des Jahres 1930 entwickelte Baldwin meist nichts anderes als sein bekanntes Programm.

Einmal erklärte er, daß die Gefahr der Korruption — ein Einwand, der vielfach von seiten der Freihändler gemacht wurde — durch ein besonderes Verfahren vermieden werden sollte.

Wenn er wieder zur Macht gelangt sei, würde sofort ein Notzolltarif in Kraft gesetzt werden. Zugleich aber würde eine Zollkommission, die aus nicht politischen Experten bestehen sollte, eingesetzt werden. Diese hätte die Aufgabe, alle Modifikationen, denen der Notzoll unterworfen werden sollte, zu untersuchen. Auf diese Weise könne ein „knave-proof tarif", ein vor Bestechung sicherer Schutzzoll eingeführt werden.

III. Baldwins neues Programm.

Nach der Reichskonferenz vom Oktober 1930 trat Baldwin mit einem neuen Programm an die Oeffentlichkeit.

Bisher hatte er stets den Wunsch, zum generellen Protektionismus überzugehen, mehr oder weniger geheimgehalten. Jetzt aber legte er in einem offenen Briefe an den Geschäftsführer der Partei, Neville Chamberlain, ein Programm dar, das für die Wahlen gedacht war, welche die Konservativen in Kürze erwarteten.[2])

Baldwin bekannte sich in diesem Schreiben nicht nur zum „lückenlosen" Zolltarif für Industrie-Produkte, sondern ließ sogar erkennen, daß ein allgemeiner Zolltarif nur den Anfang einer Aera der Warenkontingente, Einfuhrlizenzen und des amtlichen Produkten-Verwendungs-Zwanges werden sollte.

Folgende Forderungen hatte er aufgestellt:

1. Ein Notverordnungszoll sollte sofort auf alle Fertigwaren gelegt werden. Ein Zolltarif, der auf wissenschaftlicher

1) Rede am 17. Juli in Hull. Bericht der Times vom 18. VII. 1930.
2) Morning Post vom 15. X. 1930.

Grundlage aufgebaut war, sollte den Notverordnungs-Zoll nach einiger Zeit ablösen.

2. Eine Preisgarantie für Weizen, verbunden mit einem Weizen-Kontingent, sollte eingeführt, das Dumping mit fremden Früchten, Gemüse usw. sollte sofort unterbunden werden.
3. Das Präferenz-System sollte ausgebaut werden. Dementsprechend sollten sofort Verhandlungen mit den Dominions begonnen werden.

Diese Forderungen sind insofern recht interessant, als sie ein Jahr später z. T. wörtlich durchgeführt worden sind.[1])

Bemerkenswert ist auch die gewandelte Stellung Baldwins zur Frage der Lebensmittelzölle.[2])

Indes war die Hoffnung der Konservativen, noch im Jahre 1930 die Macht wieder zu erhalten, vergebens.

Der große Aufschwung, den die protektionistische Bewegung während des Jahres 1930 genommen hatte, ging zu Ende des Jahres stark zurück. Der ergebnislose Ausgang der Reichskonferenz hatte sehr viel zu diesem Abflauen beigetragen. Man sah auch, daß die hochschutzzöllnerischen Länder wie die Vereinigten Staaten und Deutschland ebenso schwer, z. T. noch schwerer unter der allgemeinen Krise zu leiden hatten als Großbritannien. Einsichtige fragten sich ganz mit Recht, wie denn Großbritannien durch Schutzzölle geholfen werden könne, wenn es den großen Hochschutzzoll-Ländern gegenwärtig nicht besser erging.

IV. Baldwins Mitarbeiter.

Die bedeutendsten Mitarbeiter Baldwins und Vorkämpfer für den Protektionismus waren Neville Chamberlain, der Vorsitzende der Conservative Central Organisation, L. S. Amery, Sir P. Cunliffe-Lister,[3]) und später auch Winston Churchill.

Die Ansichten Baldwins, Chamberlains und Churchills über den Protektionismus waren jedoch nicht die gleichen. Man warf den Schutzzöllnern mit Recht vor, daß ihr Programm kein einheitliches war.

Baldwin war für eine allmähliche Ausdehnung des Safeguarding-Verfahrens. Chamberlain[4]) war radikaler — wie sein Vater.

Zwar betonte auch Chamberlain, daß „safeguarding" die offizielle Politik der Konservativen bleiben werde. Aber nach seinen Erklärungen sollte safeguarding etwas viel Schnelleres und Weiterreichendes sein

---

1) Siehe Seite 146 f.

2) Wir kommen später hierauf noch besonders zurück. Siehe Seite 97.

3) Sir P. Cunliffe-Lister gehörte seit 1918 der Konservativen Partei an. Seit 1921 war er im Handelsamt, 1922 wurde er Präsident des Board of Trade. Er war stets protektionistisch und imperialistisch eingestellt. Sein Einfluß auf die Gestaltung der britischen Handelspolitik war außerordentlich groß. Er war der wichtigste Berater Stanley Baldwins.

4) Neville Chamberlain war ein Sohn Josephs und ein Bruder Austens. Im Winter 1923/24 war er Schatzkanzler unter Baldwin gewesen. 1924 bis 1929 bekleidete er das Amt des Gesundheitsministers.

als man bisher bekannt gegeben, geschweige denn in die Tat umgesetzt hatte.[1])

Seit 1931 trat Chamberlain für einen „allround emergency tariff" ein.

Winston Churchill[2]) hatte sich bis zum Herbst des Jahres 1930 über die Schutzzollfrage ziemlich in Schweigen gehüllt. Im Oktober dieses Jahres aber erklärte er sich laut als Konvertit.[3]) Er sprach sich für einen Generaltarif auf alle eingeführten Fertigwaren in Höhe von 10 bis 15 Prozent aus.[4]) Der Zweck sei vor allem, die Staatseinnahmen zu erhöhen.

L. S. Amery,[5]) der Kolonialminister der zweiten konservativen Regierung, schlug vor, einen 33⅓ %igen Wertzoll auf alle Fertigwaren und einen etwas niedrigeren Zoll auf halbfertige Waren zu legen, so daß der Zoll sich auf eine Durchschnittshöhe von 25 % belaufen würde.[6]) Er war der Ansicht, daß etwa 200 Millionen von den 234 Millionen, die zur Zeit[7]) für ausländische Waren bezahlt wurden, innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren der britischen Produktion zugeführt werden könnten.

Er folgerte, daß dadurch eine direkte und indirekte Zunahme der normalen Nachfrage nach Arbeit um wenigstens 1½ Millionen Menschen pro Jahr steigen würde, so daß in Britannien bald nicht nur keine Arbeitslosigkeit mehr bestehen werde, sondern ein effektiver Mangel an Arbeitern.

B. **Die protektionistischen Forderungen der Konservativen.**

I. Zölle zur Beseitigung der Krise.

So uneinheitlich die Forderungen der Konservativen auch waren, in einem Punkte bestand Einmütigkeit zwischen allen Protektionisten:

---

1) Wörtlich hieß es in einer Rede Chamberlains:
"I cannot be too clearly understood that it is not our intention to repeat that cumbrous, slow, and partial procedure which we adopted in the experimental stage."
Rede im Crystal Palace am 20. IX. 1930. Bericht der Times vom 21. IX. 1930.

2) Winston Churchill, ein Nachkomme Lord Randolph Churchills, hatte eine wechselvolle Staatskarrière hinter sich. Seit 1900 gehörte er der konservativen Parlamentsfraktion an. Er war ein scharfer Gegner der Chamberlainschen Zollreform-Pläne. 1906 trat er zur Liberalen Partei über, der er bis 1924 angehörte. Im Jahre 1906 wurde er zum ersten Male als Unterstaatssekretär für die Kolonien ins Kabinett berufen. 1908 war er bereits Präsident des Handelsamts, 1910—1911 Innenminister, 1911—1915 First Lord of the Admirality, 1917 Munitionsminister, 1918—1921 Kriegs- und Luftfahrtminister, 1921—1922 Kolonialminister. 1925 schloß er sich wieder der Konservativen Partei an. (Siehe Seite 25.) 1924—1925 war er Schatzkanzler unter Baldwin.

3) The Statist vom 1. XI. 1930, Seite 614 f.

4) Churchill wählte einen solchen Prozentsatz, weil dieser die Ueberhöhung der Produktionskosten in Britannien, die durch die starren Löhne und Sozialleistungen verursacht waren, gegenüber dem restlichen Europa darstellte.

5) Leopold Stenett Amery war der eifrigste Vorkämpfer für ein geeintes britisches Wirtschaftsimperium. Von manchen Konservativen wurde er als der wahre Nachfolger Joseph Chamberlains gepriesen.

6) Amery, Leopold Stenett, Empire and Prosperity. London 1930, Seite 35 ff.

7) 1929.

der Zoll müsse in allererster Linie dazu dienen, die Wirtschaftsdepression zu beheben, unter welcher England in steigendem Maße zu leiden hatte.

a) Die Krisen.

Der Niedergang des britischen Handels ist auf eine Vielheit von Erscheinungen zurückzuführen, die sich teils nacheinander, teils zu gleicher Zeit auf die Entwicklung der britischen Volkswirtschaft ungünstig auswirkten.

Die Krise, die 1922 in Erscheinung zu treten begann, war in erster Linie eine Absatzkrise. Sie erinnerte an jene Krise, die im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts über die Insel hereinbrach. Die Ursache war damals die Industrialisierung Westeuropas und der Vereinigten Staaten gewesen. Insbesondere hatte die kontinentale Schwerindustrie unter dem Zollschutz einen lebhaften Aufschwung genommen.

Damals gelang es jedoch, die Krise zu überwinden, ohne daß die Struktur der Exportwirtschaft eine grundsätzliche Aenderung erfuhr. Durch den Kapitalexport wurden neue Wirtschaftsräume erschlossen. Dieser Vorstoß half über die Stockung hinweg.

Seit 1922 aber war der Rückgang des britischen Anteils am Welthandel nicht mehr aufzuhalten. Der Anteil Englands am Welthandel ging von Jahr zu Jahr zurück. Da die britischen Hauptindustrien aber vor allem für den Weltmarkt arbeiteten, nahm die Zahl der Arbeitslosen in den Jahren der „englischen Krise" ständig zu.

Zu dieser Exportkrise trat im Jahre 1929 die Weltwirtschaftsdepression. Die steigenden Export- und Finanzschwierigkeiten führten im Herbst 1931 beinahe zu einem Staatsbankrott.

1. Die Ursachen der „englischen Krise".

aa) Britanniens Alter.

Britannien war das erste Industrieland der Welt. Diese Tatsache hatte ihm seine Ueberlegenheit über alle Nationen der Erde eingebracht. England genoß lange Zeit fast den Vorzug einer Monopolstellung dadurch, daß es die anderen Länder mit seinen Industrieerzeugnissen versah. Industrie, Schiffahrt und Handel Britanniens hatten lange Zeit keine ernsthafte Konkurrenz.

Als sich die anderen Länder nach dem britischen Vorbilde zu industrialisieren begannen, spielte England noch eine überragende Rolle bei der Versorgung der Welt mit seinen Erzeugnissen. Es verhalf anderen zum Reichtum und verschaffte sich selbst dadurch reiche Kunden.

Aber seine Blütezeit fand langsam ihr Ende. Denn die glänzende Entwicklung hatte auch eine andere Seite. Die anderen Länder begannen ihre industrielle Laufbahn auf einer höheren Stufe technischer Vervollkommnung. Sie profitierten von der britischen Erfahrung und konnten Bergwerke, Fabriken, Städte, Eisenbahnen usw. mit neu gewonnenen Erfahrungen herstellen.

Wenn sich Britannien auch modernisieren und vervollkommnen konnte, so war dieses doch nur in einem im Tempo und Umfang beschränkten Maße möglich. Bergwerke, Eisenbahnen, Städte konnten höchstens verbessert, renoviert, aber schwerlich neu geschaffen werden.

Die britische Industrie war weitgehend auf den Verbrauch von Kohlen aufgebaut. Früher war das einmal ein großer Vorteil. Heute aber sind Elektrizität, Gas, Wasser und Benzin die hauptsächlichsten Kraftquellen geworden. Mit diesen war England jedoch lange nicht so gut versorgt wie viele andere Länder.[1])

So wurde der frühzeitige große Aufschwung Britanniens die erste Ursache für seinen Niedergang.

Tabelle II.

Prozentualer Anteil einzelner Länder am gesamten Welthandel.[2])

Jahr	Vereinigtes Königreich von Großbritannien	U.S.A.	Frankreich	Deutschland	Japan
1875	20.8	8,3	11.6	11.7	0,3
1885	18.0	9.2	9,9	9,9	0,4
1895	17,4	9,4	8,5	11,1	0,8
1905	15,5	10,3	7.2	12.2	1,6
1913	15,2	11,1	7,8	13,1	1,8
1924	15.5	14,6	7,7	6,7	3,1
1925	14,9	14.3	6,9	8.0	3.1
1926	14,3	15,1	6,4	7,8	3.3
1927	13.5	13,7	6,5	8.9	2,9
1928	13.0	13.5	6,2	9,3	2,8
1929	13,1	13.9	6,2	9,4	2,9
1930	13 4	12,6	6,7	9.6	2,6

bb) Der Weltkrieg.

Der Niedergang wurde durch den Weltkrieg und seine Folgen in erheblichem Maße beschleunigt.

Die ganze Welt wurde durch das Ringen der Völker in ihrer Ordnung gestört. Britannien, das enger als jedes andere Land mit der Weltwirtschaft verbunden war, wurde naturgemäß am schwersten betroffen.

Ueber die Schäden, die der Krieg der britischen Wirtschaft zugefügt hat, berichtete das Committee on Industriy and

---

[1]) Die Veränderung der Position im Vergleich mit der Ueberlegenheit, deren sich England zur Zeit der Dampfkraft erfreute, geht deutlich aus den vergleichenden Ziffern über den Stand der Elektrifizierung hervor.

Dem Wirtschaftsdienst entnahmen wir: „Im Jahre 1925 waren 48 % der gesamten britischen Industrie elektrifiziert, gegen 66 % in Deutschland und 73 % in den Vereinigten Staaten . . . Der Kohlenbergbau ist zu 41 % elektrifiziert, ebenso die Eisen- und Stahlindustrie, während die Schwerindustrie Deutschlands und Amerikas zu 74 bezw. 69 % elektrifiziert ist. Beträchtliche Unterschiede zeigen sich auch in der Textilindustrie, die trotz ihrer traditionellen Bedeutung im Wirtschaftsleben Englands erst zu 26 % elektrifiziert ist, gegen 55 und 63 % in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Für Baumwolle allein ist der Prozentsatz (19 %) ganz außergewöhnlich niedrig."

Wirtschaftsdienst vom 17. II. 1928, Seite 268.

[2]) Aus Westminster Bank Review vom Januar 1932, Seite 7.

Trade,[1]) das unter dem Vorsitz von James Arthur Balfour die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie untersucht hatte.

Nach diesem Bericht war der Weltkrieg für die folgenden drei Komplexe der britischen Exportschwierigkeiten verantwortlich zu machen:

1. die verminderte Kaufkraft der Absatzländer,
2. Die Entstehung und der Ausbau örtlicher Industrien in diesen Ländern und
3. die Verdrängung britischer Importe durch Importe aus anderen Ländern.

Die verringerte Kaufkraft der Welt war – nach dem Balfour-Bericht — die Hauptursache für die Verkleinerung des Gesamtvolumens des Weltexports. Entscheidende Bedeutung wurde der Kaufkraftabnahme während der ersten Nachkriegsjahre beigelegt. Die Kaufkraftschwächung war vor allem in Mittel-[2]) und Osteuropa, sowie in Indien und China festzustellen.

Durch die Verschiebung der Grenzen und die Errichtung von 11 000 km neuer Zollmauern wurde ein großer Teil der europäischen Wirtschaft desorganisiert. Durch die zahlreichen Maßnahmen zum „Schutze der heimischen Industrie", die dieser Neuordnung folgten, wurde die Kaufkraft der Welt ebenfalls stark geschwächt.

Durch den Währungsverfall in den verschiedenen Länden entstand der britischen Ausfuhr eine beachtliche Konkurrenz, während die Aufnahmefähigkeit der Länder mit gesunkener Valuta erheblich sank.

Infolge des Krieges wurden ferner die Abnehmer britischer Produkte im fernen Osten und anderen Ueberseeländern genötigt, viele Waren, die sie bisher von England bezogen hatten, entweder selbst herzustellen oder aus anderen Ländern zu beziehen. So kam es, daß die britischen Importe durch die Einfuhr aus anderen Ländern verdrängt wurden.

Die relative Position des britischen Handels blieb trotzdem zunächst unverändert. Der Grund hierfür war der Ausfall Deutschlands als ernsthafter Konkurrent für die ersten Nachkriegsjahre. Jedoch war Frankreichs Export erheblich gestiegen. Vor allem aber hatten die Vereinigten Staaten eine überragende Stellung als Exportland gewonnen.

Von entscheidender und dauernder Bedeutung für den britischen Exporthandel wurde die Verdrängung britischer Importe durch Produkte der neu entstandenen Industrien in den früheren Absatzländern.

Die industrielle Entwicklung dieser Länder hatte zwar schon einige Zeit vor dem Kriege eingesetzt. Der Krieg aber mit seinen Bedingungen und Erfordernissen hatte den industriellen Ausbau Kanadas, Austra-

---

[1]) Committee on Industrie and Trade. Survey of Overseas Markets. London 1925. Siehe insbesondere Chapter V und VI.

[2]) Deutschland war vor dem Kriege der beste Abnehmer britischer Waren gewesen. 1913 hatte der Wert der britischen Ausfuhr nach Deutschland £ 40 677 379 betragen. 1919 belief sich der Betrag der Ausfuhr nur noch auf £ 14 693 113.
Zahlen aus Statistical Abstract for the United Kingdom for each of the fifteen years from 1911 to 1925.
London 1927, Seite 290 f.

liens, Indiens und Japans, sowie die Neuentwicklung der Industrie in Brasilien, Argentinien und Chile außerordentlich gefördert.

Als mittelbare ungünstige Kriegsauswirkungen sind zu nennen:[1])

die Stockung in der Auswanderung,
die Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung,
die Schaffung einer übergroßen Produktionskapazität in den Schlüsselindustrien und
die weitere Verringerung des Wohlstandes, welche durch die innere und äußere Kriegsschuld verursacht wurde.

Diese inneren Faktoren hemmten die notwendige Umstellung der britischen Export-Industrie. Die staatliche Verschuldung lastete schwer auf der englischen Industrie, die durch den Krieg schon stark geschwächt war. Die Abnutzung des Kapitals und die hohen Steuern bildeten ein großes Hemmnis im Kampfe um die Wiedererlangung der alten und der Erschließung neuer Märkte.

Vor dem Kriege beruhte die stetige Ausdehnung des britischen Handels auf der ebenso stetigen Ausdehnung der Weltwirtschaft und auf den britischen Kapitalanlagen im Auslande. Daher entstand eine stärkere Entwicklung der für den Export schaffenden Industriezweige, wie Montan-, Eisen-, Stahl- und Textilindustrie, Maschinen- und Schiffbau, als derjenigen Industrien, welche für den Binnenmarkt arbeiteten.

Aber gerade die genannten Export-Industrien kamen durch den Krieg und seine unmittelbaren und mittelbaren Folgen in größte Schwierigkeiten.

Tabelle III.

Nachkriegs-Trend der Arbeitslosigkeit in einigen Industrien.[2])

Prozentsatz der Arbeitslosen.

	Jährlicher Durchschnitt							Durchschnitt
	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1924—1930
Kohlenbergbau . . .	5,7	15,8	9,1	18,1	21,9	16,0	20,4	15,3
Stahlindustrie etc. . .	21,1	24,5	41,2	18,5	21,2	19,8	34,1	25,8
Allg. Fabrikation . .	15,2	12,6	15,7	10,4	9,9	9,7	17,2	12,9
Schiffbau	29,4	33,8	39,7	24,8	26,5	24,3	32,6	30,1
Seiden-Industrie . . .	13,7	8,3	18,0	9,0	11,9	13,2	37,4	15,9
Wolle und Kammgarn	7,0	14,6	16,9	8,9	11,8	13,8	24,1	13,7
Baugewerbe	10,6	9,8	10,9	10,4	12,4	13,3	16,4	11,9
Dock, Hafen, Fluß, Kanal	25,6	29,9	30,0	24,2	30,5	30,8	35,4	29,5
Chemie	9,0	9,0	10,6	6,5	6,1	6,5	12,1	8,5
Verteilgs.-Handel . .	6,6	6,7	6,7	5,4	5,7	6,3	9,9	6,7
Automobilbau	8,5	7,0	8,9	7,5	7,7	7,1	13,1	8,5
Transport	15,4	14,1	14,2	11,6	11,9	12,2	16,2	13,7
Alle Industrien . . .	10,3	11,3	12,5	9,7	10,8	10,4	16,1	11,6

[1]) Nach dem Final Report of the Committee on Industry and Trade. London 1929.

[2]) Aus „The Statist" vom 2. I. 1932, Seite 9.

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß die Arbeitslosigkeit während der Jahre 1924 bis 1930 in der Schiffbau-Industrie weitaus am stärksten war. Der Grund hierfür war einmal wie bei fast allen anderen Industriezweigen, die durch eine hohe Arbeitslosenziffer gekennzeichnet waren, auf die Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie zurückzuführen. Beim Schiffbau aber kam noch ein weiterer schwerwiegender Grund hinzu.

Der Krieg hatte eine große Ueberproduktion an Schiffen in allen Ländern der Welt verursacht. Seit dem Kriege gab es einen riesigen Ueberfluß an Tonnage. Die Nachfrage nach neuen Schiffen, die schneller und wirtschaftlicher waren, war viel zu gering, um die Weltproduktion auf ihren alten Stand zurückzuführen.

Layton[1]) schrieb über den Anteil Großbritanniens an der Weltproduktion von Schiffen: „Vor dem Kriege baute Großbritannien 60 % aller Schiffe der Welt. 1919/20 waren es nur noch 28 %. 1929 war der Anteil Großbritanniens wieder auf 54 % gestiegen. Aber die gesamte Weltproduktion war absolut geringer geworden."

cc) Die Produktionskosten-Ueberhöhung

Ein Hauptgrund für die britischen Exportschwierigkeiten war die Ueberhöhung der Produktionskosten. Diese hatte mannigfaltige Ursachen: den relativ hohen Lebensstandard der Arbeiter und ein starres Lohnsystem, die ungeheure Staatsschuld und demzufolge zu hohe Steuern und Gemeindeabgaben, ferner unzureichende Kreditpolitik der Banken, zu hohe Kohlenpreise und zu hohe Eisenbahntarife.

Der hohe Lebensstandard der britischen Arbeiter hatte sich in den Jahrzehnten der englischen Prosperität herausgebildet. Eine weit ausgreifende Sozialgesetzgebung und starre Tarifverträge schienen die Arbeiterschaft gegen den Ansturm der Krise zu sichern.

Aus dem starren Lohnsystem ergaben sich bedeutende Verluste für die Wirtschaft. Denn während die Preise fielen, der Konkurrenzkampf härter und härter wurde, stiegen die Soziallasten, und die Löhne blieben beharrlich auf ihrer Höhe stehen. Man hat versucht, die Verluste durch erhöhte Produktivität zu kompensieren. Aber es wurde nicht so sparsam gewirtschaftet, wie es angesichts der wachsenden Krise hätte getan werden müssen. Daher kam es zu einer Diskrepanz zwischen Preisen, Löhnen usw. und der Produktivität.

Die Folge war, daß der englische Unternehmer immer mehr außer Konkurrenz gesetzt wurde. Die Importe stiegen, der Export nahm ab. Die Passivität der Handelsbilanz wuchs.

Gleichzeitig aber trieb der sinkende Profit des Inlandes das Kapital ins Ausland, wo es höhere Gewinne erzielen konnte.

---

1) Layton, Sir Walter T.: The economic situation of Great Britain. London 1931, Seite 7.

Die große Staatsschuld[1]) und die hohe Steuerlast stammten noch aus dem Kriege. England hatte die Schuld als einziger unter den europäischen Kriegführenden ohne jede inflationistische Abschüttelung auf sich genommen.

Im Kriege war das Pfund Sterling etwa um ein Drittel seines Wertes gesunken. 1925 war Britannien vornehmlich aus politischen und finanziellen Prestige-Gründen zum Goldstandard zurückgekehrt. Diese Aufwertung des Pfundes war gesetzlich restlos, wirtschaftlich niemals durchgeführt worden.

Die Kosten der britischen Produktion hatten sich stark im Verhältnis zu den Produktionskosten anderer Länder erhöht. Denn die Deflationspolitik begünstigte die Einfuhr und hemmte die Ausfuhr. Großbritannien begann, sich mehr und mehr nach dem Binnenmarkt zu orientieren. Die Nachfrage nach Konsumtivgütern im Inlande stieg ständig. Demzufolge nahm die Arbeitslosigkeit insbesondere in den Schlüsselindustrien zu. Zu gleicher Zeit aber begann für die kleinen „sheltered industries" eine Blütezeit.

Die ganze Strukturkrise wurde außerordentlich erschwert durch die geringe Anpassungsfähigkeit der britischen Industrie und durch den überkommenen Individualismus des britischen Charakters, der jeder kollektiven Lösung a priori abhold gegenübersteht.

Die konservative Zurückhaltung bestimmte auch die Kreditpolitik der Bank von England. Ihre übergroße Vorsicht vor Kreditausweitung ließ keinerlei Unternehmungslust aufkommen. Denn jeder Unternehmer mußte ein vorzeitiges Versiegen seiner potentiellen Kreditreserven befürchten.

Die gesamten Sozialleistungen[2]) waren von 1921 bis 1929 von £ 205.800.000 auf £ 341.800.000 gestiegen. Zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden aufgewandt:[3])

1921	1924	1928	1929
10,8	48,0	42,8	53,8 Millionen £

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1914 £ 3.11.4 an Steuern. 1930 war dieser Betrag auf £ 15.1.3 gestiegen.[4])

---

[1]) Entwicklung der britischen Staatsschuld

a) Vor dem Kriege

	in Mill. £	
	Staatsschuld	Zinsendienst
1880—81	769,8	23,5
1900—01	628,9	18,7
1910—11	713,2	17,9
1913—14	656,5	16,9

b) Nach dem Kriege

	Innere Schuld	Aeußere Schuld	Zinsendienst
1920—21	6 553,0	1 278,7	328,3
1923—24	6 616,7	1 155,7	307,3
1925—26	6 524,8	1 121,6	305,0

Aus Wirtschaftsdienst Nr. 38 vom 18. IX. 1925, Seite 1435.

[2]) The Economist vom 27. XII. 1930, Seite 1217.

[3]) The Economist vom 27. XII. 1930, Seite 1217.

[4]) The Bankers Magazine 1931, Januar-Heft.

dd) Die Kohlenkrise.

Eine besonders tiefgreifende Wirkung übten die Schwierigkeiten in der Kohlenindustrie aus. Die Hauptursache des Notstandes in dieser Industrie war der Rückgang der Kohlenausfuhr, der zweifellos als eine mittelbare Folge des Krieges anzusehen ist. Gleich nach Beendigung des Krieges traten die für Britannien so ungünstigen Wirkungen der Ersetzung der Kohlenheizung durch andere Mittel der Kraftbeschaffung in Erscheinung. Die Oelfeuerung und die mittels Wasserkraft erzeugte Elektrizität hatten zunehmende Verwendung gefunden. Die Verarmung der Abnehmer britischer Kohlen hatte zu diesen Fortschritten in der Ersparung von Heizmaterialien geführt.

Außerdem war Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages [1]) verpflichtet an Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg jährlich viele Millionen to Kohlen zu liefern, an Frankreich überdies Benzol, Kohlenteer und schwefelsaures Ammoniak.

Die Abtrennung Polnisch-Oberschlesiens hatte zur Folge gehabt, daß in dem gesamten deutschen und polnischen Bergbaugebiet eine ganz bedeutende Steigerung der Kohlenproduktion stattfand. Polen wurde dadurch bald in die Lage versetzt, mit Hilfe herabgesetzter Frachten Kohlen über See zu exportieren und konnte somit als neuer Konkurrent Englands auftreten.

Im Jahre 1926 brach der Kohlenstreik aus, durch welchen der englischen Volkswirtschaft schwerste Schäden zugefügt wurden. Die Arbeitseinstellung im Bergbau dauerte über ein halbes Jahr. Nicht nur die Montan-, sondern auch die Eisen- und Stahlindustrie kamen damals beinahe zum Stillstand. Die Druckereien schlossen zum größten Teil. Der Eisenbahnverkehr ging auf ein Mindestmaß zurück. Hafenbetrieb und Transportgewerbe wurden nur durch freiwillige Arbeitskräfte aufrechterhalten.

Während der Jahre, in denen die Stapelindustrien Englands im beständigen Niedergang begriffen waren, zeigte sich ein Fortschritt in den sogen. „neueren Industrien", wie Elektrizitäts-Industrie, Automobilbau, chemische und Kunstseide-Industrie. Aber die Prosperität dieser Industrien konnte keinesfalls die zunehmende Depression der „alten Industrien" ausgleichen.

Denn während im Bergbau, in der Baumwollindustrie, im Schiffbau und der Landwirtschaft etwa 3 Millionen Menschen beschäftigt waren, ernährten die vier genannten neuen Industrien nur etwas über 700 000 Menschen.

Aus der nachstehenden Tabelle ist der anhaltende hohe Prozentsatz der versicherten britischen erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Jahre 1922 bis 1929 zu ersehen.

---

1) Versailler Vertrag Teil VIII. Anl. V. §§ 2—6 und 8

Tabelle IV.[1])

Prozentsatz der versicherten erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Jahre 1922—1929.

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Januar	16,2	12,7	11,9	11,5	11,0	12,1	10,7	12,2
Februar	15,7	11,8	10,7	11,3	10,4	10,9	10,4	12,1
März	14,6	11,1	9,9	11,1	9,8	9,9	9,6	10,0
April	14,4	10,9	9,7	10,9	9.1	9,4	9,6	9,8
Mai	13,5	10,7	9.5	10,9	14,3*)	8,7	9,9	9,7
Juni	12,7	11,3	9,4	11,9	14,6*)	8 8	10,8	9,6
Juli	12,3	11,5	9,9	11,2	14,4*)	9,2	11,7	9.7
August	12,0	11.8	10,6	12,1	14,0*)	9,3	11,7	9,9
September . . .	11,9	11,7	10,8	12,0	13,7*)	9,3	11,4	10 0
Oktober	12,0	11,7	11,1	11,4	13,6*)	9,5	11,8	10,3
November	12,4	11 5	11,0	11,0	13,5*)	9,9	12,2	10,9
Dezember . .	12,2	10,7	10.9	10,4	11,9*)	9,8	11,2	11,0

*) Ohne die Kohlenstreikenden.

2. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftsdepression.

In Großbritannien äußerten sich die direkten und indirekten Ursachen und Wirkungen der großen Weltdepression in einer starken Schrumpfung des Absatzes britischer Industriewaren auf den Auslandsmärkten und in einer Verminderung des Einkommens aus auswärtigen Kapitalanlagen. Auch die Einnahmen aus Schiffahrt und allen anderen mit dem internationalen Verkehr zusammenhängenden Betätigungen verringerten sich beträchtlich. Die Rückwirkungen, die davon ausgingen, ergriffen verhältnismäßig langsam aber immer stärker die Gesamtheit der englischen Volkswirtschaft.

Die steigende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage fand ihren Ausdruck in der zunehmenden Zahl der Arbeitslosen.

Schon um die Mitte des Jahres 1921 zur Zeit der Nachkriegskrise hatte die Zahl der Arbeitslosen mehr als 2½ Millionen betragen. In den folgenden Jahren war zunächst ein schneller, dann ein allmählicher Rückgang der Ziffer bis unter 1 Million eingetreten. 1926 ließ

[1]) The Statist vom 19. Juni 1929 und vom 24. Juni 1931.

der Kohlenstreik die Zahl wieder auf 1,65 Millionen hinaufschnellen. Danach trat wieder ein langsamer Abfall ein. Am 20. Juni 1927 wurde der absolute Tiefpunkt der Arbeitslosenkurve mit 987 000 erreicht.

Die folgenden Jahre brachten, abgesehen von den üblichen Saisonschwankungen, eine gewisse Stabilität. Die Zahl der englischen Arbeitslosen lag stets um etwa 1 Million herum.

Man kann wohl mit Recht annehmen, daß diese Million Arbeitslose der Ausdruck der strukturellen Veränderung der englischen industriellen Nachkriegssituation ist. 1929 betraute das englische Volk die Arbeiter-Regierung mit der Aufgabe, diese Millionen-Ziffer herabzumindern.

Erst im Oktober 1929 stellte es sich heraus, daß die Weltwirtschaftsdepression die guten Absichten MacDonalds und seiner Genossen zunichte machte. Schon im Sommer 1929 zeigte sich in der Entwicklung der Ausfuhr ein Umbruch. Nach anfangs zögernden Rückgängen setzte dann Ende 1929 der Sturz der Ausfuhr ein.

Import und Export im Jahre 1929 und 1930.[1])

in Mill. £

	1929	1930
Import	1 220,9	1 044,8
Export (ohne Wiederausfuhr)	729,3	570,6
Wiederausfuhr	109,7	87,0

Wenn man die Preise auf den Stand von 1924 umrechnet, so ergibt sich für den Import ein Rückgang von 12½ % von 1929 gegenüber 1930 und für den Export ein Rückgang von 18 % (!)[2])

Vom Oktober 1929 ab nahm die Arbeitslosenziffer monatlich um 50 000, vom Dezember zum Januar 1930 sogar um 190 000 zu. Während selbst im tiefdarniederliegenden Deutschland der Monat Mai ein saisonmäßiges Absinken der Kurve brachte, trat in England kein Bruch der steigenden Tendenz ein.

Im September 1931 erreichte die Arbeitslosenziffer mit fast 3 Millionen ihren absolut höchsten Stand.

Aus der folgenden Tabelle ist die steigende Zahl und der Prozentsatz der versicherten britischen erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Krisenjahre 1929 und 1930 bis zum September 1931 zu ersehen.

[1]) Board of Trade Journal vom 15. I. 1931.
[2]) Board of Trade Journal vom 15. I. 1931.

Tabelle V.[1])

Prozentsatz und Zahl der britischen erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Krisenjahre 1929, 1930 und 1931.

Ende des Monats	1929		1930		1931	
	in %	Zahl	in %	Zahl	in %	Zahl
Januar	12,2	1 434 000	12,4	1 534 000	21,5	2 671 000
Februar	12,1	1 430 000	12,9	1 582 000	21,7	2 694 000
März	10,0	1 168 000	13,7	1 731 000	21,5	2 655 000
April	9 8	1 198 000	14,2	1 752 000	20,9	2 594 000
Mai	9,7	1 165 000	15,0	1 823 000	20,8	2 702 000
Juni	9,6	1 176 000	15,4	1 947 000	21,8	2 736 000
Juli	9,7	1 888 000	16,7	2 072 000	22 6	2 783 000
August	9.9	1 190 000	17,1	2 106 000	22,7	2 834 000
September . . .	10,0	1 217 000	17,6	2 230 000	23,2	2 897 000
Oktober	10,3	1 270 000	18,7	2 308 000	—	—
November . .	10,9	1 323 000	19,1	2 359 000	—	—
Dezember . .	11,0	1 341 000	20,2	2 725 000*)	—	—

*) Hier erfolgte die Zählung am 22. Dezember.

b. Zölle zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

1. Zölle zum Schutze des heimischen Marktes.

„Marktsicherung" war die meist vorgebrachte Begründung Baldwins für seine Safeguarding-Forderungen. Baldwin hatte zunächst gar nicht von Marktsicherungszöllen gesprochen, sondern nur von Notstandsmaßnahmen. Er wies nach, daß die zunehmende Industrialisierung der fremden Länder, die zugleich mit einer Rationalisierung der Industrie verbunden war, im Auslande viel schneller vor sich gegangen war als in Britannien. Aber diese Rationalisierung habe zu einer Ueberproduktion geführt. Zur Zeit gebe es nur einen Markt auf der Welt, auf welchem diese Ueberproduktion abgesetzt werden könne. Dieser Markt sei Großbritannien.[2])

Da nicht alle Zweige der heimischen Produktion bedroht waren, forderte er zunächst als Abwehr der ausländischen „rationalisierten" Fabrikate kein allgemeines Schutzzollsystem, sondern nur ein Safeguarding gewisser Industrien.

[1]) The Statist vom 13. I. 1932.
[2]) Aus einer Rede Baldwins vom 5. Februar 1930. Bericht der Times vom 6. II. 1930.

Eine solche Marktsicherung gebe Britannien die Möglichkeit, seinerseits die so sehr notwendige Rationalisierung seiner Industrien in größerem Umfange durchzuführen.

Wenn die Industrie sich im Prozeß der Rationalisierung befände, sei sie einer Auster ohne Muschel sehr ähnlich und bedürfe eines Schutzes (safeguarding) für die Zeit, in welcher sie die Veränderung durchmache.[1])

Die bisherigen Versuche, eine geregeltere Marktbewirtschaftung zu schaffen, seien zu einem guten Teile daran gescheitert, daß ein ungeregeltes ausländisches Angebot alle innerenglischen Organisationsversuche von vornherein wirkungslos gemacht habe.[2])

Zur Rationalisierung einer Industrie sei Kapital in großem Umfange erforderlich. Dieses Kapital sei jedoch nicht erhältlich, ohne daß der Anlegende Vertrauen zur künftigen Entwicklung der betr. Industrie habe. Der Industrie, die umgestellt werden soll, müsse also ein sicherer Absatzmarkt garantiert werden. Welcher andere Markt als der heimische aber könne da wohl in Frage kommen?[3])

Durch Rationalisierung werde die Massenproduktion ermöglicht. Das Wesen der Massenproduktion besteht — nach Baldwin[4]) — darin, mehr zu produzieren als der eigene Markt aufnehmen kann. Dadurch, daß Britannien noch nicht zur Massenproduktion übergegangen sei, sei es möglich, daß die britischen Produkte im Preise unterboten und der englische Markt mit billigen, rationalisierten Massenartikeln überschwemmt würde.

Winston Churchill unterstützte seinen Parteiführer in diesem Punkte. Durch einen Zollschutz würde die Regierung endlich in die Lage versetzt werden, wenigstens auf einige der britischen Industriezweige in der Weise einzuwirken, daß sie als Gegengabe für den Schutzzoll die Massenproduktion nach amerikanischem Muster zu höherer Entwicklung bringen könnten.[5])

Verschiedene andere, unter ihnen Lord Melchett.[6]) Sir Eric Geddes[7]) und Sir William Morris[8]) betonten ebenfalls ständig die Notwendigkeit der Massenproduktion, die allein durch einen Zollschutz ermöglicht wurde.

Der Schutz des heimischen Marktes wurde aber auch von einer ganz anderen Gruppe erstrebt. Viele erkannten die veränderte Stellung

---

1) Bericht der Times vom 6. II. 1930.

2) Die Richtigkeit dieses Arguments wird dadurch bewiesen, daß zuerst in der Kohlenindustrie Ansätze zu einer kartellierten Wirtschaft gemacht wurden, also bei einem Fabrikat, das verhältnismäßig wenig von ausländischer Konkurrenz bedroht war.

3) Aus Baldwins Rede vom 5. Februar 1930. Times vom 6. II. 1930.

4) Aus einer Rede Baldwins in Sheffield am 8. Mai 1930. Bericht der Times vom 9. V. 1930.

5) Churchill, Winston, im Berliner Börsen-Courier vom 8. III. 1931.

6) Z. B. in seinem Buche Imperial Economic Unity. London 1930, Seite 72.

7) Z. B. in dem Aufsatz Mass Production: The Revolution which Changes Everything. Juni 1931.

8) "As manufacturers we know that the spreading of our overheads over a much larger volume of production will enable us to lower prices."
Aus einem Briefe Sir William Morris' an die Times vom 2. X. 1930.

Englands auf dem Weltmarkt resigniert an und fügten sich ihr wie einer unvermeidlichen Tatsache. Sie waren der Auffassung, daß Britannien einen Teil seiner traditionellen Ausfuhr, vor allem an Textilerzeugnissen, endgültig verloren habe. Der Verlust sei nicht nur vorübergehend und nur auf die politischen Wirren zurückzuführen. Auch nach politischer Beruhigung würde der ferne Osten nicht kaufkäftig genug sein, um in steigendem Maße die englischen Produkte neben den Produkten der neu entstandenen überseeischen Industrien aufzunehmen.

Zwei Lösungen hielten sie für möglich: die Auswanderung englischer Arbeiter und englischen Kapitals in die neu industrialisierten Gebiete und die Umstellung der englischen Produktion auf die Belieferung vor allem des heimischen Marktes.

Der erste Weg war mit der zunehmenden Weltwirtschaftsdepression in steigendem Maße unmöglich geworden.

Der Umstellungsprozeß aber war schon lange im Gange. Wir haben gesehen, daß es den „neuen" Industrien in der Depression verhältnismäßig besser ging als den „alten". Denn die ersteren wiesen nicht annähernd dieselbe Arbeitslosenziffer auf wie z. B. die Textil- und die Schwerindustrie.

Jedoch vollzog sich der Umstellungsprozeß recht langsam. Die Wirtschaftspolitik sollte deshalb durch Erschwerung und Hemmung der Einfuhr nachhelfen.

2. Zölle und Steigerung des Exports.

Neben den beiden genannten Gruppen gab es noch eine weitere, die z. T. grundsätzlich andere Argumente vorbrachte.

Zu dieser Gruppe gehörten diejenigen, welche glaubten, daß Britannien seine ehemals innegehabte weltwirtschaftliche Stellung zurückerobern müsse und könne.

Sie forderten deshalb ebenfalls Schutz zum Zweck der Rationalisierung. Aber der Schutz des heimischen Marktes war für sie nur ein Mittel zum Zweck. Denn durch den gesicherten Binnenmarkt würde — so behaupteten sie — den Industriellen eine stärkere Ausnutzung ihrer Produktionskapazität ermöglicht. Die Produktionskosten würden dadurch gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit vieler Industrien im Außenhandel bedeutend gesteigert werden.

c. Zölle als Einnahmequelle.

Englands wachsende Gläubigermacht hatte bis zum Jahre 1928 auf den gewohnten großen Ueberschüssen der Zahlungsbilanz beruht. 1913 hatte dieser Ueberschuß 181 Mill. £ betragen. 1928 waren es noch 137, 1929 sogar noch 138 Mill. £.[1])

Im Jahre 1930 aber war der Ueberschuß auf 39 Mill. £ zusammengeschrumpft. Die relativ gute Gesundheit der englischen Zahlungsbilanz

[1]) Zahlen aus Board of Trade Journal vom 26. II. 1931, Seite 254.

bis ins dritte Jahr der Weltkrise und ins zehnte Jahr der englischen Exportkrise hatte bewirkt, daß man den vollen Ernst der Lage nicht früher erkannte.

Das Problem der Erhebung einer zusätzlichen Einnahme wurde für Britannien von Jahr zu Jahr dringender.

Die Quellen der direkten Besteuerung versiegten immer mehr. Da lag es auf der Hand, daß man des Finanzzolls gedachte als einer der einfachsten Methoden zur Erhöhung der Einnahme-Seite des Budgets.[1])

Winston Churchill hatte als Schatzkanzler und auch späterhin immer wieder auf die große Bedeutung der Finanzzölle hingewiesen.

Leubuscher meinte, daß für den Uebergang des einstigen Freihändlers Churchill zum Protektionismus weniger wirtschafts- als finanzpolitische Motive bestimmend gewesen seien.[2])

d. Zölle zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards.

In der Reihe der Argumente für den Schutzzoll gab es eines, das von vornherein besonderen Eindruck auf den britischen Wähler machte

Dieses Argument lautete folgendermaßen: Zollschutz ist notwendig, um den hohen Lebensstandard Britanniens gegen die Konkurrenz anderer Länder mit niedrigem Lebensstandard zu verteidigen.

Dieses Lebensstandard-Argument war in den Reden Baldwins recht oft zu hören. „Man beginnt jetzt einzusehen — so sagte er etwa —, daß der Lebensstandard in diesem Lande nicht aufrechterhalten werden kann, so lange er den Angriffen durch solche Waren ausgesetzt bleibt, die aus fremden Ländern mit niedrigem Lebensstandard frei eingeführt werden."[3])

Tatsächlich war der Lebensstandard[4]) im Vereinigten Königreich seit 1920 ganz erheblich gesunken.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der prozentualen Höhe des Lebensstandards von 1920 bis 1932 im Vergleich zum Stande vom Juli 1914.

---

[1]) Im nächsten Kapitel wird das Finanzzoll-Problem anläßlich der Keynes' Pläne noch ausführlicher besprochen.

[2]) Leubuscher, Charlotte: Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftsgeschichte seit dem Kriege. Jena 1927, S. 108.

[3]) Nach einer Rede in Kingsway Hall, London am 25. November 1930. Bericht der Times vom 26. XI. 1930.

[4]) Ueber "Standard of Living" siehe:

a) Britains Industrial Future, being the Report of the Liberal Industrial Inquiry. London 1928. Seite 17.

b) Siegfried, André: Die englische Krise. Berlin 1931. Seite 63 ff.

Tabelle VI.

Die Entwicklung der prozentualen Höhe des Lebensstandards von 1920 — 1932 im Vergleich zum Stand vom Juli 1914.

Zu Beginn des Monats	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Januar	125	165	92	78	77	80	75	75	68	67	66	53
Februar	130	151	88	77	79	79	73	72	66	65	64	52
März	130	141	86	76	78	79	72	71	64	66	61	50
April	132	133	82	74	73	75	68	65	64	62	57	47
Mai	141	128	81	70	71	73	67	64	64	61	55	47
Juni	150	119	80	69	69	72	68	63	65	60	54	45
Juli	152	119	84	69	70	73	70	66	65	61	55	47
August	155	122	81	71	71	73	70	64	65	63	57	45
September	161	120	79	73	72	74	72	65	65	64	57	45
Oktober	164	110	78	75	76	76	74	67	66	65	56	—
November	176	103	80	75	80	76	79	69	67	67	57	—
Dezember	169	99	80	77	81	77	79	69	68	67	55	—

Aus The Statist vom 19. I. 1929, Seite 94 und vom 21. XI. 1931, Seite 826.

II. Zölle als handelspolitische Machtmittel.

a. Die Schutzzollpolitik der anderen Länder.

Zur Begründung der Schutzzollforderungen diente auch der Hinweis auf die Schutzzollpolitik des Auslandes.

Den Engländern hatte es eine große Enttäuschung bereitet, daß ihre Freihandelspolitik nicht die ganze Welt zu einer Freihandelsgesinnung erzogen hatte, wie Cobden es seinerzeit für selbstverständlich gehalten hatte. Er hatte nämlich geglaubt, daß binnen fünf Jahren die ganze Welt freihändlerisch sein werde.[1])

Aber das gerade Gegenteil war eingetreten. Fast alle großen Mächte waren zum Schutzzoll übergegangen. Zunächst waren es die Vereinigten Staaten, die nach dem Bürgerkriege mit einer Schutzzollpolitik begannen. Ihrem Beispiele folgte Rußland nach dem Türkenkriege.

In Oesterreich und Deutschland bewirkten nicht so sehr Kriege und fiskalisches Interesse als vielmehr die Wirtschaftskrise zu Ende der siebziger Jahre den Uebergang zum Schutzzoll.

1890 nahmen die Vereinigten Staaten eine Hochschutzzollpolitik an, die vor allem die britische Ausfuhr traf. 1892 ging Frankreich zum Schutzzoll über.

1903 erhöhte Deutschland seine Zollsätze, gerade zu einer Zeit kräftigen Aufschwungs des Welthandels. 1910 revidierte Frankreich wiederum sein Zollsystem. Von den 654 Zollpositionen wurden 594 erhöht.[2])

Der Krieg und die Nachkriegszeit hatten ein Streben der Staaten nach Autarkie heraufbeschworen. Die Auswirkungen zeigten sich nicht nur in einer allgemeinen Erhöhung der Zolltarife, sondern auch noch in einer verstärkten Schutzzollpolitik auf dem Verwaltungswege, dem sogenannten administrativen Protektionismus.

Die Weltwirtschafskonferenz von 1927 hatte die Abschaffung und Ermäßigung der Zollmauern als bestes Mittel zur Beseitigung der Schäden empfohlen, die der Weltwirtschaft seit dem Kriege zugefügt waren.

Diese Vorschläge wurden jedoch von den Regierungen nicht in die Tat umgesetzt.

Schon im Jahre 1928 war eine ausgesprochene Tendenz zur Erhöhung der Zollmauern erkennbar. Die Verschlimmerung der Lage war völlig offensichtlich, als der Völkerbund im Herbst 1929 zu seiner 10. Versammlung zusammentrat. Der Vorschlag Belgiens und Großbritanniens, eine Zollwaffenstillstands-Konferenz zu berufen, wurde angenommen. Die Konferenz trat im Februar 1930 zusammen. Der erwartete Erfolg blieb aber aus. Die Ausdehnung der Wirtschaftsdepression über die ganze Welt und das Gerücht, in den Vereinigten

---

1) "I believe that if you abolish the Corn Law honestly, and adopt Free Trade in its simplicity, there will not be a Tariff in Europe that will not be changed in less than five years to follow your example."
Aus einer Rede Richard Cobdens in Manchester am 15. Januar 1846.
Hobson, John Atkinson: Richard Cobden, the international man. London 1919, Seite 73.

2) Allerdings in der Hauptsache nur die Maximalsätze.

Staaten werde ein neuer und äußerst hoher Zolltarif vorbereitet, sowie endlich auch die starke Opposition mancher Staaten (einschl. Frankreichs) verhinderten ein positives Ergebnis.

Bevor eine zweite Konferenz im November 1930 zusammentrat, waren die Zölle fast überall stark erhöht worden.

Das überragende handelspolitische Ereignis des Jahres 1930 war die tatsächliche Einführung des neuen Zolltarifs in U. S. A., des sogen. „Hawley-Smoot-Tariff".

Ursprünglich war dieser Zolltarif dazu bestimmt gewesen, den Ausgleich zwischen dem Schutz, welcher bisher der Landwirtschaft zuteil geworden war, und den viel größeren Zollvorteilen, welche die Industrie genoß, zu schaffen. Die amerikanischen Industriellen, welche an der Erhöhung der Zölle besonders interessiert waren, hatten jedoch die Gelegenheit wahrgenommen, um in Washington eine intensive Zollkampagne zu entfachen. Das Ergebnis der langen Parlamentsdebatten war dann ein ultraprotektionistischer Tarif für die Landwirtschaft[1]) wie tatsächlich auch für die Industrie.

Das Inkrafttreten des Hawley-Smoot-Tarifs hatte Zollerhöhungen in vielen Ländern zur Folge, so z. B. in Kanada, Cuba, Mexiko, Frankreich, Italien, Spanien u. a.

Alle Bestrebungen des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz blieben völlig erfolglos. Polen, Finnland, Ungarn, Frankreich und Deutschland erhöhten ihre Zölle weiter. Schweden führte ein Weizenmonopol ein. Aegypten wandelte seine Wertzölle in spezifische um und erhöhte dabei eine Reihe von Zöllen. Persien errichtete ein staatliches Außenhandelsmonopol und setzte sämtliche Zollsätze herauf. Indien, China und Australien folgten mit Zollerhöhungen.

Neben den Zollmauern und dem schon erwähnten administrativen Protektionismus gab es noch andere Handelshemmnisse, die vor allem seit 1931 den Warenaustausch erschwerten oder fast unmöglich machten, z. B. die Einführung einer Reihe von Devisen-Restriktionen.

Solche Maßnahmen bestanden schon vor dem mitteleuropäischen Finanzzusammenbruch in einigen Ländern. Im zweiten Halbjahr 1931 nahmen sie einen gefährlichen Umfang an. Völlig frei von diesen Restriktionsmaßnahmen waren zur Zeit des englischen Krisenhöhepunktes nur die Vereinigten Staaten, Frankreich, Holland, Belgien und die Schweiz. Die Gründe für diese Restriktionen waren die Verhinderung der Kapitalflucht und die Aufrechterhaltung von Währung und Valuta.

In England hatte sich allmählich die Ansicht herausgebildet, die europäischen Schutzzolländer und die Vereinigten Staaten könnten nur deshalb immer neue Zollerhöhungen ungestraft vornehmen, weil sie stets damit rechnen konnten, daß der britische Markt ihrem sonst überall abgewehrten Export letzten Endes doch immer noch offen stehen würde. Die Protektionisten glaubten deshalb, daß die Zoll-

---

1) Für die Landwirtschaft wurden allein 250 Zollpositionen erhöht.

erhöhungen der fremden Länder endlich ein Ende nehmen würden, wenn sich dieser letzte ungeschützte Markt auch der freien Einfuhr verschließen würde.[1]) Dann müßten die radikalen Schutzzolländer in sich gehen und miteinander über den Abbau ihrer Zollmauern zu verhandeln beginnen.

So glaubten die Times[2]) im Dezember 1930, daß der Zustand, daß jedes Land so viel wie möglich ausführen und so wenig wie möglich einführen wolle, nicht mehr lange dauern könne.

Daß dieses unvernünftige System so lange am Leben sei, müsse vor allem anderen auf das Vorhandensein eines Sicherheitsventils in Form des offenen englischen Marktes zurückgeführt werden. Großbritannien sei jetzt durch Gefährdung seiner eigenen Wirtschaftsstabilität genötigt, das Sicherheitsventil zu schließen. Hierdurch entstehe eine neue Lage, die früher oder später auch die Eigensinnigsten von der Notwendigkeit einer liberalen Haltung überzeugen würde. Die Welt müsse jetzt davon überzeugt werden, daß die Aenderung der britischen Außenhandels-Politik unwiderruflich sei und daß Großbritannien sich weder durch Drohungen noch durch schmeichlerische Reden zur Fortsetzung der Politik verleiten ließe, umfangreiche Ankäufe in d e n Ländern vorzunehmen, die dem britischen Handel alle möglichen Hindernisse in den Weg legten.

b) A tariff for a tariff!

B a l d w i n und seine protektionistischen Freunde waren davon überzeugt, daß eine Herabsetzung der fremden Zollmauern nur dadurch erreicht werden könne, daß Britannien selbst Zölle einführte.[3])

In seinen Reden sprach Baldwin oft von dem Wunsche, die Zollmauern der anderen Länder mögen herabgesetzt werden. Denn die Zölle seien doch nur ein Hindernis für den Handel. Aber — so fuhr er gewöhnlich fort — solange es noch einen ungeschützten Markt von der Bedeutung des britischen gebe, auf welchen alle zollgeschützten Länder ihren Ueberschuß schleudern könnten, würde keine Veränderung der handelspolitischen Weltlage herbeigeführt werden.

Die einzige Möglichkeit, die Britannien habe, um eine Erniedrigung der fremden Zolltarife zu erreichen, sei die Errichtung von Zollmauern um seinen freien Markt.[4])

---

[1]) Diese Ansicht wurde u. a. auch in der Monatsschrift der Barclays Bank vertreten: "It has become increasingly clear, that so long as this country was prepared to offer practically a free market to the goods of the rest of the world, there was little prospect of any downward movement in customs duties abroad." Barclays Bank Monthly Review vom Februar 1932, Seite 4.

[2]) Times vom 3. XII. 1930.

[3]) Baldwin sagte einmal in der Albert Hall: "I want it (safeguarding) as a weapon to use in negotiating treaties with Protectionist countries — in my view the only way in which you are going to obtain a lowering of duties and concessions in tariffs. And I want it in case of need for retaliation, if all else fails, in negotiating with foreign countries." The Economist vom 12. IV. 1930, Seite 815.

[4]) Nach einer Rede, die Baldwin am 12. Dezember 1930 in Glasgow hielt. Times vom 13. III. 1930.

Die gleiche Ansicht verfocht vor allem auch das Handelsamt, seitdem sein Präsident Graham bei seinen Bemühungen um Zollherabsetzungen vor dem Forum des Völkerbundes so wenig Erfolg erzielt hatte.

Auch Winston Churchill wies immer wieder auf die Bedeutung der Zölle als handelspolitisches Machtmittel hin.

Bei der Aufzählung der Vorteile eines Zolles schrieb er u. a.: „Wir werden in einem Maße, wie es bei uns nie zuvor möglich war, mit unseren guten Freunden auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans über eine Herabsetzung ihrer Schutzzölle verhandeln können. Andernfalls hätten sie mit zusätzlichen britischen Gegenzöllen zu rechnen.“ [1])

Bemerkenswert ist übrigens, daß die Befürworter dieses Schutzzoll-Arguments die Vorteile des Freihandels anerkennen.

So erklärte z. B. P. J. Hannon,[2]) er habe in den letzten Jahren die meisten Länder der Erde besucht und seine Erfahrungen bestätigten die Diagnose der Weltwirtschaftskonferenz, daß die Torheit des Schutzzollsystems den Handel überall einschnüre. Hannon glaubte, daß der schnellste Weg zur Verwirklichung des Freihandelsideals für England der sei, einen Zolltarif einzuführen zu dem Zweck, die Zolltarife der fremden Länder niederzuringen.

III. Zölle zum Zwecke der Präferenz-Gewährung.

a) Die Entwicklung der Dominial-Präferenz.

Die Protektionisten forderten schließlich Zölle, um die Produkte der Dominions zollmäßig bevorzugen zu können und auf diese Weise die Handelsbeziehungen des Mutterlandes mit seinen Besitzungen zu festigen.

Wir geben einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der dominialen Präferenz,[3]) die zum genaueren Verständnis der imperialistischen Bewegung und des ganzen Empire-Problems von Bedeutung ist.

Das Balfour-Komitee hatte in seinem Bericht vom Jahre 1917 der britischen Regierung empfohlen, die Reichsländer durch Vorzugszölle zu begünstigen.[4])

Auf der Reichskonferenz desselben Jahres fand schon eine dementsprechende Verständigung zwischen der britischen Regierung und den Regierungen der Dominions sowie Indiens statt.

Im Budget von 1919 wurde zum ersten Male der Grundsatz der Präferenz durchgeführt.[5]) Austen Chamberlain fiel die Aufgabe zu, als erster Schatzkanzler für die Präferenz-Politik verantwortlich zu zeichnen. Die Zollsätze für folgende Artikel, die aus dem

---

[1]) Churchill im Berliner Börsen-Courier vom 8. III. 1931.
[2]) In einer Rede in der Guildhall am 1. Dezember 1927. Bericht der Times vom 2. XII. 1927.
[3]) Siehe Seite 16. Anmerkung 3.
[4]) Siehe Seite 13.
[5]) Siehe Seite 16.

Empire geschickt oder dort erzeugt waren, wurden herabgesetzt: Tee, Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Früchte, Zucker, Glukose, Melasse, Sacharin, Benzin und Tabak.

Auf diejenigen Empire-Waren, welche unter die McKenna-Zölle [1]) fielen, wurde ein Zoll in Höhe von zwei Dritteln des vollen Satzes erhoben.

Die Zölle auf Empire-Waren wurden herabgesetzt.

Auf der Reichswirtschafts-Konferenz vom Herbst 1923 unterbreitete der Präsident des Handelsamts, Sir Philip Cunliffe-Lister, einige Vorschläge der britischen Regierung, die eine Erweiterung der Präferenz auf verschiedene Reichserzeugnisse enthielten. In Zukunft sollten folgende Produkte zollbegünstigt werden: getrocknete Früchte (zollfrei), Korinthen, eingemachtes Obst (zollfrei), Zucker, Tabak, Weine, Aepfel (zollfrei), eingemachter Lachs und Hummer (zollfrei), Honig (zollfrei), Zitronen, Fruchtsäfte (zollfrei).

Geplant war einmal eine Herabsetzung der bestehenden Zölle für Empire-Produkte, zum anderen aber auch die Einführung neuer Zölle, von denen die Reichswaren jedoch nicht betroffen werden sollten.

Um diese Vorschläge soweit als möglich zu verwirklichen, wurden mit der Finanz-Akte von 1925 folgende Aenderungen des Zollsystems vorgenommen: die Präferenz auf Zucker wurde von einer proportionalen in eine spezifische Grundlage (von 4 s 3⅓ d) umgewandelt. Diese Präferenz war für die Dauer von 10 Jahren gedacht. Die Präferenz auf Reichs-Tabak wurde von ein Sechstel auf ein Viertel erhöht. Der Zoll auf getrocknete Früchte aus dem Empire wurde abgeschafft und der Vorzug auf Weine erhöht.

Die McKenna-Zölle, die vorübergehend abgeschafft waren, wurden unter Beibehaltung des früheren Vorzugssatzes wieder eingeführt. Derselbe Satz (33⅓ %) wurde auch auf die neuen Zölle auf Hopfen, Spitzen und Stickereien gewährt. Für Seidenwaren betrug der Vorzug ein Sechstel des vollen Satzes. Präferenzen in Höhe von ein Drittel des vollen Satzes wurden auf Messerschmiedewaren, Handschuhe und Glühstrümpfe gewährt, als das zweite Safeguarding-Gesetz im Dezember 1925 in Kraft trat.

Mit dem Budget von 1926 wurden alle Vorzugssätze für die Dauer von zehn Jahren zu ihrem damaligen Wert stabilisiert. Als Voraussetzung galt dabei, daß die vollen Sätze innerhalb der angegebenen Zeit nicht unter den Wert der Präferenz fielen.

Im Jahre 1928 wurde der Zoll auf nicht raffinierten Zucker herabgesetzt. Die Präferenz blieb aber unverändert. Der Vorzug auf raffinierten Reichszucker wurde erhöht.

1929 wurde der Teezoll aufgehoben. Infolgedessen fiel auch die Präferenz auf Tee fort.

Auf der Reichskonferenz von 1930 wurde von der englischen Regierung das Versprechen gegeben, daß die bestehenden Präferenz-Maßnahmen für die Dauer von drei Jahren auf bestimmte eingeführte Nah-

[1]) Siehe Seite 14 ff.

rungsmittel innerhalb dieser Zeit nicht abgeschafft werden sollten. Sie konnten jedoch herabgesetzt werden. Das hat die Arbeiter-Regierung dann auch getan.

Speziell zum Zwecke der Präferenzgewährung ist bis 1931 überhaupt kein Zoll eingeführt worden. Erst bei dem Chamberlain-Generaltarif von 1932 und besonders bei dem Zollsystem vom 25. April 1932 fand der Grundsatz der Präferenz erstmalig weitgehende Berücksichtigung.

b. Die Ergebnisse der Dominial-Präferenz.

Die Präferenz-Maßnahmen, die von seiten Englands gewährt wurden, waren viel zu unbedeutend, um bemerkenswerte Ergebnisse zeitigen zu können.

Der prozentuale Anteil der britischen Länder an der Einfuhr Großbritannniens stieg von 1920 bis 1930 nur um den Bruchteil eines Prozents. Etwas günstiger war das Ergebnis für die Ausfuhr. Hier stieg der prozentuale Anteil der britischen Reichsländer innerhalb derselben zehn Jahre um etwa 4¾ %.[1])

Die folgende Tabelle zeigt den prozentualen Anteil des britischen Reiches sowie der fremden Länder am britischen Außenhandel.

Tabelle VII.

Der prozentuale Anteil der britischen und der fremden Länder an Britanniens Außenhandel 1913, 1924, 1928, 1929 und 1930.

Einfuhr aus:	1913	1924	1928	1929	1930
Fremde Länder	75,13	73.00	72,98	73,99	74,54
Britisches Reich . . .	24,87	27.00	27,02	26,01	25,46
zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Ausfuhr brit. Produkte nach:					
Fremde Länder	62,82	62,22	58,05	58,99	60,99
Britisches Reich . . .	37,18	37,78	41,95	41,01	39,01
zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Wieder-Ausfuhr:					
Fremde Länder	87,58	88,22	88,23	87,19	86,23
Britisches Reich . .	12,42	11,78	11,77	12,81	13,77
zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Nach Board of Trade Journal vom 11. 2. 1926, Seite 166
„ 16. 2. 1928, Seite 208
„ 12. 2. 1931, Seite 199

1) Board of Trade Journal vom 11. II. 1926, S. 166 und vom 12. II. 1931, S. 199.

Tabelle VIII.

Der prozentuale Anteil der britischen Länder an der Ein- und Ausfuhr Großbritanniens.[1]) 1913, 1920 und 1930.

	Einfuhr			Ausfuhr		
1. Dominions	1913	1920	1930	1913	1920	1930
Canada	3,97	4,81	3,81	4,53	3,20	5,39
Neufundland	0,13	0,23	0,22	0,17	0,08	0,14
Australien	4,95	5,81	4,64	6,56	4,69	5,91
Neuseeland	2,64	2,46	4,48	2,06	1,99	3,33
Südafrikanische Union	1,60	0,99	2,02	4,23	3,68	4,94
Gesamte Dominions	13,29	14,30	15,17	17,55	13,68	19,71
Indien	6,30	4,95	5,10	13,38	13,58	9,88
2. Kolonien, Besitzungen, Protektorate						
In Europa	0,26	0,25	0,35	0,62	0,95	0,98
Westafrika	0,67	1,58	0,82	1,26	1,75	2,00
Restliches Afrika	0,21	0,77	0,70	0,54	0,60	1,37
Straits Settlements und Malaga	2,52	1,29	1,14	1,36	1,46	1,95
Ceylon	1,01	0,87	1,35	0,80	0,48	0,75
Hong-Kong	0,09	0,13	0,04	0,83	0,98	0,81
Restliches Asien	0,07	0,11	0,07	0,14	0,11	0,18
Westindien, Brit. Guinea, Honduras	0,44	0,98	0,63	0,67	0,65	1,29
Polynesien	0,01	0,00	0,09	0,03	0,02	0,09
Gesamte Kolonien	5,28	5,98	5,19	6,25	7,00	9,42
Gesamtes Britisches Reich	24,87	25,23	25,46	37,18	34,22	39,01
Alle anderen Länder	75,13	74,77	74,54	62,82	65,78	60,99
Zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

[1]) Nach Board of Trade Journal vom 11. Februar 1926 Seite 167 und 12. Februar 1931 Seite 201.

c. Die Begründungen der Präferenz-Forderungen.

Die geringen Bemühungen, die noch viele Jahre nach dem Kriege von seiten Britanniens unternommen wurden, um die Handelsbeziehungen innerhalb des Empire enger zu gestalten, lassen erkennen, wie lange die Engländer darauf gewartet haben, daß die normalen weltwirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie 1913 bestanden, sich von selber wieder einstellen würden.

Sehr lange hat es gedauert, bis man einzusehen begann, daß es nie zu einer mechanischen Restaurierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen kommen konnte.

Als sich Britannien zu besinnen begann, erkannte es schließlich seine einzige und letzte Chance im Empire und setzte auf die Prosperität des Weltreiches alle Hoffnungen.

Einer der ersten Vorkämpfer für die Ausdehnung der Präferenz war Stanley Baldwin. Schon in seinem Wahlmanifest von 1924 hatte er betont, daß die größte Hoffnung auf die Wiederbelebung der Industrie noch liege „in the development of the resources and trade of the British Empire." [1])

Die Lösung der Wirtschaftskrise im Mutterlande, betonte Baldwin immer wieder, sei nicht möglich ohne eine Ankurbelung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Reiches.[2])

In einer Erweiterung der Präferenz-Maßnahmen sah er auch ein geeignetes Mittel zur Förderung seiner Safeguarding-Pläne.[3])

Neben der Hoffnung, durch eine Belebung der Handelsbeziehungen mit dem Weltreiche die Krise überwinden zu können, gab es drei besondere Anlässe, die der Einführung von Präferenzzöllen viele Befürworter zuführte.

Einmal war es die Erwägung, daß Großbritannien sich gegenüber der gewaltig angewachsenen Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten nur dann behaupten könne, wenn es die noch brachliegenden Kräfte und Mächte seines jungen Reiches entwickle und die ganze noch ungeahnte Wirtschaftsmacht des britischen Reiches dem Rivalen auf der anderen Seite des Ozeans gegenüberstelle.

Diesem Wunsch, den Vereinigten Staaten an Macht und Größe gleichzukommen, wenn möglich sie zu übertreffen, finden wir vielfach von den Protektionisten ausgesprochen.

So meinte Alexander Ramsay,[4]) wenn Britannien in eine Wirtschaftseinheit hineingegangen sei, groß genug, um ihm einen Markt zu geben, der mit dem der Vereingten Staaten vergleichbar, und auch nach außen durch Zollmauern genügend geschützt sei, dann gebe es

---

[1]) Zitiert bei Williams, a. a. O., Seite 53.

[2]) "We must wed our Imperial policy with our domestic policy if we are to make the greatest effort possible for the solution of our economic problems." Aus einer Rede Baldwins vom 4. März 1930. Times vom 5. III. 1930.

[3]) "The extention of Imperial preference, wherever our Dominions are prepared to co-operate with us, offers a means of approaching our ideal step by step."
Aus dem Interview mit dem Herausgeber des "Home and Empire". Times vom 2. III. 1930.

[4]) Ramsay, Alexander: The Truth about Industrie. London 1931, S. 55.

keinen Grund, weshalb die Engländer nicht genau dasselbe hinsichtlich der Massenproduktion tun könnten wie die Amerikaner.

Zum anderen aber waren die Engländer in ihrer Meinung, das Empire zu einer Wirtschaftseinheit auszubauen, durch den Plan und die Bestrebungen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Länder unterstützt worden.[1])

Hier war es vor allem die Furcht, den europäischen Markt weitgehend zu verlieren ohne gleichzeitig einen hinreichenden Ersatz außerhalb Europas zu haben.

In den Manifesten der Industriellen, der Bankiers und der Gewerkschaften, die wir im nächsten Kapitel noch eingehend wiedergeben werden, fand man immer wieder den Hinweis auf die europäischen Bestrebungen. Man sprach darin aber zugleich aus, daß Britannien schwerlich ein Teil der Vereinigten Staaten von Europa werden und gleichzeitig dem British Commonwealth angehören könne.

Die Wahl zwischen diesen beiden Weltreichen war nicht schwer. Es gab nicht einen einzigen Engländer, der auch nur einen Moment gezögert hätte, sich für den Anschluß an das British Empire zu entschließen.

Den Weitblickenden unter den Engländern wurde es immer klarer, daß die Bildung von Wirtschaftsgroßräumen die weltwirtschaftliche Tendenz des 20. Jahrhunderts war.

Die Position eines hochspezialisierten isolierten Landes, das zudem überbevölkert war, wurde naturgemäß äußerst unsicher in einer Welt, die im Begriff stand, sich in Wirtschaftseinheiten zusammenzuschließen, von denen jede nach größtmöglicher Selbstgenügsamkeit strebte. Ein solches Land müßte unter allen Umständen danach trachten, sich endgültig zu einem Teile einer größeren Einheit zu machen, die als ganze autark oder wenigstens annähernd autark sein konnte.

Das Empire bot dem Mutterlande einen Absatzmarkt für seine Fabrikate und einen Bezugsmarkt für seine Nahrungsmittel und Rohstoffe, außerdem bot es die Hoffnung auf eine bessere Verteilung der Bevölkerung und des Kapitals innerhalb eines Reiches verwandter Nationen.

So sprach — bei einer oberflächlichen Betrachtung des Problems — zunächst alles für eine Erweiterung der Handelsbeziehungen mit dem Empire.

---

1) Die Pläne sahen zum Teil einen Auschluß Englands aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor, weil es selbst zu große Interessen außerhalb Europas habe und zu stark an sein Empire gebunden sei.
Siehe insbesondere Coudenhove-Kalergi, R. N.: Paneuropa. Wien—Leipzig—Paris 1926, Seite 41 ff.

2. Abschnitt.

Die Presse-Kampagne.

Die Befürworter einer ausgedehnten Präferenzpolitik wollten den wirtschaftlichen Zusammenschluß des britischen Reiches Schritt für Schritt durchführen. Es mag bezweifelt werden, ob sie selbst glaubten, daß es jemals zu einem absolut freien Austausch innerhalb des Empires kommen werde. Das Ziel der Radikaleren der Präferenzbefürworter war jedenfalls doch, diesem Ziele so nahe zu kommen wie nur möglich.

Einen Schritt weiter gingen die Inhaber der populären britischen Presse, Lord Beaverbrook und Lord Rothermere.

A. **Lord Beaverbrook.**

I. Lord Beaverbrooks Karrière.

Lord Beaverbrook ist zweifellos eine der interessantesten Persönlichkeiten der gegenwärtigen englischen Politik.

William Maxwell Aitken wurde als Sohn eines schottischen Geistlichen in Kanada geboren. Seine Karrière begannn er als kleiner Börsenmakler. Er spekulierte und gewann. Er gründete Unternehmungen, spekulierte wieder — und hatte in allem Glück.

1910 übersiedelte der Zweiunddreißigjährige als steinreicher Mann nach England, um „Politik zu machen". Er trat sofort der Unionistischen Partei bei. Seine Kandidatur in Ashton under Lyne wurde von niemand geringerem als von Rudyard Kipling[1]) unterstützt.

Während des Krieges hatte Aitken neben Lord Northcliffe ein Ministeramt in der Koalitionsregierung. Er war Informationsminister. 1916 wurde ihm die Pairswürde verliehen.

Am 11. November 1918 wurde er aus der Regierung entlassen. Bereits Ende desselben Monats kaufte er die Zeitung „Daily Express" für geringes Geld auf. Mit großem Geschick verstand er es, die Bedeutung dieses Blattes in kurzer Zeit zu heben. Im Laufe weniger Jahre gelang es ihm, die tägliche Auflage des „Daily Express" zu vervierfachen. Seitdem hat der Leserkreis dieser Zeitung noch ständig zugenommen. Heute hat sie eine tägliche Auflage von mehr als 1½ Millionen.

Im Laufe der ersten Nachkriegsjahre erwarb er außerdem folgende Zeitungen: „Sunday Express", „Evening Standard", „Pall-Mall Gazette".

Lord Beaverbrooks gesamte Organe haben zur Zeit einen Leserkreis von 4 bis 5 Millionen.[2])

---

[1]) Der bekannte Schriftsteller und Schwiegervater Baldwins.
[2]) The Statist vom 5. II. 193.0 Seite 309.

II. Lord Beaverbrooks Empire Free Trade-Pläne.

a) Erster Plan.

Seit Anbeginn seiner Laufbahn war Lord Beaverbrook für den Gedanken eines britischen Wirtschaftsgroßraumes eingetreten.

Im Jahre 1929 begann er seinen sogen. „Empire-Kreuzzug", der am 17. Februar 1930 zur Gründung der United Empire Party führte.

Ende Oktober 1929 proklamierte er mit großem Aufwand seinen ersten Empire Free Trade-Plan.[1])

Das Ziel der Empire Free Trade-Bewegung war, die Bodenkräfte, die Industrien und den Handel aller Teile des britischen Reiches zu einer größtmöglichen Entwicklung zu bringen.

Das Britische Reich sollte deshalb zu einer Wirtschaftseinheit gemacht werden. Alle Widerstände, die dem Freihandel innerhalb des Reiches entgegenständen, sollten rücksichtslos niedergerissen werden.

Die finanziellen und materiellen Quellen des Reiches sollten zum größtmöglichen Vorteil für Erzeuger, Verteiler und Verbraucher ausgebaut werden.

Zwischen dem Britischen Reiche und allen fremden Ländern sollten daher so hohe Zollmauern errichtet werden, wie sie notwendig sein würden, um diese Ziele zu erreichen.

Innerhalb des Reiches aber sollte Freihandel herrschen. Das Reich würde solcher Art als Produktions- und Absatzgebiet „more powerful" werden als das einheitliche Absatzgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika oder eine zukünftige Wirtschaftseinheit der europäischen Länder.[2])

„Free trade within the Empire" war auch das große Ziel Joseph Chamberlains gewesen. Jedoch unterschieden sich die Pläne Lord Beaverbrooks in einem wesentlichen Punkte von den Ideen, die Chamberlain 26 Jahre zuvor propagiert hatte. Denn Chamberlain wollte eine Zollmauer um die Britischen Inseln legen; die Waren der Dominions sollten bevorzugt, z. T. zollfrei eingeführt werden. Die Zölle auf Nahrungsmittel, die damals der besondere Anlaß zum Kampf für und gegen die Zollreform-Liga gewesen waren,[3]) sollten zunächst auch auf Waren, die aus dem Reiche kamen, erhoben werden.

Lord Beaverbrook lehnte dagegen von vornherein jede Besteuerung von Empire-Lebensmitteln ab. Er selbst äußerte sich einmal über die Unterschiede seines Planes gegenüber dem Chamberlains wie folgt:

„Our plan is not the plan put forward by Chamberlain in 1903. It differs in this respect. The Chamberlain plan proposed a tariff wall round Great Britain; it was insular Protection, and was subject to reciprocity in favour of the Dominions and Colonies.

---

[1]) Beaverbrook, Lord: Empire Free Trade. Published by Daily Express. London 1929

[2]) Aus der Programm-Rede, die Lord Beaverbrook am 19. November 1929 im Oberhause hielt. Bericht des Daily Express vom 20. XI. 1929.

[3]) Siehe Seite 8.

Our plan is a tariff wall round the whole Empire, and our tariff wall will depend altogether upon, and is conditional upon, a reasonable response from the rest of the Empire.

Then again, the Chamberlain plan proposed a duty on Empire foodstuffs. On the contrary, we declare that Empire foodstuffs shall be free of duty if our plan should be carried into effect".[1])

Lord Beaverbrook betonte in seinen Reden stets von neuem, daß sein Plan weder mit dem Chamberlains noch mit dem anderer Protektionisten identisch sei. Sein Vorschlag, Zölle lediglich auf ausländische Nahrungsmittel zu erheben, sei dem englischen Wähler noch nie vorgelegt worden. Denn auch im Jahre 1910 hätten Bonar Law und Austen Chamberlain nichts anderes als Zölle auf Lebensmittel einschließlich solcher aus dem Reiche vorgeschlagen. 1923 aber habe Baldwin einen lückenlosen Zolltarif gefordert, also sowohl Zölle auf Lebensmittel (fremde und britische) als auch auf Industrieerzeugnisse.[2])

Lord Beaverbrook war der Ansicht, daß erst j e t z t, 30 Jahre nach dem Beginn der Chamberlain-Kampagne, die Bedingungen gegeben seien, die eine erfolgreiche Durchführung des Empire-Planes möglich machen könnten. Denn jetzt sei das Britische Imperium imstande, sich selbst zu ernähren; zu Chamberlains Zeiten sei dieses noch keineswegs der Fall gewesen. Seit Beginn des Jahrhunderts hätten Canada und Australien ihre Weizenproduktion verfünffacht. Es herrsche daher ein Ueberfluß an Weizen im Reiche, auch sei mehr Vieh vorhanden, als man benötige. Australien allein habe 12 Millionen Stück Vieh — so viel wie England, Wales, Schottland und Irland zusammen. Das Reich könne also, abgesehen von ein oder zwei unbedeutenden Ausnahmen, alle Nahrungsmittel selbst produzieren.[3])

Aber die Verhältnisse innerhalb des Britischen Imperiums hatten sich seit Anbeginn des Jahrhunderts in mehr als einer Beziehung zuungunsten eines allbritischen Zollvereins gewandelt. Vor allem war es die Schutzzollpolitik der mit größter Selbständigkeit ausgestatteten Dominions, die jetzt der Verwirklichung eines radikalen Zollabbaus im Innern des Reiches entgegenstand.

Das erste Programm Lord Beaverbrooks, das einen allgemeinen radikalen Abbau der Zollmauern vorsah, rief daher laute Proteste in den Dominions und große Zweifel im Mutterlande hervor.

b) Z w e i t e r P l a n.

Lord Beaverbrook wurde sehr bald zu einer Revision seiner Forderungen gezwungen.

Um die Mitte des Jahres 1930 veröffentlichte er mit großem Aufwand eine neue Broschüre,[4]) in welcher er seinen zweiten Plan darlegte.

[1]) Aus Chamberlains Oberhaus-Rede vom 19. November 1929. Bericht des Daily Express vom 20. XI. 1929.

[2]) Aus einer Rede in Lewes vom 28. Oktober 1929. Daily Express vom 29. X. 1929.

[3]) Aus der Oberhaus-Rede vom 19. November 1929.

[4]) Beaverbrook, Lord: My Case for Empire Free Trade. Published by Daily Express. London 1930.

„Wir können nicht erwarten", schrieb er jetzt, „daß die Dominions ihre Zollmauern abbauen. Denn ihre Industrien würden von den englischen Fabriken überrannt werden".[1])

Er wollte daher eine besondere Entwicklungsstufe einschieben. Die wirtschaftliche Vereinigung sollte mit dem sogen. „Colonial Empire" beginnen.

Wörtlich bemerkte er hierzu: „Mit Empire Freihandel meinen wir Freihandel zwischen Großbritannien und den Kronkolonien und zwischen den Dominions und den Kronkolonien mit einer Zollmauer gegen das Ausland".[2])

Zwischen den Dominions und Großbritannien schlug er ein System „of limited partnerships" vor mit einem größtmöglichen Maß von Freihandel.

Die Verwirklichung der geplanten Maßnahmen fordere völlige Freiheit, um Zölle auf ausländische Fabrikate erheben zu können. Denn ohne diese Zölle könnte Britannien den Dominions doch keine bevorzugte Stellung einräumen.[3])

Der Schlüssel zum Reichsfreihandel sei der Zoll auf ausländische Nahrungsmittel.[4]) Ohne diesen Zoll — so betonte Lord Beaverbrook in allen Reden immer wieder — könne das große Ziel nie erreicht werden.

Dieser Lebensmittelzoll werde die Grundlage für die Prosperität der Landwirtschaft in Britannien wie im Reiche werden.[5])

Das Wort „Empire Free Trade" war äußerst geschickt gewählt. Es hatte eine dementsprechende Wirkung auf die Massen. Aeußerlich appellierte es an die Schar der Freihändler. Sein Programm bewies jedoch, daß es sich in Wirklichkeit nicht um ein Freihandels-, sondern um ein radikales Schutzzoll-System handelte.[6])

Freihandel versprach Lord Beaverbrook allen, die noch an das Freihandelsprinzip glaubten. Da aber der Weltfreihandel eine Utopie sei — wer sehe das heute nicht ein? — so solle das zur Zeit weiteste Maß des Freihandels, eben der Freihandel innerhalb des Britischen Reiches, verwirklicht werden.

Den Protektionisten versprach er Schutzzölle gegen alles, was sie begehrten.

So hoffte er, es allen recht zu machen.

---

[1]) Beaverbrook, Lord, a. a. O. Seite 49.
[2]) Beaverbrook, Lord, a. a. O. Seite 11.
[3]) Beaverbrook, Lord, a. a. O. Seite 11.
[4]) "We believe that Empire Free Trade can only be attained by means of a tax upon foreign foodstuffs. That is the keystone. We cannot build the bridge without it."
Aus einer Rede Lord Beaverbrooks in Nottingham am 11. April 1930. Bericht des Daily Express vom 12. IV. 1930.
[5]) Daily Express vom 12. IV. 1930.
[6]) Der Manchester Guardian bemerkte hierzu: "Lord Beaverbrook's Empire Crusaders actually fight under a kind of Free Trade banner, though the only thing that can be certainly said of Empire Free Trade is that it means more tariffs."
Manchester Guardian Weekly vom 10. I. 1930, Seite 23.

B. Lord Rothermere.

I. Lord Rothermeres Plan.

Der zweite große Vorkämpfer für ein wirtschaftlich vereintes British Empire war Lord Rothermere.

Seine Laufbahn war nicht minder erstaunlich als die Lord Beaverbrooks gewesen. Sein richtiger Name war H. Harmsworth. Seinen jetzigen Einfluß hat er in erster Linie seinem verstorbenen Bruder, dem berühmten Lord Northcliffe, zu verdanken.

Die Hauptgesellschaften des Rothermere-Konzerns sind: Northcliffe Newspaper Ltd., Associated Newspaper Ltd., Daily Mirror Newspaper Ltd., Sunday Pictorial Newspaper Ltd., Daily Mail Trust Ltd. Der Leserkreis der Rothermere-Zeitungen wird auf 7 bis 7½ Millionen geschätzt. Die „Daily Mail" hat die höchste Auflage aller englischen Zeitungen.

Die Empire-Propaganda Lord Rothermeres war noch erheblich grobschlächtiger angelegt als die Lord Beaverbrooks. Sein Programm[1]) sah einen Prohibitivzoll gegen alle fremden Fertigwaren vor. Die Landwirtschaft sollte mit 30 Millionen unterstützt werden. Indien sollte gezwungen werden, britische Waren zollfrei einzulassen und hohe Zölle gegen fremde Güter einführen.

Alle wirtschaftlichen Probleme sollten von einem Gremium von Wirtschaftlern untersucht werden. Dessen Entscheidungen sollten von der Regierung einspruchslos angenommen werden.[2])

II. Die Gegensätze zwischen den Presselords.

Zwischen Lord Beaverbrook und Lord Rothermere bestanden Gegensätze, die teils persönlicher Art waren, teils in der Verschiedenheit ihres Programms begründet lagen.

Auf Grund des zweiten Planes Lord Beaverbrooks kam es zu einer vorübergehenden Einigung zwischen den beiden Presselords.

Am 17. Februar 1930 gründete Lord Beaverbrook die „United Empire Party", die Lord Rothermere zu unterstützen versprach.[3])

Die neue Partei hatte sich zum Ziel gesetzt, das Britische Reich durch vernünftige Wirtschaftspolitik wieder zur Prosperität zu führen. Trotz der großen Leserschaft der beiden Konzerne fanden sich nur 200 000 Personen bereit, die neue Partei bei ihrem Kampfe zu unterstützen.

Lord Beaverbrook betonte immer wieder, daß die neue Partei keine politische Partei sei, sondern eine Vereingung mit wirtschaftlichen Zielen.[4]) Ihr Ziel sei die Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die im besonderen Interesse der britischen Industrie läge. Interessant sind folgende Bemerkungen Beaverbrooks: „Wir nehmen keine Stellung ein in dem alten Streit zwischen Freihandel und

---

[1]) Daily Mail vom 11. I. 1930.
[2]) Das richtete sich gegen die Arbeiter-Regierung.
[3]) Daily Mail vom 19. II. 1930.
[4]) Beaverbrook, Lord, a. a. O. Seite 54.

Schutzzoll. Unsere Bewegung ist weder an Freihandel noch an Schutzzoll gebunden. Es ist vielmehr eine Bewegung, welche von beiden das Beste nimmt und es für seine eigenen Zwecke verwendet." [1])

„Wir glauben, daß das Ergebnis völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien sein wird." [2])

Aber die neue Partei, deren großes Ziel es war, alle britischen Wähler zu erobern, erfreute sich nur eines kurzen Daseins. Die Interessengegensätze der beiden Lords einerseits und ein Wandel Baldwins in der Empirefrage andererseits machten die „United Empire Party" überflüssig.

Lord Beaverbrook blies die Aktion kurzerhand ab.

Lord Rothermere hielt weiter an der Idee einer solchen Partei fest. Er war mit den losen Erklärungen der Konservativen nicht zufrieden. Auch heute noch ist sein Wille auf die Zusammenfassung aller Elemente gerichtet, die auf jeden Fall eine weitere Zerbröckelung des Reiches verhindern wollen.

---

1) Beaverbrook, Lord, a. a. O., Seite 54.
2) Beaverbrook, Lord, a. a. O., Seite 7.

3. Abschnitt.

Die Stellung des Parlaments zur Frage des Britischen Zollvereins.

Schon im Juli 1929 war anläßlich der Debatte über die Stellung der Arbeiter-Regierung zum Schutzzoll auch die Frage des Reichsfreihandels besprochen worden.[1])

Der hervorragendste Vertreter dieser Idee im Unterhause war der ehemalige Kolonialminister L. S. Amery.

Er verfocht den Gedanken, das Empire mit hohen Zöllen zu umgeben, aber Freihandel zwischen den Empireländern zu halten.

Snowden griff die Ausführungen Amerys mit scharfen Worten an. Bevor die Labour-Regierung das Amt verlasse, würden alle bestehenden Zölle auf Nahrungsmittel verschwunden sein, so hoffte er.

Snowden sprach sich keineswegs gegen eine feste Verknüpfung der Handelsbeziehungen innerhalb des britischen Reiches aus. Jedoch müsse diese auf jeden Fall ohne Erhöhung oder gar Neueinführung von Zöllen erreicht werden.

Im Januar 1930 wurde das Reichsfreihandelsproblem abermals im Unterhause besprochen.

Mr. Remer, L. S. Amery und Majoribanks traten für den Reichsfreihandel ein.[2])

Remer führte u. a. aus, daß das Britische Reich die größte und reichste wirtschaftliche Einheit der Welt werden könne. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials suchte er die Möglichkeiten des britischen Wirtschaftsgroßraumes darzulegen.

Majoribanks führte aus, daß die Entwicklung des Reiches zu einer Wirtschaftseinheit die einzige Hoffnung für Großbritannien sei, aus der gegenwärtigen trostlosen Lage herauszukommen. Das ganze Land sehne sich nach einer solchen Politik und nach einer dauernden Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Philip Snowden und Lloyd George traten diesen Ausführungen entgegen. Letzterer erklärte u. a., daß Britannien keine Präferenz gewähren könne ohne Nahrungsmittel und Rohstoffe zu verzollen. Da aber Britannien beispielsweise sieben Achtel seiner Roh-Baumwolle aus fremden Ländern beziehe, so würde der Zoll wohl den Baumwollfarmern in Uganda, Nigeria und dem Sudan zugute kommen, aber die Lancashire Industrie mit einem Schlage kaputt machen.[3])

Das Unterhaus war besonders in letzter Zeit recht skeptisch geworden. Denn gerade in den Wochen, in welchen Lord Beaverbrook

---

[1]) The Statist vom 13. VII. 1929, Seite 51.
[2]) Bericht der Times vom 30. I. 1930.
[3]) Bericht des Economist vom 1. II. 1930, Seite 228.

seine laute Propaganda begann, hatten Südafrika, Australien, Aegypten, Neuseeland und Indien erklärt, daß sie nicht gewillt seien, an der Genfer Zollfriedenskonferenz teilzunehmen.

Die Proteste, die von seiten der Dominions wie auch aus den Kreisen der britischen Wirtschaftler zu hören waren, erregten große Bedenken. Jeder Einsichtige war sich darüber klar, daß die größeren Reichsmitglieder wohl schwerlich in absehbarer Zeit dazu bereit sein würden, auf die ihnen zustehende Zollautonomie zu verzichten.

Am 19. November 1929 verkündete Lord Beaverbrook seinen Plan erstmalig im Oberhaus.[1] Lord Arnold antwortete namens der Regierung, daß vorläufig an Reichsfreihandel nicht gedacht werden könne, solange England kein Schutzzolland sei. Er wies darauf hin, daß die Arbeiter-Regierung durchaus freihändlerisch gesinnt sei und daß demzufolge zunächst keine praktischen Schritte irgendwelcher Art „towards Empire Free Trade" zu erwarten seien.[2])

Im Mai 1930 aber errangen die Protektionisten und Imperialisten ihren ersten Sieg im Oberhaus.

Lord Ellibank forderte die Befürwortung „of a comprehensive policy of Safeguarding, Anti Dumping and Imperial economic unity."

Er behauptete, es gebe nichts, was die Dominions und Kolonien mehr begehrten als eine Festigung ihrer Handelsbeziehungen mit Britannien. Sie warteten nur auf einen Wink des Mutterlandes.[3])

Diesen Behauptungen trat Lord Arnold wiederum entgegen. Er versuchte nachzuweisen, daß die britischen Industrien von einem Schutzzollsystem nicht profitieren könnten. Denn es sei Tatsache, daß auch in den geschützten Industrien die Exporte zurückgegangen seien.[4])

Als Verteidiger des wirtschaftlichen Imperialismus traten Lord Melchett und Lord Beaverbrook auf.

Lord Melchett führte aus, daß sich seine Ansicht über Protektionismus seit dem Kriege gewandelt habe. Er sei jetzt davon überzeugt, daß es eine Lebensnotwendigkeit für Britannien sei, sich wirtschaftlich fest im Empire zu verankern.

Die verschiedenen Teile des Reiches sollten sich gegenseitig ergänzen. England sollte einen einheimischen Wirtschaftsplan ausarbeiten „by which in agriculture and industry the relative yields and quotas of the various parts of the Empire could be co-ordinated in a friendly cooperative spirit".[5])

---

[1]) U. a. führte er aus: "I may be permitted, perhaps, to explain what we mean by Free Trade within the Empire. We mean a movement which is to develop the resources, the industries and the commerce of all parts of the Empire to the fullest possible extent, and for that purpose, so far as may be possible, to make of the British Empire one economic unit, and to do everything in our power to break down all obstacles to Free Trade within the Empire, and to make the financial resources of the Empire more fully available for the benefit of all parts of the Empire."
Daily Express vom 20. XI. 1929.

[2]) The Economist vom 23. XI. 1929, Seite 962.

[3]) Times vom 18. V. 1930.

[4]) Times vom 18. V. 1930.

[5]) Times vom 18. V. 1930.

Lord Beaverbrook verteidigte seine Empire Free Trade-Politik mit den bekannten Argumenten.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag Lord Ellibanks mit 103 gegen 25 Stimmen angenommen.[1])

Diese Entschließung des Oberhauses war eindeutig. Sie bewies, wie weit hier der Wandel zum Protektonismus schon eingetreten war.

Das Unterhaus aber wehrte sich weiterhin gegen alle Maßnahmen zur Erweiterung der Reichshandelsbeziehungen wie sie von den Empire Free Tradern einerseits und von den Dominions-Premiers andererseits gefordert waren.

Bei der Parlamentsdebatte über die Reichskonferenz von 1930 sagte MacDonald, Reichsfreihandel sei „an absolute frand".[2]) Kein ehrenhafter Mann könne nach den Vorgängen auf der letzten Reichskonferenz zugeben, daß Empire-Freihandel eine Politik sei, die man dem britischen Wähler mit gutem Gewissen vorsetzen könne. Es gebe andere Mittel als Lebensmittelzölle, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Reichsländern zu festigen.

Die ablehnende Haltung der Regierung wurde vom Hause gebilligt und die Reichsfreihandels-Bestrebungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

---

[1]) Times vom 18. V. 1930.
[2]) The Economist vom 1. XI. 1930, Seite 802.

3. KAPITEL.

Der Kampf um Schutzzoll und Freihandel innerhalb und außerhalb der Parteien während der Jahre 1929 bis 1931.

1. Abschnitt.

Der Kampf um den Schutzzoll außerhalb der Parteien.

A. Die Forderungen der Industriellen.

I. Der Kampf für den Schutzzoll.

Ein Zollschutz wurde seit Jahren vor allem von den Textilindustriellen gefordert. Insbesondere waren es hier wieder die Wollfabrikanten, welche die Einführung von Zöllen auf den Tuchimport verlangten.

Im Jahre 1925 war beim Board of Trade ein Prüfungsausschuß eingesetzt worden, der die Forderungen der Textilfabrikanten zurückgewiesen hatte. Aber die Forderungen waren danach nicht verstummt.

Anfang 1929 nahmen die Textilindustriellen erneut den Kampf in verstärktem Maße wieder auf, diesmal sogar zusammen mit der Textilarbeiterschaft,[1]) die sich aktiv für das „Safeguarding" einsetzte.

Bei allen bisherigen Auseinandersetzungen über die Zollfrage waren die Forderungen der Unternehmer von der gesamten Arbeiterschaft abgelehnt worden. Seitdem aber der sogen. „Mondismus",[2]) d. i. ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern, eingeführt war, sprach sich die Arbeitsgemeinschaft der Textilfabrikanten und Textilarbeiter für die Zölle aus.

Die Jute-Industriellen schlossen sich den Forderungen an.

Die Woll-Industriellen sahen die wesentliche Ursache der schlechten Lage, in der sich die englische Wollindustrie seit Jahren befand, in der wachsenden Einfuhr von Kammgarngeweben nach England. Diese sei, so glaubten sie, dadurch herbeigeführt worden, daß die anderen Exportländer billiger produzierten und die Zollschranken in England fehlten, die solchen Import verhindern konnten.

Die Einfuhr von Erzeugnissen der Kammgarnindustrie und der Wollindustrie überhaupt war in den Nachkriegsjahren in der Tat er-

---

1) Siehe Wandel der Gewerkschaften (Der Umschwung der Textilarbeiter), Seite 107 ff.

2) So genannt nach seinem hervorragenden Verfechter Sir Alfred Mond (später Lord Melchett).

heblich gestiegen. Zugleich aber hatte die Ausfuhr englischer Waren nach Frankreich und Deutschland wie auch nach den britischen Dominions stark nachgelassen.

Die in der Textilindustrie herrschende Arbeitslosigkeit war also nicht nur auf die gestiegene Einfuhr nach England, sondern auch auf den Rückgang der englischen Ausfuhr zurückzuführen.

Die nicht geschützten Industriellen pflegten neidisch das „Wohlergehen" der geschützten zu betrachten. Allgemein war man geneigt, wie der Manchester Guardian[1]) schrieb, anzunehmen, daß alle Industrien von einem Zollschutz Nutzen haben könnten, wenn sich eine Industrie unter dem Safeguarding einigermaßen gut entwickelte.

Anfang Februar 1930 fand die ordentliche monatliche Versammlung des „General Committee of the Federation of Master Cotton Spinners Association" statt, in welcher der Bericht für das abgelaufene Jahr genehmigt wurde. In diesem Bericht wurde festgestellt, daß die Wirtschaftsdepression z. T. auf die erhöhten Zölle der fremden Länder gegen die Lancashire-Waren zurückzuführen war.

Während der Debatte wurde vielfach die Forderung nach Schutzzöllen laut. Unter den Produzenten herrschte begreiflicherweise eine Erbitterung über die dauernden Zollerhöhungen der fremden Länder. Es wurde schließlich ein Sonderausschuß gebildet, der die Wirkungen der Schutzzölle auf den Lancashire Baumwoll-Handel untersuchen sollte.[2])

II. Die Manifeste der Industriellen.

a) Das Manifest über die Reichshandelspolitik.

Zu Ende des Jahres 1929 gaben die Industriellen zum ersten Male eine offizielle Erklärung über ihre Stellung zur Präferenz- und Reichsfreihandels-Politik bekannt.

Eine Reihe führender Vertreter der britischen Industrie gab ein „Manifest über die Reichshandelspolitik"[3]) heraus.

Dieses ist insofern bemerkenswert, als hier zum ersten Male von der Seite der Produzenten die Notwendigkeit der Bildung eines größeren Wirtschaftsraumes anerkannt und öffentlich befürwortet wurde.

Lord Beaverbrook und die früheren Vertreter eines „Greater Britain" hatten bislang nur die Möglichkeiten und Vorteile eines britischen Reichszollvereins herausgestellt.

Nachdem man die wirtschaftliche und industrielle Lage des Welthandels eingehend studiert habe, hieß es in den Aufruf, sei man zu dem Schluß gekommen, daß es unumgänglich notwendig sei, zwischen allen Teilen des britischen Empire eine Politik engerer gegenseitiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu verfolgen als sie heute bestehe.

Man werde bald gezwungen sein sich zu entscheiden. Nicht nur die Lage des britischen Handels und die Zahl der Arbeitslosen for-

---

[1]) Manchester Guardian Weekly vom 7. II. 1930.
[2]) Bericht des Manchester Guardian Weekly vom 7. II. 1930.
[3]) Manifest on Imperial Trade Policy, London 1929.

derten ein sofortiges Handeln. Die Vereinigten Staaten hätten, im Verfolg einer Politik des gegenseitigen Austausches und der Zusammenarbeit über ein weites Gebiet, eine Stellung als überragende Wirtschaftsmacht in der Welt erlangt.

In Europa seien sich alle weitblickenden Männer darüber klar, daß die Tage der kleinen Wirtschaftsräume gezählt seien. In den kommenden Zusammenschlüssen der einzelnen Volkswirtschaften zu Wirtschaftsgroßräumen stehe Britannien vor der Wahl, sich den Vereinigten Staaten von Europa anzuschließen und die Dominions dem amerikanischen Wirtschaftsblock zu überlassen, oder das Britische Reich zu einer gesonderten selbständigen Wirtschaftseinheit zu verschmelzen.

Man sprach sich eindeutig für ein britisches Wirtschafts-Empire aus. Wenn das Ideal eines absolut freien Austausches aller Reichsprodukte auch heute noch nicht verwirklicht werden könne, so solle man doch danach streben, ihm so nahe wie möglich zu kommen.[1])

Die Unterzeichner dieses Manifests gründeten die sogenannte „Empire Economic Union", deren Aufgabe es sein sollte, das Empire-Problem zu studieren und Vorschläge für eine Politik zu unterbreiten, die geeignet war, eine Zusammenarbeit der Industrieführer in Britannien und den Dominions zu fördern.

Der Vorsitzende der Vereinigung wurde Lord Melchett.

Zu Beginn des folgenden Jahres unterbreitete ein Komitee der „Federation of British Industries" (F. B. I.) eine Reihe konkreter Vorschläge über die Erweiterung der Reichshandelsbeziehungen.[2])

---

1) Wörtlich hieß es weiter: „Let us by consultation and discussion, by mutual give and take, modify whatever is vexatious and hampering in our fiscal trading systems without being essential to our individual economic policies, and ensure that inter-Imperial trade, if not absolutely unchecked, shall at any rate flow as freely and in as full volume as statesmanship and the good-will of our peoples can enable it to flow."

2) Der Ausschuß empfahl:

(1) That the Imperial machinery for consultation upon economic questions should be improved, and taken out of the political field. An Imperial Trade Conference should be convened, composed of chief Government officials concerned with trade, representatives of industrial capital and labour, and delegates of commerce, finance, shipping and agriculture whose functions should be to explore the lines of sound Imperial economic policy and to ascertain what further advantages, on what terms, the Dominions are prepared to give British trade.

(2) That an Imperial Economic Secretariat should be established, to act as permanent secretariat to the Imperial Conference, whose agenda should be prepared on each occasion by a preliminary meeting of the Imperial Trade Conference.

(3) That existing Preferences granted by Great Britain to the Dominions should not be disturbed.

(4) That more should be done to make Empire sources of supply known to purchasers in this country, and that the possibility of the better organisation of the distribution and sale of Empire products should be explored.

(5) That further financial facilities should be provided by H. M. Government for the furtherance of Imperial air transport.

(6) That an Empire College for Dominion students should be established in London.

Nach Economist vom 22. II. 1930, Seite 403 f.

U. a. wurde vorgeschlagen, Schritte zu unternehmen, die Industrieproduktion des Reiches zu rationalisieren und den Dominions von der Aufrechterhaltung solcher Industrien abzuraten, die „wirtschaftlich ungesund" sind, d. h. solche Industrien, die einen übermäßig hohen Zollschutz beanspruchen.

Im Herbst desselben Jahres wurde ein neues Manifest britischer Industrieller veröffentlicht.[1]) Sir William Morris hatte es verfaßt, zahlreiche prominente Industrielle hatten es unterzeichnet.

In diesem Aufruf wurde die Bildung eines „National Council of Industrie and Commerce" begründet. Durch einen solchen Nationalrat sollte die Prosperität des Landes wiederhergestellt und die Arbeitslosigkeit behoben werden.

Das Manifest stellte ferner fest, daß es die Aufgabe des Rates sein sollte, die Durchführung von Maßnahmen zum Schutze des heimischen Marktes zu sichern.[2])

Am 1. Oktober 1930 wurden alle Mitglieder der F. B. I. um ihre Meinung über die künftige Gestaltung der britischen Außenhandelspolitik befragt.

Nur 3,9 % der Mitglieder sprachen sich für eine Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zollpolitik aus. 96,1 % forderten einen Wandel, d. h. einen Zolltarif in irgend einer Form.

„Nicht eine einzige Industriegruppe innerhalb des Verbandes war als Mehrheit für die Beibehaltung des Freihandels".[3])

Auf Grund dieser Abstimmung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, „that the Federation should press by every means in its power for the establishment of a fiscal system which should combine the protection of industrial interests at home with the widest possible extention of inter Empire preference".[4])

Der Grand Council der F. B. I. forderte Zollschutz als eine wesentliche Bedingung für die Wiederherstellung der industriellen Prosperität. Aber er gab zu, daß dieses nicht das einzige Hilfsmittel sei, das angewandt werden könne. Jedes Mittel, das für notwendig erachtet werde, müsse versucht werden.[5])

---

[1]) Times vom 19. IX. 1930.

[2]) In einer Presseerklärung vom gleichen Tage führte Sir William Morris noch folgendes aus:

„The crying need of the British workman to-day is for employment and wages — not the dole — and it is impossible for an article manufactured by the foreigner to find employment or wages for British labour. The obvious answer is protection, and I for one shall not be satisfied until a full measure of safeguarding is given to every one of our industries that is suffering from competition from imported manufactured goods the awful bogy of unemployment is thus stamped out . . . .

We must import less manufactured goods and create productive work in our own country, which can only be done by the introduction of a proper fiscal system of protection."

Times vom 19. IX. 1930.

[3]) Siegfried André: Die englische Krise. Berlin 1931, Seite 162.

[4]) The Statist vom 18. X. 1930, Seite 541.

[5]) The Statist vom 18. X. 1930, Seite 541.

Einen Monat vorher hatte die „National Confederation of Employers Associations" ähnliche Forderungen veröffentlicht.

b. „The Passing of Free Trade."

Zum Vorsitzenden des neugegründeten „National Council of Industrie and Commerce" wurde Sir William Morris gewählt. Die F. B. I. und die „National Union of Manufacturers" waren in erster Linie an dieser neuen Institution beteiligt.

Die Hauptaufgabe des Rates bestand darin, den Protektionismus im Interesse der Industrie zu verteidigen.[1])

Zu Anfang des Jahres 1931 erschien ein Pamphlet des Nationalrats, das „The Passing of the Free Trade" betitelt war.[2])

Der Verfasser war Mr. Glenday, der Wirtschaftsberater der F. B. I. Er versuchte nachzuweisen, daß ein Zolltarif den Export steigern könne. Er hielt es für unmöglich, die Produktionskosten durch Anwendung von Massenproduktionsmethoden und Arbeiten bei optimalem Beschäftigungsgrad zu senken, ohne daß gleichzeitig eine schützende Zollmauer vorhanden sei. Mit Hilfe eines Zolltarifs sollten die Produktionskosten im Inlande gesenkt und zugleich mit dem Ausland über Abbau der Zollmauern verhandelt werden. Auf diese Weise würde sich bei den von der Krise so schwer erfaßten Industrien wieder eine Prosperität einstellen, da der Anteil am Welthandel vergrößert werde. Durch eine Beschränkung des Imports würde der Export in keiner Weise gefährdet. Denn ein Teil des Kapitals, das infolge der geringeren Einfuhr eingespart würde, könnte für Anlagen im Ausland verwandt werden.

c. „The Industrie and the Nation."

Die F. B. I. arbeitete bald ein neues Zollschema aus, das am 12. März 1931 unter dem Titel „The Industrie and the Nation"[3]) veröffentlicht wurde.

In dieser Denkschrift des Verbandes ging man von dem Gedanken aus, daß die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie nur dadurch erfolgen könne, daß die Industrie technisch und organisatorisch den Zeiterfordernissen angepaßt würde. Eine solche Anpassung sei aber kostspielig und erfordere die Investierung erheblicher Kapitalbeträge. Diese würden jedoch nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn in der allgemeinen Oeffentlichkeit Zuversicht und Vertrauen in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung herrsche. Dieses Vertrauen könne sich nicht einstellen, solange ausländische Waren zollfrei und in beliebiger Menge eingeführt werden könnten. Die fremde Einfuhr müsse daher verhindert werden. Das könne dadurch geschehen, daß man eine Handelspolitik treibe, die den

---

1) The Statist vom 13. XII. 1930, Seite 984.
2) „The Passing of Free Trade". Published by the Federation of British Industries. London 1931.
3) Siehe auch Times vom 12. III. 1931.

Schutz der heimischen Arbeit mit einer Ausdehnung der Reichsvorzugszölle so weitgehend wie nur irgend möglich vereinige.

Man beabsichtigte ferner durch den Zolltarif insbesondere die Produktionskosten zu senken, und zwar dadurch, daß der Binnenabsatz englischer Waren gesteigert und solcher Art der Produktionsapparat besser ausgenützt würde.

Die Autoren von „Industry and Nation" stellten drei Etappen fest, in welchen der Zolltarif ausgebaut werden sollte:

1. Eine sofortige Einfuhr-Kontrolle sollte vom Parlament genehmigt werden, sobald eine Regierung im Amte sei, bereit, Zollpolitik anzunehmen.
2. Ein temporärer Generaltarif sollte von einer Kommission ausgearbeitet werden, die von der Regierung eingesetzt und deren Befugnisse vom Parlament begrenzt waren.
   Nach Annahme durch das Parlament sollte dieser Tarif so lange gelten, bis
3. ein Dauertarif nach den Empfehlungen einer dauernden Zollkommission ausgearbeitet worden sei.

Neben der „Federation of British Industries" und der „National Union of Manufacturers" waren insbesondere die „National Federation of Iron and Steel Manufacturers" unter der Führung ihres Vorsitzenden Sir William J. Larke und der Britische Chemie-Trust, an deren Spitze Lord Melchett stand, eifrigst bemüht, Schutzölle für die Industrie zu erlangen.

III. Die Unterstützung der Forderungen durch die Handelskammern.

a. Der Umschwung der Handelskammer zu Manchester.

Seit 1930 wurden die Industrien in ihren Forderungen von den Handelskammern unterstützt.

Anläßlich der 70. Jahresversammlung der Vereinigung der Britischen Handelskammern sprach man sich in einer Entschließung für Safeguarding und sogar für protection aus.[1])

Um die Mitte des Jahres 1930 erhielt die Freihandels-Bewegung einen schweren Schlag. Aus Manchester, der alten Hochburg des Freihandels, ertönte der Ruf nach einer Umkehr zum Protektionismus.

In Manchester hatte sich um 1820 die Freihandelspartei gebildet. Von dem Hauptsitz ihrer Agitation erhielt die liberale wissenschaftliche Richtung den Namen „Manchester-Schule". In der Folge war diese Bezeichnung auf alle radikalen Vertreter orthodoxer Freihandelsideen übergegangen. Aus dieser Schule war auch die „Anti-Kornzoll-

---

[1]) In dem Entschluß hieß es u. a.: „The association . . . . expresses the opinion that any recommendations to be made emphasis should be placed an the importance of well considered schemes of safeguarding, as, in its opinion, under present economic conditions, reasonable protection of selected manufactures would result in increased employment."
Times vom 12. IV. 1930.

Liga" hervorgegangen. Die „Manchester Times" war das erste publizistische Organ, das sich der Agitation zur Verfügung stellte. Heute noch ist der „Manchester Guardian" die hauptsächlichste Tageszeitung der Freihändler.

Am 1. Juli 1930 wurde in der Handelskammer von Manchester darüber abgestimmt, welche handelspolitische Richtung in Zukunft von der Kammer befürwortet werden sollte.

Es entschieden sich:

Für Freihandel	607
„ Safeguarding	986
„ Generaltarif einschl. Nahrungsmittel und Rohstoffe . . .	232
„ Generaltarif einschl. Nahrungsmittel, ausschl. Rohstoffe	196
„ Generaltarif einschl. Rohstoffe, ausschl. Nahrungsmittel	27
„ Generaltarif ausschl. Nahrungsmittel und Rohstoffe	296

Von den 3941 Stimmberechtigten stimmten nur 2392, davon waren 38 Stimmen ungültig. Von den gültigen Stimmen waren 1836 für irgend eine Form von Safeguarding oder Zollschutz.[1])

Dieses Ergebnis erschien auf den ersten Blick sehr überraschend. Aber es ist zu bedenken, daß 1600 Mitglieder der Kammer sich der Stimme enthalten haben. Das geschah wahrscheinlich deshalb, weil den Freihändlern keine so große Variierung ihrer Ansichten gestattet war wie den Protektionisten. Viele der Liberalen folgten hier wohl dem Worte Asquith's „Wait and see!"

b. Die eindeutige Stellungnahme der Handelskammern für den Zollschutz.

Im August 1930 erschien eine bemerkenswerte Denkschrift der britischen Handelskammern.

Man äußerte sich hierin ganz eindeutig für eine kräftige Ausdehnung des Safeguarding-Systems, das den offenen englischen Markt endlich in einen geschützten verwandeln sollte.

Als Ursache der englischen Konkurrenz-Unfähigkeit erkannte man überhöhte Löhne, wachsende Steuerlast, veraltete produktionshemmende Gewerkschaftsregeln, und die hohen englischen Eisenbahntarife. Als Abhilfe hiergegen wurden kostensparende Reformen der Finanzen und der Sozialpolitik genannt.

Diese Reformen könne England auf keinen Fall entbehren, wenn es aus seiner Nachkriegsklemme herauskommen wollte. Aber in der drängenden Not des Tages glaubte man auf die Wirkungen solcher Reformen nicht warten zu können, und als augenblickliches Hilfsmittel böte sich immer wieder nur eins dar: der Zollschutz.

---

1) The Statist vom 7. VI. 1930.

Später wandten sich die Handelskammern ebenso wie die anderen Verbände an die Regierung selbst.

Während der Krise im September 1931 richtete die „London Chamber of Commerce" eine Erklärung an MacDonald, in welcher sie mit allem Nachdruck forderte, sofortige Schritte zur Einführung eines Schutzzolles zu unternehmen.

90½ % aller Mitglieder der Londoner Handelskammer hatten sich für den Zollschutz ausgesprochen.[1])

B. Der Kampf unter den Bankiers.

I. Die Freihandelsbestrebungen der Bankiers.

Die britischen Bankiers waren traditionsgemäß Anhänger der Freihandelsschule. Ihre Interessen waren von jeher gerade entgegengesetzt einer Politik, die den freien Fluß der Güter durch die Welt irgendwie zu hemmen suchte. Die Transaktionen der britischen Bankiers waren seit einem Jahrhundert vielmehr internationaler als nationaler Natur.

In den Nachkriegs- und Krisenjahren waren die Bankiers immer wieder bemüht gewesen, das Freihandels-System für Britannien zu erhalten, und die Welt zum Abbau der Zollmauern zu bewegen.

So hatten die bekanntesten Londoner Bankiers im Jahre 1921 einen Aufruf veröffentlicht, in welchem sie kraftvoll für den Freihandel eintraten. U. a. hieß es darin wörtlich:[2])

„The policy of trying to exclude the productions of other countries, with the well-meant design of encouraging our own, cannot increase the volume of commerce or the total volume of employment here . . . .

We cannot limit exports into this country without limiting our export trade, and striking a grave blow at the world wide commerce on which this island kingdom principally depends . . . .

We have build up the market that we need by encouraging Continental nations to export to us. For it is only by exports that they can reestablish their credit and provide funds of the payment of their debts."

Im Jahre 1926 hatten die Bankiers Großbritanniens zusammen mit europäischen und sogar amerikanischen Kollegen einen neuen Aufruf für die Freiheit des internationalen Handels erlassen. In dem Manifest[3]) wurde über die Vernachlässigung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen geklagt. Die hohen Zollschranken verhinderten die wirtschaftliche Erholung der Welt. Die Nationen sollten deshalb die Zölle herabsetzen und von einer Ausdehnung des wirtschaftlichen Nationalismus absehen, durch welchen der Wohlstand des Kontinents nur noch mehr ruiniert würde.

[1]) Times vom 23. IX. 1931.

[2]) Aus „The Economist Free Trade Supplement" vom 15. IV. 1929, S. 2.

[3]) Wörtlich hieß es hier: „There can be no recovery in Europe, till politicians in all territories, old and new, realise that trade is not war but a process of exchange, that in time of peace our neighbours are our customers, and that their prosperity is a condition of our own well-being."
Aus „The Economist Free Trade Supplement" vom 14. IV. 1929, Seite 2.

Im folgenden Jahre hatten die führenden Bankiers zusammen mit Industriellen und Kaufleuten Britanniens und des Kontinents ein Memorandum veröffentlicht, das ebenfalls ein beredtes Zeugnis für den Freihandel darstellte. Einstimmig war man für den Abbau der Zollmauern und für die Errichtung des freien internationalen Güteraustauschs eingetreten.[1])

In demselben Jahre hatte Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England, einen Aufruf zur internationalen Beseitigung der Handelserschwerungen veröffentlicht.

Alle diese Appelle an die Vernunft der Nationen waren, wie noch manche anderen, die vom Völkerbund, von der Internationalen Handelskammer und anderen Instituten herausgegeben wurden, praktisch erfolglos geblieben.

II. Die protektionistische „Bankers Resolution".

Um die Mitte des Jahres 1930 wurde unerwartet der grundlegende Wandel bekannt, den zahlreiche britische Bankiers hinsichtlich ihrer Einstellung zum Freihandel durchgemacht hatten.

Am Freitag, dem 11. Juli 1930, erschien in der englischen Presse die Nachricht, daß zwei Tage zuvor, also am 9. Juli, eine große Versammlung der Londoner Bankiers in den Räumen der Hambro-Bank stattgefunden habe, in der recht bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt seien. Die Absicht der Bankiers war es gewesen, die gefaßte Resolution, die formell nicht unterzeichnet war, zunächst noch nicht zu veröffentlichen. Durch eine Indiskretion wurde sie aber doch recht bald bekannt.

Die Bankiers drückten zunächst ihre Enttäuschung über die Mißerfolge aus, welche die freihändlerischen Bestrebungen innerhalb Europas während der letzten Jahre erlebt hätten. Es habe keinen Sinn mehr, zu hoffen, durch weitere Propagierung des Freihandelsgedankens einen Abbau der europäischen und amerikanischen Zollmauern zu erreichen. Eine Steigerung des Absatzes in nichtbritischen Märkten sei außerordentlich unwahrscheinlich. Großbritannien werde aber auch bald nicht mehr in der Lage sein, die führende Stelle im Einfuhrhandel seiner Dominions und Kolonien zu behaupten, wenn es diesen nicht wesentliche Gegenleistungen gewähre.

Man war der Meinung, daß angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage bedeutsame Schritte unternommen werden müßten. Die klassische Asquith-Formen „Wait and See" müsse endgültig fallen gelassen werden.

In vielen Ländern sei der jetzigen Depression ein Aufschwung vorangegangen. England aber habe keinen Anteil an dieser Prosperitätsperiode gehabt. Nun sei es Zeit, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

1) „Restricted imports involve restricted exports, and no nation can afford to lose its export trade. Dependent as well are upon imports and exports, and upon the process of international exchange, we cannot view without grave concern a policy which means the impoverishment of Europe."
Aus „The Economist Free Trade Supplement" vom 15. IV. 1929, Seite 2.

Die englische Industrie sei, so wurde behauptet, längst schutzzöllnerisch gesinnt. Sie, die Bankiers, seien jetzt von der Richtigkeit der Industriellen-Politik überzeugt.

Es wurde dann beschlossen, sofortige Schritte zu unternehmen.

„To develop the industries and resources of all parts of the British Empire to the fullest possible extent, and for that purpose to make of the Empire a single economic unit, removing, so far as possible, all obstacles to freedom of Trade between its constituent parts.

To make the resources of the British Empire both financial and material, more fully available to producers, distributors and consumers in every portion of it.

To erect such tariffs between the British Empire and all foreign countries as may be found necessary to realise these ideals." [1])

Diese Resolution wurde in Anwesenheit folgender führender Bankiers gefaßt: Reginald McKenna, Leiter der Midland Bank, Sir Harry Goschen, Leiter der National and Provincial Bank, Sir Eric Hambro, Leiter der Hambro-Bank, Walter Whigham, Sir Herbert Lawrence, R. H. Tennant, Sir George May, Lord Ashfield, E. R. Peacock, Beaumont Peace, Vivian Hugh Smith, Lord Glenconnor, Sir Allan Anderson, Sir Harold Snagge und Viscount Bearsted.

Das Manifest der Bankleiter erregte über die Grenzen Britanniens hinaus größtes Aufsehen. Im Lande selbst fand es eine sensationelle Ueberbewertung. Eine solche Ueberbewertung schien jedoch nicht berechtigt zu sein. In interessierten Kreisen wußte man, daß die englische Bankfinanz schon seit Jahren mehr und mehr zur Konservativen Partei übergetreten war. Die Liberale Partei bot dem einzelnen kaum noch Wirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, seitdem sie zu einer „third party" herabgesunken war.

Als bedeutungsvoll wurde es aber gewertet, daß sich jetzt bei Persönlichkeiten der englischen Bankwelt, die sich bisher einer parteipolitischen Stellungnahme enthalten hatten, die Ansicht durchgesetzt hatte, man müsse es angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage endlich einmal mit Schutzzöllen versuchen. Durch das Manifest wurde bewiesen, daß die Bankiers nicht einmal mit der Safeguarding-Politik Baldwins einverstanden waren, sondern den Führer der Konservativen zu stärkerer Aktivität anspornen wollten.

Die Vorschläge der Bankiers fanden keine ungünstige Aufnahme im Lande. Die Zahl der Arbeitslosen war in letzter Zeit sehr gestiegen. Am 30. Juni 1930 war sie mit 1 891 000 die höchste seit 1922.[2]) An demselben Tage im Vorjahr war die Zahl der Erwerbslosen um 750 000 geringer gewesen. Zudem waren die britischen Gemüter zur Zeit sehr erregt über den bevorstehenden ultraprotektionistischen Tarif in den Vereinigten Staaten.

Am Montag, dem 7. Juli fand eine geplante zweite Versammlung der Bankleiter statt. Am darauffolgenden Donnerstag wurde in der

[1]) Times vom 11. VII. 1930.

[2]) Zahlen aus „Der deutsche Volkswirt" vom 11. VII. 1930, Seite 1401.

Presse bekannt gegeben, daß „the terms of the resolution which was prematurely published last Friday were officially confirmed".[1] Zugleich erfuhr man, daß die folgenden Herren „desired to have their names associated with the resolution": F. C. Goodenough, Sir Cecil Budd, Sir Guy Granet, Alfred Wagg, R. S. Guiness, Arthur Gairdner, T. Gilbert Scott, John Hugh Smith, J. Gibson Jarvie.

E. R. Peacock stellte öffentlich fest, daß er die Erklärung nicht billige.

III. Das freihändlerische Gegenmanifest.

Ende August erschien ein Freihandels-Manifest,[2] das speziell gegen die „Bankers Resolution" gerichtet war. Es war von freihändlerischen Wirtschaftsführern und Politikern verfaßt, u. a. von Lord Grey, Lord Bradbury und Walter Runciman, dem Leiter der Westminster Bank.

Man gab darin zunächst seiner Verwunderung über den Wandel der Ansichten Ausdruck. Die einzigen Begründungen, welche die Unterzeichner der Resolution vorbringen könnten, sei die enttäuschte Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft, die Zunahme der Handelshemmungen und der wachsende Verkauf „of surplus foreign products in the British market."

Man könne sich jedoch nicht denken, daß diese Gründe einen so plötzlichen Wandel in der Stellung zum System der freien Einfuhr und des offenen Marktes herbeiführen können, auf welches doch der britische Handel nun einmal gegründet sei.

Wenn Zölle erhoben würden, so müßten die Preise notwendigerweise steigen. Da aber das allernotwendigste für die britischen Produzenten, die mit ihren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt konkurrieren wollen, eine Senkung der Produktionskosten sei, so bedeute es nahezu Selbstmord, wenn Zölle auf Rohstoffe und Nahrungsmittel gelegt würden. Selbst wenn die Dominions ihre Zölle ermäßigen würden, was allem Anschein nach nicht zu erwarten sei, könnten sie doch infolge ihrer geringen Bevölkerungszahl in absehbarer Zeit keine Absatzmärkte bieten, die dem Wert der britischen Märkte auch nur annähernd gleich kämen.

Der Ausschluß fremder Nahrungsmittel würde keine Erleichterung für die britische Landwirtschaft bringen. Die Arbeitslosigkeit könne durch einen Zollschutz nicht beseitigt werden, denn die Kaufkraft der Verbraucher würde dadurch vermindert.

Kurz: der englischen Wirtschaft wäre mit einem Zollschutz in keinem Falle gedient. Die Wirtschaftslage der europäischen Länder werde sich durch den Uebergang Britanniens zum Protektionismus noch erheblich verschlechtern, was wiederum auf Britanniens Wirtschaft eine starke Rückwirkung ausüben werde.

---

[1]) Times vom 10. VII. 1930.
[2]) The Economist vom 6. IX. 1930, Seite 431.

Das Gegenmanifest war außer von genannten Verfassern unterzeichnet von den Politikern Lord Grey, Lord Ashton, Lord Gainsford, Sir Hugh Bell, Sir Charles Hobhouse und den Bankiers R. S. Barclay, Allan H. Bright, R. D. Holt, Henry Bell, Howard Fox, M. O. Fitzgerald und vielen anderen, ferner von 14 Publizisten und Finanzautoritäten, u. a. Harold Cox, F. W. Hirst und Sir G. Paish.

Alle die Argumente des Freihandels, die im Gegenmanifest aufgezählt wurden, waren den Engländern nur allzu geläufig. Gerade deshalb hatte die Gegenerklärung fast keine Wirkung.

In der Oeffentlichkeit wurde sie nicht annähernd soviel beachtet wie das erste protektionistisch eingestellte Manifest der Bankiers.

Später machten sich die Männer der Finanz sogar daran, eigene Schemata für den künftigen Tarif aufzustellen.[1]) Die meisten dieser Vorschläge rieten jedoch zur Vorsicht.

C. Die Meinungsverschiedenheit unter den Wissenschaftlern.

I. Der Wandel Prof. John Maynard Keynes'.

a. Das Finanzproblem.

Als es im März 1931 klar wurde, daß die Zahlungsbilanz mit einem erheblichen Passiv-Saldo abschließen würde, wurden von vielen Seiten Forderungen nach Finanzzöllen zur Deckung des Fehlbetrages laut. Philip Snowden hatte die schwere Aufgabe, eine zusätzliche Einnahme für das Defizit von etwa 50 Millionen Pfd. St., die der Voranschlag aufwies,[2]) zu finden. Das Nationaleinkommen war damals schon beträchtlich gesunken und immer noch im Zusammenschrumpfen begriffen. Die Industrie war mit Steuern völlig überbürdet.

Welche Wege blieben dem Schatzkanzler frei? Er plante eine Kürzung der Ausgaben. Er hätte die Arbeitslosenunterstützung herabsetzen und die Pensionen und Gehälter dem Rückgang der Lebenshaltungskosten anpassen sowie überflüssiges Staatspersonal abbauen können.

Aber die Regierung scheute die sofortige Durchführung dieser drastischen Maßnahmen und verschob sie auf ein späteres Datum. Eine Reihe von Ausschüssen wurden gebildet, die sich mit dem Kürzungsproblem befassen und der Regierung entsprechende Vorschläge unterbreiten sollten.

Bei der Diskussion über die verschiedenen Wege, auf denen die zusätzliche Einnahme gefunden werden konnte, stand naturgemäß der Vorschlag eines allgemeinen Finanzzolls im Vordergrund.

---

[1]) Als Beispiel für einen solchen Zollvorschlag nennen wir den Plan der Lloyd Bank, der von dieser in der Lloyd Bank Monthly Review vom Oktober 1931 (Seite 412 f.) veröffentlicht wurde.

Dieselbe Zeitschrift konnte später mit Genugtuung feststellen, daß ihre damaligen Vorschläge im Chamberlain-Generaltarif z. T. durchgeführt worden sind. (Lloyds Bank Monthly Review vom März 1932, Seite 95 f.)

[2]) Board of Trade Journal vom 26. II. 1931, Seite 254.

b. Keynes' Wandel.

Dieser Vorschlag einer grundlegenden Aenderung des britischen Finanzsystems fand die öffentliche Unterstützung Professor John Maynard Keynes' und Sir Josiah Stamps. Diese beiden berühmten Nationalökonomen waren als Vorkämpfer des Freihandels weit über die Grenzen Britanniens bekannt. Ihr Uebertritt in das Lager der Protektionisten erregte daher in interessierten Kreisen höchstes Aufsehen.

In England hält man Keynes für den weisesten und objektivsten aller Wissenschaftler. Da es in England bei jeder Kontroverse sehr wichtig ist, wer eine bestimmte Ansicht vertritt, so ist wohl anzunehmen, daß der Wandel des Professors — jedenfalls für die intellektuelle Welt — von höchstem Einfluß gewesen ist.

Keynes, der Mann, der die moralischen Grundlagen des Versailler Vertrages erschütterte, war früher überzeugter Freihändler gewesen.[1])

Im März 1931 trat er zum ersten Male offen für Zollschutz ein.[2])

Der Wandel Keynes' ist nicht plötzlich gekommen, sondern war seit langem wohl durchdacht. Insgeheim war dieser Wandel festzustellen an der langsam umschwenkenden Einstellung der Zeitschrift „The Nation",[3]) auf welche Keynes einen maßgebenden Einfluß ausübte.

Diese Zeitschrift gab seit Anfang 1930 von Zeit zu Zeit Artikel heraus, mit deren Inhalt sich überzeugte Freihändler keineswegs einverstanden erklären konnten.

Eine Wandlung der Ansichten Keynes' können wir auch schon im Jahre 1928 feststellen. Keynes war bekanntlich Mitverfasser des Buches „Britains Industrial Future", das von der Liberal Summer School herausgegeben wurde. Wie wir später noch sehen werden,[4]) war der „Liberalismus", der hier verteidigt wurde, keineswegs identisch mit dem orthodoxen Liberalismus der Manchester Schule. Keynes hatte auf die Abfassung dieses Werkes grundlegenden Einfluß gehabt.

---

1) Im Jahre 1923 hatte er geschrieben:
"We must hold to Free Trade, in its widest interpretation, as an inflexible dogma, to which no exception is admitted, wherever the decision rests with us.
We must hold to this even where we receive no reciprocity of treatment and even in those rare cases where by infringing it we could in fact obtain a direct economic advantage.
We should hold to Free Trade as a principle of international morals, and not merely as a doctrine of economic advantage."
J. M. Keynes: "Reconstruction in Europe". The Underlying Principles, in Manchester Guardian Commercial Supplement vom 4. I. 1923.
Ende desselben Jahres schrieb er:
"The one thing that Protection cannot do is to cure unemployment . . . . . There are some arguments for Protection based upon its securing possible but improbable advantages to which there is no simple answer. But the claim to cure unemployment involves the Protectionist fallacy in its grossest and crudest form." *)
*) J. M. Keynes: "The Nation and Athenaeum" vom 24. XI. 1923.

2) Jetzt sagte er vom Zollschutz: "It is certain that there is no other measure, all the immediate consequence of which will be favourable and appropriate."
The New Statesman und Nation vom 21. III. 1931.

3) "The Nation" wurde Anfang 1931 mit "The New Statesman" zu "The New Statesman and Nation" vereinigt.

4) Siehe Seite 103 f.

c. Keynes' Plan.

In dem berühmt gewordenen Artikel in „New Statesman and Nation“ [1]) legte Keynes erstmalig seinen Plan dar.

Das Maß wirtschaftlicher Aktivität — so führte er aus — sei in der heutigen Wirtschaftsordnung davon abhängig, ob der einzelne Unternehmer einen Gewinn erhoffen könne oder nicht. Die Gewinnchance produktiver Betätigung würde heute aber von dem englischen Unternehmer sehr gering geschätzt. Daher sei es zunächst notwendig, das allgemeine Vertrauen in der Rentabilität der Unternehmungen wiederherzustellen. Dieses Vertrauen in der Rentabilität der Unternehmungen könne hauptsächlich durch die Einführung eines allgemeinen Finnanzzolls aufgebracht werden.

Ein 5%iger Zoll sollte auf die Einfuhr aller Nahrungsmittel und bestimmter Rohstoffe erhoben werden. Auf alle fertigen und halbfertigen Waren sollte ein Zoll in Höhe von 15% des Wertes eingeführt werden.

Weiter hieß es wörtlich: „The tariff which I have in mind would include no discriminating protective taxes, but would cover as wide a field as possible at a flat rate or perhaps two flat rates, each applicable to wide categories of goods. Rebates would be allowed in respect of imported materiales, which make up an important proportion of the value of exports, such as wool and cotton, would be exempt.

The amount of revenue to be aimed at should be substantial, not less then £ 75 000 000.“ [2])

II. Der Umschwung Sir Josiah Stamps.

Gleichzeitig mit Keynes erfolgte der Uebertritt Sir Josiah Stamps in das Lager der Schutzzöllner.

Stamp, G. B. E., bekannt geworden als Dawesgutachter, erklärte,[3]) er habe schon seit langem betont, daß die Einführung eines Zolles ernstlich ins Auge gefaßt werden müsse. Was die Form und den Zweck des Tarifs anlangte, unterschied er sich von Keynes.

Sir Josiah Stamp schlug einen 10%igen Zoll auf alle Einfuhren, Fertigwaren, Nahrungsmittel und Rohmaterialien vor. Die Folge davon, sagte er, würde ein Steigen der Preise sein. Das gerade sei notwendig, damit der Handel angeregt werde. Sobald ein bestimmter Preisstand erreicht ist, sollte der Zoll automatisch wieder abgeschafft werden.

Er gab zu, daß ein Wandel in der Zollpolitik mit großen Risiken verbunden ist. Aber es sei noch gefahrvoller zu warten und nichts zu unternehmen.

---

[1]) The New Statesman and Nation vom 21. III. 1931. Siehe auch Keynes, J. M.: Die Wirtschaftspolitik Großbritanniens in Wirtschaftsdienst vom 6. III. 1931.

Weitere Artikel, in welchen Keynes sich und den Finanzzoll verteidigte, finden sich in The New Statesman and Nation vom 28. III., 4. IV., 11. IV. 1931, ferner im Brief an die Times vom 25. III. und 6. IV. 1931.

[2]) The New Statesman and Nation vom 21. III. 1931.

[3]) Rede Sir Josiah Stamps in der Oldham Handelskammer am 13. März 1931. Bericht der Times vom 14 III. 1931.

In den letzten zwölf Monaten habe sich soviel ereignet, daß er glaube, der Uebergang zum Schutzzoll sei jetzt „an even more unevitable step".[1])

Sowohl Stamp wie Keynes würden „in normal circumstances" überzeugte Freihändler geblieben sein. Der Wandel ihrer Ansichten war nur auf die außergewöhnlichen Umstände zurückzuführen, welche durch die Wirtschaftskrise geschaffen waren.

Von den Gefahren eines Zollschutzes waren sie nach wie vor überzeugt und trachteten danach, diese Gefahren in ihren Schemata auf ein Minimum zu reduzieren. So sollte z. B. die Gefahr der Korruption dadurch vermieden werden, daß der Tarif „general and uniform" sein soll, so daß keine Industrie versucht sei, für sich einen höheren oder ausgedehnteren Einfuhrzoll zu fordern.[2])

Die andere Gefahr, daß „no one will have the intelligence or pluck to take tariffs off at the right time"[3]) sollte dadurch umgangen werden, daß der Tarif bei einem bestimmten Preisstand der Waren automatisch abgeschafft werden soll.

III. Keynes' Gegner.

a. Prof. Lionel Robbins.

Die Vorschläge Keynes' riefen eine große Diskussion unter den Wissenschaftlern und Politikern hervor.

Gegen den Plan seines Kollegen wandte sich vor allem Professor Lionel Robbins mit seinem ganzen jugendlichen Temperament. Er führte aus,[4]) daß Keynes zwar nur für einen niedrigen Finanzzoll sei. Bei Zöllen aber sei es gleich, ob sie niedrig seien oder nicht und ob sie Finanzzölle genannt würden oder nicht. Zoll sei Zoll. Ein einmal eingeführter Zoll halte sich gewöhnlich nicht auf seiner Ursprungsbasis. Fast alle Zölle seien mit niedrigem Satze eingeführt worden und haben dann zu wachsen begonnen. 15 % auf Fertigwaren sei ein ausgesprochener Schutzzoll.

Die Frage der Arbeitslosigkeit liege zwar teilweise in den englischen Verhältnissen begründet, fuhr Robbins fort, zum großen Teil aber sei sie eine Folge der Weltdepression. Robbins war der Ansicht, daß sich England — was die Depression anlangte — bisher nicht schlechter gehalten habe als andere Länder.[5]) An dem Beispiel jener Länder, die von hohen Zollmauern umgeben seien, könne man doch sehen, daß ein Finanzzoll oder irgend eine andere Art Zoll nicht geholfen hätte vorwärts zu kommen.

Robbins Losungswort hieß: Anpassung der Löhne und Abschaffung aller Leistungssteigerung hemmenden Faktoren.

---

[1]) Times vom 14. III. 1931.
[2]) Keynes in New Statesman and Nation vom 21. III. 1931.
[3]) Keynes, ebenda. Vergleiche auch Stamp's Plan.
[4]) Robbins, Lionel: Die Wirtschaftspolitik Großbritanniens. Eine Entgegnung auf Keynes; in Wirtschaftsdienst 1931, Seite 489 ff.
[5]) Das war im März 1931.

b. Lord Arnold.

Auch Lord Arnold[1]) trat gegen die Vorschläge Prof. Keynes' auf.[2]) Er war der Ansicht, daß die Steuerquellen Großbritanniens noch nicht erschöpft seien, weder die direkten noch die indirekten.

Weiterhin versuchte er nachzuweisen, daß die Summe der Einnahmen, welche Keynes angab, weit überschätzt sei. Lord Arnold glaubte, daß bei Durchführung der Keynes'schen Pläne höchstens Pfd. St. 20 000 000 bis 30 000 000 einkommen könnten.

Lord Arnold war ferner der Ansicht, daß ein Finanzzoll die Lebenshaltungskosten steigern würde.[3])

1930 sei Fleisch, Speck, Eier, Butter und Getreide im Werte von Pfd. St. 200 000 000 eingeführt worden. Alle diese Lebensmittel würden teurer werden, aber nicht im Verhältnis zum Einkommen, sondern „in proportion to the size of a man's family whether he be poor or rich".[4])

Man erzähle immer, die Produktionskosten seien zu hoch, sie müßten unbedingt reduziert werden. Wie aber könne eine Ermäßigung der Produktions-Kosten durchgeführt werden wenn man alles, was nach England eingeführt werde, mit einem Zoll belege?

Sehr scharf wandte sich Lord Arnold noch gegen die Behauptung, der Zoll könne zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder aufgehoben werden.[5])

IV. Vorkämpfer für den Schutzzoll.

a) Alexander Ramsay.

Nachdem Keynes zum ersten Male öffentlich die Einführung eines Zolls befürwortet hatte, fanden immer mehr Wissenschaftler den Mut, den Wandel ihrer Ansichten zu bekennen.

Alexander Ramsay, ein Wirtschaftler, der in England stets mit großer Aufmerksamkeit gehört wurde,[6]) sprach in seinem Buche „The Truth about Industry"[7]) eine Ansicht aus, der in jener Zeit viele Wirtschaftler und Wissenschaftler Britanniens zustimmten.

„Ich würde glücklich sein", schrieb Ramsay, „allgemeinen Freihandel zu sehen. Die Beseitigung der Zölle, die zum freiesten Aus-

---

1) Lord Arnold im Manchester Guardian Weekly vom 3. IV. 1931 Seite 271.

2) Wörtlich schrieb Lord Arnold: "All taxation should be equitable, economically sound and productive. A revenue tariff goes directly counter the first two of these principles, and having regard to the great upset it would cause it does not well stand the test of the third." Aus Manchester Guardian Weekly ebenda.

3) „The tariff would unquestionably increase the cost of living." Manchester Guardian Weekly vom 3. IV. 1931, Seite 271.

4) Manchester Guardian Weekly, ebenda.

5) „No guarantee to that effect (that the tariff is to be a temporary one) is worth the paper it is written on, and what a vista of uncertainty, insecurity, and disturbance opens out for our industrialists if they are to work under a tariff which — so we are told — may come off in a few years." Manchester Guardian Weekly, ebenda.

6) Ramsay war der Vorsitzende der „Engineering and Allied Employers' Association in the Midlands".

7) London 1931.

tausch der Welthandelsgüter führt, wäre die ideale Form der Wirtschaft. Aber von diesem Idealzustand sind wir weit entfernt".[1])

Das Nationalleben fast jeden Landes der Welt sei hinter Zollmauern aufgebaut. Wenn man diese Zölle beseitigen wollte, so würde man damit eine Veränderung der Bevölkerungszentren und eine Entwurzelung der Rassen verursachen, was kein Staatsmann beabsichtigen wolle.[2])

Schon im März 1930 war ein Buch von Ramsay erschienen, in welchem er für die Ausdehnung des Safeguardings eintrat.[3]) Safeguarding sei das beste Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das für Britannien in Frage komme. Ohne Safeguarding müßten sich die britischen Arbeiter mit dem gegenwärtigen niedrigen Lohn begnügen. Ja, die Löhne würden noch weiter fallen, wenn nicht bald das Safeguarding-Verfahren erleichtert und allgemein angewandt würde.

Ramsay leugnete die überragende Bedeutung des britischen Exporthandels in keiner Weise ab. Er gab zu, daß der Export sehr groß sei, aber doch immerhin nur ein Fünftel der gesamten nationalen Produktion ausmache.[4])

Er schlug vor, Rohmaterialien und Nahrungsmittel zollfrei zu lassen. Nur die Einfuhr solcher Waren sollte vermindert werden, die unnötig seien, d. h. die den Export nicht anregen, sondern die heimischen Industrien in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigen.[5])

Des ferneren empfahl er Safeguarding „as a means of adjusting the import and export account of the country in our favour" Dadurch würde Britannien „more solvent by reducing its outside expenditure".[6])

b. Herbert G. Williams.

Williams, M. Sc., M. Eng. I. M. I. C. E., ehemaliger Parlamentssekretär des Handelsamts sprach in seinem Buche „Trough tariffs to prosperity"[7]) eine Ansicht aus, die man in jener Zeit viel hörte:

„Die meisten Protektionisten unter meinen Bekannten sind nur bedingte Schutzzöllner, d. h. sie wünschen, daß ihr Land geschützt ist. Aber sie würden es lieber sehen, wenn ihr Land am Freihandel festhielte und die übrige Welt dieser Politik folgen würde".[8])

Williams selbst aber war anderer Ansicht. Er war einer der wenigen radikalen Protektionisten und bekannte dieses auch offen:

„I am one of the few that take an absolute view of Protection, for I believe that as a result of protective tariffs the world as a whole has experienced a higher level of prosperity than otherwise would have been the case".[9])

---

[1]) Seite 78.
[2]) Ramsay, The Truth about Industrie, Seite 48.
[3]) Ramsay, Alexander, The Economies of Safeguarding. London 1930.
[4]) Seite 55.
[5]) Ramsay, Alexander, The Economies of Safeguarding, Seite 9.
[6]) ebenda, Seite 12.
[7]) Williams, Herbert G., Through tariffs to prosperity. London 1931.
[8]) Williams, Herbert G., Through tariffs to prosperity. London 1931, S. 101.
[9]) ebenda.

Williams verlangte die sofortige Einführung eines Generaltarifs.[1]) Die Erfahrung, die man im Laufe der Jahre mit diesem Tarif mache, würde dann zeigen, ob ein Wertzoll oder ein spezifischer Zoll besser am Platze sei. Dementsprechend sollten laufend Aenderungen vorgenommen werden.

V. Verteidiger des Freihandels.

a. Harold Cox.

Einer der eifrigsten Verteidiger des Freihandelsprinzips war Harold Cox. Im „Manchester Guardian" trat er immer wieder mit größtem Eifer und größter Ueberzeugung gegen die Forderungen der Schutzzöllner ein.

Cox versuchte nachzuweisen, daß die „basic industries" Großbritanniens in der Hauptsache nicht vom Zollschutz profitieren könnten.[2])

Als Beispiel führte er die Kohlenindustrie an. Diese ist die Licht- und Wärmequelle fast der gesamten Bevölkerung, die Kraftquelle der meisten Fabriken. Die Industrie könne durch einen Tarif auf eingeführte Kohle nicht geschützt werden aus dem einfachen Grunde, weil praktisch gar keine Kohleneinfuhr stattfand.

Aehnlich lag es mit der Seiden-Industrie, der größten britischen Industrie. Hier fand allerdings eine geringe Einfuhr statt.[3])

Cox meinte ferner,[4]) wenn Britannien Baumwollwaren im Werte von £ 135 000 000 über die ganze Welt verkaufen könne, dann müsse es doch auch in der Lage sein, den heimischen Markt zu verteidigen. Eine genaue Untersuchung würde wahrscheinlich ergeben, daß ein beträchtlicher Teil der eingeführten Baumwollwaren aus Spezial-Artikeln bestände, die als Material für die verschiedenen Branchen der britischen Baumwollindustrie verwendet würden.

Jedenfalls könne ein Tarif, der die 11 Millionen Einfuhr ausschließe, den Lancashire-Fabrikanten nicht zu einem besseren Absatzmarkt verhelfen. Der Export, auf welchem der Wohlstand dieser Unternehmer fast ausschließlich beruhe, könne durch Zölle nicht gesteigert werden.

Für die Wollindustrie von Yorkshire läge der Fall ähnlich. Der Wert des Exports betrug dort im Jahre 1929 £ 53 000 000, während sich der Wert der Einfuhr nur auf £ 14 000 000 belief.

Cox gab zu, daß einige Branchen der Yorkshire-Industrie Nutzen ziehen könnten aus der Erhebung von Zöllen auf solche Waren, welche

---

[1]) Williams, a. a. O., S. 144 f.

[2]) „The basic industries of Great Britain, the industries upon which her prosperity rests, are in the main industries which cannot be benefited by tariffs." Aus Cox, Harold: The Case for Free Trade im Manchester Guardian Weekly vom 14. II. 1930, Seite 135.

[3]) 1929 belief sich der Import von „cotton yarn and manufactures" auf nicht ganz £ 11 000 000. Der Export betrug über £ 135 000 000. Cox im Manchester Guardian Weekly vom 14. II. 1930, Seite 135.

[4]) Cox, ebenda.

die heimischen Erzeugnisse verdrängten. Diese Zweige hatten seinerzeit auch Safeguarding gefordert.

Andere Branchen hatten jedoch von sich aus den Zollschutz abgelehnt. Die Wollindustrie verarbeitete wie die meisten britischen Industrien die verschiedensten Materialien und produzierte die verschiedensten Waren.[1])

Cox bemerkte ganz mit Recht, daß die Protektionisten zwar immer behaupteten, daß sie keine Zölle auf Rohstoffe einführen würden. Denn dadurch würden — wie sie selbst zugaben — die Preise gesteigert werden. Aber sie unterließen es geflissentlich, den Begriff „Rohstoffe" zu definieren. Gerade das Beispiel der Wollindustrie lehrte, daß „what is one man's raw material is another man's completed product."

Wenn die Engländer in der Hauptsache von ihren eigenen Erzeugnissen leben könnten, wie z. B. die Amerikaner, dann käme es gar nicht so genau darauf an, was sie nun mit Zöllen belegten, meinte Cox. Aber auf einer Insel, die nicht einmal imstande sei, die Hälfte der notwendigen Nahrungsmittel oder Rohstoffe für seine Bewohner bezw. seine Industrie zu liefern, müßte die erste Frage, welche sich die Befürworter von Zöllen vorlegen sollen, lauten:

„How will this duty, imposed for the benefit of industry A, affect industries B, C, D and even on to Z.?"[2])

b. Sir William Beveridge.

Hauptsächlichste Unterstützung aber fand die Freihandelsidee durch einen Ausschuß von Wirtschaftlern, der unter dem Vorsitz von Sir William Beveridge das ganze umfangreiche Zollproblem wissenschaftlich untersucht hatte.

Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde in Form eines Buches kurz vor der Wahl im September 1931 veröffentlicht.[3])

Beveridge und seine Mitarbeiter[4]) wandten sich gegen alle Argumente der Schutzzöllner. Die wesentlichen Argumente haben wir herausgegriffen und wollen sie hier kurz wiedergeben.

1. Beveridge gegen den Finanzzoll.

Nach einer längeren Betrachtung des Finanzzoll-Problems kam Beveridge zur klaren Ablehnung des Finanzzolls, weil dieser nicht nur keine Vorteile bringen werde, sondern große unnütze Ausgaben für

---

[1]) Cox gab hierzu folgendes Beispiel: „A manufacturer in Bradford may be producing a special cloth for the American market and using a particular French yarn to make it; while his neighbour, a spinner, may be producing a special yarn to sell to Germany. The imposition of a tariff on woollens might easily play havoc with Yorkshire trade. Would such a tariff, we may ask, be confined to cloth, or would it extend to yarns, or further still, to tops? These are crucial questions to which Protectionists always hesitate to give a definite answer."
Cox, Harold im Manchester Guardian vom 14. II. 1930.

[2]) Cox im Manchester Guardian vom 14. II. 1930.

[3]) Tariffs, the Case examined by a Committee of Economists under the Chairmanship of Sir William Beveridge, K. C. B., London 1931.

[4]) Die hervorragendsten Mitarbeiter waren: Sir Walter T. Layton, C. H., C. B. E., Herausgeber des „Economist", Professor E. T. Gregory, Professor Lionel C. Robbins, F. C. Benham, Professor A. L. Bowley, G. L. Schwartz.

Verwaltungszwecke verursachen würde. Er würde eine endlose Erbitterung unter Reisenden und Fabrikanten hervorrufen und alle Arten unfairer Differenzierung zwischen Industrie und Industrie mit sich bringen.[1])

2. Beveridge gegen Baldwins Lebensstandard-Argument.

Gegen das Argument Baldwins, durch Zollschutz könne der Lebensstandard der Arbeiter erhalten und gesteigert werden,[2]) hatte Beveridge[3]) einzuwenden, daß die Arbeiter, deren Lebensstandard ganz besonders in Gefahr sei, zum größten Teil entweder im Export oder in der Landwirtschaft beschäftigt seien. Den Kohlenarbeitern, Seidenspinnern, Monteuren usw. könne durch eine Besteuerung der Einfuhr wenig geholfen werden. Denn sie seien nicht durch die Einfuhr nach Britannien bedroht, sondern durch die Konkurrenz, welche den Exportwaren auf neutralen Märkten entgegentrete. Die britischen Landarbeiter litten in der Tat hauptsächlich unter der starken Einfuhr nach Britannien. Aber diese Einfuhr stamme meist nicht aus Ländern, in welchen die Landarbeiter schlechter, sondern besser bezahlt würden als die englischen.

Der Hauptfehler im Argument Baldwins ist augenscheinlich, so meinte Beveridge,[4]) die Annahme, daß ein hoher Lebensstandard hohe Produktionskosten zur Folge haben werde.

Das Gegenteil sei jedoch der Fall. Die allgemeine Wirkung eines Zolles sei, den Lebensstandard zu verringern anstatt zu steigern.[5])

Dagegen hatte Keynes[6]) behauptet, daß die Lebenshaltungskosten durch die Einführung eines Finanz-Zolltarifs nicht mehr gesteigert würden als wenn die Einführung unterbliebe. Denn dann müßten andere Maßnahmen angewandt werden, durch die der gleiche Betrag an zusätzlichen Staatseinnahmen durch Steuern auf Bier, Tabak, Zucker und Tee aufgebracht werden müßte.

Zur Behebung der Krise hatte man auch vorgeschlagen, daß die Löhne um 10 bis 15 % gesenkt werden sollen. Für die arbeitenden Klassen wäre dann der Effekt im Grunde derselbe.

Keynes meinte nun, daß bei Einbeziehung der Lebensmittel in den Zolltarif die Lebenshaltungskosten kaum 2 % steigen würden. „Läßt man Lebensmittel zollfrei und wendet den Tarif nur auf Fabrikate und

---

[1]) „If the collection of a given revenue by means of import duties is the end in view, what is required is a policy of taxing comparatively few commodities by means of differential rates, having regard to the elasticity of each type and quality imported. Nearly a hundred years ago Great Britain found out that it does not pay to tax a great variety of imports. Mr. Keynes is merely leading a return to early Victorian practices." Beveridge: Tariffs, the Case examined. London 1931, Seite 179 f.

[2]) Siehe Seite 47 f.

[3]) Beveridge, a. a. O., Seite 38 ff.

[4]) Beveridge, a. a. S., Seite 39.

[5]) „The general effect of Protection on the standard of life in a country is to lower the standard, not to raise it." Beveridge, a. a. O., Seite 42.

[6]) Keynes, John Maynard: Die Wirtschaftspolitik Großbritanniens in Wirtschaftsdienst vom 6. III. 1931.

Halbfabrikate an, so scheint es mir unwahrscheinlich, daß die allgemeinen Lebenshaltungskosten auch nur um ein volles Prozent steigen würden. Ich glaube, daß diese Wirkungen nicht größer sind als diejenigen, die bei irgendeiner anderen Art von indirekten Steuern eintreten würden, und gegenüber Lohnkürzungen keine nennenswerte Rolle spielten." [1])

Beveridge[2]) war der Meinung, daß ein hoher Lebensstandard nur dann gehalten werden könne, wenn ein Land sich auf solche Industrien konzentriere, in denen es von einer natürlichen Ueberlegenheit sei.[3])

3. Beveridge gegen Zölle als Verhandlungsfaktor.

Gegen das Argument der Protektionisten, Zölle als Verhandlungsfaktor benutzen zu können, wandte sicht Beveridge[4]) ebenfalls.

Dieses Argument ignoriere die Tendenz der Zölle, „vested interests" zu schaffen. Diejenigen, welche behaupten, daß die Politik der freien Einfuhr es Britannien unmöglich mache, einen Abbau der fremden Zollmauern zu erzwingen, könnten wohl schwerlich nachweisen, daß die zollgeschützten Länder irgend einen größeren Erfolg bei derartigen Verhandlungen gehabt hätten.

Zölle einführen, sei leicht. Aber mit Zöllen zu verhandeln, daß hieße sie abschaffen müssen. Das sei wieder eine ganz andere Frage.

Der Gedanke, daß Tarife als Verhandlungszölle einen Weg zum freieren Güteraustausch schaffen könnten, sei kein wirtschaftlicher Trugschluß wie die meisten anderen Argumente für Zollschutz. Es sei ein unheilvolles Mißverstehen der menschlichen Natur. Handeln mit Zöllen hieße Handeln mit Lebensunterhalten. Diejenigen, welche sofort einen Zoll erheben wollten, damit ihm Freihandel folge, gingen noch einen Schritt weiter als diejenigen, welche den Frieden suchten, indem sie den Krieg vorbereiteten: sie suchten den Frieden, indem sie Krieg machten.

Eine ähnliche Ansicht vertrat der „Economist".[5]) Die Erfahrung der anderen Länder habe zur Genüge den völligen Irrtum bewiesen, mit Hilfe von Zöllen Zölle zu erniedrigen. Außerdem sei Britannien an das gegenwärtige Zollsystem gebunden. Denn es habe

---

[1]) Keynes, J. M.: Die Wirtschaftspolitik Großbritanniens in Wirtschaftsdienst vom 6. III. 1931.

[2]) Beveridge, a. a. O., Seite 43.

[3]) Er kam dann zu dem Schluß: „It (Protection) cannot raise the standard of living of the population as a whole by Act of Parliament, whether a Minimum Wage Act or Tariff Act, because the standard of living of the population as a whole is a simple quotient, is the total of all good things produced by the population divided by the number of the population. Nothing can be added to that except by robbery from other peoples or be taken from it except by being given away." Beveridge, a. a. O., Seite 51.

[4]) Beveridge, a. a. O., Seite 111 ff.

[5]) „But while a bargaining tariff is an intelligible idea which appeals to those who think that competitive armaments make for peace, it is a curious confusion of thought to mix it up with „safeguarding", and to regard such duties as an assistance in negotiating and in drawing up commercial treaties." The Economist vom 8. II. 1930, Seite 287.

Meistbegünstigungsverträge mit fast allen Ländern der Welt. Baldwin habe dieses augenscheinlich übersehen.[1])

Auch in dem Freihandels-Gegenmanifest gegen die „Bankers' Resolution" wurde hervorgehoben, daß keine Aussicht vorhanden sei, die fremden Zollmauern durch Einführung von britischen Zöllen zu erniedrigen.[2])

4. Beveridge gegen die Einführung von Zöllen zum Zwecke der Präferenz-Gewährung.

Sir W. Beveridge und seine Mitarbeiter wandten sich scharf gegen solche Zollmaßnahmen, die nur zu dem Zweck, den Reichsländern Zollvorzüge einzuräumen und auf diese Weise die Handelsbeziehungen innerhalb des Reiches zu festigen, eingeführt werden sollten.[3])

Beveridge war der Ansicht, daß heutzutage ein Versuch, das britische Reich zu einer festverbundenen Wirtschaftseinheit zusammenzuschließen zu den größten Konflikten zwischen Britannien und den Dominions führen würde.

Ein britischer Zollverein, d. h. die Verwirklichung des Reichsfreihandels, sei nicht nur unvereinbar mit dem Interesse Britanniens an seinen festen Handelsbeziehungen außerhalb des Reiches und mit seinem Interesse an dem Bezug billiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, sondern auch mit dem Interesse der Dominions an der Entwicklung ihrer eigenen Industrien unter dem Schutze hoher Zollmauern.[4])

aa) Britanniens Interesse an der Aufrechterhaltung seiner Handelsbeziehungen mit den nichtbritischen Ländern.

Britanniens wirtschaftliche Struktur sei nun einmal auf einer weltumspannenden Grundlage aufgebaut. Britannien unterhalte Handelsbeziehungen mit den Agrarländern Südamerika und Skandinavien genau so wie mit den Industrieländern Deutschland und U.S.A. Es erhalte von diesen Ländern Nahrungsmittel und Rohstoffe und bediene sich ihrer als Absatzmärkte für seine Fabrikate. Das geschehe oft zu günstigeren Zollbedingungen als ihm von den Dominions zugestanden würde.

Britannien könne keine Zollschranken zwischen sich und diesen fremden Ländern errichten, ohne daß die Handelsbeziehungen gelockert würden und es den Verlust oder wenigstens die große Bedeutung dieser Länder als Absatzmärkte riskiere. Dieses Risiko könne Britannien — wenn es klug sei — nicht auf sich nehmen, falls ihm nicht ein mehr als gleichwertiger Gewinn in Aussicht stände: nämlich die sicheren neuen Märkte der Dominions.

---

[1]) The Economist vom 8. II. 1930, Seite 287.

[2]) „ . . . . Nor is there any prospect that a policy of retaliation would bring down the tariffs of foreign countries. All experience proves that an increase of tariffs by one country merely encourages other countries to raise their tariffs still higher." Aus Manchester Guardian Weekly vom 5. IX. 1930, Seite 184.

[3]) Beveridge, a. a. O., Seite 135 ff.

[4]) Beveridge, a. a. O., Seite 137.

Aber gerade das sei es, was die Dominions Britannien nicht anböten und nicht anbieten könnten, weil sie Rücksicht auf ihre eigenen Interessen zu nehmen hätten.[1])

bb) Britanniens Interesse an billigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen.

Beveridge behandelte dann bei der Besprechung von Britanniens Interesse an billigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen auch das viel diskutierte Problem der „food taxes".[2])

Es sei fraglos, daß irgendwelche umfangreichere Einführung von Präferenzen für Britannien die Bedeutung einer Besteuerung wichtiger Lebensmittel habe, vor allem solcher, die bisher z. T. aus fremden Ländern kamen, u. a. also Weizen, Fleisch, getrocknete Früchte.

Das war offen von fast allen Premierministern der Dominions auf der Reichskonferenz 1930 ausgesprochen worden.

Der kanadische Premierminister Bennet hatte damals den aufsehenerregenden Vorschlag gemacht, England und die anderen Empirestaaten sollten einen zehnprozentigen Zuschlag auf alle bestehenden und noch einzuführenden Zölle erheben.[3])

Damals war es nicht sofort klar, daß dieser Antrag von England viel mehr verlangte, als ihm von seiten der Dominions vergütet werden würde. England sollte eine volle Abkehr von seiner Freihandelspolitik zugunsten eines Generaltarifs mit Einschluß von Lebensmittelzöllen vornehmen. Die Dominialerzeugnisse wie kanadischer Weizen, südafrikanischer Mais und Früchte, neuseeländische Molkereierzeugnisse, australisches Getreide und Fleisch sollte es zollfrei einlassen. Die Dominions aber sollten ihre bestehenden Abwehrzölle gegen England nicht etwa ermäßigen, sondern nur gegen das übrige Ausland um 10 Prozent erhöhen.

Die britische Regierung räumte damals den Vertretern der Empire-Länder keinerlei Zugeständnisse über die Erweiterung des Präferenz-Systems ein.

Dem Buche „The Agricultural Output and the Food Supplies of Great Britain"[4]) entnehmen wir einige Zahlen über die Quellen britischer Nahrungsmittel:

---

1) Beveridge a. a. O. Seite 138.
Diese Ansicht wurde auch in dem Freihandels-Manifest gegen die „Bankers'-Resolution" vertreten. Wörtlich hieß es da: „But even if the Dominions were induced to lower their tariffs in order to increase their purchases from us it must be remembered that their small population cannot offer within a measurable time markets comparable in extent or value with those which foreign countries offer to our trade." Aus Manchester Guardian Weekly vom 5. IX. 1930, Seite 184.

2) Beveridge, a. a. O. Seite 138 ff.

3) Die sensationelle Forderung Bennets lautete wörtlich: „Revolutionise your fiscal system put duties on primary foodstuffs imported from foreign countries in order to admit under preferential rates larger quantities of Canadian wheat, and we will give your manufactured goods, not lower duties, but a preference conditioned by the further raising of our own tariff barriers against the rest of the world.".
Times vom 9. X. 1930.

4) Published by H. M. Stationary Office. London 1930.

	Vor dem Kriege (1905—09)		Nach dem Kriege (1924—27)	
	Mill. £	%	Mill. £	%
Heimisches Angebot	136,2	43,3	250,9	39,3
Einfuhr aus				
Britischen Ländern	55,6	17,7	138,1	21,6
fremden Ländern	122,6	39,0	250,0	39,1
Gesamt:	314,4	100,0	639,0	100,0

Demnach stammen etwa 40 Prozent aller Nahrungsmittel aus dem Inlande, 40 % aus fremden Ländern und nur 20 % aus dem Britischen Reich.

Nach dem Plan der Presselords sollten die 40 % aus fremden Ländern mit einem Einfuhrzoll belegt werden.

Der freihändlerische „Economist“[1]) bemerkte zu der obigen Tabelle, daß hier kein Betrug mit statistischen Zahlen beweisen könne, daß heutzutage ein genügender Ueberschuß an Empire-Nahrungsmitteln vorhanden sei, der den Verlust des Angebots aus den übrigen Ländern gut machen könne. Eine Umstellung — wenn eine solche überhaupt möglich sei — würde ein scharfes und nachhaltiges Steigen der Preise zur Folge haben.

Die hauptsächlichsten eingeführten Lebensmittel waren Weizen und Fleisch. Diese machten zusammen etwas weniger als die Hälfte der gesamten Nahrungsmittel-Einfuhr aus.

In den Jahren 1926 bis 1928 importierte Britannien durchschnittlich etwa 104 Mill. cwt Weizen pro Jahr. Davon kamen 51 Mill. cwt aus dem Empire und 53 Mill. cwt aus fremden Ländern. Kanada sandte durchschnittlich 36 Mill. cwt, Australien 11, Indien 3. 30 Mill. cwt kamen aus den Vereinigten Staaten, 19 aus Argentinien und der Rest aus einer großen Reihe anderer Staaten.[2])

Wenn der gesamte Bedarf an Weizen vom Reiche geliefert werden sollte, müßten Kanada, Australien und Indien noch über 50 Mill. cwt jährlich mehr produzieren, oder es müßten einige neue Weizen produzierende Länder im Reiche entdeckt werden. 1929 gefielen Kanada die Weizenpreise so wenig, daß sein Beitrag auf rund 27 Mill. cwt fiel, während sein Raten-Anteil unter der Voraussetzung eines Reichs-Autarkie-Systems etwa 75 Mill. cwt hätten betragen müssen.

Der Preis, der notwendig sein würde, um diese Spanne zu überbrücken, würde — nach Ansicht des „Economist“[3]) — die Löhne und demzufolge auch die Produktionskosten auf eine Höhe treiben, die es Britannien unmöglich machen würde, seine Fabrikate weiterhin auf dem Weltmarkt absetzen zu können.

Denselben Einwand machte Beveridge.[4]) Britannien sei das

[1]) The Economist vom 22. II. 1930. Seite 395.
[2]) Zahlen aus The Economist vom 8. III. 1930. Seite 508.
[3]) The Economist vom 8. III. 1930. Seite 508.
[4]) Beveridge, a. a. O. Seite 139.

ungeeignetste Land für Lebensmittelzölle. Es sei nun einmal gezwungen, zu exportieren, wenn es seine große Bevölkerungszahl in seinem kleinen Lande halten wolle. Mit seinem Export aber konkurriere die Ausfuhr aller Länder der Erde. Deshalb seien die Produktionskosten und mithin die Preise für Exportwaren von ausschlaggebender Bedeutung. Da eine Besteuerung der hauptsächlichlichsten Nahrungsmittel notwendigerweise eine Erhöhung der Produktionskosten mit sich bringe, so könne es nur im Interesse Britanniens liegen, eine solche Besteuerung zu verhindern. Derselbe Einwand wurde auch gegen die Einführung von Zöllen auf Rohstoffe vorgebracht.

Noch ein anderes Problem wurde bei der Diskussion über die Lebensmittelzölle entdeckt. Ein Mitarbeiter des Manchester Guardian hatte die Weizeneinfuhr der britischen Länder den Weizenexporten aus dem Reich gegenübergestellt. Dabei konnte er einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuß errechnen.

Empire Einfuhr und Ausfuhr von Weizen.[1])
(in Mill. Bushels)

Erntejahr	Netto Export der Empire-Länder	Netto Import der Empire-Länder	Export-Ueberschuß
1923/24	451,8	248,2	203,6
1924/25	353,8	237,8	116,0
1925/26	409,3	222,7	186,6
1926/27	406,7	246,0	160,7
1927/28	411,7	238,8	172,9
1928/29	539,6	233,0	306,6

Das bedeutete mit anderen Worten, daß die Weizen anbauenden Länder des Reiches in hohem Maße von fremden Märkten abhängig waren.

Wenn also ein Zoll auf ausländischen Weizen erhoben würde, dann würde der ausländische Weizen, der infolgedessen nicht mehr zum britischen Markte zugelassen würde, versuchen, den Dominion-Weizen von den fremden Märkten zu vertreiben. Die Lage der Dominions würde sich dadurch keineswegs verbessern, zumindest aber wäre weder für die Dominions noch für Britannien irgendein Gewinn festzustellen.

cc) Die Schutzzollpolitik der Dominions.

Beaverbrook glaubte, daß sich die Wirtschaft der britischen Reichsländer zugunsten eines Britischen Zollvereins entwickelt habe.[2]) Beveridge war jedoch gerade entgegengesetzter Meinung.[3]) Denn er glaubte, daß eine Reichspräferenz vor 25 Jahren, in den Tagen Joseph Chamberlains, oder noch früher, viel mehr Aussicht auf Erfolge gehabt

[1]) Manchester Guardian vom 22. Oktober 1930.
[2]) Beaverbrook, Lord: My Case for Empire Free Trade. London 1930. Seite 6.
[3]) Beveridge, a. a. O. Seite 146 ff.

habe als heutzutage.[1]) Denn damals war die Schutzzollpolitik der Dominions bei weitem noch nicht so fortgeschritten.

Diese Schutzzollpolitik der Dominions war wohl das schwierigste Problem, das mit der Frage der Präferenzgewährung berührt wurde.

Die Zollpolitik aller Dominions ließ deutlich erkennen, daß die Reichsländer nicht daran dachten, die bestehenden Zölle zu vermindern. Die Dominions waren vielmehr nach wie vor bestrebt, eigene Fabriken zu errichten und die bestehenden Industrien weiter auszubauen.

Es war völlig irreführend, wenn von seiten der britischen Schutzzöllner behauptet wurde, Britannien fände nur innerhalb des Britischen Reiches eine freundliche Aufnahme seiner Waren, und es erhalte „the invitation to come and trade".[2])

Schon 1925 hatte das Balfour-Committee[3]) festgestellt, daß die englische Exportindustrie vor allem durch die Zollerhöhungen der anderen Teile des britischen Reiches getroffen worden war. Die durchschnittliche Steigerung der Zollbelastung seitens der anderen Teile des Empire habe — so stellte der Bericht fest — gegenüber der Vorkriegszeit wertmäßig nahezu zwei Drittel betragen, während ein Abbau der Zollmauern der anderen Länder um ein Fünftel festzustellen gewesen sei.

Seitdem aber waren innerhalb des Britischen Reiches noch erhebliche Zollerhöhungen vorgenommen worden, und zwar vor allem seitens Australiens und Indiens, wohin der englische Export innerhalb von drei Jahren um 14 Mill. Pfd. St. zurückgegangen war. In derselben Zeit aber war der Export nach wichtigen europäischen Ländern, die an einer relativen Freihandelspolitik festgehalten hatten, wie Skandinavien, Holland und Belgien, von 74 auf 83 Mill. Pfd. St. gestiegen.

Als ein typisches Beispiel für die Zollpolitik der Dominions wollen wir nur das Dominion Australien anführen.

Die Annahme des Grundsatzes der Aufrechterhaltung hoher Löhne hatte gegen Ende 1929 in Australien zur Einführung so hoher Zolltarife geführt, daß selbst die dortigen Fabrikanten überrascht gewesen sein sollen.

Die australischen Zölle waren bereits seit langem außerordentlich hoch. Im Jahre 1923 waren von 894 Waren 818 zollpflichtig.[4]) Diese Zölle richteten sich damals schon in der Hauptsache gegen die britische Einfuhr. Die Höhe der Zölle auf britische Fabrikate belief sich auf 30, 40, 50, ja sogar 60 %.[5])

In dem Zolltarif, der im November 1929 eingeführt wurde, war zwar das Prinzip der Präferenz durchgeführt, trotzdem aber wurden gerade die britischen Hauptausfuhr-Industrien wie Seide, Wolle, Automobile, Maschinen usw. in erster Linie betroffen.

[1]) „. . . . A hundred years ago a campaign for a Free Trade Empire might have succeeded. To-day it is hopelessly out of date. It was never, perhaps, very hopeful." Beveridge, a. a. O. Seite 146.

[2]) Im Juli 1932 hatte Neville Chamberlain so gesprochen. Contemporary Review vom September 1930. Seite 282.

[3]) Survey of Overseas Markets. London 1925.

[4]) Contemporary Review vom September 1930. Seite 283.

[5]) Contemporary Review, ebenda.

Ueber den Schaden, den der Tarf gerade dem britischen Export bringen würde, war man sich in Australien durchaus klar.[1])

Der australische Handelsminister stand wie die Handelsminister aller Dominions auf dem Standpunkt:

„Until her own industries are developed, Australia cannot afford to exsend help either to Great Britain or to the other Dominions".[2])

Auf der Reichskonferenz von 1930 hatten die Dominions Vertreter es auch zum ersten Male ausgesprochen, daß sie nicht der englischen Ausfuhr zuliebe auf die eigene industrielle Entwicklung und die Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt verzichten könnten.

Der Plan eines Freihandels-Empires, d. h. also eines Reiches mit Freihandel zwischen allen dazugehörigen Teilen und einem Zoll gegen die übrige Welt, war von den Vertretern der Dominions als „neither practicable nor desirable" zurückgewiesen worden.

Das Jahr 1931 brachte keinen Fortschritt in der Frage der Präferenz-Gewährung.[3])

Die Reichskonferenz, die in diesem Jahre in Ottawa stattfinden sollte, wurde verlegt. Eine Wiederholung der Forderungen Bennets würde keinen Fortschritt gebracht haben, besonders, da Kanada in der Zwischenzeit den Zoll auf britische Waren erhöht hatte.

Ferner hatte sich Südafrika geweigert, an der Konferenz teilzunehmen. Mr. Scullin gab damals an, er sei durch die heimischen Angelegenheiten zu stark in Anspruch genommen.

Beveridge[4]) lehnte auch eine Analogie mit den Vereinigten Staaten ab. Ein solcher Vergleich sei nicht nur geographisch falsch, sondern vor allem historisch. Die amerikanischen Staaten seien alle zusammen groß geworden unter einem Zolltarif ohne Möglichkeit von Zwischenzöllen. Die britischen Reichsländer aber seien getrennt gewachsen und mit diesem Emporkommen seien ihre wirtschaftlichen Wege mehr und mehr auseinandergegangen. Der Versuch, sie zusammen zu zwingen, könne nur zu einem völligen Bruch führen.[5])

[1]) In einer Erklärung der South-Wales Handelskammer hieß es u. a.: „The most serious competition to local industry comes from the United Kingdom. The contention that Germany, Belgium and other Continental countries represent an important factor is very largely discounted." Aus „The Statist" vom 14. XII. 1929. Seite 1018.

[2]) Zitiert in dem Aufsatz: Sir Charles Mallet „The Protectionist Illusion" in Contemporary Review" vom September 1930. Seite 280 ff.

[3]) Der australische Ministerpräsident Berstett, einer der eifrigsten Verurteiler der Empire-Free-Trade-Politik Beaverbrooks schrieb noch um die Mitte des Jahres 1931 über Lord Beaverbrook's Plan: „The optimism of the authors of this project is more apparent than their knowledge of commercial and political conditions in the countries for which they so gaily devise policies. But whether they are fathering something which is either possible or desirable they have not proved." Veröffentlicht in der Zeitschrift „Australasian", wiedergegeben in „Contemporary Review" vom September 1930. Seite 282.

[4]) Beveridge, a. a. O. Seite 146 f.

[5]) Beveridge kam dann zu dem Schluß: „Imperial preference as a practical proposition cannot be presented to-day . . . as a means to free trade; to lower, if discriminating, tariffs. It means that Britain should put import duties on food and materials that now come in free from foreign countries, in order that Dominions may tax yet more highly foreign manufactures that they tax already. It is an addition to tariffs, not a reduction of them." Beveridge, a. a. O. Seite 146.

2. Abschnitt.

Die Zwiespältigkeiten innerhalb der Parteien.

Die wirtschaftspolitische Einstellung der englischen Parteien ist von jeher nicht einheitlich und geschlossen gewesen. Die Parteien haben je nach den Anschauungen ihrer Führer die verschiedensten Wandlungen durchgemacht.

Erst nach Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich die Konservative Partei mehr und mehr als die offizielle Schutzzoll-Partei herausgebildet. Als ihre Opposition trat die „Liberale Partei" auf und konnte auch bis zum Weltkrieg erfolgreich bleiben. Nach dem Kriege jedoch sank die Bedeutung der Liberalen Partei als Verteidigerin des Freihandels stark durch das Aufkommen der dritten Partei, der Arbeiter-Partei. Diese wurde nun in Sonderheit unter der Führung ihrer Finanzautorität Philip Snowden die Vorkämpferin des Freihandels-Grundsatzes.

Ueber die Frage „Freihandel oder Schutzzoll"? geriet das ganze Parteiensystem in den Jahren 1930 und 1931 in Unordnung. In allen drei Parteien traten Krisen und Spaltungen ein, so daß schließlich im Oktober 1931 mehr als sechs Parteien mit den verschiedensten Stellungen zur Schutzzoll-Frage Kandidaten für den Wahlkampf aufstellten.

A. Die Konservative Partei.

I. Die offizielle Schutzzoll-Partei.

Ursprünglich waren die englischen Konservativen Freihändler. Solange England ein Getreide-Ausfuhrland war, traten die Tories für Freihandel ein. Die Liberalen hingegen waren wegen der mangelhaften industriellen Entwicklung Britanniens protektionistisch eingestellt.

Mit der Entwicklung Englands zum Getreide-Einfuhr- und Fertigwaren-Ausfuhrland wandelte sich diese Einstellung ganz allmählich.

Die Konservative Partei wurde jedoch zunächst noch keineswegs die offizielle Schutzzoll-Partei.

Noch um die letzte Jahrhundertwende war die Konservative Partei fast einmütig freihändlerisch. Aber mit Beginn des Jahrhunderts wurde die protektionistische Einstellung der Konservativen von Jahr zu Jahr offensichtlicher.

Wir haben im ersten Teil erfahren, daß sich die Konservative Partei schließlich offiziell zum protektionistischen und imperialistischen Programm bekannte. Während und nach dem Kriege

gewann die Partei immer mehr Anhänger der Schutzzoll- und Safeguarding-Politik. Die Freihändler in der Partei wurden immer weniger. Als letzte bedeutende freihändlerische Persönlichkeiten innerhalb der Konservativen Partei sind Lord Hugh und Lord Robert Cecil zu nennen.[1])

Auf den Parteitagen seit 1925 wurde regelmäßig die Ausdehnung des Safeguarding-Verfahrens befürwortet.

Die Politik der Einführung von „kleineren Zöllen" wollte augenscheinlich das Freihandelssystem durch schrittweisen Abbau gleichsam unmerklich in Protektionismus verwandeln. Als formaler Schluß sollten dann die Einführung der Eisenzölle dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn sonst sachlich alles entschieden war.

Ueber diese Politik des schleichenden Protektionismus brach im Jahre 1928 ein Streit innerhalb der Konservativen Partei aus. Man wandte sich scharf gegen die dauernde Vertröstung auf die Zukunft und forderte sofortige Eisenzölle. Der vorsichtige Baldwin lehnte aber ab. Durch einen Beschluß des Gesamtkabinetts wurden die Streitigkeiten beigelegt.

Auf dem Parteitag Ende September 1928 wurde die schärfste Formulierung der Schutzzoll-Tendenz abgefaßt, die bisher überhaupt je zustande gekommen war.

Der Parteitag bestätigte die einmütigen Entschließungen der letzten drei Parteitage. Man bedauerte das langsame Vorwärtsschreiten des Protektionismus und drängte, mit Rücksicht auf die ernste dauernde Arbeitslosigkeit möglichst bald Schritte zum Schutze der Industrie zu unternehmen, besonders der Eisen- und Stahlindustrie.

II. Der Gegensatz Baldwin — Lord Beaverbrook.

Im Laufe der nächsten Jahre verstärkte sich der protektionistische Gedanke innerhalb der Partei noch erheblich.

Der Widerstand gegen Baldwins vorsichtige Politik wuchs ständig. Insbesondere war es Lord Beaverbrook, der einerseits öffentlich immer wieder die vorsichtige Politik des Safeguardings verurteilte, andererseits aber im geheimen die Konservative Partei für seine Empire-Politik zu gewinnen versuchte.

Ueber die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Führer der Partei und dem Presselord kam es zu einer schweren Krise in der protektionistischen Bewegung und der Konservativen Partei insbesondere.

Baldwin hatte nie die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der einzelnen Teile des Imperiums bestritten. Er hatte sogar oft betont, daß die größte Hoffnung auf eine Neubelebung der

1) Lord Hugh Cecil blieb bis zuletzt Freihändler. In einem an die Times gerichteten und von dieser am 11. Juli 1931 veröffentlichten Brief lehnte er den Schutzzoll ab. Er war vielmehr der Ansicht, daß „the only speedy and completely effectual remedy for unemployment would be a general reduction of wages received by all wage earners."

Industrie seiner Ansicht nach in der Entwicklung „of the resources and trade of the British Empire“ [1]) liege. Die Politik, den gegenseitigen Güteraustausch im Reiche mit Hilfe der Präferenz anzufachen, verfolge er mit aller Energie.

Wir wissen, daß Baldwin es stets abgelehnt hatte, Lebensmittelzölle in sein Programm aufzunehmen. Ja, er betonte immer wieder ausdrücklich, daß Nahrungsmittelzölle auf keinen Fall eingeführt würden. Die schlechten Erfahrungen, die er selbst bei der Wahl von 1923 und Joseph Chamberlain bei der Wahl von 1906 gemacht hatte, ließen ihn so vorsichtig handeln.

Baldwin glaubte nicht, daß sich die öffentliche Meinung in der Frage der Nahrungsmittelzölle gewandelt habe.

Die Nahrungsmittelzölle aber waren ein wesentlicher Punkt des Programms der Empire-Free-Trader. Hierüber war zwischen Baldwin und Beaverbrook zunächst keine Einigung zu erzielen.

Beaverbrook schrieb selbst, daß er jedes Mal, wenn er Baldwin getroffen habe, „sein Bestes getan habe, um ihn zu überreden, das alte Vorurteil gegen die Nahrungsmittelzölle beiseite zu lassen, dem gesunden Verstand des britischen Volkes zu vertrauen und die einzige Politik anzunehmen, welche eine volle Zusammenarbeit mit den Dominions und den Kolonien möglich mache“.[2])

Anläßlich einer Rede im Londoner Coliseum am 5. Februar 1930 wandte sich Baldwin gegen den Plan Beaverbrooks. Er führte aus, die Position Britanniens habe sich seit den Tagen Joseph Chamberlains wesentlich verändert. Damals sei ein so starkes Wachsen der Dominion-Industrien noch nicht festzustellen gewesen. Er denke nicht daran, den Dominions und Indien die Zollpolitik vorzuschreiben.[3])

„Es mag sein“, fuhr er wörtlich fort, „daß das Britische Empire eines Tages eine Wirtschafts-Einheit wird, umgeben von einer einheitlichen Zollmauer. Aber das liegt noch in weiter Ferne“.[4])

Alles was in der Zwischenzeit getan werden könne, sei nur die Vermehrung der gegenseitigen bestehenden und die Einführung neuer Präferenzen.[5])

In späteren Reden wandte sich Baldwin immer wieder gegen die Idee des Reichsfreihandels. In Belfast prägte er den später berühmt gewordenen Ausdruck:

---

[1]) In dem Wahlmanifest Baldwins vom Jahre 1924 hies es u. a.: „The best hope of industrial revival lies, however, in my opinion, in the development of the resources and trade of the British Empire. The policy of encouraging neutral trade in the Empire by measures of Imperial Preference, and of using our finance to promote Empire development and Empire settlement, is one to which we adhere, and which we shall steadily keep to the front.“ Aus Williams, a. a. O. Seite 53.

[2]) Beaverbrook, Lord, a. a. O., Seite 61.

[3]) Times vom 6. II. 1930.

[4]) „Whether the day may come when the British Empire may become a unit in the sense that the United States is; whether it may be guarded by one tariff with a vast area of free trade within, I know not.

Those things are in the distant future, but of one thing I am sure, and that is that, proceeding step by step, the course I have recommended to you to-day is the safest and the surest to take if we wish to reach the common goal of the united Empire which lies before all of us. . . .“ Times vom 6. II. 1930.

[5]) Times vom 6. II. 1930.

„Free Trade within the Empire is a great ideal. Freer Trade within the Empire is practical politics".[1])

In derselben Rede zählte er die Schwierigkeiten auf, die einer Verwirklichung des Beaverbrookschen Zieles im Wege ständen.[2])

III. Die Parteikrise.

Infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Beaverbrook und Baldwin trat eine Krise innerhalb der Konservativen Partei und innerhalb der ganzen protektionistischen Bewegung ein.

Lord Beaverbrook sah ein, daß eine Wandlung des standhaften Baldwin kaum möglich war. Deshalb begann er mit dem Versuch, die Führung der Konservativen Partei an sich zu reißen.

Zunächst versuchte er nach der Wahlniederlage von 1929 die in der Partei auftretende Mißstimmung auszunutzen. Schon vor der Wahl war eine starke Unzufriedenheit gegen den Parteiführer und Premierminister ziemlich eindeutig zum Ausdruck gekommen. Nach der verlorenen Schlacht verschlimmerte sich die Lage Baldwins naturgemäß bedeutend. Man warf ihm vor, er habe es nicht verstanden, der Partei eine richtige Wahlparole zu geben.

Das vorsichtige Lavieren Baldwins zwischen dem grundsätzlich freihändlerischen Flügel seiner Partei und den neuen aktiven Protektionisten hatte zur Folge, daß er die volkstümliche Führung gegen die Freihändler immer mehr an Lord Beaverbrook abgeben mußte.

Anläßlich einer Nachwahl im Wahlkreise Nottingham stellte Beaverbrook erstmalig einen eigenen Kandidaten dem der Konservativen Partei gegenüber.

Beaverbrook selbst trat in Nottingham sehr aktiv auf. Das Ergebnis war ein Sieg der neuen United Empire Party.

Hierdurch schien der Beweis gegeben, daß „der Mann auf der Straße" doch nicht mehr jeden Zoll auf Nahrungsmittel abzulehnen geneigt war wie ehedem.

Die Folge der Niederlage Baldwins war, daß der Vorsitzende des Organisations Ausschusses der Partei, John Davidson und der zweite Vorsitzende, Sir Calvert Bowyer, von ihren Aemtern zurücktraten. Die beiden Genannten waren persönliche Vertrauensleute des Parteiführers gewesen.

Baldwins Lage verschlimmerte sich offensichtlich.

Die Angriffe und Erfolge Lord Beaverbrooks bedrängten ihn hart. Wie konnte er sich und seine Partei vor dem einflußreichen Drauf-

---

[1]) Times vom 22. II. 1930.

[2]) (a) The self-governing Dominions are unwilling to adopt it in present circumstances.

(b) The Colonies in many cases could not adopt it because their revenue is mainly derived from Customs duties, and could not be raised by other means.

(c) There are many treaties and conventions in existence for the regulations of Colonial trade which would have to be scrapped before an immediate Empire free trade policy could be adopted.

(d) Mandated territories, such as Iraq, Palestine, Tanganiyka etc., would be prevented by the terms of their mandates from coming into the scheme." Nach Times vom 22. II. 1930.

gänger schützen? Seine Vorsicht gebot ihm, den Rückzug langsam anzutreten.

Er gab jetzt in seinen Reden öfters zu, daß der Reichsfreihandel das letzte Ziel sei, das auch er vor Augen habe. Aber nur die Politik der Konservativen Partei sei die einzige „business-like method with which to start the great journey towards the great ideal." [1])

Denn s e i n e Politik, so betont er, umfasse „safeguarding, Imperial Preference, Imperial rationalisation, and Imperial co-operation." [2])

Von großer Bedeutung wurde eine Rede Baldwins, die er am 4. März 1930 hielt. Hierin erklärte er, daß er, wieder zur Macht gelangt, sofort eine Reichswirtschaftskonferenz einberufen werde. Dort sollten alle Wege besprochen werden, die zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Reichsteilen führen könnten. Wenn sich dabei ergeben würde, daß diese Zusammenarbeit die Einführung von Nahrungsmittel-Zöllen notwendig mache, so würde er die Einführung solcher Zölle befürworten.[3])

Diese Erklärung Baldwins wurde von den Empire-Kreuzrittern als Zeichen seiner Wandlung ausposaunt. Lord Beaverbrook gab seiner Zufriedenheit Ausdruck mit den Worten:

„The Empire Crusade asked nothing more of the politicians than that".[4])

Baldwin wurde durch die Presse in der United Empire Party willkommen geheißen. Schon viele große Männer wären schließlich zur Einsicht gelangt, schrieb der Daily Express.[5])

Im Grunde sei Baldwin ja immer für ihre Ansichten gewesen. Denn er habe stets den Wert des „safeguardings" betont. — Und nun gab es etwas Peinliches zu lesen: „He (Mr. Baldwin) appeared to use this word (safeguarding) when what he really meant was protection. That is certainly what Conservatism and intelligent opinion throughout the country is looking for. In the future Mr. Baldwin could well affort to drop such camonflage".[6])

Diese Aeußerung kam Baldwin gewiß sehr ungelegen. Er hatte stets versucht, eine einigermaßen saubere Unterscheidung zwischen „safeguarding" und „protection" zu wahren. Offensichtlich machte sich Lord Beaverbrook über ihn lustig.

IV. Baldwins Ausweg.

In der Oeffentlichkeit wies Baldwin die Behauptungen und Anspielungen der Lordspresse aufs entschiedenste zurück.

Er wollte sich nicht führen lassen, sondern selbst führen. Die Situation, in der er sich befand, war äußerst schwierig. Das Wesent-

1) Times vom 25. II. 1930.
2) Times vom 25. II. 1930.
3) Times vom 5. III. 1930.
4) Daily Express vom 5. III. 1930.
5) Daily Express vom 5. III. 1930.
6) Daily Express vom 5. III. 1930.

liche war ihm die Erhaltung der Konservativen Partei. Die Erreichung dieses Zieles erforderte das höchste Geschick von Britanniens bestem Diplomaten.

Baldwin sah ein, daß er um dieses Zieles willen noch einen Schritt weiter zurückgehen mußte.

Am 8. Mai 1931 gab er in einer Rede in Sheffield seinen neuen Plan bekannt.

Er wolle eine Reichskonferenz abhalten, die über alle Möglichkeiten einer Verstärkung der Reichshandelsbeziehungen beraten solle. Wenn dann die Einführung von Zöllen auf Nahrungsmittel vorgeschlagen würde, so werde er eine Volksabstimmung über die Einführung der Nahrungsmittelzölle herbeiführen.[1])

Ein solches Volksreferendum war der Vorschlag Beaverbrooks gewesen. Baldwin hatte diesen Gedanken aufgegriffen, um dadurch eine Vereinigung mit Beaverbrook zu erzielen. Lord Beaverbrook war auch sehr zufrieden mit dieser Ankündigung und es hatte beinahe den Anschein, als ob es zu einer Wiedervereinigung der beiden protektionistischen Parteiflügel kommen würde.

Aber es wurde leider bald klar, daß die Auslegung, die Baldwin und andere konservative Führer dem Referendum gaben, eine andere als die, welche Lord Beaverbrook und Lord Rothermere demselben beilegten, war. Baldwin schien es das Beste zu sein, die grundlegende Entscheidung über die Einführung von Nahrungsmittelzöllen erst nach einer Wahl zu treffen.

Lord Beaverbrook aber wollte mit dem Referendum die Unterstützung der gesamten Konservativen Partei für den Empire Freihandel gewinnen. Er glaubte, daß jeder, der das Referendum unterstützte, selbstverständlich für eine sofortige Einführung von Nahrungsmittelzöllen sei.

Als Baldwin das Volksreferendum angenommen hatte, verkündeten wiederum sämtliche Organe der Presselords den Beitritt Baldwins in die Reihen der Empire-Kreuzfahrer.

Baldwin aber stellte den Irrtum sofort richtig. Daraufhin begannen die persönlichen Angriffe der beiden Lords von neuem.

Sie wollten nunmehr ihr Ziel, die Führung der Konservativen Partei, mit allen Mitteln erreichen. Ihre immer schärfer werdende Aktivität veranlaßte Baldwin schließlich, die konservatven Parlamentsmitglieder und Kandidaten zu einer Beratung zusammenzurufen.

Nur wenige der Konservativen sahen einen besonderen Vorteil in dem Referendum selbst. Aber es wurde allgemein als das einzige Mittel angesehen, die Einigung innerhalb der Partei wiederherzustellen.

Baldwin erklärte, daß er nicht daran denke, sich seine Ansichten

---

1) „J will hold an Imperial Conference to discuss every possibility for increasing Imperial trade . . . . If, as a result of those discussions there should be any form of treaty or agreement which would involve in our part of taxation of foreign foodstuffs, or any foreign foodstuffs, then that agreement, or treaty, or whatever it may be, shall be put before the judgement of our people by means of a poll.“ Times vom 9. V. 1930.

diktieren zu lassen. Die ganze Versammlung stand auf seiner Seite und sprach dem Führer das Vertrauen aus.[1])

Die Umstände kamen Baldwin zu Hilfe. Die Krise hatte sich sehr verschärft. Die Erfolge Beaverbrooks bewiesen, daß sich die Meinung des britischen Wählers hinsichtlich der Unbrauchbarkeit von Zöllen und Nahrungsmittelzöllen insbesondere geändert hatte.

Baldwin glaubte jetzt, daß seine übergroße Vorsicht nicht mehr am Platze sei.

Im Oktober erklärte er in einer Rede, daß er das Referendum über Lebensmittelzölle, zu dessen Forderung er sich vor fünf Monaten durch die Beaverbrook-Agitation hatte zwingen lassen, jetzt fallen lassen werde. Er proklamierte als konservative Politik den geschlossenen Zolltarif. Mit diesem Abschied der Konservativen vom letzten Lippendienst an die Freihandelstradition waren die Fronten geklärt. Damit war auch die Beaverbrook-Freischar den Konservativen sachlich wieder vollkommen eingegliedert.

Bei einer Nachwahl im Wahlkreis St. George-Westminster erhielt der Kandidat der United Empire Party nur 11 537 Stimmen gegen 17 242 des konservativen Kandidaten.[2])

Ende März 1931 kam es dann endlich zur Einigung zwischen Lord Beaverbrook und Baldwin.

Neville Chamberlain hatte Lord Beaverbrook zu sich eingeladen und ihn aufgefordert, die Bedingungen zu nennen, unter denen er bereit sei, die Politik der Konservativen Partei zu unterstützen. Am 29. März erklärte Lord Beaverbrook in einem offenen Brief an Neville Chamberlain, daß er den Kampf gegen Baldwins Führung aufgebe.

Er wollte jedoch die Versicherung haben, daß die Konservative Partei die „Imperial Economic Unity“[3]) durch „quotas, prohibitions of, or duties on foreign foodstuffs“ unterstützte.[4])

Er blieb dabei, daß Zölle auf Nahrungsmittel die wirkungsvollste Methode zur Erreichung des geplanten Zieles seien. Er erkannte auch an, daß „the quota system and prohibitions have advantages in relation to increased production of some foodstuffs in Britain“.[5])

Er stimmte damit völlig mit der Erklärung Baldwins überein, welche dieser schon im Dezember 1930 abgegeben und seitdem stets wiederholt hatte.

Bei den Neuwahlen wurde in Zukunft nur noch ein gemeinsamer konservativer Schutzzoll-Kandidat aufgestellt.

Lord Rothermere verurteilte das Nachgeben Beaverbrooks aufs heftigste.

Er erklärte, daß er seine Partei aufrechterhalte, und daß es sein Ziel, die Zusammenfassung aller Elemente, bleiben werde, die eine weitere Zerbröckelung des Imperiums verhindern wollten.

Praktisch blieben seine Bemühungen jedoch erfolglos.

---

[1]) Morning Post vom 25. VI. 1930.
[2]) Times vom 20. III. 1931.
[3]) Also nicht mehr „Empire Free Trade“.
[4]) Times vom 1. IV. 1931.
[5]) Times vom 1. V. 1931.

B. Die Liberale Partei.

I. David Lloyd George.

Die Liberale Partei war unter der Führung Lloyd Georges bei Kriegsausbruch acht Jahre lang an der Macht gewesen. Sie hatte zwar nicht die absolute Mehrheit besessen, aber mit Hilfe der Arbeiter-Partei und der Irischen Nationalisten hatte sie regieren können.

1918 führte die uneinheitliche, den liberalen Grundsätzen widersprechende Politik zur Spaltung der Partei in National-Liberale und Unabhängige.

Lloyd George erlebte damals an der Spitze der National-Liberalen den Höhepunkt seiner Laufbahn. Um das Jahr 1920 herum war er der wahre Beherrscher Englands.[1])

Die Nachkriegszeit brachte die Reduzierung der Liberalen Partei auf den Umfang und die Bedeutung einer „third party". Als solche hatte sie weder Anspruch auf die Stellung der offiziellen Opposition noch somit auf die Nachfolge der amtierenden Regierung nach dem Sturze derselben.

Die Wiedervereinigung der Nationalliberalen mit den Unabhängigen fand 1924 mit großen Verlusten statt.

Die Zahl der liberalen Stimmen[2]) war von 4 185 292 (1922) auf 2 982 563 (1924) gesunken, während die Sitze von 117 (1922: 64 Unabhängige, 53 Nationalliberale) auf 41 (1924) geschmolzen waren.

Diesen 41 Liberalen standen 151 Arbeitervertreter und 402 Konservative gegenüber.

Die Liberalen haben nicht mit Unrecht das bestehende Wahlgesetz[3]) für ihre Mißerfolge verantwortlich gemacht. Denn dieses Gesetz war ausschließlich auf dem Zweiparteiensystem aufgebaut. Die Liberalen verlangten entweder die Einführung von Stichwahlen oder eine Form des Verhältniswahlrechts.

---

[1]) Harold James Laski hat den großen Volkstribun jener Tage trefflich geschildert: „. . . Es gab keinen Beobachter des englischen politischen Lebens, der nicht überzeugt war, Lloyd George sei als Lenker der Geschicke des Landes unersetzlich. Im Parlament stützte er sich auf eine beispiellose Mehrheit. Millionen im Volke sahen in ihm den Mann, der den Sieg vorbereitet hatte. Seine liberalen Widersacher waren zu einem Rest Entmutigter zusammengeschrumpft. (Die Labour-Party war nichts mehr als ein wichtiges Fragment des politischen Lebens.) Wie kein anderer seit Gladstone beherrschte Lloyd George den parlamentarischen Gang der Dinge. Im Kabinett war er unbestreitbar die bedeutendste Figur. Seine Ministerkollegen waren nichts weiter als untergebene Sekretäre. Männer wie Bonar Law, Arthur Balfour, Lord Curzon und Austen Chamberlain nahmen gehorsamst seine Befehle in einer Art entgegen, wie das seit den Tagen Sir Robert Walpoles nicht mehr vorgekommen war. Es erweckte den Eindruck, als sei er auf Lebenszeit zur Ausführung der politischen Macht berufen." Daily Herald vom 6. III. 1930.

[2]) The Labours Yearbook 1924 Seite 175; 1925 Seite 189.

[3]) England ist nicht zum Verhältnis-Wahlrecht übergegangen, wie die meisten Staaten von politischer Bedeutung. In England kennt man auch keine Stichwahl. Ueber das englische Wahlrecht unterrichtet uns Heyer wie folgt: „Als gewählt gilt, wer in einem einzigen Wahlgang die meisten Stimmen hat, auch wenn seine Mitbewerber zusammen mehr zählen. Daher sind immer Ueberraschungen möglich, und die Zusammensetzung des Parlaments gibt kein zutreffendes Bild von der Stärke der Parteien im Lande." Aus Fr. Heyer: Die britische Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Jena 1928. Seite 12.

Aus der folgenden Tabelle ist die Benachteiligung zu erkennen, die sich für die Liberale Partei aus dem Wahlsystem ergab.

Tabelle IX.

Prozentualer Anteil der Stimmen und Sitze[1]) der

	1923		1924		1929	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
Konservativen	38,1	42.0	47,8	67,5	38,2	42,3
Arbeiter	31,0	31,1	3,31	24,7	37,0	46,8
Liberalen	29,6	25,7	17,9	6,8	23,4	9,6
Unabhängigen	1,3	1,1	1,2	1,0	1,4	1,3

Nach der Niederlage von 1924 war Lloyd George um eine weit ausgreifende Wiederauffrischung und Erneuerung des Liberalismus bemüht.

Mit dem Landprogramm von 1925/26 schnitt er jedoch, z. T. wegen der Oppisition Asquiths schlecht ab.

Für die nächste Wahl (1929) veröffentlichte Lloyd George einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Damit war eine außerordentlich zugkräftige Wahlparole für die Liberalen geschaffen worden.

Die Partei verfügte damals noch über die bedeutendsten Politiker und Wirtschaftler.

Aber trotz der Unterstützung, die der Plan durch die meisterhafte Verteidigung J. M. Keynes fand, blieb die Erneuerung der Macht der Liberalen Partei aus.

Harold James Laski[2]) war der Ansicht, daß dieser Mißerfolg auf die Antipathie zurückzuführen sei, die man im Volk gegen Lloyd George persönlich hege.

II. Die „Liberal Summer School".

a. „Britains Industrial Future".

Die Liberal Summer School wurde gegründet „mainly as the outcome of a strong desire on the part of a small group of Liberals that the party's industrial policy should be brought into line with modern economic conditions".[3])

Das begonnene Werk gipfelte in der Veröffentlichung des Buches „Britains Industrial Future".

1926 hatte die Leitung der Liberal Summer School eine Reihe der angesehensten liberalen Politiker, wie Lloyd George selbst, Sir Herbert Samuel, Sir John Simon, ferner Unternehmer, Gewerk-

[1]) Aus The Economist vom 8. VI. 1929, Seite 1277.
[2]) New Leader vom 31. V. 1929.
[3]) Manchester Guardian Weekly vom 2. V. 1930. Seite 361.

schaftler und sonstige Fachmänner und Sachverständige, wie Sir Walter T. Layton, Prof. J. M. Keynes, Ramsay Muir, Sir Josiah Stamp, T. J. MacNamara, den Vertrauensmann der Baumwollindustrie und viele andere zu einem Beratungsausschuß zusammenberufen.

Der Schlußbericht dieses Ausschusses erschien um die Mitte des Jahres 1928.[1])

Aus ihm ging der grundlegende Wandel, den der Liberalismus durchgemacht hatte, klar hervor. Zum ersten Male wurde hier der altliberale Gedankengang des „laisser-faire" mit aller Deutlichkeit aufgegeben.[2]) Der allgemeine Sinn des Buches ist die Ablehnung der Gleichsetzung von Manchestertum und Liberalismus.[3]) Diese Wandlung war damals für England viel bedeutender als für den Kontinent, auf dem sie sich längst vollzogen hatte.

Die jüngeren liberalen Kräfte wie J. M. Keynes, Philip Kerr und Sir Josiah Stamp hatten sich erfolgreich gegen die Dogmatiker der älteren Generation durchgesetzt.

Die Wirtschaft werde in Zukunft mehr und mehr eine mit den verschiedensten Mitteln durchorganisierte Wirtschaft sein.

Es wurde verlangt, den Staat als die große überragende Wirtschaftsmacht gesetzlich und administrativ zu stabilisieren. Deshalb sollen alle Unternehmungen, die mehr als 50 % der Produktion auf sich vereinigen, der öffentlichen Kontrolle unterzogen werden.

Die überragende Bedeutung des Auslandsabsatzes wurde hervorgehoben. Man bezweifelte jedoch, daß eine Steigerung der Ausfuhr in den Exportindustrien der Vorkriegszeit ohne Lohnabbau, Arbeitszeitverkürzung oder sonstige Verminderung des Lebensstandards durchgeführt werden könne.

Die Hoffnung für den Export müsse daher mehr in der Entwicklung der jüngsten Industrien liegen.

Der Bericht befürwortete den Imperialismus im Sinne einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien.[4]) Allerdings wurde Präferentialpolitik nicht als geeignetes Mittel hierfür empfohlen.

---

[1]) Britains Industrial Future, being the Report of the Liberal Industrial Inquiry. London 1928.

[2]) „The economic order in which the doctrine of laisser-faire had its origin has already in large measure passed away." Introduction Seite XXI.

[3]) „Liberalism stands for Liberty; but it is an error tho think that a policy of liberty must be always negative, that the State can help liberty only by abstaining from action, that invariably men are freest when their Government does least." Introduction Seite XIX.

[4]) In der zusammenfassenden Einleitung zu einem längeren Abschnitt über imperiale Entwicklung hieß es wörtlich: „It is often contended that by means of an enlihtened policy of imperial development we might find within the British Empire full compensation for our trade-losses in the rest of the world. And it is certainly true that any expansion of Empire markets is (other things being equal) more advantageous to us than a corresponding development elsewhere because the Empire populations buy more of our goods per head than the corresponding populations in other parts of the world. To do everything in our power to encourage the development of Empire resources is therefore as much our interest as it is our duty, in view of the responsibilities we have assumed." Seite 367.

b. Der Rebell E. D. Simon.

Auf der 10. Jahresversammlung der Liberal Summer School vom 31. Juli bis 6. August 1930 in Oxford war der grundsätzliche Wandel eines Teiles der Liberalen offensichtlich.

Der junge E. D. Simon aus Manchester führte in einer großen Rede folgendes aus:[1]) Das klassische Freihandelsprinzip sei unter den Vorkriegs-Bedingungen absolut überzeugend gewesen. Seit den Kriegstagen aber seien neue Bedingungen entstanden.

Der starke Rückgang im Exporthandel habe eine dauernde Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Das höchste Maß an Besteuerung sei erreicht. Es genüge jetzt nicht mehr, die orthodoxen Freihandelsargumente zu wiederholen, weil nunmehr in allen drei Parteien, also auch bei den Liberalen, der Zwang, Politik zu machen, alle ewigen Erkenntnisse verdunkele, die den herrschenden Zustand für den richtigen erklären.

Unter den besonderen Umständen sei eine Gruppe Jung-Liberaler entstanden, die einen Finanzzoll von 10% auf alle eingeführten Waren, ausschließlich Nahrungsmittel und Rohstoffe, befürworte.

Die Vorteile, die ein solcher Zoll ergeben werde, seien folgende:[2])

1. werde dem Budget durch eine erhöhte Einnahme von £ 70 bis 80 Mill. die notwendige Entlastung zuteil;
2. werde der englischen Industrie ein Zollschutz, aber nur ein mäßiger, gewährt;
3. könne man mit diesem Tarif Verhandlungen mit anderen Ländern über einen Abbau der Zollmauern führen;
4. würden die englischen Inlandpreise erhöht und auf diesem Umwege die überhöhten englischen Reallöhne gesenkt werden.

Neben E. D. Simon trat als Hauptzweifler am alten Freihandels-Prinzip C. G. Renold auf, der ebenfalls aus Manchester stammte.

Die Rede Simons war von großer Bedeutung. In ganz England schenkte man ihr höchste Beachtung.

Viele englische Liberale hatten diese „Entgleisung" eines der ihren nur sehr ungerne vernommen. Der „Manchester Guardian" betonte, daß den Reden der beiden jungen Mitglieder keine Bedeutung beizumessen sei.[3])

Erst einige Monate später wurde bekannt, daß niemand anderes als Professor Keynes der Vater des 10%igen Finanzzoll-Gedankens gewesen war, den Simon in der Liberal Summer School verteidigt hatte.

III. Die Dreispaltung der Partei.

In den Jahren 1930 und 1931 kam es innerhalb der Liberalen Partei wie innerhalb aller anderen Parteien zu Meinungsverschiedenheiten.

Im April 1930 hatte ein Umschwung in der Politik Lloyd Georges stattgefunden. Er bekämpfte die Politik der Arbeiter nicht mehr, sondern

---

[1]) Manchester Guardian Weekly vom 8. VIII. 1930. Seite 109.
[2]) Manchester Guardian Weekly vom 8. VIII. 1930. Seite 109.
[3]) Manchester Guardian Weekly vom 8. VIII. 1930. Seite 109.

trat für sie ein. Weingartz[1] war der Ansicht, daß Philip Snowden der Inspirator dieses plötzlichen Umschwungs gewesen ist.

Mit dieser neuen Politik war ein großer Teil der Liberalen nicht einverstanden. Lord Edward Grey gab als Führer des Liberalen Rats seiner Unzufriedenheit über die Politik Lloyd Georges verschiedentlich Ausdruck. Lloyd George behielt jedoch das Vertrauen der Mehrheit und blieb Führer der Partei.

1931 kam es zur Spaltung und zum fast völligen Verfall der Liberalen Partei.

Am 24. März gab Lloyd George folgende Erklärung über die Politik seiner Partei ab.[2])

Die Liberale Partei werde an der Politik festhalten, deren Richtlinien in Yarmouth vor der letzten Wahl festgelegt waren. Die Partei habe kein Uebereinkommen mit einer anderen Partei getroffen noch gedenke sie, dieses zu tun. Das Ziel der Partei werde weiterhin der Freihandel sein, desgleichen Abrüstung, Wahlreform, Sparsamkeit.

Die Liberale Partei sei bereit, jede Regierung zu unterstützen, welche diesen Zielen näherzukommen trachte.

Gegen diesen letzten Satz wurde von Seiten derjenigen Einspruch erhoben, die in scharfer Opposition zur sozialistischen Politik der Labour-Party standen.

Bei einer Abstimmung waren 33 der Anwesenden für Lloyd George und seine Politik, 17 dagegen. 8 Mitglieder waren abwesend.[3])

Etwa 6 Mitglieder tendierten damals schon stark nach der konservativen Seite. Ihr Führer war Sir John Simon.[4])

Einige Monate später[5]) erklärte Sir John, daß er nicht länger gewillt sei, die „Whip" zu führen. Zugleich mit ihm erklärten zwei andere prominente Liberale, Sir Robert Hutchinson, der letzte „Whip", und Ernest Brown, sowie eine kleine Gruppe liberaler Mitglieder ihren Austritt aus der Fraktion. Lord Allendale legte das Schatzamt der Liberalen Partei nieder.

In den verschiedenen Briefen erklärten die Abtrünnigen, daß sie Lloyd Georges arbeiterfreundliche Politik nicht länger mitmachen könnten.[6])

Aber augenscheinlich war der Protest gegen die liberale Haltung zur Grundsteuer nur ein Vorwand.[7])

Wenige Wochen später brach auch Sir Herbert Samuel[8]) mit Lloyd George. Sir Herbert folgte nicht der Schutzzoll-Parole Sir

---

1) Balthasar Weingartz, „Wo steht die Labour-Party?" Sozialistische Monatshefte vom 12. V. 1930. Seite 419 ff.

2) The Economist vom 28. III. 1931. Seite 660.

3) The Economist vom 28. III. 1931. Seite 660.

4) Sir John Simon war ein berühmter Rechtsanwalt. Seit 1906 gehörte er der Liberalen Parlamentsfraktion an. 1915 bis 1916 bekleidete er das Amt des Innenministers. Seit 1922 gehörte er zu den Führern der Liberalen.

5) Am 26. Juni 1931.

6) Times vom 27. VI. 1931.

7) The Economist vom 4. VII. 1931. Seite 11.

8) Sir Herbert Samuel, G. C. B., G. B. E., war 1926 bekannt geworden als Verfasser des sogen. „Samuel-Reports", offiziell „Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925) Cmd. 2600.

John Simons, sondern bildete mit einigen Anhängern eine neue Gruppe.

Der Wandel Sir Herbert Samuels ist in erster Linie wohl auch auf die Furcht vor der Wiederkehr eines sozialistischen Regimes zurückzuführen. Daneben war es gewiß auch der Zweifel an der Richtigkeit des absoluten Freihandels. Die Stellung Sir Herberts kann nicht als schutzzöllnerisch bezeichnet werden. Er war vielmehr nur beschränkt protektionistisch. Die Konservativen stellten bei der folgenden Wahl einen Schutzzoll-Kandidaten gegen ihn auf.

Beim Aufmarsch der Parteien zur Oktoberwahl trat die Dreispaltung der Liberalen Partei klar zu Tage.

Die absoluten Protektionisten bildeten unter der Führung Sir John Simons die Liberal-National-Organisation. Die Männer um Sir Herbert Samuel gingen als „National-Liberale" in den Wahlkampf. Die „Indepedent Liberals" blieben beim alten Lloyd George.

C. Die Arbeiter-Partei.

I. Die Gegensätze zwischen Arbeiter-Regierung und Gewerkschaften.

a. Die beiden Strömungen innerhalb der Partei.

In demselben Maße wie die Liberale Partei während der Nachkriegszeit in ihrer Bedeutung gesunken war, war die Arbeiter-Partei zur Machtstellung emporgekommen.

Die Stimmen- und Sitzzahl war in folgender Weise gewachsen.[1])

1900:	62 000	Stimmen	2 Sitze
1910:	500 000	„	40 „
1918:	4 350 000	„	57 „
1922:	5 500 000	„	142 „
1929:	8 330 000	„	288 „

1924 bis 1929 war die Labour-Party die offizielle Opposition. Nach dem epochalen Siege der Arbeiter-Partei im Mai 1929 glaubte selbst Baldwin, daß diese Partei dazu berufen sei, die Geschicke Englands künftig zu leiten.[2])

Vor dem Kriege nahm die Arbeiter-Partei eine fast einmütig gegnerische Stellung zur Schutzzollfrage ein. Nach dem Kriege jedoch wurde diese Eindeutigkeit in der Stellung der Partei von Jahr zu Jahr unklarer.

Innerhalb der Labour-Party waren zwei große prinzipiell entgegengesetzte Richtungen zu unterscheiden.

Die eine Bewegung ging von den Fabiern aus. Ihr gehörten die intelligenten Kreise der Partei sowie vor allem die jüngere Generation an. Sie bestand meist aus solchen Menschen, die sich nicht so sehr

---

1) Die Arbeiter-Partei nahm 1929 im Vergleich zu 1924 um 2 842 000 Stimmen zu. Diese Zunahme war größer als die gesamte Stimmenzahl, welche die Partei noch bei der Wahl von 1918 erhalten hatte. The Statist vom 8. VI. 1929. S. 1112.

2) Martens, Hermann: Die britische Schutzzollbewegung und ihre theoretische Beurteilung. Dissertation Hamburg 1930. Seite 56.

aus wirtschaftlichem Interesse, sondern aus Ueberzeugung den Sozialisten angeschlossen hatten. Zu diesem Flügel gehörten - nach Veit[1]) — auch die „nach der radikalen Seite hinneigenden früheren Angehörigen der Liberalen Partei, die zur Arbeiter-Partei übergegangen sind, weil sie in der einem völligen Auflösungsprozeß entgegengehenden Liberalen Partei keine persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und keinen Boden für wirklichen politischen Einfluß sehen."

Die liberale Einstellung dieses Parteiflügels war Selbstverständlichkeit.

Der größte Teil der letzten Arbeiter-Regierung 1929 bis 1931 entstammte dieser Strömung.

Der radikalste dieser Labour-Liberalisten war Philip Snowden.

Brailsford beschrieb ihn treffend:

„Philip Snowden ist ein ungewöhnlicher Mann. Er ist für den Kampf geradezu geschaffen. Er beugt sich nicht, geht kein Kompromiß ein, wie es MacDonald tut. Er hat einen Mut, den alle bewundern, eine Beharrlichkeit, die die Gegner achten, und eine scharfe Zunge, die seine Kritiker fürchten.

Aber bei all seiner persönlichen Stärke ist er eine negative und konservative Kraft. Kein Tory-Führer steht wie er für eine strenge Wahrung der alten Pfade ein, auf denen das Victorianische England gewandelt ist".[2])

Nach dem Führer der Partei, MacDonald, ist als dritter großer Freihändler der Arbeiter-Regierung der Handelsminister William Graham zu nennen. Unter dessen Führung ist nichts unversucht geblieben, um dem englischen Freihandel noch den Schein einer Stützung auf dem internationalen Forum zu geben.

Der Gewerkschaftsflügel der Arbeiter-Partei trat mehr und mehr in Opposition zur freihändlerischen Arbeiter-Regierung.

Es war überhaupt nur ein Zufall der politischen Entwicklung Englands gewesen, daß das Gewerkschaftstum mit seiner sonst natürlichen Neigung zum Protektionismus in England von radikalen Politikern und Freihändlern geführt worden war.

Ende des Jahres 1928 wurde die Entwicklung, welche die Gewerkschaftsbewegung zum Protektionismus gemacht hatte, zum ersten Male offensichtlich.

b) Der Wandel der Gewerkschaften.

1. Der Umschwung der Textilarbeiter.

Die Spitzenorganisation der englischen Textilarbeiter, die „National Association of Unions in the Textile Trade", hatte beschlossen, ein etwaiges Gesuch der Woll- und Kammgarnindustrie um Gewäh-

---

[1]) Veit, Otto: Der Wandel der Wirtschaftsideologie in Großbritannien. im Magazin der Wirtschaft vom 18. VII. 1930.

[2]) Aus H. N. Brailsford, London: „Rebellen und Führer in der englischen Politik"; in „Der Deutsche Volkswirt" vom 10. IV. 1931, Seite 936 ff.

rung eines Zollschutzes zu unterstützen. Der Beschluß erregte naturgemäß großes Aufsehen.

Zur Begründung seines Beschlusses führte der Verband aus,[1]) daß 17,1 % der Textilarbeiter erwerbslos seien. Die Einfuhr von Wollwaren nähme ständig zu und sei zwischen 1923 und 1927 um 69,3 % gestiegen. Die dadurch bedingte Einschränkung der Produktion steigere die britischen Herstellungskosten je sqare yard ebenso sehr, wie die ausländischen Gestehungskosten durch die englischen Bestellungen, die eine gründlichere Ausnutzung des Produktionsapparates gestatteten, gesenkt würden. Von der Lohnseite her könnten die englischen Kosten nur dann gesenkt werden, wenn die Tarifverträge um 25 % herabgesetzt würden. Ein derartiger Versuch sei aber aussichtslos. Durch einen Zoll würden rund 30 Millionen square yards ausländischer Wollwaren vom britischen Markte ferngehalten und damit würde — Spinner, Weber und Ausrüstungsarbeiter zusammengerechnet — 18 400 Erwerbslosen Beschäftigung gegeben werden.[2])

2. Der protektionistische Bericht des T. U. C.

Seit ihrem Bestehen arbeitete die Labour-Party im engsten Einvernehmen mit dem Generalrat der Gewerkschaften. Ein „Joint Committee" war ins Leben gerufen worden, das alle großen gemeinsamen Aktionen vorbereiten sollte.

1930 wich der Trade Union Congreß (T. U. C.) zum ersten Male von dieser alteingebürgerten Praxis ab und ging, ohne die Meinung der Arbeiterparteiler zu fragen, nach eigenem Ermessen vor.

Diese Handlung war von großer Bedeutung. In Britannien erregte sie lebhaftes Aufsehen.

Der Generalrat der Gewerkschaften hatte Anfang 1930 einen Wirtschaftsausschuß eingesetzt zu dem Zweck, das ganze Empire-Problem zu untersuchen und das Resultat dieser Untersuchung in einem Bericht zusammenzufassen.

Es mußte sofort auffallen, daß die Gewerkschaften sich überhaupt mit diesem Problem befaßten. Man glaubte daraus schließen zu können, daß der Kreuzug der Presselords sogar im Gewerkschaftslager nicht ohne merkliche Wirkungen geblieben war.

Der Wirtschaftsrat des T. U. C. gab am 24. Juni 1930 den Bericht[3]) heraus, nachdem er bereits vom Generalrat genehmigt war.

Dieser Bericht bewies, wie weit die Gewerkschaftsbewegung bereits von der reinen Freihandels-Doktrin abgewichen war.

Der Bericht befaßte sich mit dem Zusammenschluß der Volkswirtschaften zu Wirtschaftsgroßräumen, die gegen die anderen Wirtschaftseinheiten durch Zollmauern geschützt sind. Man wies nach, daß Britannien nicht isoliert bleiben könne, es müsse sich vielmehr der einen oder der anderen Gruppe anschließen. Der Ausschuß war

---

[1]) Times vom 17. XII. 1928.
[2]) Times vom 17. XII. 1928.
[3]) Report of the Economic Committee of the Congress on the economic grouping of nations. London 1930.

der Ansicht, daß es für England das Beste sein werde, sich dem „British Commonwealth" anzuschließen.

Ein Zusammenschluß der Empire-Länder würde die „isolation" wiederherstellen (ein Wort, das im Ohre jedes Briten noch einen besonderen Klang hatte). Da das Reich ein Monopol für bestimmte wichtige Rohstoffe besäße, wäre es so mächtig, daß es sich in Zukunft seine Vertragspartner aussuchen könne.

Unter den Empfehlungen, den freien Fluß der Güter nach Britannien zu hemmen, fand sich auch der Vorschlag, Zölle einzuführen. Die Wirtschaftswissenschaft, hieß es weiter, verdamme zwar eine allgemeine Zollpolitik, gegenwärtig aber seien mehr politische als wirtschaftliche Betrachtungen die ausschlaggebenden Faktoren. Wenn einem Handel unter den obwaltenden besonderen Umständen geholfen werden sollte, dann möge ein Zoll doch wohl angebracht sein. Ueberall gebe es Vorteile wie Nachteile. In jedem Falle sollte gesondert untersucht werden, ob durch Einführung eines Zolls ein besonderer Vorteil oder ein besonderer Nachteil entstehen würde.

Dreijährige Konferenzen zwischen Britannien und seinen Dominions und Kolonien wurden vorgeschlagen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu entfalten. Ein Sekretariat nach dem Vorbilde der Völkerbunds-Organisation sollte dazu errichtet werden.

Der Bericht wurde in der Presse der Lords ausführlich wiedergegeben und wohlwollend kommentiert.

Offensichtlich hatte das Briand-Memorandum,[1]) das kurz zuvor veröffentlicht worden war, die Einstellung des Ausschusses wesentlich beinflußt. Der Wert des Briand-Memorandums ist in England allgemein überschätzt worden.

Aber die imperialistische Einstellung der Gewerkschaften ist auch tiefer begründet. Lord Melchett, der Leiter der Imperial Chemical Industries, hatte seit längerer Zeit einen bedeutenden Einfluß auf die Stimmung und Einstellung der Gewerkschaften. Schon lange war er bemüht gewesen, durch eine Art patriarchalischer Wirtschaftsdemokratie die Gewerkschaften für die allgemeine Wirtschaftspolitik zu interessieren. Mit Hilfe der Gewerkschaften wollte er einen Druck auf die etwas konservativen Unternehmer zur generellen Rationalisierung und Schaffung einer privaten Gemeinwirtschaft ausüben.

Die Gewerkschaften hatten der Initiative Lord Melchetts zugestimmt, da sie in seinen Plänen einen Ausweg aus den eigenen Schwierigkeiten sahen.

Seinen wachsenden Einfluß hatte Lord Melchett geltend gemacht, um die Gewerkschaften für seine Empire-Pläne zu gewinnen.

3. Der Gewerkschafts-Kongreß von 1930.

Auf dem Kongreß der Gewerkschaften im Jahre 1930 sagte der Vorsitzende Beard u. a.: „The trade union movement has never been

---

1) Das Paneuropa-Memorandum Briands wurde allen europäischen Regierungen Mitte Mai 1930 überreicht.

a believer in Manchesterism. . . . . We shall listen to any case that may be up for a tariff just as much as for any other method." [1])

Etwas vorsichtiger drückte sich Ernest Bevin, einer der besonnensten Gewerkschaftler, aus. Er betonte, daß er und die übrigen Mitverfasser des Berichts keineswegs von Baldwin, Beaverbrook und Genossen beeinflußt seien. Es gebe keine „verrücktere" Politik als die konservative Neigung zum Schutzzoll. Den Glauben an den orthodoxen Freihandel hätten die Gewerkschaften unter dem Eindruck der englischen Entwicklung freilich verloren.

Die Frage „Freihandel oder Schutzzoll"? sei nicht das Entscheidende. Wichtiger sei zunächst das Problem des geeinten Reiches.

Die Beziehungen zum Empire sollten ausgebaut, aber die internationalen Handelsbeziehungen nicht gelöst werden.[2])

In ähnlich verworrener Art wie die Rede Bevins wurde der Bericht abgefaßt.

Mit 1,9 Millionen gegen rund 1 Million Stimmen wurde er schließlich angenommen. Eine starke Minderheit war der Ansicht, daß man erst das Ergebnis der nächsten Reichskonferenz abwarten sollte, bevor man sich auf irgend ein Programm festlege.

Im Jahresbericht des Generalrats des T. U. C. vom August des folgenden Jahres (1931) war eine klarere Stellungnahme zur Frage des Schutzzolls zu erkennen. Der Bericht erschien zur Zeit der politischen Krise. Eine Devalvation als Ausweg aus der Krise wurde abgelehnt. Dagegen sprach man sich eindeutig für die Einführung von Zöllen aus.[3])

II. Die ungünstige Position der Arbeiter-Regierung.

1929 hatte die Arbeiter-Partei eine Chance vom Volke verlangt, um zu beweisen, wie sie die Wirtschaftspolitik Großbritanniens im Interesse des gesamten Volkes leiten werde.

Der Wahlkampf war damals um das Schlagwort „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" geführt worden. MacDonald war vorsichtig genug gewesen, vor den Wahlen zu erklären, er halte es für unmöglich, das Arbeitslosenproblem innerhalb eines Jahres lösen zu können, wie Lloyd George dies beispielsweise versprochen hatte.

Auf dem Parteitag vom 30. September bis 5. Oktober 1929 in Brighton kam es erstmalig zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Man lief Sturm gegen die Regierung, weil es ihr nicht gelungen war, in den ersten vier Monaten ihrer Tätigkeit greifbare Reformen durchzuführen.

---

[1]) Times vom 2. XI. 1930.
[2]) Times vom 2. XI. 1930.
[3]) Allerdings schien man immer noch große Bedenken zu haben. Bezeichnend hierfür sind folgende Worte des Berichtes: „While willing to investigate fully and without prejudice the case for a general tariff, we remain at the moment unconvinced that its adoption would lift us out of the present situation or would confer benefits on industry that could not be obtained better in other ways." Aus „The Statist" vom 29. VIII. 1931. Seite 303.

Diese Angriffe gegen die Regierung gingen vor allem von den angesehensten Gewerkschaftsführern aus.

Im März des folgenden Jahres kam es zu einem starken Konflikt zwischen Regierung und Parlament. Um Klarheit zu haben, forderte MacDonald den konservativen Oppositionsführer auf, ein Mißtrauensvotum einzubringen. Baldwin tat dies auch. Am 13. März wurde über diesen Antrag entschieden. 305 Unterhausmitglieder erklärten sich für die Regierung, 235 waren dagegen.[1]) Die Existenz des Arbeiter-Kabinetts war damit fürs erste gerettet.

Bei den Nachwahlen am 6. Mai 1930 im Londoner Bezirk West Fulham erlitt die Labour-Party die erste Niederlage seit den allgemeinen Wahlen. Während sie damals 16 190, die Konservativen 13 979, die Liberalen 5 920 Stimmen erhalten hatten, ergab die Nachwahl die Eroberung des Sitzes für den Kandidaten der United Empire Party Sir Cyril Cobb mit 16 223 Stimmen gegen 15 983 Labour-Stimmen.[2])

Die Schutzzollparole hatte hier wieder erstmalig über die Freihandelsdoktrin gesiegt.

Bei den Nachwahlen im Herbst 1930 verlor die Arbeiter-Partei viele Stimmen.

In Shetleston (Schottland) siegte zwar der Kandidat der Labour-Party McGovern, mit 10 699 Stimmen über den konservativen Kandidaten, der 369 Stimmen weniger erhielt. Bei der letzten allgemeinen Wahl aber waren hier 19 594 Stimmen für den Labour-Kandidaten abgegeben worden.

Im Wahlkreise Bromley war das Ergebnis der Nachwahl wie folgt:

Konservative	12 782	(1929: 25 449)
Liberale	11 176	(1929: 18 372)
Arbeiter	5 942	(1929: 10 105)
Empire Kreuzritter	9 483	(1929: —)

Das Vertrauen, das die Liberalen eine zeitlang auf die Arbeiter-Partei gesetzt hatten, schwand von Monat zu Monat.

Den Freihändlern bereitete die wachsende Zahl der Zweifler in den Reihen der Arbeiter und die damit zunehmende unklare Stellung der Labour-Party großes Unbehagen. Sie behaupteten, daß die Labour-Leute an dem ganzen Wachsen der Schutzzollbewegung schuld seien. Die Gefahr für den Freihandel drohe gar nicht so sehr von den Konservativen und den Empirekreuzfahrern sondern von der gewandelten Arbeiter-Partei.

Die Arbeiter-Regierung liebäugele mit dem Schutzzoll, besonders wohl aus fiskalischen Gründen. Sie sei ja auch an Freihandel nicht gebunden.[3])

In liberalen Kreisen war man der Ansicht, daß die Schutzzöllner heute noch genau so geschlagen werden würden wie 1906, wenn nur

---

1) Times vom 14. III. 1930.
2) Times vom 7. V. 1930.
3) Nach James Arthur Spender in News Chronicle vom 13. IX. 1930.

die Arbeiter-Partei den Schutzzoll eben so klar ablehnen würde wie die Unabhängig-Liberalen.[1])

Im Herbst 1931 erneuten sich die Gegensätze zwischen Arbeiter-Regierung und Gewerkschaften. Das geschah deshalb, weil ein Gehaltsabbau für alle Beamten, der am 1. September in Kraft trat, von der alten Regierung angeordnet war. Die Uneinigkeit entstand durch den Widerstand der Gewerkschaften, die keinen Leistungsabbau bei der Erwerbslosenversicherung wollten. Statt dessen traten sie für die Einführung von Zöllen zum Budgetausgleich ein. Hiergegen setzte sich Philip Snowden heftig zur Wehr.[2])

III. Die Spaltung der Partei.

a. Der Rücktritt Sir Oswald Mosleys.

Um die Mitte des Jahres 1930 trat Sir Oswald Mosley aus der Partei aus.

Sir Oswald wurde von Winston Churchill wie folgt beschrieben:[3])

„Sir Oswald Mosley, erst ein Politiker in den dreißiger Jahren, besitzt sehr viel Scharfsinn, einen unleugbaren Mut und eine unbändige Selbständigkeit des Denkens."

Er hatte schnell die ganze Skala von einem Torymann der Vorkriegszeit zu einem stehenden Sozialisten durcheilt.

Als Minister und Mitglied des Rats zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte sich Mosley um die Ausarbeitung weitgehender Pläne praktischer produktiver Arbeitslosenfürsorge als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Das Dreimännerkollegium, das James H. Thomas als Arbeitsbeschaffungsminister unterstellt war, bestand aus den Ministern George Lansbury, Tom Jonson, Sir Oswald Mosley. Es legte am 23. Januar 1930 ein Memorandum vor, das Pläne zur sofortigen Behebung der großen Arbeitslosigkeit enthielt.

Die Regierung weigerte sich jedoch, diese Pläne als Ausgangspunkt ihrer Politik zu nehmen. Als Sir Oswald Mosley nicht aufhörte zu drängen, entschloß sich das Kabinett, die Materie von einer kleinen Regierungskommission untersuchen zu lassen. Der Ausschuß bestand aus den Ministern Philip Snowden, Arthur Greenwood, Tom Shaw und Margaret Bondfield. Das Memorandum wurde von diesen einstimmig abgelehnt.

Wegen der scharfen sachlichen Gegensätze, die zwischen ihm und Thomas in den Fragen der Arbeitsbeschaffung bestanden, trat Sir Oswald am 20. Mai 1930 von seinem Ministerposten zurück.

Auch aus der Arbeiter-Partei trat er mit fünf seiner Anhänger aus. Später folgten ihm noch mehr Mitglieder der Partei.

Am 6. Dezember 1930 erschien ein Manifest,[4]) das von Mosley

---

[1]) News Chronicle vom 13. IX. 1930.
[2]) Siehe Seite 119.
[3]) Winston Churchill im Berliner Börsen-Courier vom 8. III. 1931. Nr. 113.
[4]) Mosley, Sir Oswald: A national Policy. London 1931.

und siebzehn anderen ehemaligen Mitgliedern der sozialistischen Partei unterzeichnet war. Bis zur letzten Wahl waren die meisten von ihnen dem Parlament noch völlig unbekannt gewesen.

In dem Manifest wurde dargelegt, daß die britische Parlamentsmaschine zu alt und nicht imstande sei, sich der gegenwärtigen Notlage anzupassen.

Man schlug einerseits eine grundlegende Neuordnung der Vollzugsmaschinerie der Regierung vor, andererseits gab man aber auch Richtlinien an, wie man der gegenwärtigen Wirtschaftsnot steuern könne und welchen Weg Britannien in Zukunft gehen müsse.

Der Grundgedanke der neuen Wirtschaftspolitik solle größere „isolation" sein.

„The home market must be the future basis of British trade." [1])

Da die Konkurrenz der anderen Länder England ins Hintertreffen gebracht habe, müsse jetzt versucht werden, durch neue Mittel und Wege wieder emporzukommen.

Es sei notwendig, ein nationales Planwirtschafts-System zu schaffen. Dazu müsse sich Britannien isolieren und durch Zölle abschließen. Da die Zölle allein aber die Untätigkeit fördern und die Reallöhne vermindern würden, sollte der heimische Handel ferner durch eine strenge Import-Kontrolle geschützt werden.

Der Schutz, welcher den Industrien gewährt würde, sollte den Produzenten, den Arbeitern und Angestellten sowie den Konsumenten in gleicher Weise zugute kommen.

Mosley war der Ansicht, daß sich der Exporthandel nicht so schnell wieder erholen könne. Er machte sodann eine Rechnung auf,[2]) nach welcher England ruhig noch £ 500 Mill., also zwei Drittel seines Exportes von 1929 verlieren könne, ohne um Mittel für die Bezahlung seiner Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr verlegen zu sein — freilich unter Opferung aller ausländischen Fabrikate.[3])

Ein wirksames Weltplanwirtschafts-System setze eine Weltautorität voraus. Diese sei jedoch nicht vorhanden. Daher müsse man mit der Planwirtschaft in England und im Empire beginnen.

Sehr wichtig für den britischen Export sei die Planwirtschaft eines „Economic Commonwealth" auf der Grundlage eines großen Wirtschaftsunternehmens mit verschiedenen sich ergänzenden anstatt sich bekämpfenden Departements.

Man solle nicht vergessen, daß die Empire-Märkte schon 40 % des britischen Exports abnehmen, daß der Zugang zu den anderen Märkten immer mehr versperrt würde und daß die Empire-Märkte sich schnell ausdehnen würden.[4])

Am 28. Februar 1931 erließ Mosley den Aufruf zur Gründung der „Neuen Partei".

---

1) Mosley, a. a. O. Seite 16.
2) Mosley, a. a. O. Seite 15.
3) Hierzu ist zu bemerken, daß der Berechnung Mosleys die Ziffern von 1929 für Außenhandel und Zahlungs-Bilanz zugrunde liegen, die ein Jahr später schon um rund 120 Millionen weiter auseinanderklafften.
4) Mosley, a. a. O. Seite 27 f.

Am 11. März 1931 schloß die Labour-Party Mosley und alle, die sich für die neue Partei erklärten, aus ihren Reihen aus.

Die Mosley-Bewegung fand — so klein wie sie war und blieb — doch eine große Beachtung.

Die Konservativen begrüßten natürlich die Spaltungsbewegung in den sozialistischen Reihen. Sie erhofften von ihr eine baldige Beendigung der Regierungszeit MacDonalds.

b. Die Vertrauenskrise.

Die Schritte Mosleys führten eine starke Vertrauenskrise herbei.

Die Konservativen brachten am 20. Mai ein Mißtrauensvotum gegen Thomas ein. Dieser Antrag wurde jedoch mit 270 gegen 241 Stimmen abgelehnt, bei Stimmenthaltung der Liberalen und fünf Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiter-Partei.[1])

Vierzehn Tage später, am 2. Juni 1930 trat Thomas als Arbeitsbeschaffungsminister zurück. Sein Nachfolger wurde der Vorsitzende der Südwaliser Bergarbeitergewerkschaft, der Abgeordnete Hartshorn.[2])

Ein großer Teil der Arbeiterbewegung teilte die Unzufriedenheit, die Mosley gegen MacDonalds Regime fühlte. Allgemein herrschte eine gewisse Verzweiflung und Unruhe über die behutsame Innenpolitik MacDonalds.

Auch die Verbindung mit Lloyd George wurde nur ungerne gesehen. Die Arbeitermitglieder des Unterhauses waren sich zwar darüber klar, daß diese Fessel unvermeidbar war. Die übrigen Mitglieder der Partei aber sahen die Lage anders an. Insbesondere der linke Flügel war der Ansicht, daß die Labour-Party aufgehört habe, eine sozialistische Partei zu sein.

Es kam zu einer offenen Rebellion der Unabhängigen Arbeiter-Partei, die nach einer kühnen sozialistischen Politik rief.

Die Anhänger der Independent Labour-Party befürworteten anfänglich das Mosley-Programm. Auch sie wollten die Anarchie bekämpfen, wollten endlich Ordnung. Ordnung aber setzte Kontrolle voraus. Sie verlangten eine Einrichtung zur Ueberwachung der Einfuhr sowie der Waren im allgemeinen. In bestimmten Fällen wollten sie die Waren-Einfuhr sogar unterbunden wissen.[3])

Später lehnte die I. L. P. aber Mosleys Programm ab, jedoch keineswegs wegen seiner protektionistischen Ansichten, sondern vornehmlich deshalb, weil ihr auch Mosley in seinen sozialistischen Forderungen noch nicht radikal genug war.

c. Der Fall MacDonald.

Als die Arbeiter-Regierung im August 1931 abgesetzt war, trat eine neue Spaltung der Arbeiter-Partei ein.

---

[1]) Times vom 21. V. 1930.
[2]) Times vom 3. VI. 1930.
[3]) William Brown. Sekretär der Beamten-Gewerkschaft, in The New Leader vom 19. XII. 1930.

James Ramsay MacDonald kam als Haupt der Nationalen Konzentrationsregierung in Konflikt mit den Doktrinen seiner Partei.

Heute steht es längst fest, daß ein grundsätzlicher Wandel MacDonalds in der Schutzzoll-Frage nicht eingetreten war. Das ganze Denken und Handeln des zur Zeit bedeutendsten Staatsmanns der Welt war aus seiner wahrhaft nationalen Gesinnung zu erklären. In der Stunde größter Not erkannte MacDonald, daß nur eine Einigkeit der Parteien Rettung schaffen konnte.

Es stand ihm damals, im Sommer 1931, frei, zurückzutreten und das Land in einen neuen Parteiwahlkampf zu stürzen oder unter Opfern einen Vergleich mit den Konservativen und Liberalen zu machen.

Er entschloß sich unter Hintansetzung seiner Vergangenheit und Riskierung seiner Zukunft, das Amt des Premierministers der Nationalen Konzentrationsregierung zu übernehmen.

Zwei alte Kampfgenossen folgten dem Premier. Philip Snowden und J. H. Thomas.

Wenige Tage nach der Bildung der Nationalen Regierung erließ die Exekutive der Labour-Party gemeinsam mit dem Generalrat der Gewerkschaften ein Manifest, in dem sie sich von der neuen Regierung MacDonald lossagte und ihre scharfe Opposition ankündigte.[1])

MacDonald wurde von seinem Wahlkreis zur Niederlegung seines Mandats aufgefordert. Von Thomas verlangte die Eisenbahner-Gewerkschaft den Rücktritt aus der Regierung, was er mit der Niederlegung seiner Gewerkschaftsfunktion beantwortete.

Im September wurde MacDonald, der Gründer und bisherige ständige Führer der Arbeiter-Partei, ebenso wie Snowden und Thomas von der Partei ausgeschlossen und als Verräter gebrandmarkt.

Zur Oktoberwahl bildeten die drei Geächteten eine neue Partei, die „National Labour-Party."

---

1) Times vom 27. VIII. 1930.

4. KAPITEL.

Der Uebergang zum Schutzzoll im Winter 1931/32.

1. Abschnitt:

Der Wandel der öffentlichen Meinung.

A. Die Krisen von 1931.

I. Die Export-Krise.

Im Jahre 1931 nahmen die Exportschwierigkeiten der britischen Industrien in einer vorher nie geahnten Weise zu.

Die Abnahme des britischen Exports soll an einigen Zahlen veranschaulicht werden.

Tabelle X.

Der Rückgang des Exports britischer Waren während der ersten sechs Monate des Jahres 1931 im Vergleich zu den ersten sechs Monate der Jahre 1929 und 1930.[1])

1929 £	1930 £	1931 £
66 879 607	58 262 478	37 563 730
55 664 975	51 924 018	31 792 945
58 623 357	53 945 809	33 989 491
60 244 405	46 861 461	32 482 523
67 436 598	51 012 184	33 895 429
49 893 344	42 845 302	29 431 861

Entsprechend dem Grade der Arbeitslosigkeit war auch der Import erheblich zurückgegangen.

[1]) Aus Accounts relating to Trade and Navigation of the United Kingdom for each Month during the Year 1931, August 1931, Seite VI.

Tabelle XI.

Der Rückgang der Einfuhr während der ersten sechs Monate des Jahres 1931 im Vergleich zu den ersten sechs Monaten der Jahre 1929 und 1930.[1])

1929 £	1930 £	1931 £
116 545 688	101 841 130	75 569 744
90 850 327	88 212 557	63 647 412
98 573 582	93 449 441	70 664 876
104 128 731	83 915 705	70 020 381
103 423 275	91 053 207	69 632 532
91 497 643	83 352 013	68 641 743

Tabelle XII.

Import und Export im 1. Halbjahr 1930 und 1931.[2])
in 1000 £

	1930	1931	Rückgang
Import	541,689	417,874	123 815 = 23 %
Export (ohne Wiederausfuhr)	304,851	199,156	105,695 = 34½ %
Wiederausfuhr	49,280	35,708	13,572 = 36,3 %

Während des ersten Halbjahres 1931 war der Import mit £ 417 874 000 ungefähr 23 % niedriger als der des Vorjahres. Während der Import aus europäischen Ländern um 17½ % zurückging, sank die Einfuhr aus britischen Ländern um 21 % und die aus außereuropäischen nichtbritischen Ländern um 31 %.[3])

Der durchschnittliche Rückgang im Export betrug ungefähr 34½ %. Während der Export nach Europa nur um 29 % abnahm, ging die Ausfuhr nach britischen Ländern um 36 %, und die nach außereuropäischen nichtbritischen Ländern sogar um 41½ % zurück.[4])

Im September 1931 belief sich der Import nur noch auf £ 68 318 000 (im September 1930: £ 78 589 000) und der Export auf £ 29 846 000 (£ 42 741 000) und der Reexport auf £ 3 761 000 (£ 5 393 000).[5])

---

1) Accounts relating to Trade and Navigation, a. a. O.
2) Board of Trade Journal vom 16. VII. 1931.
3) Board of Trade vom 16. VII. 1931.
4) „ „ „ „ „ „ „
5) „ „ „ „ 29. X. 1931.

Tabelle XIII.

Der Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion und des Handels.[1])

	Pig Iron Tons	Steels Ingots and Castings Tons
1928 Monatl. Durchschnitt	550 900	710 400
1929 „ „	631 600	804 600
1930 „ „	516 400	610 474
1931 Januar	337 200	402 200
Februar	318 200	486 400
März	357 100	500 100
April	323 200	397 400
Mai	346 500	435 100
Juni	323 800	428 900
Juli	317 000	428 700
August	275 700	357 300
September	248 200	400 500

1931 belief sich der Wert des Gesamt-Exports von Eisen- und Stahlwaren auf £ 30 410 185 gegen £ 51 261 119 im Jahre 1930 und £ 68 002 782 im Jahre 1929.[2])

Der Umfang des britischen Eisen- und Stahlexports.[3])

	Tons
1929	4 379 541
1930	3 159 661
1931	1 980 617

Die sinkenden Netto-Profite der Industrien.[4])

	Zahl	1930 £	1931 £	Prozent. Abnahme
1. Vierteljahr	596	75 816 474	67 736 226	— 10,6
2. „	619	79 490 653	64 051 136	— 19,4
3. „	320	24 793 702	15 996 685	— 35,5

[1]) The Statist vom 23. I. 1932, Seite 128.
[2]) The Statist, ebenda.
[3]) The Statist vom 23. I. 1932, Seite 128.
[4]) The Economist vom 13. II. 1932. Commercial History and Review of 1931, Seite 6.

II. Die Finanz-Krise.

Im Zusammenhang mit der Kreditkrise, die Oesterreich und Deutschland durchmachte, erfolgte im Juli in London eine überaus starke Abziehung von Auslandskrediten, die England zu einem erheblichen Teil kurzfristig nach Deutschland weitergegeben hatte.

Es traf sich unglücklicherweise, daß in jenen Tagen der Bericht des Sparausschusses des Parlaments veröffentlicht wurde.

Dieses sogenannte „Committee of National Expenditure" war von einer großen parlamentarischen Mehrheit aller Parteien auf Grund eines liberalen Antrages im Februar 1931 beschlossen und im März unter dem Vorsitz von Sir George E. May konstituiert worden. Dem Ausschuß gehörten außer Sir George noch folgende Persönlichkeiten an: P. Ashley Cooper, Sir Mark Webster Jenkinson, Lord Plender, Sir Thomas Royden.

Der Ausschuß sprach in diesem Bericht die Befürchtung aus, daß das Budget mit einem Verlust von £ 120 Millionen abschließen würde. Trotz der sehr starken Kürzungen, die das Komitee empfahl, blieb ein Restdefizit von £ 20 Mill. bestehen.

Als diese Zahlen durch die Presse bekannt wurden, begann sogleich ein heftiger „Run" auf London.

England versuchte zunächst, der Gefährdung des Pfundkurses durch große Goldbewegungen zu begegnen. Es wurde am 23. Juli gezwungen, den Diskontsatz auf 3½ % zu erhöhen, um zu große Goldabzüge zu vermeiden. Am 30. Juli mußte die Bank von England eine nochmalige Erhöhung um 1 % vornehmen.

Schließlich sah sie sich genötigt, noch Anfang August einen Bereitschaftskredit von £ 50 Mill. in Anspruch zu nehmen, den französische und amerikanische Banken gewährten.

Aber auch dieser Kredit reichte nicht aus. Das Pfund begann zu fallen. Die Flucht vom Pfunde hatte begonnen.

Eine Reihe von Bankiers glaubte jetzt die Initiative ergreifen zu müssen, da von der Seite der Regierung nichts unternommen wurde. Das Kabinett wurde von der ernsten Lage, in welcher sich das Pfund Sterling befand, informiert. MacDonald kam eilig aus Scotland, wo er seine Ferien verbrachte, zurück.

Auch die Führer aller Parteien fanden sich eilends wieder in London ein.

III. Die Regierungs-Krise.

a. Die Opposition gegen die Regierung's-Vorschläge.

Innerhalb der Regierung wurde sofort ein Spar-Ausschuß gebildet. Dieser trat erstmalig am 11. August zusammen, um auf der Grundlage der von dem „Committee of National Expenditure" und dem

MacMillan-Ausschuß[1]) herausgegebenen Berichte über die Beziehungen zwischen Finanzwirtschaft und Wirtschaftskrise die nun nicht mehr zu umgehende Etatssanierung vorzunehmen.

Die Besprechungen der Regierung MacDonald mit den Führern der Opposition in der Woche vom 11. bis 17. August ergaben kein Einigungsprogramm für die Sanierung. Am 19. August aber kam ein Sanierungs-Entwurf des gesamten Labour-Kabinetts zustande.

Am folgenden Tage wurde dieser den Oppositionsparteien, der Labour-Fraktion, schließlich einer gemeinsamen Sitzung der Partei- und Gewerkschafts-Exekutive vorgelegt. Ueber die notwendigen Einsparungen und Steuererhöhungen wurde zwar Einigkeit erzielt. Aber bei der Frage des Leistungsabbaues in der Erwerbslosen-Versicherung standen sich die Ansichten schroff gegenüber.

Einer der wichtigsten Posten der Sparmaßnahmen war die Herabsetzung der Leistung der Arbeitslosenversicherung. Die englischen Erwerbslosen bekamen bisher 17 sh pro Woche und sollten nur noch 15 sh erhalten. Die Arbeiter-Partei verlangte, daß die bis dahin gültigen Sätze aufrechterhalten, und die besitzenden Klassen stärker besteuert werden sollten.

Die Regierung lehnte ihrerseits diese Gegenvorschläge ab.

Den 22. August verbrachte die Regierung im Kabinettsrat zur Ausarbeitung eines neuen Spar-Programms. Mittags wurde die Sitzung durch eine Besprechung mit den Oppositions-Parteien unterbrochen.

8 gegen 12 Labour-Minister verwarfen an demselben Tage noch das neue Programm.

Am Sonntag, dem 23. August, kehrte der König plötzlich von seiner Sommerfrische aus Balmoral zurück und empfing sofort die Regierung und die Oppositionsführer.

Am folgenden Tage trat das Kabinett zurück. MacDonald erhielt vom König den Auftrag zur Bildung einer „Nationalen Konzentrations-Regierung" aus den drei Parteien.

b. Die Nationale Konzentrations-Regierung.

Die Idee einer National-Regierung war schon seit Beginn des Jahres von einigen Zeitungen[2]) propagiert worden. Nach dem Ausbruch der Krise war sie von den verschiedenen Seiten ernsthaft ins Auge gefaßt

---

[1]) Das MacMillan-Committee war im November 1929 eingesetzt worden. Mitte Mai 1931 erschien sein Bericht, in welchem sich keine besonderen Vorschläge für einen Wechsel des Finanzsystems fanden. Dem Bericht waren jedoch verschiedene Addenda beigefügt.

In dem ersten Addendum wurde die Einführung eines Finanzzolls empfohlen. Durch einen solchen Zoll sollte die Höhe der Reallöhne und die der Schuldenlasten ermäßigt werden. Diese Maßnahmen würden der Handels- und Zahlungsbilanz zugute kommen und eine größere Kapitalinvestierung im Inlande ermöglichen.

Dieses Addendum war unterzeichnet von Sir Thomas Allen, Ernest Bevin, Reginald McKenna, Frater, Taylor, Tulloch. Im ganzen waren 6 von den 14 Ausschuß-Mitgliedern für die Einführung eines Zolles.

In einem anderen Addendum lehnte Prof. Gregory nach einer theoretischen Ueberprüfung der Zollfrage die Einführung eines Finanzzolls ab.

[2]) Insbesondere hatte Garvin im „Observer" diesen Plan verfochten.

worden. Innerhalb der Regierung befürwortete MacDonald vor allem den Gedanken. Aber er fand bei der Regierung wenig Beifall. Die Regierung mußte daher zurücktreten.

Am 25. August schon war die neue Regierung im wesentlichen beisammen. Das neue Kabinett setzte sich nicht wie bisher aus 20 Mitgliedern, sondern nur noch aus 10 zusammen.

Ihm gehörten außer MacDonald als Premierminister folgende Persönlichkeiten an:

Philip Snowden (Schatzkanzler)
James Henry Thomas (Dominions)
John Lord Sankey (Lordkanzler) } (Ehemalige Labour-Minister)

Stanley Baldwin (Präsident des Staatsrates),
Sir Samuel Hoare (Minister für Indien)
Neville Chamberlain (Wohlfahrt)
Sir P. Cunliffe-Lister (Handel) } (Konservative)

Lord Reading (Aeußeres)
Sir Herbert Samuel (Inneres) } (Liberale)

Die weiteren Aemter, die nicht zum eigentlichen Kabinett gehörten, wurden fast ausschließlich von Konservativen und Liberalen besetzt.

Die 1. Nationale Konzentrations-Regierung hatte drei Aufgaben:[1])

1. das Budget auszugleichen;
2. das Pfund zu schützen und
3. „to correct any unfavourable trend in balance of payments."

Unmittelbar nach der Kabinettsbildung gelang es der Regierung, einen Kredit in Höhe von £ 80 000 000 zu bekommen. An diesem Kredit war wiederum Frankreich in der Hauptsache beteiligt.

Nachdem nun zunächst einmal der Staatshaushalt geordnet war, kehrte das Vertrauen zum Pfunde bis zu einem gewissen Grade zurück. Die ausländischen Abzüge ließen eine Zeit lang nach.

Aber der zweite Kredit wurde langsam, aber sicher verbraucht, um den Ueberschuß der Einfuhr zu zahlen.

IV. Die Vertrauens-Krise.

a. Die Proteste gegen die Sparmaßnahmen.

Am 2. September beschloß die Regierung die neuen Budgetvorlagen, die eine Ersparnis-Bill und eine Steuer-Bill umfaßten. Am selben Tage wurde das Parlament zum 8. September einberufen.

An diesem Tage erhielt die neue Regierung mit 309 gegen 249 Stimmen das Vertrauen des Unterhauses und die Bewilligung beschleunigten Budgetverfahrens.

Am 10. September brachte Snowden das Nachtrags-Finanzgesetz ein, das für 1931/32 £ 70 000 000 Ersparnisse, £ 40 500 000 neuer Steuereinnahmen vorsah. Somit sollte statt eines Defizits von £ 74 600 000 ein Ueberschuß von £ 1 500 000 erzielt werden.

1) Times vom 25. VIII. 1931.

Unter anderem wurde eine Steigerung der Einkommensteuer von 4 s 6 d auf 5 s pro £ für 1931/32 vorgeschlagen; ferner geringere Nachsicht bei der Erhebung der Einkommen-Steuer, Zunahme der Biersteuer um 1 d per Pint, der Tabaksteuer um 8 s pro lb. und der Benzin-Steuer um 2 d pro Gallonne.

Durch Reduktion der Ausgaben für Arbeitslosenversicherung sollten £ 25 800 000 eingespart werden. £ 10 000 000 sollten durch Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge einkommen und £ 10 300 000 durch Kürzung der Auslagen für Erziehung.

Am 12. September brachte MacDonald das Ersparnis-Gesetz ein, das die Regierung zum Erlaß von Notverordnungen ermächtigen sollte.

Proteste gegen die Sparpläne der Regierung waren unvermeidlich. In Glasgow, Manchester und Bristol fanden große Protestdemonstrationen gegen die Herabsetzung der Arbeitslosen-Unterstützung statt. Abgesehen von der Parlaments-Opposition durch die Sozialisten kamen die beiden Hauptproteste von den Lehrern, deren Gehälter um 15 % gesenkt werden sollten, und von der Marine.

Am 15. September entstand ein Streik unter den Mannschaften der Atlantischen Flotte, der einer Meuterei gleichkam. Die Nordsee-Manöver wurden sofort abgebrochen. Die Flotte verließ den Kriegshafen von Invergordon und kehrte in die Heimathäfen zurück. Den Streikenden wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht.

Obwohl die Angelegenheit schnell beigelegt wurde, hatte sie doch dem Ansehen Englands einen schweren Schlag versetzt.

Ein neuer Ausbruch der Panik folgte unmittelbar. Die neuen Kreditkündigungen brachten der Bank von England enorme Goldverluste.

b. Die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht.

Vom 1. Januar bis 21. September empfing die Bank von England im ganzen etwa £ 53 500 000. Dagegen wurden in derselben Zeit £ 70 100 000 abgezogen. Am 21. September befand sich noch Gold im Betrage von £ 133 600 000 in der Bank. Am 1. Januar 1931 waren es £ 147 600 000 gewesen. Am Ende des Jahres 1931 belief sich der Goldbetrag der Bank nur noch auf £ 120 700 000.[1])

Die Abzüge der Kontinental-Staaten von Mitte Juli bis Mitte August beliefen sich auf ungefähr £ 38 400 000. Von dieser Summe wurden allein in der zweiten Hälfte des Monats Juli £ 31 000 000 verschifft. In der Hauptsache floß das Gold nach Frankreich, zum geringen Teil nach Holland und Belgien.[2])

Ebensowenig wie Deutschland im Juli in der Lage gewesen war, so stoßartig erfolgenden Abrufungen kurzfristiger ausländischer Kredite begegnen zu können, zeigte sich jetzt England dieser Situation gewachsen.

Am 18. September wandte sich die britische Regierung an Frankreich und die Vereinigten Staaten, um weitere Kredite zu erhalten.

1) Zahlen aus The Statist vom 9. I. 1932, Seite 54.
2) The Statist vom 9. I. 1932. Seite 54.

Die Antworten beider Länder waren „freundlich und sympathisch, gewährten aber keine Aussicht auf Beistand in dem Maße, welches offensichtlich nötig war".[1])

Frankreich sagte schließlich zu. Aber die Einwilligung Amerikas erfolgte zu spät.

Am 19. September teilte die Bank von England der Regierung mit, daß die Kredite, welche die Banken von Newyork und Paris früher gewährt hatten, „praktisch erschöpft" seien. Die starken Devisen-Nachfragen auf Newyork und Paris hielten noch an. Die Bank müsse außerdem noch Gold nach Holland senden.

Unter diesen Umständen sei es besser, die Goldeinlösungs-Pflicht zeitweilig aufzuheben, um der Bank den ihr verbliebenen Goldvorrat zu erhalten.

Am folgenden Tage gab die Regierung ihre Absicht bekannt, den Empfehlungen der Bank von England zu folgen.

Die Regierungs-Erklärung schloß mit den Worten: „The ultimate resources of this country are enormous, and there is no doubt that the present exchange difficulties will prove only temporary".[2])

Am 21. September durchlief der Regierungsantrag auf zeitweise Aufhebung der Goldeinlösungspflicht alle Instanzen des Unter- und Oberhauses und erhielt sofort die königliche Zustimmung.

MacDonald hatte am gleichen Tage (21. IX.) bekannt gegeben, daß die Regierung entgegen dem ursprünglichen Sparprogramm die Gehaltssenkungen bei Lehrern, Armee und Flotte statt mit 15 % mit 10 % begrenzen wolle.

Das Unterhaus nahm daraufhin am 29. September das Sanierungs-Gesetz in dritter Lesung an. Der vorangegangene Antrag der Arbeiter-Partei auf Ablehnung des Gesetzes war mit 297 gegen 242 Stimmen zurückgewiesen worden.

Nach der Annahme durch das Oberhaus trat das Gesetz am 5. Oktober in Kraft.

B. Die Wahl vom 27. Oktober 1931.

I. MacDonalds Entschluß zur Wahl.

Nachdem MacDonald durch seine Umsicht und Energie das Land vor Aufruhr und Zusammenbruch gerettet hatte, wurde er bald vor eine neue schwere Entscheidung gestellt.

Die konservativen Führer hatten ihm erklärt, daß sie nicht in der Regierung bleiben könnten, ohne die Ermächtigung zu besitzen, Zölle einzuführen.

In der letzten September-Woche schon hatte Baldwin den Premierminister benachrichtigt, daß die Konservative Partei eine Kampagne für eine baldige Neuwahl beginnen werde. Denn eine Wahl sei ohne allen Zweifel notwendig und unumgänglich.

---

[1]) Wörtlich aus der Unterhaus-Rede Snowdens vom 21. September. Times vom 22. IX. 1931.

[2]) Times vom 22. IX. 1931.

Durch diese Erklärung wurde MacDonald in eine sehr prekäre Lage versetzt.

Sollte er zurücktreten? Dann würde das Land in eine gefährliche Parteienwahl gestürzt, die unter allen Umständen vermieden werden müßte. Die Opfer, die MacDonald persönlich der Nation gebracht hatte, wären dann umsonst gewesen. Der Gedanke einer nationalen Regierung würde vergessen werden. Eine konservative Regierung würde ihre Schutzzoll-Pläne in radikaler Weise zu verwirklichen trachten, was dem Lande zum größten Schaden gereichen könnte.

Wenn er aber bliebe, und den protektionistischen Forderungen der Konservativen nachgäbe, dann würden Snowden und Thomas, wie auch die anderen liberalen Minister das Kabinett verlassen. Was würde dann geschehen?

Eine letzte Möglichkeit blieb. Eine letzte riesige Anstrengung mußte gemacht werden, um eine wirkliche Einigkeit herbeizuführen. Zwischen Liberalen und Konservativen mußte ein Vergleich hinsichtlich der Zollfrage erzielt werden.

MacDonald kannte die Größe seiner Aufgabe. Aber er war sich auch der Macht seiner Persönlichkeit und der Größe seiner Fähigkeiten bewußt.

Er trat nicht zurück. Komme, was da kommen mag. Er wollte, wenn es sein mußte, den Kampf allein führen. Mit der Größe der Aufgabe, die ihm zugefallen war, war er weit über den Rahmen eines Parteimannes hinausgewachsen. Er hatte die Geschicke Britanniens in der Hand. Er wußte, was dieses bedeutete.

Am 6. Oktober gab er dem Parlament bekannt, daß er sich für eine Neuwahl entschieden habe. Am 7. Oktober wurde das Parlament aufgelöst. Die Neuwahlen wurden für den 27. Oktober ausgeschrieben.

Die Wahlen sollten, wie von der Regierung betont wurde, keine Parteiwahlen, sondern nationale Wahlen sein.

In Wirklichkeit aber war der Wahlkampf kein Kampf für die Rettung der Nation, sondern ein Kampf der Parteien um die Durchführung ihrer Ziele. Es ging nicht um die Billigung oder Mißbilligung der Nationalregierung, sondern es ging in Wahrheit um die Entscheidung in der Frage „Freihandel oder Schutzzoll?"

Aus parteipolitischen Gründen war die Wahl von der Konservativen Partei erzwungen worden.

Die Konservativen, die in den Jahren der Opposition gegen die Labour-Regierung ihre Chancen ständig wachsen sahen, wollten endlich die Früchte ihrer Aussaat ernten.

Beide anderen Parteien waren gegen die Wahl zum damaligen Zeitpunkt, am entschiedensten natürlich die Liberalen.

Ihnen hatte das Zusammengehen mit den Arbeitern nicht einmal die eine Gabe der Wahlreform gebracht. Sachlich mit der Regierung entzweit, durch Lloyd Georges Krankheit gehandicapt, sahen sie nichts als Mißerfolg drohen.

Lloyd George erklärte, daß er sich den schutzzöllnerischen Wünschen der Konservativen zugänglicher zeigen werde, wenn sie im

Augenblick auf die Wahlen verzichten wollten. Wenn man ihn und seine Partei jedoch in den Wahlkampf zwänge, wollte er schärfste und kompromißlose Freihandelsagitation treiben.

Auch die Arbeiter verfolgten reinste Parteipolitik. Sie gaben die schwachen Punkte des neuen MacDonald-Kurses schonungslos und so demagogisch wie möglich der Oeffentlichkeit preis.

II. Die Wahlmanifeste.

a) MacDonalds Appell an die Nation.

MacDonald bekämpfte die Ansicht, daß die bevorstehenden Wahlen eine Entscheidung über das Schicksal des Freihandels bringen sollten. In seiner Rede in Seaham verurteilte er scharf „the growing tendency for tariff protection to be pushed into the front of the programme by the less discret among his Conservative supporters".[1])

Bereits am Tage der Auflösung des Parlaments veröffentlichte MacDonald sein Wahlmanifest.[2])

In diesem „Doktor-Mandat", wie der Aufruf MacDonalds bald genannt wurde, gab er bekannt, daß er den Patienten Britannien mit allen verfügbaren, auch wechselnden Mitteln über die akute Gefahr hinwegbringen wolle.

Es müßten unverzüglich in Angriff genommen werden: eine Geldpolitik, die das Vertrauen zum Pfund und damit seine Autorität wiederherstellen sollte, eine Politik nationaler Abkommen, die einige der nachhaltigsten Ursachen der Wirtschaftskrise beseitigen sollten wie Kriegsschulden und Reparationen, unter denen die Welt jetzt so schwer zu leiden habe, ferner Pläne zur Aktivierung der Handelsbilanz.

Im Hintergrund dieser Tätigkeit stehe die Frage der Arbeitslosigkeit, besonders in ihrem wichtigsten Punkt: Arbeit zu finden durch Erweiterung der Märkte im In- und Ausland.

Auf eine bestimmte Politik legte sich MacDonald vorsichtigerweise nicht fest. Das Land befände sich augenblicklich in einer Zeit außergewöhnlicher Bedrängnis und außergewöhnlicher Bedingungen. Diese verlangten außergewöhnliches Handeln.

Wörtlich hieß es weiter:

„As it it impossible to foresee in the changing conditions of to-day what may arise, no one can set out a programm of detail on which specific pledges can be given. The Government must therefore be free to consider every proposal likely to help, such as tariffs, expansion of exports and contraction of imports, commercial treaties and mutual economic arrangements with the Dominions".[3])

Der große Appell des Premierministers an die Nation war so abgefaßt, daß er von den Konservativen ohne große Bedenken unter-

1) Times vom 14. X. 1931.
2) Manchester Guardian vom 8. X. 1931.
3) Manchester Guardian vom 8. X. 1931.

zeichnet werden konnte. Die Times[1]) schrieben sogar, daß das Manifest beinahe Wort für Wort von der Konservativen Partei unterschrieben werden könne.

Die Presse der Lords war begeistert von dem Aufruf. Das Manifest sei das große Lichtsignal, das den Weg zum Wohlstand weise, schrieb Beaverbrooks „Daily Express".[2]) Die Worte MacDonalds seien ein vorzüglicher Auftakt zum großen Wahlkampf, schrieb Rothermeres „Daily Mail".[3])

Damit hatte MacDonald die riesigen Pressetrusts der beiden Lords für diesen Wahlkampf hinter sich.

Die liberalen Blätter, die Lloyd George und Sir Herbert Samuel nahestanden, verhielten sich in ihrer Besprechung des Aufrufs ablehnend. Man stellte fest,[4]) daß MacDonald den Protektionisten reichlich weit entgegengekommen sei. Ferner vermißte man eine klare Stellungnahme zur Frage der Lebensmittelzölle.

Sir John Simon dagegen erklärte in einem Aufruf an seinen Wahlkreis, daß er mit MacDonalds Manifest völlig einverstanden sei.

In schroffer Opposition zum Aufruf des Premiers stand natürlich das Arbeiterblatt „Daily Herald".[5]) Das Manifest sei völlig nichtssagend. Es kündigte nur eine „Wait and Seaham-Politik"[6]) an.

In einer Wahlrede in Seaham trat MacDonald der Behauptung entgegen, er habe seine Ueberzeugung gewandelt. Er sei vielmehr nach wie vor der Kandidat der Arbeiter. Er habe keinen Gedanken und kein Ideal geändert. Die gegenwärtige Lage der Nation verlange eine Zusammenarbeit der Parteien. Die Nation müsse mit allen Mitteln über die derzeitigen Schwierigkeiten hinweggebracht werden.[7])

b) Hendersons Manifest.

Henderson[8]) war am 28. August zum Führer der Arbeiter-Partei gewählt worden, nachdem MacDonald dieses Amt niedergelegt hatte.

In einer großen Rede auf dem Parteitag in Scarborough[9]) legte Henderson das Wahlprogramm der Labour-Party dar:

Es sei unmöglich, das zusammenbrechende Gebilde des Kapitalismus noch einmal auszubessern. Nur ein mutiges Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum sozialistischen Staat, der die Finanz und die

---

[1]) Times vom 8. X. 1931.
[2]) Daily Express vom 8. X. 1931.
[3]) Daily Mail vom 8. X. 1931.
[4]) Daily News vom 8. X. 1931.
[5]) Daily Herald vom 8. X. 1931.
[6]) Ein Scherzwort nach MacDonalds Wahlkreis Seaham.
[7]) Times vom 14. X. 1931.
[8]) Arthur Henderson, früher Handarbeiter, war seit 1903 Mitglied des Parlaments. In den Jahren 1908 bis 1910 und 1914—1917 war er der Vorsitzende der Arbeiter-Partei. Als Organisator der Partei ist er erfolgreich tätig gewesen. Im ersten Arbeiter-Kabinett war er Minister des Innern. Als Minister des Aeußeren in der zweiten Arbeiter-Regierung wurde sein Name weltbekannt. Nach der Niederlage der Arbeiter-Partei 1931 wurde er zum ständigen Vorsitzenden der Abrüstungs-Konferenz gewählt.
[9]) Vom 5. bis 7. Oktober 1931.

Industrie unter die Kontrolle des Volkes bringe, könne England und die Welt aus der heutigen Krise retten.[1])

In den Entschließungen sprach man sich gegen Zölle, Inflation und gegen Rückkehr zur Deflation aus.

Im Wahlmanifest, das am 10. Oktober veröffentlicht wurde, hieß es u. a., die Arbeiter-Partei habe kein Zutrauen zu irgendwelchem Versuch, einen bankerotten Kapitalismus durch ein Tarifsystem zu stützen. Zölle würden die Lebenshaltung künstlich erhöhen. Sie würden private Interessen auf Kosten der Nation bereichern. Sie würden die Aussicht auf internationale Zusammenarbeit gefahrden. Die Millonen Arbeitsloser in den Hochschutzzolländern Amerika und Deutschland bewiesen, daß Zölle kein geeignetes Mittel gegen Arbeitslosigkeit seien. Zölle würden die britische Schiffahrt und den Exporthandel dauernd beeinträchtigen und die Notwendigkeit einer besseren Ausnutzung der Industrieorganisation verschleiern.

Die Arbeiter-Partei gehe einen besseren Weg, nämlich den zur entschiedenen Planwirtschaft in Handel und Industrie, um den höchstmöglichen Lebensstandard der Nation zu erreichen.[2])

Der Aufruf war unterzeichnet von Arthur Henderson, J. R. Clynes, William Graham, G. Lathan, H. S. Lindsay.

Die Arbeiter-Partei war in diesem Wahlkampf in einer strategisch recht ungünstigen Position. Sie hatte sich nach allen Seiten zu verteidigen. Besonders schwer hatte sie unter den Nachwirkungen der Fehlschläge der letzten Labour-Regierung zu leiden.

Sie hatte jetzt weder einen wirklichen Führer noch ein überzeugendes Programm. Es war ihr nicht gelungen, die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zur eigentlichen Kampfparole zu machen.

Als die Führer gewahr wurden, daß der Wahlkampf mehr und mehr um die Entscheidung in der Frage „Schutzzoll oder Freihandel?" geführt wurde, propagierten sie mit allen Mitteln den Freihandel. Das wirkte in Anbetracht der schutzzöllnerischen Tendenzen der Gewerkschaften zu unehrlich, um Begeisterung zu erwecken.

Geradezu tragisch war es, wie die Arbeiter-Partei unter den Angriffen Philip Snowdens, der einer der Baumeister der modernen englischen Arbeiter-Partei gewesen war, jetzt zu leiden hatte. Snowden benutzte jede Gelegenheit, die ihm gegeben war, um seiner alten Partei die grausamsten Schläge zu versetzen.

In einer Rundfunkrede kurz vor der Wahl sagte Snowden: „Die Labour-Partei ist keine Freihandels-Partei, wenngleich ihre Kandidaten es in den Wahlreden behaupten. Das Programm enthält die schärfsten Formen des Protektionismus".[3])

In parlamentarischen Kreisen sowie in der City rechnete man mit einem Verlust von etwa 70 Sitzen. Man glaubte jedoch nicht, daß die Niederlage der Labour-Leute eine vernichtende sein würde.

---

[1]) Daily Herald vom 8. X. 1931.
[2]) Daily Herald vom 10. X. 1931.
[3]) Times vom 24. X. 1931.

c) Baldwins Wahlaufruf.

Baldwin hatte es diesmal gewagt, den Zollschutz offen zur Wahlparole zu machen.

Anläßlich einer Wahlrede in Birmingham führte er aus:

„Wenn mir jemand Maßnahmen nachweisen kann, die ebenso schnell und sicher in ihren Ergebnissen sind wie Schutzzölle, so will ich diese mit Wohlwollen und Interesse prüfen. Solange ich aber von keiner anderen Methode überzeugt bin, kämpfe ich für die Ansicht, die ich nun schon seit Jahren befürworte, nämlich, daß Zölle die einzigen Waffen sind, die gegenwärtig für uns in Frage kommen".[1])

In derselben Versammlung erklärte Neville Chamberlain, daß „there is no policy that we can see that can be an effective substitution for the policy of protection".[2])

Sir E. Hilton Young sagte am gleichen Tage in einer Versammlung in Carlisle, daß ein niedriger Generaltarif von 10 % das Pfund Sterling nicht stützen könne, „it must be on a basis of some 33 per cent".[3])

Sir Austen Chamberlain erklärte in einer Wahlrede[4]) in Birmingham, daß er und seine Kollegen ein Mandat der Nation für die große Zollreform verlangten. Die Ausländer sollten sehen, daß dieser Tarif für immer sein werde.

In Baldwins Wahlaufruf[5]) hieß es dann:

„Das Budget ist ausgeglichen worden. Das Borgen hat aufgehört, wobei jeder Klasse schwere Opfer zugemutet worden sind. Aber ich hoffe und glaube, daß diese nur vorübergehend sein werden.

Wir haben aber die Handelsbilanz der Nation noch nicht ausgeglichen, d. h. wir verdienen noch nicht genug, um das, was wir von Uebersee kaufen müssen, zu bezahlen. Solange diese Situation nicht geändert ist, schützt uns nichts vor dem endgültigen Bankerott.

Die Aktivierung der negativen Handelsbilanz ist unerläßlich zur Sicherung unserer finanziellen Stabilität. Diese kann nur erreicht werden durch Beschränkung der Einfuhr oder Förderung der Ausfuhr oder durch beides.

Ich erkenne an, daß die Lage durch die Devalvation des Pfundes Sterling verändert worden ist. Doch ich bin davon überzeugt, daß die Devalvation kein brauchbarer Ersatz ist für einen vorsichtig ausgearbeiteten, der Lage angepaßten Schutzzoll. Ich werde deshalb fortfahren, den Wählern klar zu machen, daß nach meiner Meinung der Zolltarif die schnellste und wirksamste Waffe ist, nicht nur, um die übermäßige Einfuhr zu verhindern, sondern auch um andere Staaten zu einer Senkung ihres Tarifs zu bewegen . . . .

Auf imperialem Gebiet wollen wir die imperiale Einheit erzielen, ein Ideal, wofür wir so lange kämpften . . . . Die Idee der Reichs-

[1]) Times vom 17. X. 1931.
[2]) Times vom 17. X. 1931.
[3]) Times, ebenda.
[4]) Times vom 14. X. 1931.
[5]) Times vom 9. X. 1931.

Einheit ist zum Gebot der Stunde geworden, und ich hege die Ueberzeugung, der Plan wird heute von unserem Volke in einer Art begriffen werden, die noch vor einigen Jahren als unmöglich galt."

d. Lloyd Georges Erklärung.

Lloyd George hatte die Bedeutung dieses Wahlkampfes voll erfaßt. Er war sich durchaus klar darüber, daß es um das Wohl und Wehe des Freihandels ging.

Am 10. Oktober erließ er seinen lange erwarteten Wahlaufruf.[1]) Er hielt am alten Freihandels-Ideal fest und forderte in dem Manifest die englische Nation aufs neue zum Nachdenken auf, bevor sie sich in das gefährliche Tarif-Experiment stürze. Wörtlich hieß es:

„No reason has yet been shown why we should incur the tremendous risks of throwing over a system which has given us the greatest mercantile marine in the world and has made us the wealthiest country in Europe, even to-day, and enables us to pay higher wages than any of our Protectionist neighbours on the Continent."

Die Schwierigkeiten beständen darin, daß es schon zu viele Zölle in der Welt gebe. Er, Lloyd George, werde für den Freihandel kämpfen und werde, wenn er dazu in der Lage sei, jeden freihändlerischen Kandidaten, ohne Rücksicht auf seine Partei, unterstützen.

Aber Lloyd George war ein kranker Mann. Im Wahlkampf selbst vermochte er nicht viel auszurichten. Hätte er damals seine Rekonvaleszenzzeit schon überstanden gehabt, wäre er Baldwin gewiß ein gefährlicher Widersacher gewesen.

Sir Herbert Samuel war kein gleichwertiger Ersatz für den großen Lloyd George. Immerhin war er in diesem Wahlkampf der Führer der Freihändler.

Am gleichen Tage wie Lloyd George erließ er seinen Wahlaufruf.[2]) Darin hieß es:

„Free Trade is the only permanent basis for our economic prosperity." Der Schutzzoll habe kein Land der Welt von der Arbeitslosigkeit befreit. Allerdings müsse die englische Handelsbilanz balanciert werden, und hierzu sei die Prüfung aller Mittel erforderlich, mögen diese in der Valutafrage, in der Steigerung der Ausfuhr und Verringerung der Einfuhr bestehen.

Ueber die Hälfte der 58 Mann zählenden liberalen Fraktion war Sir John Simon ins schutzzöllnerische Lager gefolgt. Die sogenannte Liberal-National-Organisation war nichts mehr als ein Flügel der Konservativen Partei. Sie war auf die spärlich und widerwillig gewährte Gnade der Tories angewiesen.

III. Die Wahlergebnisse.

a. Die Besiegten.

Die Wahlbeteiligung betrug 79,3 % gegenüber 79,4 % im Jahre 1929 und 80,6 % im Jahre 1924.

1) Manchester Guardian vom 10. X. 1931.
2) Manchester Guardian vom 10. X. 1931.

Im ganzen wurden 21 669 490 Stimmen abgegeben. (1929: 22 639 117 Stimmen.)[1])

Der geradezu beispiellose geistige Umschwung, der sich bei dieser Wahl vollzog, fällt besonders bei einem Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Parlament ins Auge.

Tabelle XIV.[2])

	1929		1931	
	Wähler	Sitze	Wähler	Sitze
Arbeiter	8 362 594	287	6 648 230	45
Konservative	8 664 243	260	11 926 220	422
Liberale	5 300 974	59	1 331 546	37
National-Liberale	—	—	893 130	23
Unabhäng. Liberale	—	—	93 640	4
Nation. Arbeiterpartei	—	—	339 721	13
Andere	311 333	9	397 036	4

Aus diesen Zahlen ist klar zu erkennen, daß der Wahlapparat[3]) den Stimmungsumschwung des Volkes unterstützt hat. Es muß aber zugegeben werden, daß das englische Wahlrecht politischer sein kann als andere. Denn es stellt den Wähler in jedem Wahlkreis vor eine klare Entscheidung. Er wird geradezu zur Stellungnahme gegenüber bestimmten Persönlichkeiten gezwungen.

Die Geltung der relativen Mehrheit wirkte sich bei dieser Wahl besonders unangenehm für die Arbeiterpartei aus. Im Jahre 1929 hatte sie den Sozialisten in jeder Weise geholfen. Durch kleine Mehrheiten hatten die Arbeiter viele Wahlkreise gewonnen. Mehr noch hatten sie damals den Splitterstimmen zu verdanken, die ihnen durch den Zwist der Konservativen und Liberalen zugefallen waren.

Am 27. Oktober 1931 waren für die Arbeiter-Partei 20 % weniger Stimmen abgegeben worden als 1929, was den Arbeitern einen Verlust von 218 Sitzen einbrachte.

Jeder Arbeiterabgeordnete stellte ungefähr 147 500 Arbeiterstimmen dar, während jedes konservative Mitglied nur 28 100 Stimmen bedeutete.

Nie war in England eine Partei so vernichtend geschlagen worden wie die Labour-Party bei dieser Wahl.[4]) Außer Lansbury wurde

[1]) Times vom 28. Oktober. Zahlen von 1931 ohne Universitätswahlen.
[2]) Times, ebenda.
[3]) Siehe Seite 101, Anmerkung 3.
[4]) Mit allen erdenklichen Mitteln war man gegen die Arbeiter-Partei vorgegangen. Brailsford wußte hierüber zu berichten: „Ich habe die Psychologie dieser Wahlen in drei typischen Wahlkreisen studiert, in London, im industriellen Mittel-England und im ländlichen Süden. In allen dreien war das durchschlagende Argument, daß ein Labour-Sieg das Geschäft zerstören würde. Ueberall haben die Arbeitgeber nach planmäßiger Verabredung in die wöchentliche Lohntüte ein Rundschreiben gesteckt, das beteuerte, sie würden im Falle eines Labour-Sieges zur Stillegung ihres Betriebes gezwungen sein. Die Landwirte riefen ihre Leute zusammen und verkündeten, daß sie in diesem Falle genötigt wären, sie alle zu entlassen und das Land unbestellt zu lassen.“ Aus H. N. Brailsford: „Das englische Plebiszit; in „Der deutsche Volkswirt“ vom 6. XI. 1931, Seite 184 ff.

keiner der bekannteren Arbeiterparteiler wiedergewählt. Zu den Ausgeschiedenen gehörten die hauptsächlichsten Sprecher der Partei wie Henderson, Graham, Clynes, Wedgewood, Benn, Alexander, Addison, Lees-Smith und Morrison.

Philip Snowden, der für das Unterhaus nicht wieder kandidiert hatte, wurde später zum Mitglied des Oberhauses gemacht, indem er zum Viscount Snowden of Ickornshaw ernannt wurde. Dem neuen Kabinett gehörte er dann als Lord Siegelbewahrer an.

Selbst in Seaham, dem Wahlkreise MacDonalds erlitt die Labour-Party eine vernichtende Niederlage.

1929 galt Seaham als der sicherste Labour-Wahlkreis. 1931 erhielt MacDonald 6000 Stimmen weniger als 1929. Aber für den Kandidaten der Arbeiterpartei wurden noch fast 6000 Stimmen weniger abgegeben als für MacDonald.

Auch Lloyd George, der die Beibehaltung des Freihandels als Wahlparole ausgegeben hatte, wurde vernichtend geschlagen. Er hat von seinen Anhängern nur sich und seine nächsten Familienangehörigen durchbringen können.

Sir Oswald Mosley war mit sämtlichen Anhängern durchgefallen.

b. Die Sieger.

Die Sieger der Schlacht waren Baldwin und MacDonald.

Die Zahl der Abgeordneten der Konservativen Partei war von 268 auf 471 gestiegen.

Die Konservativen hatten damit Revanche genommen für ihre Niederlage vom Jahre 1906. Im Kampfe, der damals unter dem Schlagwort „Freihandel oder Schutzzoll?" geführt wurde, war die Schutzzoll-Partei fast völlig zerschlagen worden.[1]) Die parlamentarische Mehrheit, welche die damalige Liberale Partei unter Sir Henry Campbell-Bannerman errang, betrug aber nur 256 Stimmen. Die Freihändler, die sich aus Liberalen, Sozialisten und Irischen Nationalisten zusammensetzten, verfügten im ganzen über 413 Stimmen. Die Konservative Partei erhielt trotz des schweren Schlages, der ihr beigebracht wurde, noch 157 Mandate.

Jetzt aber belief sich die Regierungsmehrheit für MacDonald auf fast 500 Stimmen.[2]) Der Rekord der Liberalen von 1906 war also weitaus geschlagen.

---

1) Siehe Seite 8.

2) Endgültiges Ergebnis der Wahl vom 27. Oktober 1931:

Gesamtstärke der Regierungsparteien:		557
davon: Konservative Partei	471	
Nationale Arbeiter-Partei (MacDonald)	13	
Nationale Liberale Partei (Simon)	67	
Liberale Nationale Partei Unabhängige (Samuel)		
Unabhängige	6	
Gesamtstärke der Opposition:		58
davon: Arbeiter-Partei	51	
Unabhängige Liberale Partei (Lloyd George)	4	
Unabhängige Arbeiter-Partei	1	
Irische Nationalisten	2	
Gesamtstärke des Unterhauses:		615

12 Millionen Engländer hatten sich eindeutig für Schutzzoll ausgesprochen.

Nur 2 Millionen waren gewillt, am alten Freihandels-Prinzip festzuhalten.

IV. Die Psychologie des Plebiszits.

In England wurden von jeher große Umwälzungen durch große Massenbewegungen angekündigt.

Das war der Fall gewesen, als Cobbet von Ort zu Ort ritt, um für die Parlaments-Reform zu werben. Das war auch so gewesen, als Cobden durch das Land reiste, um den Freihandel zu propagieren.

1931 aber herrschte kein großer Enthusiasmus im Volke für eine Zollreform wie er etwa zur Zeit Chamberlains in einigen Kreisen bestanden hatte.

Der Bewegung fehlte jetzt jeder Schwung. Begeisterung gab es nicht im Lande, nur Enttäuschung und Verwirrung.

a. Enttäuschung.

Das stolze Britannien hatte eine Reihe von Jahren bitterer Enttäuschungen hinter sich.

Durch den Weltkrieg wurde zwar der größte Konkurrent besiegt. Aber schon wenige Zeit nach dem großen Ringen mußten die Engländer erkennen, daß nicht sie, sondern die Amerikaner die wahren Sieger geworden waren. Auch Frankreich hatte durch den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen. Aber selbst das besiegte Deutschland war nicht, wie man es ursprünglich beabsichtigt hatte, endgültig vom Weltmarkt ausgeschaltet worden, sondern es hatte sich überraschend schnell erholt und war von neuem als starker Konkurrent aufgeblüht.

Große Enttäuschung bereitete später der Mißerfolg der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Die ständige Erhöhung der Schutzzölle in den Vereinigten Staaten rief höchste Erbitterung hervor. Schließlich war es die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftsdepression, die ständig steigende Zahl der Arbeitslosen, die das Maß der Enttäuschung voll machten.

Es kann nicht wundernehmen, daß die Folge dieser Entwicklung eine weitgehende Diskreditierung des Arbeiter-Regimes und der gesamten Sozialpolitik wurde.

Das Arbeiter-Kabinett hatte während seiner zweijährigen Regierungszeit wirklich wenig leisten können. Die Krise hatte schnell zugenommen, die Zahl der Arbeitslosen war von Tag zu Tag gestiegen.

Der Regierung, die man für alles verantwortlich machte, war das Vertrauen sukzessive verloren gegangen.

Die Vorschläge der Opposition waren immer wieder auf der Bildfläche erschienen. Diese Opposition war aber nicht die Liberale Partei, sondern die Konservative Partei.

Da die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg wiederholt bitter getäuscht war, wurde man mehr und mehr neuartigen, wenn

auch keineswegs wissenschaftlichen und logischen Argumenten zugänglich.

Was versprachen die Führer? Durch Schutzzölle werde wenigstens ein Mindestmaß von Absatz garantiert. Dadurch könne eine Produktionskosten-Senkung im großen vorgenommen werden. Mithin würden die verlorenen Märkte zurückerobert werden können. Wenn eine Industrie mittels Zolltarif und dadurch ermöglichter Rationalisierung die Herrschaft über den heimischen Markt innehätte, dann könnte sie nicht nur billig im Auslande verkaufen, sondern auch billig zu Hause absetzen. Schutzzölle bewirkten mithin nicht hohe, sondern niedrige Preise. Freihandel sei daher nicht die Ursache niedriger, sondern hoher Preise.

Es steht zweifellos fest, daß die Propaganda der beiden Presselords sehr viel dazu beigetragen hat, die Meinung des britischen Wählers nicht nur hinsichtlich des Empires, sondern auch in bezug auf die ganze Zollfrage zu beeinflussen.

Wenn auch eine große Menge Unsinn in den Zeitungen zu lesen war, so verfehlte die Propaganda doch nicht ganz ihr Ziel. Der Menge wurde immer und immer wieder eingehämmert, daß eine Unterbrechung des Wareneinflusses mehr für das britische Volk bedeute als es sich dessen gegenwärtig bewußt sei. Die Wähler wurden geradezu gezwungen, sagte Brooks,[1]) sich vorzustellen, „daß Zölle in den Händen von Staatsmännern sowohl Mittel wirtschaftlichen Ausgleichs wie hoher nationaler Politik waren."

Vom Standpunkt einer organisierten Schutzzollbewegung war die ganze Presse-Kampagne ein Reinfall. Wegen der vielen persönlichen und sachlichen Gegensätze zwischen den Führern der Bewegungen konnte keine einheitliche Erziehung der öffentlichen Meinung durchgeführt werden.

Dem Volk wurde das unergötzliche Schauspiel vorgesetzt, erzählte Brooks[2]) weiter, daß Parteien und ihre Führer mit Zöllen spielten wie andere mit Karten zu spielen pflegen.

Viele hatten an der Wirkung der Presse-Kampagne gezweifelt. 1926, als der Empire-Kreuzzug etwa begann, maß Kircher[3]) ihm wenig Bedeutung bei. Er meinte, daß man das Presse-Geschrei nicht überschätzen solle.

Die Liberalen Zeitungen und Zeitschriften haben nie an einen Erfolg der Lordpresse geglaubt. Noch zu Anfang des Jahres 1930 schrieb der Economist:

„Der Erfolg im Ueberreden der Nation, deren Existenz gerade auf dem freien Austausch der Güter beruht, eine Politik der Handelshemmungen anzunehmen, wird ein interessanter Beweis für den wirklichen Einfluß der populären Presse sein. Aber es wird nicht mehr als ein Experiment sein, denn über das endgültige Schicksal dieser Vorschläge kann kein Zweifel herrschen".[4])

1) Brooks, Collin: This tariff question. London 1931. S. 177.
2) Brooks, a. a. O. S. 177
3) Kircher, Rudolf: Engländer. Frankfurt 1926. S. 309 f.
4) The Economist vom 11. I. 1930. Seite 56.

Offensichtlich jedoch schien manchem Nachdenklichen der „Empire-Freihandel" doch zu viele und zunächst unüberbrückbare Schwierigkeiten aufzuweisen. Da schien der Gedanke heimischer Industriezölle für den Anfang sehr viel praktikabler.

b. Verwirrung.

Aber es mußte den Wähler doch eigentümlich berühren, daß sich die Führer in der großen Streitfrage selbst nicht ganz einig über den Wert der Zölle waren. Die Gegensätze der Führer hatten der ganzen Zollbewegung jene konstante Leidenschaft genommen, welche frühere Bewegungen auszeichnete.

Auch hatte die übergroße Vorsicht der offiziellen Schutzzoll-Partei den Wähler skeptisch gemacht.

Die Konservativen hatten den Wahlkampf von 1923 mit der Behauptung geführt, daß Zölle und nichts als Zölle das Land retten könnten.

Sechs Jahre später begnügten sie sich mit der Erklärung, daß vielleicht eine mäßige Ausdehnung des „Safeguarding"-Gesetzes helfen könne. Davon, daß Schutzzölle die einzige Rettung seien, war keine Rede mehr.

In England ist der Durchschnittswähler, der Mann von der Straße, viel unpolitischer als etwa der deutsche oder der französische Wähler. Er weiß von der Wirtschafts- und Staatspolitik viel weniger als seine Nachbarn auf dem Kontinent.

Während der ganzen Zollstreitfrage von 1923 bis 1931 wußte er vom Schutzzoll vielleicht so viel, daß dieser entweder absolut richtig oder absolut falsch sein mußte. 1929 kam die große Verwirrung in den Köpfen dieses Durchschnittswählers daher, daß diejenigen, welche früher einmal behauptet hatten, Schutzzoll sei das einzig Richtige, jetzt sagten, daß er vielleicht doch nicht ganz so notwendig sei, als sie gedacht hatten.

Wenn die maßgebliche Ueberzeugung der konservativen Führer fallen gelassen werden konnte, nachdem die unmaßgebliche Ueberzeugung des Wählers sie bestritten hatte, dann konnte Zollschutz doch wohl nicht das „beglaubigte wissenschaftliche System der nationalen Befreiung" sein, wie es von den Radikalen der Partei genannt wurde.

Andererseits aber sah man, daß die freie Einfuhr ein Wachsen der Arbeitslosigkeit, höhere Steuern und manche andere Erschwerung brachte. So konnte doch auch das Freihandels-System nicht das absolut Richtige sein, wie es von seinen Anhängern gepriesen wurde.

So war der Durchschnittswähler im Jahre 1931 zu einer Stellung gekommen, wo seines Vaters Vertrauen auf den insularen Freihandel zwar erschüttert, aber seine eigene Ueberzeugung vom Schutzzoll noch nicht fest verankert war.

1931 regnete es Nachwahlen. Diese Nachwahlen zeigten bis Mitte des Jahres noch keine klare Entscheidung, ob man eine Fortsetzung oder eine Aenderung des Regimes in Westminster wollte.

Da kam der August 1931.

In vieler Hinsicht bedeutete dieser Monat eine Wiederholung des August 1914.

Dem Bürger, der von Zöllen und Finanzen nicht viel verstand, stellte sich die Krise etwa folgendermaßen dar.

Die Bank von England machte eine dunkle Ankündigung, daß sie 50 Millionen Pfund Sterling von der Bank von Frankreich und von den Vereinigten Staaten hatte borgen müssen. Die Mitglieder der Regierung, die Führer der Parteien und sogar der König waren plötzlich aus ihren Sommeraufenthalten nach London zurückgekehrt. Geheimnisvolle Besuche von Staatsmännern und Bankdirektoren fanden um die mitternächtliche Stunde in Downingstreet statt.

Seinen ersten Höhepunkt erreichte das dunkle Spiel in dem dramatischen Wechsel der Regierung.

Jetzt glaubte der Wähler seinen eigenen Augen und Ohren nicht trauen zu dürfen. Denn da gab es plötzlich eine nie dagewesene Einmütigkeit zwischen den Männern aller Parteien, einschließlich Arthur Henderson,[1]) Walter Runciman und anderen „lebenslänglichen" Freihändlern darüber, daß nur Schutzzölle oder Einfuhr-Verbote England vor einer noch schlimmeren Katastrophe retten könnten.

Die führenden Persönlichkeiten hatten offensichtlich ihre Ansichten über den Schutzzoll als Wirtschaftsdoktrin grundlegend geändert.

Außergewöhnliche Umstände hätten diesen außergewöhnlichen Wandel herbeigeführt, so wurde argumentiert.

Unerwartet folgte der zweite Höhepunkt des Ganzen, der noch viel bedeutsamer zu sein schien als der Regierungswechsel. Die Goldeinlösungspflicht wurde aufgehoben. Das Pfund begann zu fallen. Das Unglaublichste der Weltgeschichte war wahr geworden: die Bank von England stand nicht mehr fest.

Jetzt können uns nur Zölle helfen, wurde dem Wähler durch die Presse zugerufen. Um das Pfund zu halten, um nicht in den Abgrund der Inflation zu sinken, müssen wir Zölle haben.

Wenn ihr Patrioten sein wollt, müßt ihr das Vaterland vor dem endgültigen Ruin bewahren. Das kann nur geschehen, indem wir eine starke Zollmauer um uns errichten!

Ja, Patrioten waren sie, die Engländer. Das wollten sie beweisen.

Die Wahl vom Oktober 1931 hat noch ein anderes aufs klarste bewiesen: daß dem Engländer — wie Brailsford[2]) es ausdrückte — an der Doktrin nichts liegt, wohl aber sehr viel an etwas, das man „Charakter" nennt.

Der Engländer wählt Männer, Persönlichkeiten, keine Programme. Welche Ansicht diese Männer haben, ist dem Wähler im Grunde gleichgültig. Er vertraut ihnen felsenfest und weiß, daß sie ihre Aufgabe zwingen werden.

---

[1]) Auch Henderson war vorübergehend für einen 10 %igen Finanzzoll eingetreten. Später aber zog er seine Zustimmung zurück.

[2]) H. N. Brailsford: „Das englische Plebiszit"; in „Der deutsche Volkswirt" vom 6. XI. 1931. Seite 184 ff.

MacDonald ist das beste Beispiel für eine solche Persönlichkeit, die von den Engländern wiedergewählt wurde, weil sie dieses große Vertrauen besaß. MacDonald bewarb sich um das blinde Vertrauen der Massen. Er wollte einen Auftrag vom Volke haben, wie ein Arzt der Nation handeln zu können. Dieses Doktor-Mandat hat er auch erhalten.[1])

In seinem Wahlkreis Seaham wurde MacDonald nicht nur von den Liberalen und Konservativen gewählt, sondern „es steht fest, daß fast die Hälfte der Anhänger der Labour-Party und Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes für den „Abtrünnigen" waren. Sonst wäre seine Mehrheit unerklärlich".[2])

Der Glaube, daß der Streit um den Schutzzoll, der nun schon ein Vierteljahrhundert mehr oder weniger heftig getobt und so viel Verwirrung angerichtet hatte, nunmehr eindeutig entschieden sei, die Hoffnung, daß durch die Zollmaßnahmen endlich die schweren Wirtschaftsnöte beseitigt, die Arbeitslosigkeit behoben werde, das Bewußtsein im nationalen Sinne zu handeln und schließlich das feste Vertrauen auf den Führer hatten den großen Wandel im Volke herbeigeführt, hatten eine überwältigende Mehrheit für eine Politik ergeben, die noch 1929 beargwöhnt, 1923 verurteilt und 1906 verdammt worden war.

V. Die neue Regierung.

Bei der Neubildung der Regierung bemühte sich MacDonald, ihr den Charakter eines „Nationalen Konzentrations-Kabinetts" zu bewahren.

Die Regierung wurde wieder auf die normale Stärke von 20 Mitgliedern ergänzt. Sie setzte sich zusammen aus 11 Konservativen, 5 Liberalen und 4 National-Liberalen.

Die wichtigsten Ministerposten waren besetzt mit:

Neville Chamberlain (Schatzkanzler),
Sir John Simon (Aeußeres),
Sir Herbert Samuel (Inneres),
Stanley Baldwin (Lordpräsident des Rates),
James Henry Thomas (Dominions),
Sir Samuel Hoare (Indien),
Sir E. Hilton Young (Wohlfahrt),
Sir Henry Betterton (Arbeit).

Es ist bewunderstwert, wie klug und maßvoll die Konservative Partei von ihrer Machtfülle Gebrauch machte.

Die radikalen Schutzzöllner und Imperialisten wie Winston Churchill, L. S. Amery, Lord Beaverbrook wurden aus der Regierung

---

[1]) Brailsford bemerkte hierzu: „Kein englischer Premier hat sich je einer derart ungefesselten Autorität erfreut. Er (MacDonald) ist durch keine Versprechungen gebunden, er ist keiner Partei verantwortlich, denn die kleine Gruppe von einem Dutzend persönlicher Gefolgsleute ist eine Leibwache, die ihm alles verdankt und es sich nie einfallen lassen kann, sich seinem Willen entgegenzustellen." H. N. Brailsford, ebenda.

[2]) Aus „Sozialistische Monats-Hefte" vom 9. XI. 1931. Seite 1058.

ausgeschaltet. Baldwin, der Führer der Schutzzöllner, diente unter MacDonald.

Der Sieg war den Protektionisten so sicher, daß sie sich kaum noch um ihn zu bemühen brauchten.

Der Wandel des Verfassungs-, oder besser gesagt, Regierungs-Systems, der mit dem Wandel zum Protektionismus erfolgte, ist beachtenswert. Während der Freihandels-Aera hatte stets eine enge Verbindung zwischen Parteiführertum und Premier-Ministerschaft bestanden. Auch war das Minister-Kabinett dem Premier untergeordnet gewesen.

Diese beiden Tatsachen schienen jetzt aufgegeben zu sein. Denn weder war der Führer der stärksten Partei Ministerpräsident, noch stand das Kabinett in einem so starken Abhängigkeits-Verhältnis zu seinem Leiter wie früher.

2. Abschnitt:

Die protektionistischen Maßnahmen der zweiten Nationalen Konzentrations-Regierung.

A. Die Zollnotverordnungen.

I. Die erste Zollnotverordnung vom 25. XI. 1931.

Am 12. November 1931 errangen die schutzzöllnerischen Tories ihren ersten Sieg.

Unter dem Druck der Empire-Industries Association[1]) gab MacDonald dem Unterhause bekannt, daß die Regierung entschlossen sei, gegen das Dumping vorzugehen. Er hoffe, in den nächsten Tagen entsprechende genauere Ankündigungen machen zu können.[2])

In den nachfolgenden Wochen überstürzten sich die Ereignisse wieder.

Am 16. November kündigte Walter Runciman, der Präsident des Handels-Amts, die Einführung des neuen Prohibitivzolls im Unterhause an.

Runciman erklärte, daß das kommende Jahr das schlimmste sein werde, das die britische Industrie je erlebt hätte, wenn nicht bald angemessene Schritte unternommen würden. Runciman gab selbst zu, daß die Einfuhrbeschränkung nicht der ideale Weg sei, eine Lösung der schwierigen Lage herbeizuführen. Während der vergangenen Wochen aber hätte ein übermäßiger Import in Voraussicht der Einführung von Zöllen stattgefunden.

Diese anormale Zunahme der gesamten Einfuhr sei nur auf das Dumping fremder Staaten zurückzuführen.

Um im Interesse der gefährdeten Zahlungsbilanz dem Dumping zu begegnen, sei es das Beste, dem Handelsamt die Ermächtigung zu erteilen, auf dem Wege der Verordnung Zölle in Höhe von 100 % vom Werte auf die betreffenden Artikel zu legen.

Die Zollermächtigung solle nur eine Notstandsmaßnahme sein und eine Gültigkeit von nicht mehr als sechs Monaten haben. Landwirt-

---

[1]) Der Empire Industries Association hatten sich viele einflußreiche Industrielle und während der letzten Monate auch Führer der Politik (u. a. Winston Churchill) angeschlossen. Die Vereinigung bildete gewissermaßen ein Gegenstück zu den bisher von den Tories so scharf angegriffenen Gewerkschaften. Interessierte Gruppen hatten hier wie dort ihre Machtposition benutzt, um einen Druck auf die politische Führung auszuüben.

Die Empire Industries Association gewann zunehmenden Einfluß und ist für die Einführung der folgenden Schutzzollmaßnahmen in erster Linie mitverantwortlich.

[2]) Times vom 13. XI. 1931.

schaftliche Produkte würden nicht mit Zöllen belegt werden, nur Fertigwaren und Halbfabrikate. Die in Devisen verfügbare Kaufkraft solle für den Einkauf von Rohstoffen verwandt werden.[1])

Runciman war, wie wir wissen, von Natur und aus Tradition Freihändler.[2]) Das betonte er auch in seiner Unterhausrede. Aber, fügte er hinzu, die Schwere der Stunde mache solche Maßnahmen erforderlich.

Mit D u m p i n g bezeichnete er jetzt jede über das normale Maß hinausgehende Einfuhr.

Die ungewöhnliche Einfuhrsteigerung war aber die zwangsläufige Folge der protektionistischen Drohungen, die schon seit Monaten vorgebracht worden waren.

Die Presse der Lords veröffentlichte die Oktober-Einfuhrziffern und stellte ihnen die Ergebnisse vom September in sensationeller Ausschmückung gegenüber. Dabei wurde aber geflissentlich vermieden, darauf hinzuweisen, daß erstens die Oktober-Einfuhr stets aus saisonablen Gründen die September-Zahlen übertrifft und daß es sich zweitens bei der vermehrten Einfuhr gewisser Textilien um kontinentale Hilfslieferungen anläßlich eines lebhafter gewordenen englischen Exportgeschäftes handelte.

Es wurde immer klarer, daß alle diese Erscheinungen, die zum Erlaß des ersten Anti-Dumping-Gesetzes führten, die Wirkungen eines sehr geschickten Schachzuges der englischen Schutzzöllner waren. Die nationale Regierung sollte dadurch in eine immer schärfer werdende Zollpolitik hineingetrieben werden.

Das erste Anti-Dumping-Gesetz, die sogenannte „Abnormal Importations (Customs Duties) Bill"[3]) offenbarte die Taktik, deren sich die Konservativen vorderhand für die schnelle Erreichung ihres Zieles bedienen wollten.

Dieses Gesetz sah im ersten Kapitel Abschnitt 1 vor, daß der Präsident des Handelsamts mit Zustimmung des Lordcommissioners der Treasury für bestimmte Fertigwaren und Halbfertigfabrikate die Feststellung treffen konnte, daß diese in „abnormal quantities" eingeführt wurden.

Hiernach konnte der Präsident des Handelsamts zur Beschränkung der übergroßen Einfuhr Wertzölle bis zu 100 % für die Dauer von sechs Monaten einführen. Das Parlament konnte lediglich binnen einem Monat Einspruch erheben.

Die Zollverordnung sollte nach Ablauf eines halben Jahres erlöschen. Es sollte also die Möglichkeit bestehen bleiben, die Waren von dann ab wieder frei einzuführen.

Auf dem Wege dieses Zollnotverordnungsgesetzes konnte nunmehr die Regierung das Parlament bis zur Einbringung des Budgets 1931/32 vor vollendete Tatsachen stellen.

---

1) Bericht der Times vom 17. IX. 1931.
2) Bei den Wahlen hatte er sich den Simon-Liberalen angeschlossen.
3) Abnormal Importations (Customs Duties) Bill. Text siehe Board of Trade Journal vom 19. XI. 1931. Seite 641 f.
Eingeführt am 25. November 1931.

Die Protektionisten konnten in der Tat mit der Geschwindigkeit zufrieden sein, mit welcher sich Großbritannien dem Hochschutzzoll-System näherte.

Am Donnerstag, dem 19. November, durchlief die Abnormal Importations Bill alle Instanzen im Unterhaus.

Am darauffolgenden Sonnabend, dem 21. November, wurde schon wenige Stunden, nachdem der König das Ermächtigungsgesetz unterzeichnet hatte, die erste Liste derjenigen Artikel veröffentlicht, die auf Grund der Notverordnung mit einem Zoll von 50% des Wertes mit Wirkung vom 25. November ab belegt werden sollten.

Die Liste,[1]) die vom Handelsamt scheinbar etwas willkürlich zusammengestellt war, umfaßte in erster Linie industriell verfertigte Gegenstände des Haushalts- und des privaten Konsumbedarfs.

Sie enthielt 23 Klassen und führte in jeder Klasse zahlreiche Artikel auf. Sie begann mit Artikeln des häuslichen Gebrauchs, Topfwaren, Glaswaren, Schneidewaren, Instrumente, elektrische Vakuumreiniger, Radio-Apparate, Schreibmaschinen. Sodann wurden aufgeführt Bekleidungs-Artikel, Strumpfwaren, sowohl solche die ganz oder auch nur teilweise aus Seide oder Kunstseide bestanden, Mäntel, Herren- und Knaben-Anzüge, Handschuhe jeder Art, ausgenommen Gummihandschuhe, Linoleum, Wachstuch und ähnlichen Bodenbelag. Den Schluß der Liste bildete eine vollständige Aufstellung von Parfümerie-Artikeln, Seifen, einschließlich Zahnpasten.

Die Einführung von Eisen- und Stahlzöllen war trotz heftiger Agitation der Interessenten zunächst vermieden worden. Auch die Einfuhr von Chemikalien wurde nicht über das bestehende Lizenzsystem hinaus belastet. Ferner blieb der Import von Holzwaren, Lederwaren und Baumwollwaren zollfrei.

Die Verordnung bezweckte offensichtlich eine Erweiterung des Konsumgütermarktes.

Bei vielen Artikeln kam die Höhe des Zolls einem Einfuhr-Verbot gleich. Einige Artikel waren bereits dem 33⅓%igen Industrieschutzzoll unterworfen gewesen, der unter der letzten Arbeiter-Regierung abgeschafft worden war.

II. Die zweite Zollverordnung vom 30. XI. 1931.

Schon unmittelbar nach dieser ersten Maßnahme wurden Stimmen im Lager des englischen Handels und der Industrie laut, welche erklärten, daß die erlassenen Zollverfügungen noch lange nicht weit genug gingen. Der frühere Präsident des britischen Handelskammer-Verbandes, Sir Stanley Machin, forderte Zölle zugunsten der Schwerindustrie. Baldwin machte schon kurz nach Inkrafttreten der Zollverordnung Andeutungen über die bevorstehende Einführung eines Zolls auf Eisen und Stahl.

Am 4. Dezember wurde die zweite Verordnung[2]) erlassen.

---

[1]) Board of Trade Journal vom 26. XI. 1931. Seite 688 ff.
[2]) Board of Trade Journal vom 3. XII. 1931. Seite 721.

Die hierdurch betroffenen Güter gehörten der gleichen Warenkategorie an, wie die in der ersten Verordnung aufgeführten. U. a. sind zu nennen: Glaswaren, Kohlenelemente, Metallgabeln und Löffel. Auch eine Reihe von Halbzeugen wurde in den Kreis der zollpflichtigen Waren einbezogen, so Woll- und Kammgarne, Leinen, und Jutewaren, und Sportgewebe.

III. Die dritte Zollverordnung vom 19. XII. 1931.

Die dritte Zollverordnung vom 19. Dezember 1931 bedeutete einen schnellen weiteren Schritt zum allgemeinen lückenlosen Zolltarif.

Weitere halbverarbeitete Güter, nämlich Baumwollgewebe, wurden für zollpflichtig erklärt.

Im einzelnen umfaßte die dritte Verordnung[1]) folgende Waren, die mit einem Sonderzoll von 50 % des Wertes belegt wurden.

Beleuchtungskörper aus Glas, photographische Kameras, unbelichtete photographische Platten, Radioröhren, elektrische Glühlampen, elektrisches Installationsmaterial, Gras- und Rasenmaschinen, Baumwollstrickwaren (roh, gebleicht, stückgefärbt), Bindfaden und Tauwerk, Ueberkleider und Wirkwaren, Chemikalien, gummi-imprägnierte Stoffe, Sportmunition.

Ein genaueres Studium der durch diese drei Zollverordnungen erfaßten Waren zeigt, in welcher Weise die Schutz suchenden Interessenten nach und nach berücksichtigt worden sind.

Zuerst hatte man noch die Absicht gehabt, alles von der Verzollung auszuschließen, was zur Verteuerung der englischen Produktion beitragen konnte. Allmählich aber war diese Absicht ebenso in den Hintergrund getreten wie der Wunsch, möglichst nur solche Waren zu erfassen, die in irgend einer Weise Luxus-Charakter hatten.

Daß diese Vorzölle schließlich noch — wie Runciman meinte — mit „grundsätzlich freihändlerischer Auffassung vereinbar" sein sollten, ist mit dem besten Willen nicht recht zu verstehen.

IV. Die Zollverordnung für Gartenbau-Produkte vom 24. XII. 1931.

Fast gleichzeitig erhielt der Landwirtschaftsminister John Gilmour die Ermächtigung, im Verordnungswege Prohibitivzölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu legen.

Am 24. Dezember wurde auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes die erste Zoll-Liste veröffentlicht.[2]) Sie enthielt spezifische Zölle für etwa zwei Dutzend Positionen von Blumen, Frühgemüse und Obst.

Die Regierung konnte sich diesmal nicht auf das Anti-Dumping-Gesetz stützen, da man ja Schnittblumen und Frühgemüse im Herbst

---

1) Board of Trade Journal vom 24. XII. 1931. Seite 814 ff.

2) Horticultural Products (Emergency Customs Duties) Act. Text i. Board of Trade Journal vom 24. Dezember 1931.
Das Gesetz trat am 5. Januar 1932 in Kraft.

nicht gut in übermäßigen Mengen einführen kann. Gilmour beschränkte sich auf die Feststellung, man müsse die Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützen.

Die Dauer der Gilmour-Bill wurde nicht auf sechs Monate beschränkt, sondern auf ein Jahr. Der Zollsatz durfte bis zu 100% betragen.

Die Einfuhr der genannten Agrarprodukte sollte zollfrei bleiben, soweit es sich um reine Empire-Produkte handelte. Auch der Transithandel sollte keiner Verzollung unterliegen.

B. Der Chamberlain-Generaltarif vom 1. März 1932.

I. Chamberlains Begründung.

Zu Beginn des neuen Jahres entschied sich die Regierung für die Einführung eines neuen allgemeinen Tarifs.

Ein Kabinetts-Komitee hatte den Tarif ausgearbeitet. Diesem Ausschuß gehörten an: Neville Chamberlain, Walter Runciman, Sir John Simon und Philip Snowden.

Nachdem die Vorschläge bereits Ende Januar vom Gesamt-Kabinett genehmigt waren, legte Chamberlain den Plan erstmalig am 4. Februar dem Unterhause vor.

Das Jahr 1931 hätte — so führte er aus[1]) — mit einer Passivität der Handelsbilanz von 113 Millionen geendet. Dieses Verhältnis müsse unbedingt geändert werden, sonst würde die Finanzstabilität der Nation unweigerlich zerstört.

Bei der gegenwärtigen Weltlage sei nach Ansicht der Regierung die Einführung von Zöllen der einzige Ausweg. Die Zölle sollten mindestens 10% ad valorem betragen und auf fast alle Einfuhren erhoben werden. Nur wenige Ausnahmen würden gemacht werden, in der Hauptsache für bestimmte Nahrungsmittel und Rohstoffe.

Die neuen Zölle sollten folgende Zwecke erfüllen:

„First of all, then, we desire to correct the balance of payments by diminishing our imports and stimulating our exports.

Then we desire to fortify the finances of the country by raising fresh revenue by methods which will put no undue burden upon any section of the community.

We wish to effect an insurance against a rise in the cost of living, which might easily follow upon the unchecked depreciation of our currency.

We propose by a system of moderate protection, scientifically adjusted to the needs of industry and agriculture, to transfer to our own factories and our own fields work which is now done elsewhere and thereby decrease unemployment in the only satisfactory way in which it can be diminished.

We hope by the judicious use of this system of protection to encourage our people to render their methods of production and distribution more efficient.

---

1) Times vom 5. II. 1932.

We mean also to use it for negotiations with foreign countries which have not hitherto paid very much attention to our suggestions, and at the same time we think it prudent to arm ourselves with an instrument which shall at least be as effective as those which may be used to discriminate against us in foreign markets.

Last, but not least, we are going to take the opportunity of offering advantages to the countries of the Empire in return for the advantages which they now give or in the near future may be disposed to give us." [1])

Der Import aus den Kolonien, Protektoraten und Mandats-Gebieten sollte also zunächst keiner Verzollung unterworfen werden. Auch sollte die Einfuhr aus den Dominions zollfrei bleiben bis man auf der Reichskonzerenz am 18. Juli 1932 in Ottawa über eine weitere freie Zulassung verhandeln könne.

Man behielt sich ferner das Recht vor, einen Prohibitiv-Zoll auf Waren aus solchen Ländern zu legen, welche Waren britischer Herkunft höher verzollten als Waren aus anderen Ländern.

Das Handelsbilanz-Komitee hatte eiligst in drei Monaten die möglichen Vorteile und Nachteile eines Generaltarifs untersucht. Eine nähere Betrachtung der Zoll-Liste hinterließ unbedingt den Eindruck, daß der General-Tarif zu übereilt ausgearbeitet war. Die Zoll-Liste war so umfassend wie nur denkbar. Nachdem sich Großbritannien Jahrzehnte lang mehr oder weniger enthalten hatte, irgend welche Zölle auf Einfuhren zu erheben, beeilte man sich jetzt sogar die industriellen Rohstoffe zu verzollen, wie Eisen und Stahl, Erze, Oele usw.

Die Zölle auf solche Waren, die früher erlassenen Gesetzen einschließlich der Anti-Dumping-Verordnungen unterlagen, blieben unverändert. Die gesamte Einfuhr aus den Dominions blieb zollfrei. Dabei galten Indien und South-Rhodesia als Dominions im Sinne des Gesetzes. Die gesamte Einfuhr aus den Kolonien, einschließlich Malaien-Staaten, Mandaten und Protektoraten blieb gleichfalls zollfrei.

II. Die Freiliste.

Eine besondere Liste wurde aufgestellt, auf welcher alle Artikel verzeichnet wurden, die zunächst zollfrei bleiben sollten.[2])

---

1) Aus Neville Chamberlains Unterhaus-Rede am 4. Februar 1932. Times vom 5. II. 1932.

2) Das amtliche Verzeichnis zählt die befreiten Artikel in folgender Reihe auf: Gold und Silber in Barren und Münzen; Weizen, Fleisch (jedoch nicht Konserven und Fleischextrakt), Speck, Schinken, lebendes Vieh, von britischen Fischern eingebrachte Fische und Weichtiere, Tee; Flachs, Hanf, Rapssamen, Leinsamen, Rohbaumwolle (darunter auch Baumwollabfälle und ungebleichte Baumwoll-Linters), Rohwolle, auch nicht verzupfte Wollumpen und Wollabfälle; Häute und Felle einschl. Pelzfelle, aber nicht Ziegenfelle, Zeitungen, Zeitschriften, gedruckte Bücher und Noten, Zeitungspapier in Rollen, sofern es nicht weniger als 70 % mechanische Holzmasse enthält, Holzpapiermasse; Kautschuk einschl. Crepe und Latex, Guttapercha; Eisenerz, manganhaltiges Eisenerz, jedoch nicht Chromeisen, Eisen- und Stahlschrott, Eisenschwefelkies, Zinnerz und Zinnkonzentrate; Grubenhölzer, Schwefel, Mineralkalkphosphate, nicht gefaßte Edelsteine und Radium.
Board of Trade Journal vom 13. II. 1931.

Im Laufe des Monats Februar wurden nicht unwesentliche Ergänzungen der Listen vorgenommen.

So wurden sämtliche Metallerze, -Konzentrate und Metallabfälle aufgenommen, ebenso Platin. Die Schmuckindustrie wurde außerdem durch die Befreiung von Halbedelsteinen und Perlen unterstützt. Walöle und Walprodukte, die auf britischen schwimmenden Fabriken produziert waren, verschiedene künstliche Düngemittel, Tierhaare und Wollabfälle blieben zollfrei. Ferner wurde Kohle, Koks und fabrikmäßig hergestellte Brennstoffe, deren wichtigste Bestandteile Kohle und Koks waren, auf die Freiliste gesetzt.

Am 24. Februar fiel die Entscheidung darüber, daß Kupfer als einziges Metall vom Zoll befreit bleiben sollte. Damit wurde dem Drängen der englischen Verbraucherschaft nachgegeben, die eine Gefährdung ihrer Exportfähigkeit durch Einfuhrzölle auf Kupfer befürchtete.

Auch Mais wurde noch kurz vor der Schlußlesung der Zollvorlage im Unterhaus in die Freiliste aufgenommen. Viele Schutzzöllner bemühten sich, Fleisch von der Freiliste zu streichen, aber es blieb schließlich doch vom Tarif unbetroffen.

Es ist bemerkenswert, daß die Freiliste auch den nicht britischen Rohstoffhändlern recht viele Konzessionen gewährte. Eine wirkungsvolle Vorzugsbehandlung der Dominions, welche doch den englischen Waren einen größeren Markt im Britischen Reiche sichern sollte, mußte demnach in Zweifel gestellt werden. Denn Weizen, Fleisch, Wolle, Baumwolle und Flachs wurden sowohl aus britischen wie aus nichtbritischen Ländern eingeführt. Der Einschluß von Milchprodukten traf allerdings nur nichtbritische Länder.

Die Vorlage wurde am 25. Februar mit 442 gegen 62 Stimmen in dritter Lesung vom Unterhause angenommen.[1])

Als das Gesetz am 29. Februar dem Oberhaus zur dritten Lesung vorlag, erhob Lord Snowden noch einmal alle Einwendungen, die sich gegen den Schutzzoll vorbringen ließen. Er zog alle Register seiner temperamentvollen Beredsamkeit. Das Ziel, das man mit der Einführung des Generaltarifs verfolge, könne keineswegs erreicht werden. In allen Ländern, ob sie zollgeschützt oder nicht geschützt sind, herrsche Arbeitslosigkeit. Britannien würde seine Lage nur verschlimmern, nicht verbessern können.

Die Abstimmung ergab 129 gegen 12 Stimmen für die Annahme.[2])

Am letzten Tage der zollfreien Einfuhr war eine große Flotte von Kauffahrteischiffen bemüht, noch vor Büroschluß der Zollhäuser, d. h. vor 5 Uhr nachmittags, den Hafen zu erreichen. Seit einigen Tagen aber wütete ein schwerer Sturm an der englischen Küste. Unter den Agenten und Importeuren, für welche ein Vermögen auf dem Spiele stand, herrschte eine große Erregung. Die Kapitäne der Schiffe wurden mittels Funkspruch zur Anspannung aller Kräfte angespornt, um der Naturgewalt Herr zu werden.

[1]) Times vom 26. II. 1932.
[2]) Times vom 1. III. 1932.

127 Schiffe erreichten die britischen Häfen noch in den letzten Stunden. Etwa 50 Schiffe trafen zu spät ein. Die Tore hatten sich schon geschlossen.

Um 10 Uhr und 47 Minuten erhielt das Gesetz die königliche Unterschrift, um Punkt Mitternacht in Kraft zu treten.

C. Das Zollsystem vom 25. IV. 1932.

I. Der „wissenschaftliche" Zollausschuß.

Der 10 %ige Generaltarif trug gegenüber industriellen Ländern keinen absolut protektionistischen Charakter. Selbst wenn man die Pfundentwertung berücksichtigte, gab es doch noch verschiedene Waren, bei denen die Preise der ausländischen Konkurrenz immer noch mehr als 10 % unter den Preisen für die entsprechenden englischen Produkte lagen. Wir nennen als Beispiel hier nur Eisen und Stahl.

Aber der Tarif vom 1. März sollte ja auch nichts Endgültiges bedeuten. Er war nach zwei Richtungen hin ausdehnungsfähig.

Die Treasury konnte in Uebereinstimmung mit dem Board of Trade auf alle Waren, die vom politischen Ausland kamen, einen Zuschlagszoll bis zu 100 % des Fakturenwertes setzen, soweit im Ursprungsland die Einfuhr aus England diskriminierenden Maßnahmen unterworfen war.

Außerdem konnten durch einen „Beirat", der aus drei bis sechs Sachverständigen bestand, zusätzliche Zölle für „non essential articles" erhoben werden. Diese zusätzlichen Zollverordnungen, deren Einführung ohne Parlamentsbefragung möglich sein sollte, konnte jedoch nur mit Einverständnis des Handelsamtes bezw. des Landwirtschaftsministeriums erlassen werden.[1])

Das sogenannte „Import Duties Advisory Committee" bestand tatsächlich — wie Baldwin es einst geplant hatte — aus unpolitischen Wirtschaftlern. Der Vorsitzende war Sir George May. Er war früher der Generalsekretär der Prudential Assurance Company gewesen. Als Wirtschaftsstatistiker genoß er einigen Ruhm. Es scheint, daß er nach der Seite der Protektionisten tendierte. Wir haben Sir George bereits kennen gelernt als Vorsitzenden des Committee of National Expenditure, das den sensationellen sogenannten May-Bericht Ende Juli 1931 herausbrachte.

Von den Beisitzern sind zu nennen: Sir Sidney Chapman, der früher im Handelsamt war und Sir Georg Powell, ein juristischer Sachverständiger. Von Sir Sidney Chapman war bekannt, daß er noch bis vor kurzem ausgesprochener Freihändler war. Die handelspolitischen Ansichten Sir George Powells sind nicht bekannt geworden.

1) Das Parlament hatte am 9. Februar diese beiden Beschlüsse gefaßt. Times vom 10. II. 1932.

II. Empfehlungen.

Am Abend des 22. April wurden die ersten Empfehlungen des Zollausschusses und die mit diesen verbundenen Zollverfügungen des Schatzamts bekannt gegeben.[1])

Durch die neue Verordnung wurde der Gesamtumfang der englischen Zölle durch Prohibitivzölle gegen den Import von nicht lebensnotwendigen Gütern und durch Finanzzölle zum Nutzen des Fiskus erweitert.

Die Hauptgliederung war folgende:

1. Fertigwaren, die bisher nur dem 10 %igen Generaltarif unterworfen waren, werden künftig mit 20 % belegt. In der Kategorie dieser Artikel waren enthalten: einige Gemüsekonserven, Keramik, Glas, Metallmöbel, einige Eisen- und Stahlprodukte, Artikel aus Nichteisenmetallen, Messerschmiedeartikel, Maschinen und Werkzeuge (mit einigen Ausnahmen für die landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge), Elektrizitätsartikel, Artikel aus Holz (mit Ausnahme des Bauholzes), Textilprodukte, Kleider, Schuhe, einige chemische Produkte, Sattlerwaren, Papier und Papierartikel, Gummiartikel, Besen, Bürsten und einige andere Artikel.
2. Eine Anzahl von Fertigwaren, deren Export zur Zeit noch notwendig war, wurde einem 15 %igen Zoll unterworfen. Hierunter fand man: landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, Baumaterial, Seilerwaren, Taue, Bindfaden, Lederartikel und Maschinenriemen.
3. Eine kleine Liste von Fertigwaren, hauptsächlich Spezialmaschinen blieb zollfrei.
4. Der Zoll auf Luxuswaren sollte 25 bis 30 % betragen.
   Die Kategorie der mit 25 % belegten Artikel enthielt: Obstbrei, photographisches Papier, Lederkoffer, Taschen, Tabakpfeifen, Jagdgewehre, Jagdmunition, Sport- und Spielartikel.
   In der 30 %-Kategorie zählte man u. a. Muscheln, Krebse und Krebstiere, Austern, Kaviar, Toiletten- und kosmische Artikel, künstliche Blumen, Pelze, Juwelen und Schmucksachen aus Gold und Silber.
5. In einigen Fällen wurde eine höhere Abgabe empfohlen, die bis 33⅓ % gehen konnte, so für Fahrräder und Einzelteile von Fahrrädern, Kugellager, einige Chemikalien.
6. Stahlhalbfabrikate wurden einem Zoll von 33⅓ % für die Dauer von drei Monaten unterworfen.

Die Anti-Dumping-Zölle, die einige Monate vorher auf dem Verordnungswege erlassen waren, wurden mit Inkrafttreten des neuen Zollsystems größtenteils aufgehoben.

---

[1]) Import Duties: Recommendations of the Import Advisory Committee and Additional Import Duties (No. 1) Order, 1932. Published by H. M. Stationary Office (Cmd. 4066). London 1932.
Siehe auch Board of Trade Journal vom 28. IV. 1932. Seite 584 ff.

In seinem Bericht wies der Ausschuß darauf hin, daß die kurze Zeit, die ihm zur Ausarbeitung zur Verfügung gestanden hatte, nicht erlaubt habe, endgültige Beschlüsse zu fassen. Gewisse Veränderungen müßten noch bei bestimmten Einfuhrgruppen vorgenommen werden. Es käme jedoch nur eine weitere Erhöhung der Zölle in Frage. Soweit nicht ganz besondere Gründe vorliegen, sollten innerhalb der nächsten zwölf Monate keine Zollermäßigungen vorgeschlagen oder durchgeführt werden.

Die letzten Zollverfügungen ließen eine weitgehende Berücksichtigung der englischen Wünsche nach einer wirtschaftlichen Annäherung der britischen Reichsländer erkennen. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln war mit wenigen Ausnahmen von den Zusatzzöllen unberührt geblieben.

Die hochprotektionistischen Zölle für die Gartenbauprodukte blieben unverändert in Kraft. Die ganze Frage der Landwirtschaftszölle bedurfte noch einer Lösung.

Das Komitee hatte seine Arbeit in erster Linie auf den Schutz der Industrie abgestellt, da es diese Frage für wichtiger hielt.

Die Beschlüsse waren im ganzen nicht so scharf ausgefallen, wie man nach den ersten Maßnahmen hätte annehmen können.

Vergegenwärtigt man sich, daß die Anti-Dumping-Zölle und die Zölle auf Gartenbauprodukte mit ihrer enormen Höhe absolut prohibitiv waren, so muß man überrascht sein, daß die durchschnittliche Höhe der jetzt vom Ausschuß vorgeschlagenen Zölle nicht einmal 33⅓ % betrug.

Der Grund für den verhältnismäßig milden Ausfall der Zollmaßnahmen dürfte einerseits in der Rücksicht auf die liberalen Minister zu suchen sein. Andererseits wird aber auch der Standpunkt der englischen Hochfinanz, die doch weitgehend international interessiert ist, mildernd gewirkt haben. Es läßt sich indeß nicht leugnen, daß das Zollsystem, das im ganzen hundert Positionen umfaßte, doch eine nicht unerhebliche Verschärfung der protektionistischen Maßnahmen darstellte.

In der Nacht vom 24. zum 25 April 1932 trat es in Kraft. Damit war Großbritannien aus der Gruppe der Länder mit Finanzzöllen in die Gruppe der Schutzzolländer eingetreten.

Die lange Feihandelsperiode war nunmehr endgültig abgeschlossen. An ihre Stelle trat das zweite große Wirtschaftsexperiment der britischen Geschichte.[1])

---

1) Der Uebergang zum Freihandel bedeutete seinerzeit zweifellos ein ebenso großes Experiment.

Schluß.

Ziele und Aufgaben Britanniens.

A. Das Ziel der Liberalen.

Viele Vorkämpfer des Freihandels-Prinzips waren im Kampf der letzten Jahre in der Verwirrung der Krisen des Jahres 1931 dem Liberalismus verloren gegangen.

Mit dem offiziellen Uebergang Britanniens vom Freihandel zum Schutzzoll aber war das freihändlerische England nicht endgültig begraben.

Lloyd George war wenige Tage nach der Wahl von der Führung der liberalen Parlamentsfraktion zurückgetreten. Sir Herbert Samuel wurde sein Nachfolger. Lloyd George verließ England, um auf Ceylon seine völlige Genesung wieder zu erlangen.

Im Frühjahr des folgenden Jahres kehrte er gesund nach England zurück. Am 16. März schon hielt er eine bedeutende Propaganda-Rede[1]) für den Freihandel im Junior Liberal Club.

Er wandte sich nicht gegen die Konservativen, die mit kühnen Köpfen die Gelegenheit wahrgenommen hätten, ihre seit Jahren verfolgte Politik zum Siege zu bringen. Vielmehr wollte er mit den Liberalen abrechnen, die nach seiner Meinung blind in eine Falle getappt seien, als man ihnen weismachte, daß sich hier ein Notausgang öffne.

Noch im Sommer 1931 habe es eine Mehrheit von 80 Stimmen für den Freihandel gegeben. Die Liberalen hätten jede parlamentarische Streitfrage entschieden.

Die Panik vom August 1931, die in der Sackgasse der „Nationalen Regierung" mündete, habe den englischen Liberalismus mit einem Schlage von seiner hoffnungsvollen Stellung hinweggefegt.

Anstatt Notmaßnahmen zur Abwendung der gegenwärtigen Depression nach einer eingehenden Prüfung durchzuführen, habe die Regierung ein Zollsystem errichtet, das augenscheinlich für die Dauer gedacht sei.

Das Parlament sei fast völlig ausgeschaltet. Das sei bestimmt nicht die Absicht der 11 Millionen Wähler gewesen, die im Oktober ihre Stimme der Regierung gegeben haben.

Man müsse sich jetzt darüber klar werden, ob der Freihandel tot sei oder nicht. Der Freihandel sei keine Frage der Zollpolitik oder der Wirtschaft allein, sondern er sei eine der großen Fragen der Menschheit.

Lloyd George war ebenso wie Baldwin der Ansicht, daß es während der nächsten vier Jahre keine Neuwahlen in England geben werde.

---

[1]) News Chronicle vom 17. III. 1932.

Diese vier Jahre seien gerade Zeit genug, meinte Lloyd George, um ein Vierzig-Millionen-Volk wieder zu den Wahrheiten des Liberalismus zu bekehren.

Die Jahresversammlung des liberalen englischen Landesverbandes am 24. April 1932 in Clacton, zu der über 1000 Vertreter aus allen Teilen Englands erschienen waren, gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für den Freihandel. Das Parlamentsmitglied Ramsay Muir gab eine lange Erklärung über die Politik der Liberalen ab. Er wies insbesondere auf die Notwendigkeit eines freieren Handels für die ganze Welt hin, deren Hauptschwierigkeiten zur Zeit in einem engstirnigen wirtschaftlichen Nationalismus bestünden.

Eine Entschließung, daß die Liberale Partei im ersten geeigneten Augenblick zum Freihandel zurückkehren solle, wurde einstimmig angenommen.[1])

B. Das Ziel der Konservativen.

I. Die Kabinetts-Umbildung.

Die Liberalen täuschten sich aber selbst über die Schwäche ihrer Position hinweg.

Was in den Wintermonaten 1931/32 geschehen war, grenzte ans Unfaßliche. Eine einzige Woche hatte beispielsweise genügt, um mehr Schutzzölle einzuführen, als die zusammen addierte englische Geschichte bisher aufzuweisen hatte. Früher hatten kleine Zollpositionen wochenlange Debatten hervorgerufen. Jetzt hatte man Runcimans und Chamberlains hohe Zollmauern in ein paar Tagen fast ohne Widerstand aufgebaut.

Wie weit England dem Protektionismus verfallen war, zeigte sich erst, als die Tragweite der Beschlüsse der Ottawa-Konferenz[2]) bekannt wurde.

---

1) News Chronicle vom 25. IV. 1932.

2) Die Beschlüsse von Ottawa:

a) Der erste amtliche Bericht über die Beschlüsse, die auf der Imperial Economic Conference gefaßt wurden, fand sich im Board of Trade Journal vom 25. VIII. 1932. Seite 243 bis 253.

b) Den genauen Text mit allen Einzelheiten und Ergänzungen brachte das Board of Trade Journal vom 13. X. 1932. Seite 497 bis 511.

c) Als Zusammenfassung der Beschlüsse ist folgendes Blaubuch zu nennen: The Imperial Economic Conference at Ottawa, 1932, Summary of Proceedings und Copies of Trade Agreements. Cmd. 4174. Eine Erklärung und eine Besprechung der Beschlüsse brachte das „Ottawa-Supplement" des Economist vom 22. X., 1932. In deutscher Sprache erschien hierüber: Das Vertragswerk von Ottawa, herausgegeben von der Zentralstelle für Außenhandel gemeinsam mit der Schriftleitung der Korrespondenz „Industrie und Handel" Berlin 1932.

d) Die einzelnen Gesetze, die die britische Regierung auf Grund der Ottawa-Beschlüsse erließ, sind folgende:

I) The Ottawa Agreements (Importation of Meat) Order 1932. Board of Trade Journal vom 1. XII. 1932. Seite 786.

II) The Ottawa Agreements (Importation of Meat) Order. 1932: Licences for Importation of Meat. Bord of Trade Journal vom 22. XII. 1932. Seite 885.

III) The Ottawa Agreements Act. 1932: Notice to importers und agents. Board of Trade Journal vom 5. I. 1933. Seite 26.

Die britischen Freihändler hatten ursprünglich ihre Mitarbeit und Zustimmung für die Konferenz von Ottawa zugesichert, weil sie von ihr den ersten Schritt zum internationalen Zollabbau erwarteten.

Die Konferenz war gewiß auch von dem Wunsche getragen, die Beziehungen zum Auslande so wenig wie möglich zu stören und den Abbau der fremden Zollmauern vorzubereiten. In den Entschließungen war jedoch von diesem Wunsche recht wenig zum Ausdruck gekommen, stellten sie doch in weitgehendem Maße eine Verstärkung der Zollpolitik dar.

Die Liberalen hatten die Einführung der fiskalischen Zölle und der Industrie-Schutzzölle mit Würde und Zurückhaltung zu ertragen gewußt. Die Beschlüsse von Ottawa aber waren weit über die Grenzen dessen gegangen, was sie je gefürchtet hatten. Eine so weitgehende Belastung des Haushalts der breiten Massen, die die Folge der dortigen Beschlüsse sein mußte, konnte ein noch so national denkender Freihändler nicht zugeben, wenn er dem Liberalismus überhaupt noch einen Sinn lassen wollte.

Auf Grund der Ottawa-Beschlüsse kam es Ende September 1932 zu einer schweren Kabinettskrise.

Die zweite National-Regierung MacDonalds hatte schon einmal, im Februar, eine schwere Krise zu überwinden gehabt. Der Anlaß war damals ebenfalls die Schutzzoll-Kontroverse gewesen. Da die Samuel-Liberalen den neuen Generaltarif ablehnten, hatten sie sich zu entscheiden, ob sie zurücktreten oder eine oppositionelle Minderheit im Kabinett bilden wollten.

---

e) Der Inhalt: Die Verträge enthielten sämtlich etwa folgende Grundsätze:

England verpflichtet sich, die im Einfuhrgesetz von 1932 festgesetzte Zeitspanne für freie Einfuhr von Waren aus den Dominien über den 15. November hinaus zu verlängern.

England verpflichtet sich, auf eine Reihe von ausländischen Waren einen bestimmten, in Anhängen näher festgelegten Zoll einzuführen. Hierzu gehören ein Zoll auf Weizen von zwei Schilling je Quarter (etwa 290 l), auf Kupfer von zwei Pence je englisches Pfund, auf Eier, Butter, gewisse Fische, konservierte Früchte usw.

England verpflichtet sich, den allgemeinen Zolltarif von 10 v. H. nicht ohne Einvernehmen mit den Dominien herabzusetzen.

Die englische Regierung soll die Kolonien und Protektorate veranlassen, den Waren aus den Dominien eine Vorzugsbehandlung zuteil werden zu lassen. Die Dominien ihrerseits verpflichten sich, den Kolonien, Protektoraten und den Mandaten Tanganjika, Englisch-Kamerun und Togoland eine Präferenz für eine Reihe von in Anhängen näher festgelegten Waren in derselben Höhe wie England zu gewähren. England sichert den Dominien auf die Dauer von drei Jahren freie Einfuhr für Eier, Butter, Geflügel, Käse und andere tierische Erzeugnisse zu, behält sich aber das Recht vor, nach Ablauf dieser Zeit, falls dies im Interesse der englischen Landwirtschaft notwendig sei, eine Abänderung, jedoch unter Beibehaltung der Vorzugszölle für die Dominien, vorzunehmen.

Sämtliche Abkommen sollen sofort in Kraft treten. Sie haben eine Laufzeit von fünf Jahren und können danach mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden. Im Falle von etwa notwendig werdenden Abänderungen oder Sonderwünschen verpflichten sich die Vertragsparteien zu gegenseitiger vorheriger Rücksprache. England sichert Südafrika, Südrhodesien, und Kanada auf die Dauer von zehn Jahren die Beibehaltung der bestehenden Vorzugszölle für Tabak bzw. einen Fortfall des Tabakzolles für den Fall zu, daß der allgemeine Tabakzoll unter zwei Shilling ½ Pence fällt.

Der Vorzugssatz für englische Waren schwankt, beträgt aber im allgemeinen 15 v. H., manchmal auch 20 v. H. oder auch nur 10 v. H.

Die Februar-Krise wurde verhältnismäßig geschickt überwunden. Die liberalen Minister wie Lord Snowden lehnten die Verantwortung für die Einführung der Industrie-Zölle öffentlich ab und kritisierten die neuen Maßnahmen bei der Parlamentsdebatte in Grund und Boden. Aber sie blieben im Kabinett.

Jede frühere Regierung wäre bei einer so schwerwiegenden Meinungsverschiedenheit, wie sie hier um die Schutzzollfrage unter den Ministern herrschte, aufgeflogen. Nicht weniger als fünf Mal wurde innerhalb der letzten 25 Jahre das englische Kabinett auf Grund von Schutzzolldifferenzen gestürzt.

Die zweite Nationale Konzentrations-Regierung blieb aber unverändert im Amt. Das war ein Beweis für ihre Güte. Das Kabinett hatte nämlich bei seiner Entstehung von vornherein alle Maßnahmen getroffen, die ihm ein Maximum an Elastizität sicherten. So herrschte von allen anerkannt das Prinzip, daß auch eine festgestellte Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern der Regierung unter besonderen Umständen noch als Einigung gelten könne. Man bediente sich der genialen Formulierung, welche im Kriege bei den Alliierten für solche und ähnliche Fälle unter englischem Einfluß gefunden war: To agree to disagree.

Die Zerreißprobe, der das Kabinett im Herbst unterworfen wurde, war aber viel stärker als die Februar-Krise.

MacDonald hatte anfänglich versucht, die liberalen Minister zum Bleiben zu überreden. Aber augenscheinlich versagte hier des Ministerpräsidenten viel gerühmte Ueberredungskunst.

Der Lord-Siegelbewahrer Snowden gab als erster bekannt, daß er das Kabinett definitiv verlassen werde. Am 28. September erfolgte seine offizielle Rücktrittserklärung zugleich mit der des Innenministers Sir Herbert Samuel und des Staatssekretärs für Schottland Sir Archibald Sinclair.

Den Genannten folgte noch am selben Tage der Unterstaatssekretär für Indien, Marquess of Lothian, der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Sir Robert Hamilton, der stellvertretende Generalpostmeister Graham White, und der Staatssekretär für den Bergbau, Isaac Foot. Lord Crewe, Lord Reading und Lord Grey erklärten sich mit der Haltung der ausgeschiedenen liberalen Minister solidarisch.

Bei der Umbildung bemühte sich MacDonald der Regierung den Charakter der Ueberparteilichkeit zu erhalten.

Der bisherige konservative Landwirtschaftsminister John Gilmour wurde zum Innenminister ernannt. Von den konservativen berief MacDonald ferner den bisherigen Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Walter Elliot, der an Stelle Gilmours das Amt des Landwirtschaftsministers übernahm, und von den Liberalen Sir Godfrey Collins, der Minister für Schottland wurde.

Baldwin wurde neben seinem bisherigen Amt als Lordpräsident des Geheimen Rates an Snowdens Stelle auch noch mit dem Amt als Lordsiegelbewahrer betraut.

Der König kehrte am 30. September wieder vorzeitig wie im Vorjahre aus Balmoral zurück, nahm am gleichen Tage die Amtssiegel der zurückgetretenen Minister an und bestätigte die inzwischen neu ernannten Mitglieder des Kabinetts.

II. Die neue Aufgabe.

Für die Welt mußte der Rücktritt der Liberalen und Lord Snowdens ein Zeichen des neuen Kurses in England sein, der mit der Reichskonferenz von Ottawa zum ersten Male ganz deutlich geworden war.

England hatte den Marsch auf das neue Ziel begonnen. Und zwar hatte es die neue Aufgabe mit einer Energie in Angriff genommen, die noch schlummernde Kräfte für Jahrhunderte vermuten ließ.

Worin aber bestand diese neue Aufgabe? Jahrhundertelang hatte Britannien eine Expansions-Politik getrieben. Es hatte Gebiete um Gebiete erobert und seinem Reiche zugefügt.

Dieser Bewegung ist jetzt Einhalt geboten. Das Aufgenommene muß verarbeitet werden. Das Weltreich muß durchgeknetet, es muß zurechtgestutzt werden, damit es eine brauchbare Einheit wird und bleibt.

Diese neue Aufgabe ist größer und schwerer als jede frühere.

Britannien steht vor der letzten Möglichkeit, sein Weltreich zu retten. Nur der enge wirtschaftliche Zusammenschluß kann den Zerfall dieses größten Reiches der Erde verhindern.

Vielleicht ist es schon zu spät, um diesen Versuch zu einem glücklichen Ende zu führen. Denn es ist nicht mehr das „merry old England" des 19. Jahrhunderts, die Beherrscherin des Geldes und der Meere, das diese Aufgabe zu lösen hat.

Für das England der Nachkriegszeit sind ganz andere Bedingungen gegeben.

Wie schwer seine Aufgaben und wie schwach seine Position heute ist, hat es auf der Reichskonferenz von Ottawa erfahren müssen.

Auf dieser Konferenz ging es hart auf hart. Mehrmals stand ein jähes Ende zu erwarten. Nur der Nachgiebigkeit und Taktik der Vertreter des Mutterlandes war es zu verdanken, daß die Konferenz schließlich doch zu einem einigermaßen harmonischen Ende gelangt ist.

An den Zugeständnissen, die England machen mußte, kann man ermessen, wieviel ihm an einer engeren Wirtschaftsverbindung mit den Empire-Ländern liegt.

Den Konservativen war die Opposition der liberalen Minister und Lord Snowdens, die sich auf Grund dieser Zugeständnisse erhoben hatte, recht unangenehm geworden. Es schien ihnen nun an der Zeit zu sein, mit dem schon längst geplanten „Reinigungsprozeß" des Nationalen Kabinetts zu beginnen.

Das ist der wahre Grund für die Ausbotung der radikalen freihändlerischen Minister und ihres Anhangs. Deshalb verzichtete man auf die weitere Mitarbeit zweier so wohlverdienter und erfahrener Staatsmänner wie Lord Snowden und Sir Herbert Samuel.

Aber noch einen weiteren Vorteil erlangten die Konservativen durch die Entlassung dieser beiden einflußreichen Freihändler. Sir Herbert war der beste Freund und langjährige Berater MacDonalds gewesen, Lord Snowden sein engster, ständiger Mitarbeiter. Durch die Umbildung des Kabinetts wurde MacDonald mehr und mehr isoliert. Seine Position wurde unter dem steigenden Drucke der Konservativen nachgerade untragbar.

Im Hintergrund des ganzen derzeitigen Geschehens steht Stanley Baldwin, der Sieger von 1931. Mit großer Vorsicht und Taktik verfolgt er sein Ziel: eine rein konservative Politik unter dem Deckmantel der Nationalen Regierung. Er trachtet danach, sich gegenwärtig um die Verantwortung zu drücken, bis er nach Behebung der Weltwirtschaftkrise offen und mit aller Kraft dem neuen Ziele der konservativen Politik zusteuern kann.

Dieses neue Ziel heißt: Britischer Zollverein.

C. British Empire und Europa.

Ottawa war ein Anfang. Es war kein Erfolg für Britannien, aber auch kein Mißerfolg. Es war der erste Schritt zur Lösung der ungeheuer schweren Aufgabe.

Ottawa hat den strengen Willen der Engländer bewiesen, von der europäischen Wirtschaft loszukommen und sich wirtschaftlich ausschließlich im eigenen Empire zu verankern.

Heute kann keine Unklarheit darüber herrschen, daß England für das paneuropäische Wirtschaftsbündnis endgültig verloren ist.

Weitere Schritte zum Aufbau und zur Festigung des britischen Wirtschaftsimperiums werden folgen, bis vielleicht eines Tages doch Beaverbrooks großes Ideal erreicht sein wird: Empire Free Trade.

Dann wird British Empire der dritte Wirtschaftsgroßraum sein, den Europa nach U. S. A. und U. d. S. S. R. zum Nachbarn erhält.

Wir Kontinentaleuropäer aber können die Erfolge, die zur Verwirklichung des britischen Wirtschaftsimperiums führen, nur freudig begrüßen. Denn je erfolgreicher die britische Empire-Politik ist, desto eher wird England darauf verzichten können, in die Entwicklung der kontinentalen Politik störend einzugreifen.

Wir können sogar die Gewißheit haben, daß Britannien nicht nur mehr Verständnis für den Aufbau unseres europäischen Wirtschaftsbündnisses gewinnen, sondern uns dabei sogar nach Kräften unterstützen wird.

Denn ihm wird an einem reichen und friedlichen Nachbarn unendlich viel mehr gelegen sein, als an einem Chaos von 26 verarmten und friedlosen Ländchen.

Europa steht heute mehr denn je vor der zwingenden Notwendigkeit, seine Gesamt-Wirtschaft zu reorganisieren. Es kann nicht länger tatenlos zusehen, wie sich die überseeischen Märkte schrittweise

seinem Export verschließen. Es muß sich der Weltentwicklung anpassen, die zur Bildung wirtschaftlicher Großräume drängt, und seinen europäischen Markt und dessen Kolonien zu einer Wirtschaftseinheit organisieren.

Britanniens Bemühungen um einen allbritischen Zollverein sollten deshalb eine ernste Mahnung für Europa sein, endlich mit aller Energie an die große Aufgabe heranzugehen, die das zwanzigste Jahrhundert auch ihm gestellt hat: an den Aufbau eines alleuropäischen Zollvereins.

Literatur-Nachweis.

A. Bücher.

Amery, L. S.: National and Imperial Economies. London 1923.

„ Empire and Prosperity. London 1930.

Balfour, Arthur James: Economic Notes on Insular Free Trade. London 1903.

Bardoux, Jacques: Essai d'une Psychologie de l'Angleterre contemporaine.

„ „ Les Crises politiques Protectionisme et Radicalisme. Paris 1907.

Beaverbrook, Lord: Politicians and the Press. London 1925.

„ „ Empire Free Trade: the new policy of prosperity. London 1929.

„ „ My case for Empire Free Trade. London 1930.

Beveridge, Sir William: Causes and Cures of Unemployment. London 1931.

„ „ Tariffs, the Case examined. By a Committee of Economists under the Chairmanship of Sir William Beveridge. London 1931.

Bowley, Arthur L.: Some economic consequences of the great war. London 1930.

Brande, Bernhard: Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. Zürich 1905.

Brentano, Lujo: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. III. Band. 1. und 2. Hälfte. Jena 1928 und 1929.

Brooks, Collin: This tariff question. London 1931.

Brunner, Karl: Großbritannien. Land, Volk, Staat. Bielefeld und Leipzig 1929.

Butler, J. R. M.: A History of England 1815—1918. London 1928.

Coudenhove-Kalergi, R. N.: Paneuropa. Wien—Leipzig—Paris 1926.

Dibelius, Wilhelm: England. 2. Bände. Leipzig und Berlin 1924.

Dilke, Charles: The Problems of Greater Britain: 2 vol. London 1890.

Eckert, Christian: Englands Aufstieg und Gefährdung in der Weltwirtschaft. Berlin 1932.

Eulenburg, Franz: Probleme der deutschen Handelspolitik. Jena 1925.

" " Außenhandel und Außenhandelspolitik (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen). Tübingen 1929.

Fraser, L., M.: Protection and Free Trade. London 1931.

George, Henry: Protection or Free Trade. The tariff question with special regard to the interests of labour. London 1929.

Hewins, W. A. S.: Trade in the Balance. London 1924.

Heyer, Fr.: Die britische Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Jena 1928.

Hirst Francis W.: From Adam Smith to Philip Snowden. A History of Free Trade in Great Britain. London 1925.

" " Safeguarding and Protection. London 1926.

Hobson, John Atkinson: Richard Cobden, the international man. London 1919.

Keynes, John Maynard: A Treatise on Money. London 1930.

Kircher, Rudolf: Engländer. Frankfurt 1926.

" " Wie's die Engländer machen. Frankfurt 1929.

Kjellén, Rudolf: Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege. Leipzig und Berlin 1930.

Layton, Sir Walter T.: The economic situation of Great Britain. London 1931.

Leubuscher, Charlotte: Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftsgeschichte seit dem Kriege. Jena 1927.

Levy, Hermann: Monopole, Kartelle und Trusts in der Geschichte und Gegenwart der englischen Industrie. 2. Aufl. Jena 1927.

Levy, Hermann: Die treibenden Kräfte der englischen Schutzzollbewegung. Berlin 1911.

" " Der Wirtschaftsliberalismus in England. Jena 1928.

Mackintosh, Alexander: Joseph Chamberlain, an honest biographie. 2. ed. London 1914.

Marshall, Alfred: Industry and Trade. London 1919.

Martens, Hermann: Die britische Schutzzollbewegung und ihre theoretische Beurteilung. Dissertation. Hamburg 1930.

McCurdy, Charles, A.: Empire Free Trade. London 1930.

McDougall: The growing dependence of British industry upon Empire Markets. London 1929.

Melchett, Lord: Empire Economic Unity. London 1930.

Mendelsohn, Charlotte: Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft. Tübingen 1921.

Mosley, Sir Oswald: A national Policy. London 1931.

Müller, W.: Englands Industrie am Scheidewege. Berlin 1928.

Obst, Erich: England, Europa und die Welt. Berlin-Grunewald 1927.

Peddie, J. Taylor: A National System of Economics. London 1917.

Ramsay, Alexander: The Economics of Safeguarding. London 1930.

" " The Truth about Industry. London 1931.

Ray, J. E.: The Future of Empire Trade? London 1930.

Robbins, Lionel: Economic Notes on some Arguments for Protection. London 1931.

Salomon, Felix: Die britische Reichsbildung 1869—1925. 2. Aufl. Leipzig und Berlin 1926.

" " Der britische Imperialismus. Leipzig und Berlin 1928.

Schulze-Gaevernitz, G. v.: Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Leipzig 1906.

Schuster, Ernst und Wehberg, Hans: Der Wirtschaftskrieg. Erste Abteilung: England. Jena 1917.

Schuster, Ernst und Wehberg, Hans: Bericht der Royal Commission on Supply of Food and Raw Material in Time of War.
15. Heft der kriegswirtschaftl. Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Jena 1918.

Schwab, Marie: Chamberlains Handelspolitik. Jena 1905.

Siegfried, André: Die englische Krise. Berlin 1931.

Slater, Gilbert: The Making of modern England. London 1913.

Stamp, Sir Josiah: The Fundamental Principles of Taxation. London 1923.

Trotzki, L. D.: Wohin treibt England? Berlin 1926.

Tryon, George E.: A short History of Imperial Preference. London 1931.

Williams, Herbert G.: Through tariffs to prosperity. London 1931.

B. Durchgearbeitete Zeitschriften und Zeitungen.[1)]

I. Zeitschriften.

a) Englische Zeitschriften.

Board of Trade Journal

The Statist
Westminster Bank Review
Lloyds Bank Monthly Review
Barclays Bank Monthly Review
Bankers Magazine
Nineteenth Century and after
Empire Review

The Economist
New Statesman and Nation
Nation and Athenaeum
Foreign Affairs
Contemporary Review

1) Die Titel der betr. Aufsätze und Artikel sowie ihre Verfasser sind in den Fuß-Noten näher bezeichnet.

b) Deutsche Zeitschriften.

Der deutsche Volkswirt
Wirtschaftsdienst
Deutsche Wirtschaftszeitung
Magazin der Wirtschaft
Sozialistische Monatshefte
Europäische Revue
Weltwirtschaftliches Archiv
Europa-Wirtschaft

II. Zeitungen.

a) Englische Zeitungen.

Times
Daily Mail
Morning Post
Daily Express
Observer

Manchester Guardian (Weekly)
Daily News
Daily Chronicle
Westminster Gazette

Daily Herald
New Leader

b) Deutsche Zeitungen.

Berliner Tageblatt
Frankfurter Zeitung
Deutsche Bergwerks-Zeitung
Berliner Börsen-Courier.

C. Berichte, Statistiken und Schriften.

Balfour Reports (Committee on Industry and Trade)

1. Survey of Overseas Market.
   London 1925
2. Survey of Industrial Relations.
   London 1926
3. Factors in Commercial and Industrial Efficiency.
   London 1927

4. Further in Commercial and Industrial Efficiency. London 1928

5. Survey of Textile Industries. London 1927

6. Survey of Metal Industries. London 1928

7. Final Report. London 1929

The Labours Yearbook. London 1926

Statistical Abstract for the United Kingdom for each of the fifteen Years from 1911 to 1925. London 1927

Britains Industrial Future, being the Report of the Liberal Industrial Inquiry. London 1928.

National Indices of Industrial Production 1924—1930. London 1930

Accounts relating to Trade and Navigation of the United Kingdom for each month during the year 1931. August 1931. London 1931

The Financial Crisis
Reprinted from The Times, October 20, 21, 22, 1931.

The Agricultural Output and the Food Supplies of Great Britain. London 1930

Third Annual Report of the Empire Marketing Board (Kings Stationary Office). London 1929

A Memorandum on the Trade of the British Empire 1913 and 1925—1928. London 1930

Manifest on Imperial Trade Policy. London 1929

The Passing of Free Trade.
Published by National Council of Industry and Commerce. London 1931

The Industry and Nation.
Published by Federation of British Industries. London 1931

The Imperial Economic Conference at Ottawa, 1932, Summary of Proceedings and Copies of Trade Agreements. Cmd. 4174.

Das Vertragswerk von Ottawa.
Herausgegeben von der Zentralstelle für Außenhandel gemeinsam mit der Schriftleitung der Korrespondenz „Industrie und Handel", Berlin 1932.

Mein Lebenslauf.

Ich wurde am 2. Mai 1907 als Sohn des Direktors Dr.-Ing. Hugo J. Joosten und seiner Ehefrau Wilhemina, geb. à Brassard, in Büderich am Rhein geboren. Ich besitze die niederländische Staatsangehörigkeit.

Vom sechsten bis zum achtzehnten Lebensjahre besuchte ich die Vorschule und das Staatliche Gymnasium zu Nordhausen a. H. Am 9. März 1926 bestand ich das Abiturium mit Befreiung von der mündlichen Prüfung.

Nach einjähriger Praxis als Volontär bei der Tiefbau- und Kälteindustrie A.-G., vormals Gebhardt & Koenig, in Nordhausen, studierte ich Wirtschaftswissenschaften an den Handels-Hochschulen Berlin und Mannheim.

Während der Semesterferien arbeitete ich mehrfach als Volontär bei der Zweigstelle der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Nordhausen.

Am 31. Juli 1931 bestand ich die Prüfung zum Diplom-Kaufmann an der Handels-Hochschule Mannheim mit dem Prädikat „Gut".

Gleich danach begab ich mich nach England, wo ich, insbesondere in London, die Studien für meine Doktor-Arbeit aufnahm. Zum W.-S. 1931/32 kehrte ich nach Mannheim zurück.

An der Dissertation habe ich im ganzen 14 Monate in den Städten Mannheim, Heidelberg, Nordhausen, Berlin und London gearbeitet. Meine mündliche Doktorprüfung bestand ich am 17. Februar 1933 mit der Gesamtnote „Sehr gut".